



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll der 59. Sitzung - Endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 10. September 2015, 11.30 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- W. O., BND, Sachbearbeiter (Beweisbeschluss Z-92)	4
- T. B., BND, Sachgebietsleiter (Beweisbeschluss Z-41, Z-58)	64
- Oliver Matt, Verizon Deutschland GmbH (Beweisbeschluss Z-84)	108

* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen der Zeugen Herrn T.B. (Anlage 1) und Herrn Oliver Matt (Anlage 2) sind in das Protokoll eingearbeitet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick Warken, Nina	Marschall, Matern von Mayer (Altötting), Stephan Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.		Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Fischer, Sebastian D. Puglisi, Livia
SPD	Ahlefeldt, Johannes Dähne, Dr. Harald Etzkorn, Irene Faller, Johannes Hanke, Christian Diego Heyer, Christian Piper, Bernd
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Busold, Christian Kant, Martina Leopold, Nils Pohl, Jörn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Brunst, Dr. Phillip Heinemann, Martin Kämmerer, Marie Wolff, Philipp Zygojannis, Dr. Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Beyer-Pollok, Markus Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Hodouschek, Fabian Jacobi, Stephan Matthes, Thomas Schröter, Nadine
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Kirchner, Dr. Heino
GBA	Unterlöhner, Dr. Ulrike
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Linden, Stephan
Bundesministerium für Verteidigung	Henschen, Elmar Theis, Björn Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Löwnau, Gabriele



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.15 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 59. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Vertreter der Presse, der Medien seien ganz herzlich begrüßt. Ich freue mich, dass die Tribüne wieder so gut gefüllt ist und dass über die Sommerpause das Interesse an diesem Untersuchungsausschuss nicht nachgelassen hat.

Diejenigen von Ihnen, die regelmäßig da sind, die kennen das: Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauerhaften Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

- W. O., BND, Sachbearbeiter
(Beweisbeschluss Z-92)
- T. B., BND, Sachgebietsleiter
(Beweisbeschluss Z-41, Z-58)
- Oliver Matt, Verizon Deutschland
(Beweisbeschluss Z-84)

Der Beweisbeschluss Z-92 stammt vom 21.05.2015, der Beweisbeschluss Z-41 vom 25.09.2014, der Beweisbeschluss Z-58 vom 16.10.2014 und der Beweisbeschluss Z-84 vom 26.03.2015. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache 18/843 - durch Vernehmung der Zeugen W. O., Sachbearbeiter beim BND, T. B., Sachgebietsleiter

beim BND, und Oliver Matt, Verizon Deutschland. Von dem vierten Zeugen, Michael Capellas, haben wir derzeit noch keine Rückmeldung. Ich bin mir aber sehr sicher, dass es ihn gibt.

Zunächst werden die Zeugen hintereinander öffentlich vernommen. Im Anschluss findet die nichtöffentliche Vernehmung statt.

Vernehmung des Zeugen W. O.

Als Erstes würde ich jetzt gern den Zeugen W. O. bei uns begrüßen. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr W. O., Sie haben die Ladung am 3. August 2015 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung auch ein zweites Mal zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön.

Zeuge W. O.: Dieses Mal ist es lauter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Sie werden von einem Zeugenbeistand, von einem Rechtsbeistand, begleitet. Herr Eisenberg, auch wenn wir Sie schon hier kennen, bitte noch einmal vorstellen. Das wäre sehr freundlich.

RA Johannes Eisenberg: Rechtsanwalt Eisenberg aus Berlin.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Auch Sie seien herzlich begrüßt.

Herr W. O., vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Es ist ja schon einige Zeit her, dass Sie bei uns waren. - Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestufteten Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann einen entsprechenden Beschluss nach § 14 bzw. § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, dann also die Sitzung in nichtöffentlicher oder eingestufte Weise fortführen kann. - Gibt es hierzu Fragen?

Zeuge W. O.: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Sie kennen es ja grundsätzlich schon. Eingang habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie

auch heute gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, noch mal zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Danach werde ich Ihnen zuerst einige Fragen stellen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen, die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. - Gibt es hierzu Fragen?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich darf Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Name, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen, wobei bei Ihnen die Initialen und die Dienstanschrift ausreichend sind.

Zeuge W. O.: Name: W. O., Anschrift: Berlin, Gardeschützenweg.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht ganz kurz zum Beruf noch.

Zeuge W. O.: Ich bin technischer Angestellter beim BND seit 1983. Also, funktechnische Ausbildung habe ich gemacht beim BND.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. Soweit eingangs. Gut. - Zunächst möchte ich Ihnen die Gelegenheit geben, wie ich es gerade gesagt habe, zum Sachverhalt des Befragungsgegenstandes im Zusammenhang vorzutragen. Dies ergibt sich aus § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes. Möchten Sie dies?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann würde ich die eine oder andere Frage an Sie richten, und ich möchte zuerst ein wenig auf das Thema Selektoren zu sprechen kommen.

Mich würde eingangs interessieren, um ein wenig mal die Größenordnungen grob einzuordnen, weil so viele Zahlen eigentlich durch den Raum geistern, wie denn die unterschiedlichen Zahlen einzuordnen sind. In der Sitzung vom 20. Mai 2015 - das ist schon eine ganze Ecke her - kann-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ten Sie zu Nachfragen in Bezug auf Zahlenangaben keine konkreten Zahlen nennen. Ich erinnere mich auf jeden Fall so nicht dran.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde trotzdem ganz gerne noch mal versuchen, hier Fragen an Sie zu stellen, um einzuordnen, wie groß denn das Volumen gewesen ist, insbesondere zu bestimmten Zeiträumen.

Können Sie sich dran erinnern, wie hoch die Gesamtzahl der von der NSA gelieferten Selektoren war? Und jetzt würde ich gern verschiedene Jahre nachfragen. Sie können die sich auch aufschreiben, weil diese Unterscheidung ist mir wichtig. Im Jahr 2005, also um das Jahr 2005, 2008, im Frühjahr und Sommer 2013 und im Herbst 2013. Ich werde sicherlich auch noch mal fragen, wie es heute aussieht. Aber gerade diese Zeiträume - 2005, 2008, 2013 - - Das wäre mir wichtig, wie die Selektorenzahlen, die Gesamtzahl meine ich jetzt, nicht schon Herausgewähltes, denn gewesen sind.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Wenn es Herr Eisenberg wüsste, wäre ich sehr verwundert. Aber Herr Wolff meldet sich. Herr Eisenberg, auch an Sie die Info: Herr Wolff meldet sich.

RD Philipp Wolff (BK): Also, die konkreten Zahlen sind eingestuft. Wenn Sie dazu etwas sagen können, bitte in eingestufte Sitzung.

Zeuge W. O.: Ich kann zu den konkreten Zahlen auch nichts sagen. Ich habe das nie mitverfolgt. Ich war, wie gesagt - - Ich habe sie nur aus den Datenbanken extrahiert und habe sie zur Prüfung geschickt. Ich habe mich nie drum gekümmert, wie groß der Datenbestand war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich wollte es auch gar nicht so konkret auf die letzte Einerstelle wissen, aber so grob vom Volumen, worüber reden wir? Um 20, 30? 20 000? 20 Milliarden? Haben Sie da so eine grobe Einordnung,

die Gesamtzahl der von den USA gelieferten Selektoren? Das muss keine Punktlandung sein.

RD Philipp Wolff (BK): Also, eine grobe Einschätzung, aber dann wirklich nur auf die Stellenanzahl, keine konkreten Zahlen.

Zeuge W. O.: Also, ich kenne sie auch jetzt nicht persönlich. Ich weiß es nur, weil hier ja viel drüber gesprochen worden ist: Es schwebt die Zahl von 14 Millionen im Raum.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gesamtzahl.

Zeuge W. O.: Gesamtzahl, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Pi mal Daumen, okay.

Zeuge W. O.: Aber nicht, zu welchem Zeitpunkt. Das kann ich nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Was war denn für Sie interessanter? Wenn Sie sagen, Sie haben damit gearbeitet, haben aber nie die Gesamtzahl gesehen, dann scheint das ja eine Datei gewesen zu sein, die weist nicht mal eben eine Gesamtzahl aus. Also, wenn ich einen Ordner im Office habe, da weiß ich, da sind 100 Dokumente drin oder so was. Das ist bei Ihnen so nicht dargestellt?

Zeuge W. O.: Es wäre abrufbar, hat mich aber nicht interessiert -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es wäre abrufbar, okay.

Zeuge W. O.: - es wäre abrufbar, ja -, sondern für mich war immer interessant, was kam an neuen, bisher ungeprüften Selektoren. Und die mussten dann zur Prüfung geschickt werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das - - Haben da viele Mitarbeiter drangesessen? Oder haben Sie das alleine gemacht?

Zeuge W. O.: Der eine oder andere, wenn ich im Urlaub bin. Natürlich gibt es einen Vertreter.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das sehr arbeitsaufwendig, oder haben Sie gesagt: „Das kriegen wir mal eben neben unseren sonstigen Aufgaben so auch noch mit hin; das ist ein Klacks, das ist keine große Arbeitsbelastung“?

Zeuge W. O.: Das war für uns nie ein großer Aufwand.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge W. O.: Das ist einfach Extraktion aus einer Datenbank und dann die zu löschenden Selektoren eben rausnehmen und den Rest freigeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Geht das händisch, oder geht das automatisiert?

Zeuge W. O.: Also, das Rausnehmen war ein händischer Vorgang. Der Rest lief automatisiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und ich will jetzt keine Details wissen; aber ich will nur wissen, wie hoch der Arbeitsaufwand ist: Werden da Häkchen gesetzt? Müssen Sie von rechts nach links schieben, oder müssen Sie da was eingeben, programmtechnisch? Also, mir geht es jetzt nur darum, wie viel Aufwand Sie mit Ihrer täglichen Arbeit bei der Bearbeitung der gelieferten Selektoren haben.

Zeuge W. O.: Mit den gelieferten Selektoren, das ist gar kein Aufwand.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na ja, oder gucken Sie sich die ganzen 14 Millionen jeden Tag an?

Zeuge W. O.: Nein. Also, die Lieferung der Selektoren ist für uns überhaupt kein Aufwand. Das wird automatisiert eingelesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber Sie müssen - -

Zeuge W. O.: Der Aufwand, der für uns dann zum Tragen kommt, ist einfach die Extraktion der bisher nicht definierten Suchbegriffe aus dieser Datenbank, zur Prüfung schicken und dann hin-

terher das Ergebnis, das zurückkommt, entsprechend einarbeiten. Der Arbeitsaufwand ist dann eben entsprechend, wie viele Daten abzulehnen waren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, die ankommenden Selektoren gehen erst mal in die Datenbank „Nicht definierte Suchbegriffe“.

Zeuge W. O.: Das ist *eine* Datenbank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber da gehen sie erst mal rein?

Zeuge W. O.: Da gehen sie erst mal rein, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da sind sie erst mal drin. Und die gucken Sie alle, die da drin sind, täglich durch?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch nicht.

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann sagen Sie es mir mal, wie Sie es machen.

Zeuge W. O.: Wenn Sie die Daten - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie müssen jetzt nicht in jedes konkrete Detailchen gehen. Ich muss mir nur halt grob vorstellen können, weil sonst werden meine Fragen unpräzise.

(Der Zeuge blickt zu
RD Philipp Wolff (BK))

Aber das wollte Herr Wolff wahrscheinlich sagen: nicht konkrete Arbeitsabläufe.

RD Philipp Wolff (BK): Das ist das Problem. Es ist für ihn natürlich wahnsinnig schwierig, zu sagen, wo endet das Konkrete, wo beginnt jetzt der abstrakte Prüfungsablauf, den er vielleicht schildern kann. Das war jetzt schon sehr konkret von der Fragestellung, wollte ich damit sagen und ihn darauf hinweisen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ich probiere, so konkret zu fragen wie möglich, und er muss so offen antworten wie nötig. Das ist die Kunst hier. Das ist ja ein kluger Zeuge, der schafft das.

Zeuge W. O.: Also, ich habe jetzt gerade gehört, ich soll es nichtöffentlich im Detail erklären.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hätte es natürlich jetzt gerne erst mal so ein bisschen grob öffentlich, damit ich die nächste Frage drauf aufbauen kann.

Also, mir geht es im Endeffekt darum: Wie handeln Sie bei der großen Zahl, die Sie uns eben nach meiner Meinung zu Recht ja genannt haben, diesen Aufwand? Weil, wenn ich mir jetzt vorstelle, Sie müssen jeden einzelnen Selektor, wie viel das auch immer sind, die da reinkommen, irgendwie prüfen: Das ist doch eine super Arbeit.

Zeuge W. O.: Die Prüfung erfolgte nicht täglich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, aber die Masse bleibt ja trotzdem, ob jetzt - -

Zeuge W. O.: Die Suchbegriffe wurden abgeholt, wurden in diese Datenbank eingestellt und bekommen einen nicht definierten Zustand. Und so standen sie dann in der Datenbank. Und unsere Aufgabe war es dann, einmal in der Woche diese Daten zu extrahieren und zur Prüfung zu schicken.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie gesagt, ohne dass Sie jetzt detailliert - - Aber war das denn so wenig, dass man das mal eben machen kann? Weil, wenn eine ganze Woche diese gelieferten Selektoren auflaufen - - Also, ich habe immer den Eindruck, das waren gar nicht so wenig; sonst wäre man ja auch nie auf 14 Millionen gekommen. Ist das nicht viel Arbeit?

Zeuge W. O.: Nein, es ist eine Abfrage in der Datenbank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das machen Sie nicht händisch, gucken sich - -

Zeuge W. O.: Ob jetzt *ein* Selektor rauskommt oder ob das 70 000 sind, also jetzt einfach mal so dahingesprochen: Das ist kein Aufwand.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie lassen die gegenlaufen zurück.

Zeuge W. O.: Das gibt die Datenbank zurück. Ich sage: Gib mir alle, die einen bestimmten Status haben. Und dann bekomme ich ein Ergebnis, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge W. O.: - ob es einer ist oder ob es 70 000 sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, und die schmeißen Sie dann raus. Wenn es eine bestimmte Sache ist, die nicht sein soll, schubsen Sie die raus, und die anderen überführen Sie.

Zeuge W. O.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt verstehe ich es. - Da wird dann angezeigt, wie viele von der Summe X - - Ich sage rein fiktiv nur mal: Wenn da 1 000 stehen, wird dann angezeigt: 200 akzeptiert, der Rest nicht.

Zeuge W. O.: Zu dem Zeitpunkt doch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge W. O.: Wir sind immer noch - - Wir prüfen ja nicht. Die haben in der Datenbank einen undefinierten Zustand.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In der Gesamtdatenbank.

Zeuge W. O.: In der Gesamtdatenbank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber in der Nicht-definierte-Suchbegriffe-Datenbank, da ist doch immer wöchentlich so viel drin, wie angefallen ist.

Zeuge W. O.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und von denen, Summe X, ich sage jetzt mal rein fiktiv nur als Zahl: 1 000, da werden Sie doch am Ende der Woche, wenn Sie extrahieren, sehen, von den 1 000 hat es - - 500 wären abzulehnen, 500 könnten Sie überführen.

Zeuge W. O.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das konnten Sie sehen.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie jetzt so an den Zeitraum Ihrer Arbeit so im Jahr 2015 mal sich erinnern: Wie viel wurden denn dann im Verhältnis, also prozentual, abgelehnt, und wie viel wurden rübergeführt? War die Mehrheit abgelehnt? War die Mehrheit überführt? Was würden Sie sagen?

RD Philipp Wolff (BK): Ich bitte den Zeugen, das in eingestufte Sitzung zu schildern dann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich will da gar keine konkreten Zahlen wissen. Das ist aber wirklich ganz abstrakt: Also, wie viel anteilig eher abgelehnt werden und wie viel überführt werden. Ich habe noch nicht einmal eine Summe, wie viel überhaupt das absolut ist.

(Christian Flisek (SPD): Das ist ja hoch abstrakt!)

RD Philipp Wolff (BK): Das ist meines Erachtens durchaus konkret, weil es genau die Aussage trifft: Ist es mehr oder weniger? Und in dem Fall müssen Sie ja konkrete Aussage - - Ob ich ganz konkrete Zahlen nenne oder ob ich sage: „Der überwiegende Teil in dem Fall wurde abgelehnt“, das ist eine sehr konkrete Aussage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wurden denn jeweils, in jeder Prüfung, Selektoren abgelehnt? Oder in manchen auch gar keine?

Zeuge W. O.: Also, in manchen auch gar keine.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, es gab Wochen, da waren alle okay.

(Der Zeuge nickt)

- Okay. Bei der Gesamtzahl der Pi mal Daumen 14 Millionen - also, ich nagele Sie da jetzt nicht drauf fest, wenn es 9 sind oder 18, wäre mir jetzt auch einerlei; aber ich sage jetzt nur mal diese 14, weil Sie das gesagt haben -: Sind das individuelle, oder ist das auch inklusive der Permutationen?

Zeuge W. O.: Diese Zahl bezieht sich auch auf die Permutationen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das ist - -

Zeuge W. O.: Also, wir sprechen über Selektoren, nicht über TKMs.

(Christian Flisek (SPD):
Nicht über - -)

- Über Telekommunikationsmerkmale, sondern über Selektoren.

(Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind zwei unterschiedliche Sachen!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wenn wir das - - Dann müssten wir das quasi runterbrechen, weil das ja die Permutationen mit einschließt. Dann wäre es eigentlich weniger, wenn wir den Endpunkt uns nur angucken würden. Und Sie gucken sich in dieser Nicht-definierte-Suchbegriffe-Datenbank - - Da stehen auch die Permutationen mit drin?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und jetzt gucken wir uns mal die Jahre an, die ich Ihnen genannt habe: 2005, 2008, 2013. Hat es da Veränderungen gegeben, oder ist das immer gleich geblieben, Pi mal Daumen 14 Millionen? Oder however.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Also 2005, 2008, da kann ich eigentlich keine Aussage mehr treffen, weil diese Datenbank 2011 neu aufgebaut wurde, und zu diesem Zeitpunkt ist sie eben angewachsen auf diese 14 Millionen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber waren Sie 2005 auch schon mit dem Thema beschäftigt?

Zeuge W. O.: Ich war schon mit dem Thema beschäftigt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und aus der Erinnerung so? Sie sollen ja nicht quasi - - oder aus der Erinnerung als Zeuge berichten.

Zeuge W. O.: Kann man nicht sagen, weil es da ein ganz anderes System war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was war da jetzt anders, dass Sie - - Also, ich will keine technischen Details wissen: Warum ist das so anders? Auch da: Wenn ich Sachen sammle, in irgendeiner Datenbank, auch 2005 - Datenbank ist Datenbank, oder nicht? Egal welches Format man nutzt.

Zeuge W. O.: Nein, das war keine Datenbank, sondern da gab es eine Zusammenfassung von Selektoren. Ich habe es auch beim letzten Mal schon gesagt: Das waren diese Equations. Und da wurde nicht der einzelne Selektor gezählt, sondern das war immer eine Equation, eine Masse an Selektoren. Und deswegen kann man da nicht sagen, wie viele Selektoren vorhanden waren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie viele Equations waren es denn? Dann könnte ich ja hochrechnen.

Zeuge W. O.: Weiß ich auch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Lagen die auf einem Extraserver, auf einem Extraspeichergerät?

Zeuge W. O.: Das war ein eigenes Netz.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, man hat die auf einem Netz liegen gehabt?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das wahrscheinlich auf irgendeinem Server auf irgendeiner Festplatte.

Zeuge W. O.: Bin nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie groß war denn die Festplatte?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da hat man sich gar keine Gedanken gemacht. „Passt schon.“

Zeuge W. O.: Solange ich speichern konnte - - Also, ich mache mir um die Technik keine Gedanken.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, okay. - Also, Sie wissen nicht, ob es da Zuwachs gegeben hat, ob das weniger wurde. Da können Sie sich nicht dran erinnern.

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eigentlich müsste es ja erst mal kontinuierlich mehr geworden sein ab dem Start, oder nicht? Wenn Sie Wochen hatten, wo Sie gar keine abgelehnt haben, wenn es Wochen gab, wo Sie abgelehnt haben - - Aber es kam ja immer irgendwas in die Gesamtdatenbank, ab 2011 dann, wie gesagt, in einem anderen System, klar. Aber es müsste ja kontinuierlich erst mal angewachsen sein.

Zeuge W. O.: Also, seit 2011 ist es mit Sicherheit angewachsen, weil die Datenbank historisiert: Es wurde nichts mehr aus dieser Datenbank gelöscht, sondern es kamen nur noch Selektoren dazu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil ja vorher quasi schon ausgewählt wurde, was dazukommen sollte.

Zeuge W. O.: Nein, es kam immer alles dazu.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, jetzt bei den nicht definierten Suchbegriffen hat man doch geguckt, welche Sie überführen können.

Zeuge W. O.: Die waren trotzdem in der Datenbank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In der Gesamtdatenbank.

Zeuge W. O.: In der Gesamtdatenbank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die waren dann nur irgendwie geflaggt oder so was.

Zeuge W. O.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nicht aktiv gestellt.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnte man denen denn auch - entgegen der Vorgabe - das Flag wieder wegnehmen? Zum Beispiel, wenn man sagt: Das ist doch interessant, dieser - -

Zeuge W. O.: Ja, das ist durchaus technisch möglich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann ja vielleicht nachträglich etwas, was erst geflaggt ist als nicht aktiv, dann aufgrund des Auftragsprofils auf aktiv gestellt werden, zum Beispiel mit G-10-Anordnung? Also, zu so was wäre das gut?

Zeuge W. O.: Also, es wäre technisch möglich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, für so was wäre das gut gewesen. Weil sonst fragt man sich ja: Warum kommen auch die abgelehnten in die Gesamtdatenbank?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, die Gesamtdatenbank schließt abgelehnte ein.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt würde ich natürlich wieder gern wissen, wie das Verhältnis in der Gesamtdatenbank von aktiv zu nicht aktiv ist; aber da wird der Herr Wolff sich melden.

RD Philipp Wolff (BK): Da kann der Zeuge in eingestufte Sitzung relativ genaue Angaben dazu machen, hoffe ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weil das wäre natürlich sehr, sehr spannend, weil die Zahl wirkt ja sehr groß. Wenn von 14 Millionen 13,5 Millionen aktiv sind, dann ist das was anderes, als wenn von 14 Millionen 4 Millionen aktiv sind beispielsweise, finde ich. Das wäre interessant zu wissen. Da können Sie sich ja schon mal bis dahin eine gute Antwort überlegen. Jetzt gucken wir uns mal die folgenden Jahre an: Wie sieht es denn dann so 2013 und 2015 aus, also nach 2011, wo Sie dann auch dementsprechend den Überblick haben? Ist es da mehr oder weniger geworden?

Zeuge W. O.: In der Datenbank?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge W. O.: Es ist mehr geworden. Es wurde ja nichts gelöscht aus der Datenbank. Sie historisierte ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und 2015, immer mehr geworden? Kontinuierlich bis heute wird das mehr?

Zeuge W. O.: Bis heute nicht; das ist ja eingestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was ist eingestellt?

Zeuge W. O.: Die Abholung von Selektoren vom AND.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber die Datenbank selber besteht ja. Die hat jetzt quasi - -

Zeuge W. O.: Die ist eingefroren worden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Statisch bleibt es bei der Summe?

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und bis zu dem Einstellen ist es kontinuierlich angewachsen, nie weniger geworden?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Gesamtdatenbank, umfasst die nur von der NSA gelieferte Selektoren oder auch von anderen ANDs der Five-Eyes-Staaten? Weil andere sind ja nicht Untersuchungsgegenstand.

Zeuge W. O.: Es gibt ja zwei verschiedene. Es gibt die Datenbank für IP-Selektoren, und es gibt die Datenbank für Selektoren für Wählverkehr. Für Wählverkehr ist es eine gemeinsame Datenbank. Für IP-Selektoren ist es nur der Bestand der NSA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die 14 Millionen, von denen Sie reden, welche der beiden ist das? Oder ist das die Gesamtzahl?

Zeuge W. O.: Das ist die - -

RD Philipp Wolff (BK): Da bitte ich den Zeugen, entsprechende Angaben in eingestufte Sitzung zu tätigen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na, das wird ja eine spannende Sitzung werden. Das wäre ja schon interessant, nicht? Wissen Sie es denn? Frage ich erst mal, bevor wir da in die eingestufte Sitzung kommen.

Zeuge W. O.: Also, ich denke, ich kann Ihnen eine Antwort geben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, da können Sie eine Antwort drauf geben, aus welcher Abholung diese beiden Datenbanken gespeist sind, ob das vom GCHQ gekommen ist oder so was. Da könnten Sie in der eingestufte Sitzung - -

Zeuge W. O.: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich weiß nur, dass es von der NSA, das Profil der NSA - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ich will jetzt nur wissen, ob er eine Antwort drauf geben kann, weil meine Sorge ist nämlich: Er kann es nicht. Also, ich will Ihnen nichts Böses, nicht?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist in der Gesamtdatenbank klar, bei den Wählverkehren, welcher AND der Five-Eyes-Staaten welchen Selektor geliefert hat?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weiß man gar nicht.

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wäre das nicht einmal eine kluge Frage so auf lange Sicht gewesen? Also, ich würde wissen, wer auf meiner Festplatte irgendwelche Daten geliefert hat.

Zeuge W. O.: Für uns war das immer die NSA, die die Daten lieferte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, ich dachte, Sie hätten zwei verschiedene: IP und Wählverkehre.

Zeuge W. O.: Ja, aber beide Datenbestände kamen auch von der NSA. Nur in der einen waren nur NSA-Selektoren, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge W. O.: - und in der anderen waren NSA- und BND-Selektoren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so, ich hatte aber gefragt: andere AND der Five Eyes.

Zeuge W. O.: Ach so, dann habe ich es falsch verstanden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da hatten Sie Ja gesagt.

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das hatte ich so verstanden. Sorry.

(RA Johannes Eisenberg:
Haben wir hier nicht
gehört!)

Zeuge W. O.: Hatte ich nicht verstanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weil das ist ein Unterschied natürlich, nicht? - Aber in den beiden Datenbanken - IP und Wählverkehre -, da ist nichts drin von anderen ANDs der Five-Eyes-Staaten?

Zeuge W. O.: Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so, jetzt doch nicht.

Zeuge W. O.: Nein. Wenn Sie so fragen, weiß ich es nicht. Der Datenbestand ist von der NSA, den wir bekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das - - Okay. - Vielleicht drücke ich mich ein bisschen unglücklich aus. Also, es haben nicht andere ANDs der Five-Eyes-Staaten direkt Ihnen Daten-selektoren zugeliefert? Also, es ist nicht GCHQ gekommen und hat gesagt: „Wir stellen auch Selektoren bereit, vielleicht in einem anderen Bereich“? Und dann ist das - - Also, der BND pflegt nicht eine Gesamtdatenbank, wo jedweder Selektoren einsteuert?

Zeuge W. O.: Meines Wissens nicht, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Wo sind denn dann Selektoren, die andere ANDs dem BND zur Verfügung stellen? Gibt es dann weitere Datenbanken?

RD Philipp Wolff (BK): Ich bitte den Zeugen darum, lediglich - selbst wenn er es nicht weiß - in eingestufte Sitzung Angaben zu machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wenn Sie das nicht wissen, können Sie es doch auch hier sagen.

RD Philipp Wolff (BK): Ich habe das Gefühl, dass die Fragen immer dazu führen, dass der Zeuge überlegt und missverständliche Antworten gibt, weil er glaubt, er kann nicht so viel sagen. Und da fürchte ich, dass das hier auch falsch rüberkommt. Ich glaube, in eingestufte Sitzung kann es im Zusammenhang geschildert werden, sodass kein verfälschter Eindruck entsteht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, vielleicht noch mal an den Zeugen: Ich halte es für gut, wenn der Zeuge überlegt. Und zum Zweiten: Dann, wenn Sie etwas nicht wissen, können Sie natürlich sagen: Das weiß ich nicht. - Also, Sie brauchen nicht versuchen, etwas zu erklären, was Sie nicht wissen. Sie sollen nur aus dem Wissen berichten. Also, Sie müssen sich jetzt nicht, was Sie nicht wissen, herleiten, um mir eine Frage zu beantworten. Dass das auch klar ist. Also, wenn Sie sagen: „Das weiß ich nicht“, dann sagen Sie einfach: „Das weiß ich nicht“, nicht? Weil, ich glaube, darauf will der Herr Wolff hinaus. Sie brauchen sich jetzt nicht eine Antwort konstruieren und liegen möglicherweise neben dem Schwarzen, weil Sie es gut meinten. Das soll nicht sein.

Zeuge W. O.: Das ist im Augenblick sehr schwierig, weil man sehr viel hört, und man weiß nicht mehr, ob man es selber weiß oder ob man es aus Hörensagen weiß.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das können Sie berichten!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das vom Hörensagen interessiert aber mich jetzt nicht, sondern mich interessiert hauptsächlich, was Sie wissen, insbesondere ja aus Ihrem Tätigkeitsfeld. Und also, wie gesagt, Sie haben alle Zeit, machen Sie sich noch mal vor Ihren Augen Ihren Arbeitsalltag bewusst.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und jetzt frage ich trotzdem noch mal: Können Sie im nichtöffentlichen oder eingestuftem Teil uns denn erklären, ob - ja oder nein, gegebenenfalls auch nein; es soll alles möglich sein - es weitere Datenbanken gibt für andere ANDs der Five-Eyes-Staaten? Können Sie dazu im nichtöffentlichen Teil was sagen, oder wissen Sie es gar nicht?

Zeuge W. O.: Ich weiß es nicht. Also, bei uns in Bad Aibling nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Mehr brauchen Sie nicht sagen. Sie sollen nicht spekulieren, vermuten oder sonst - -

Zeuge W. O.: Also, auch die 14 Millionen, sollte ich noch mal drauf hinweisen, das ist Hörensagen. Ich weiß es nicht aus eigenem Wissen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist auch gut, dass Sie es jetzt noch mal sagen. Okay. - Also, Sie haben sich nie über eine Gesamthöhe Gedanken gemacht?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben auch nie in einer Situation gestanden, wo Sie gesagt haben: Der Arbeitsaufwand wird zu hoch, oder - - Das klappte alles problemlos.

Zeuge W. O.: Ab 2008 ja, weil ab 2008 hatten wir umgestellt. Vorher wurde es ja bei uns selbst geprüft. Dann wurde der Arbeitsaufwand zu hoch, und dann haben wir uns eben dieses Verfahren überlegt, dass man es in München, also in der Zentrale, prüfen lässt, automatisch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was dann 2011 in Betracht - - aktiv wurde, also eingeführt wurde.

Zeuge W. O.: Nein, das war vorher auch schon aktiv, aber 2011 wurde es halt anders gemacht dann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und da wurde der Arbeitsaufwand für Sie natürlich deutlich geringer.

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vorher, um noch mal - - Ich hatte es ja eben auch schon mal gefragt. Da habe ich so gesagt oder Ihnen ins Wort gelegt, vielleicht in den Mund gelegt: Das haben Sie so nebenher gemacht. - Vorher hat es welchen Arbeitsanteil Ihrer täglichen Arbeit ausgemacht?

Zeuge W. O.: Vor 2008?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge W. O.: Ja, das waren doch mehrere Stunden am Tag. So vier Stunden, ein halber Tag.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ein Tag der Woche, altogether, kann man sagen, war für Sekretoren.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So Pi mal Daumen.

Zeuge W. O.: Ja, fast mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Pi mal Daumen, was sollen wir sagen? 15, 20 Prozent der Arbeit? 10, 15, 20?

Zeuge W. O.: Also vor 2008 durchaus mehr: 25, 30 Prozent.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und hinterher?

Zeuge W. O.: Und hinterher 10 Prozent.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Wie sieht das denn aus, wenn wir uns mal nur die aktiv gestellten anschauen wollen? Kann man da technisch herausfinden, wie viele der Gesamtzahl aktiv gestellt sind? Also, wenn ich jetzt fragen würde: Ich möchte jetzt mal von den - wir bleiben mal bei der Zahl - 14 Millionen wissen, wie viel denn aktiv sind. Das könnte man generieren? Auch wenn Sie es jetzt nicht wissen: Man könnte eine Antwort generieren? Oder geht das technisch nicht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Doch, das müsste gehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wenn ich wissen will - - Die Gesamtzahl interessiert mich nicht, sondern für mich ist interessant, wie viel da aktiv drin ist: Die Antwort könnte man mir geben. Also, ob Sie es jetzt können, will ich gar nicht im öffentlichen Teil wissen, aber darüber könnten wir mit hundertprozentiger Klarheit informiert werden?

(Der Zeuge nickt)

- Das ist doch schon mal was.

Jetzt höre ich immer, es gibt eine zweite Liste, und die würde Ablehnungsliste genannt werden. So wird das immer gesagt. Ist das - - Und Liste ist ja sowieso, klingt wie so ein Papierausdruck von so einem alten Plotter mit Endlospapier. Wir reden von Datenbanken immer noch?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Gibt es da so eine Art Ablehnungsdatenbank?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das sind die geflaggt quasi oder gehäkchenten oder - -

Zeuge W. O.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was wäre der richtige Begriff? Geflaggt, gehäkchent? Oder wie sagen Sie dazu?

Zeuge W. O.: Die sind geflaggt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Geflaggt, so. - So. Im Endeffekt gibt es eine geflaggte, nicht aktiv; die ein anderes Flag haben oder keins, die sind aktiv. Und das wird jeweils als Liste bezeichnet. Also, Listen führen Sie nirgends.

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wenn, müsste man es ausdrücken. Da hätte man eine Liste.

Zeuge W. O.: Dann wäre es eine Liste.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Macht man so was ab und zu? Oder hat man ... (akustisch unverständlich)

Zeuge W. O.: Jetzt zum Beweisbeschluss wurde es gemacht, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Da wurde die Gesamtliste oder die geflaggte Ablehnungsliste, was wurde da ausgedruckt?

Zeuge W. O.: Also, soweit ich weiß, nur die Ablehnungsliste. Ich weiß nicht, ob der Gesamtbestand.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei 14 Millionen ist wahrscheinlich auch relativ viel zu drucken. Oder - -

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja? Nein?

Zeuge W. O.: Also, soweit ich weiß, wurde nur die Ablehnungsdatei erstellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - „Datei erstellt“ heißt extrahiert?

Zeuge W. O.: Diese Ablehnungsliste.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In eine Datei -

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - extrahiert -

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und dann auch mal ausgedruckt.

Zeuge W. O.: Genau.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wissen Sie vielleicht, wann das grob war?

Zeuge W. O.: Wann? Zum Beweisbeschluss 26, denke ich, war das.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Davor nie?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat mal irgendein Sachbearbeiter gesagt: „Die möchte ich mal ausdrucken“?

Zeuge W. O.: Nicht dass ich wüsste; nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nicht? - Warum sollte man das auch machen, nicht? Macht ja eigentlich keinen Sinn, wenn man sie im Computer hat. Kann da jeder drauf zugreifen? Ist das so ein System, wo jeder, der damit zu tun hat, drauf zugreifen kann?

Zeuge W. O.: Wer einen Zugang hat auf dieses System, kann draufschauen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Müsste man es eigentlich auf - -

Zeuge W. O.: Es ist ein Rechtemanagement, dass nicht jeder alles drauf machen darf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge W. O.: Aber reinschauen, denke ich mal, jeder, der einen Zugang hat, kann reinschauen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Macht es eigentlich keinen großen Sinn, eine Liste auszudrucken, oder?

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann ist das Wort „Liste“ schon mal wahrscheinlich auch unglücklich gewählt, weil das suggeriert so ein bisschen, als würden da so in Aktenordnern Listen geführt werden.

Zeuge W. O.: Also, es wurde diese Ablehnungsliste generiert aus dieser Datenbank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das ist dann eine eigene Datei wahrscheinlich, eine generierte Datei.

Zeuge W. O.: Das war eine generierte Datei; aber sie wurde eben nur zum Beweisbeschluss generiert -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge W. O.: - und nicht vorher.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und dann für uns quasi ausgedruckt statt gemailt sozusagen.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber wenn man - - So davor in der Zeit, dass vielleicht 2013 irgendwer mal sagte: „Oh, wir müssen das mal ausdrucken“, ist Ihnen nicht bekannt?

Zeuge W. O.: Ausgedruckt nicht, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Würde das einer machen, also der damit beschäftigt ist, würde der auf den Printerknopf drücken?

Zeuge W. O.: Glaube ich nicht. Also, ich weiß es nicht; aber ich kann es mir nicht vorstellen, dass einer einfach mal auf „Drucken“ geht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn man Ihnen sagt: „Da müssen wir mal reingucken; da sind zu wenig geflaggt; vielleicht haben wir das was übersehen“? Würde man Ihnen da einen Ausdruck zuschicken und sagen: „Guck mal“? Oder würde man sagen: „Pass mal auf, wenn ich mir die aufrufe, da sind ja Sachen drin, die passen nicht“? Und wahrscheinlich zum Hörer greifen oder wie auch immer und sagen: Guck mal - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Ich weiß es nicht, wie das normalerweise laufen würde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist Ihnen das mal vorgekommen in der Zeit, dass man nachkorrigiert hat bei der Kontrolle der gelieferten Selektoren, also in dem Bereich „Nicht definierte Suchbegriffe“, dass man da die Kriterien verändert hat?

Zeuge W. O.: Das ist passiert. 2013 - hatten wir auch in der letzten Sitzung schon - wurde ich von meinem Dienststellenleiter aufgefordert, nach Europäern zu suchen in dieser Datenbank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dienststellenleiter war noch mal?

Zeuge W. O.: R. U.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie hat er das gemacht, Sie dazu aufgefordert?

Zeuge W. O.: Das hat er mündlich gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Telefon oder -

Zeuge W. O.: Nein, in seinem Büro.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - in einem Gespräch?

Zeuge W. O.: Er hat mich angerufen: Ich soll mal rüberkommen zu ihm. Dann war ich in seinem Büro, und dann hat er mir den Auftrag erteilt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat der auch einen Zugang zu der Liste, also zu der Datenbank?

Zeuge W. O.: Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber er hat Ihnen das nur gesagt, er hat Ihnen das nicht gezeigt, hat gesagt: „Guck doch mal hier, oder gucken Sie doch mal hier, da ist ja hier ‚fr‘ drin“?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Er hat Ihnen das nur gesagt bei Ihrer Arbeit: Gucken Sie mal, dass auch da Europäer rausgefiltert werden.

Zeuge W. O.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das bekannt, dass die nicht rausgefiltert werden, oder war es ein Schock, als der Ihnen das sagte?

Zeuge W. O.: Nein, das war eigentlich bekannt. Wir haben immer nur nach G 10 gesucht in diesen Listen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Haben Sie dann gesagt: „Warum machen wir das jetzt? Macht doch viel mehr Arbeit“? Beziehungsweise nicht viel mehr. Sie haben ja erklärt: Es ist wie eine Suche. - Also jetzt - -

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht, was ich Ihnen da gesagt habe; aber ich habe den Auftrag einfach ausgeführt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Und haben Sie da nur aus dieser, ich sage es mal, Zwischenablage „Nicht definierte Suchbegriffe“ jetzt auch europäische recherchiert? Oder haben Sie gesagt: „Mensch, da müssten wir doch eigentlich mal oder man könnte doch eigentlich mal die Gesamtdatei auch noch mal gegenlaufen lassen; dann würden wir da auch noch viel mehr auf inaktiv, also Flag, setzen“? Oder haben Sie nur gesagt: „Das gilt ab jetzt; alles, was jetzt reinkommt europäisch, wird auch noch rausgenommen“? Oder hat man dann auch die Gesamtliste gegen-

Zeuge W. O.: Selbstverständlich sind wir auf die Gesamtliste gegangen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Muss ja - - Kann ja eine Policy sein, die man ab jetzt - - sagt: Ab jetzt nehmen wir auch die Franzosen raus, alles, was wir drinhaben.

Zeuge W. O.: Nein. Das war auch der Auftrag: Ich soll im Gesamtbestand suchen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: - was da an Europäern drin ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weil das sind ja dann schon zwei unterschiedliche Verfahren, nehme ich an: einmal die nicht definierten Suchbegriffe, die ja noch nicht so gestellt sind, dass sie aktiv sind. Und ich muss im Grunde die gesamte Datenbank noch einmal auf „fr“s usw. - -

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ohne dass ich Sie jetzt nach dem konkreten technischen Detail frage, aber dieses Recherchieren nach „fr“-Endungen, „it“-Endungen, was weiß ich was: Geht das, wie ich mir das bei Outlook vorstelle? Oben eine Eingabe, dann gibt es da - - Ist das hoch kompliziert?

Zeuge W. O.: Nein, das ist relativ einfach. Das ist eine Filterfunktion in der Datenbank. Sie geben den Begriff ein, nach dem Sie suchen, und dann kriegen Sie das Ergebnis angezeigt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Also irgendwie, wie man Strg+F kennt, so funktioniert das auch so ungefähr da.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt sind ja Selektoren nicht nur E-Mails.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt soll es da ja auch andere Selektoren geben, bei denen man nicht so einfach erkennen kann, dass das eine „fr“-Endung ist.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie macht man das Suchen denn da? Geht das dann auch mit dem bildlichen Strg+F, oder ist das eine etwas pfiffigere Angelegenheit?

Zeuge W. O.: Das ist - - Also, nach so was habe ich auch nicht gesucht, weil ich es nicht kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie waren für E-Mails zuständig?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt gibt es ja doch viel mehr Selektoren, vermute ich mal, nicht nur E-Mails und Handynummern, sondern andere Möglichkeiten der Verkehre bei IP-Verkehren. Wie ist denn das mit dem ganzen Bereich Messenger-Dienste?

RD Philipp Wolff (BK): In eingestufte Sitzung kann der Zeuge dazu Angaben machen. Das haben wir in der Vergangenheit so gehandhabt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Ich frage mal so: Haben Sie auch Selektoren, die zu Messenger-Diensten gehören? War das auch der Arbeitsauftrag, der Ihnen von R. U. erteilt worden ist, da auch europäische rauszunehmen? Oder bezog sich der auf E-Mails?

Zeuge W. O.: Es bezog sich auf Europäer, soweit erkennbar es sich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge W. O.: Natürlich kann man es auch nur machen, wenn es erkennbar ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Und das ist relativ einfach, soweit erkennbar.

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Soweit nicht auf Anhieb erkennbar, müsste man sich ein bisschen darum bemühen, und das würde Zeit kosten, andere zu identifizieren. Da müsste sich jemand schon mal einen etwas längeren Zeitraum damit beschäftigen.

Zeuge W. O.: Hm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnte das ein Kollege parallel zu Ihnen gemacht haben, dass man da mal sagt, da sitzt einer dran, und der guckt sich andere Dinge an, die nicht so prima facie erkennbar sind?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Durchaus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt das?

Zeuge W. O.: Durchaus.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnte oder ist oder hat? Können kann viel.

Zeuge W. O.: Also, der Dr. T. hat sich mit Sicherheit damit beschäftigt, weiß ich aber jetzt aus früheren Tagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auf den will ich hinaus.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Der hat sich wahrscheinlich aber nicht mit den Dingen beschäftigt, wo man einfach mal „fr“-Endungen rausnehmen konnte, sondern der hat sich wahrscheinlich dann mit den anderen Sachen beschäftigt, die etwas „trickier“ waren.

Zeuge W. O.: Das weiß ich nicht, mit was sich der Dr. T. beschäftigt hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie da gar nicht mit ihm geredet? Weil wenn der auch da dransitzt, wäre doch einfach - -

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hätte man ja möglicherweise auch Arbeit doppelt gemacht, hätte man ja vermeiden können, wenn man miteinander redet. Der hat auf jeden Fall länger gebraucht als Sie.

Zeuge W. O.: Ja?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warum? War der zu kopflastig oder - -

Zeuge W. O.: Müssen Sie ihn selber fragen. Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber wenn Sie das so flink können, warum braucht der so lange? Also, auch nicht endlos lange. Aber wie kommt das?

Zeuge W. O.: Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, wissen Sie nicht. - Bei dem Nachrecherchieren und bei dem Auftrag von R. U., jetzt auch die Europäer rauszufiltern, was würden Sie sagen: Wie viel von der Gesamtdatenbank ist dann rausgefallen prozentual, auf deaktiv? War dann die Hälfte weg? Zwei Drittel?

RD Philipp Wolff (BK): Kritik: Zu den Größenanteilen, hatten wir schon vorhin: in eingestufte Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oh, jetzt habe ich es nicht gesehen gerade, sorry.

RD Philipp Wolff (BK): Bitte in eingestufte Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Schade eigentlich. Das wüsste ich schon gerne. Aber Sie haben das dann so gemacht, haben deaktiv geflaggt, und dann ging es erst mal 2013 weiter.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bis 2015.

Zeuge W. O.: Hm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was dann hinten bei rauskam, war das noch für den BND attraktiv? Weil dann ist es ja zumindest weniger gewesen. Könnte man dann sagen: „Mensch, da können wir unser Auftragsprofil jetzt gar nicht mehr erfüllen“?

Zeuge W. O.: Ich sehe das Ergebnis nicht, was hinten rauskommt. Ich bin nur für die Selektoren zuständig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so. Wer sieht das denn?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Das sieht der Nachrichtensbearbeiter vor Ort.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie mit denen gar keinen Kontakt, dass der sagt: „Mensch, was habt ihr denn da gemacht? Da funktioniert nichts mehr“?

Zeuge W. O.: Wir haben selbstverständlich Kontakt; aber wir haben uns jetzt hier nicht unterhalten, ob es weniger geworden ist oder nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn wir nur mal die E-Mails uns anschauen, was für Endungen sind Ihnen denn im täglichen - - bei dem Flaggen denn da aufgefallen? Also „fr“ habe ich ja schon mal genannt.

Zeuge W. O.: Bei welchem Flaggen?

RD Philipp Wolff (BK): Also, da bitte ich auch, in eingestufte Sitzung das zu behandeln. Da geht es dann um konkrete Selektionskriterien.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein, nicht, welche rausgenommen worden sind. Wenn Sie so am Wochenende, sage ich mal, also in der in einer Woche gelieferten Selektorendatei geschaut haben, welche setzen Sie aktiv, welche setzen Sie nicht aktiv, welche Endungen Ihnen da beim Durchlaufen so beegnet sind?

Zeuge W. O.: Wir haben sie nicht manuell aktiv gesetzt. Wir haben nur die abgelehnten -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so, Sie haben quasi nur - -

Zeuge W. O.: - quasi inaktiv gesetzt, und der Rest wurde automatisch auf aktiv gesetzt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, Sie haben nicht reingeguckt. Sie haben, sagen wir mal, „de“ raus- - dann wurde alles „de“ rausgezogen, alles andere war aktiv.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, Sie haben keinen individualisierten Prozess gemacht. Gar nicht, oder haben Sie mal gesagt: „Die individualisiert, weil die uns sonst durchhuschen würden“?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also quasi, es gab nie einen Prozess, wo eine bestimmte E-Mail-Adresse Ihnen zum Beispiel gegeben worden ist, und die sagen: „Die müsst ihr individuell rausziehen“?

Zeuge W. O.: Verstehe ich jetzt nicht, was Sie meinen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: patrick.sensburg@hotmail.com wäre bei Ihnen auf aktiv gesetzt gewesen, weil sie keine Kriterien des Deaktivierens erfüllt, die wäre automatisch durchgehuscht in die - - So. Ist dann je einer zu Ihnen gekommen und hat gesagt: „patrick.sensburg@hotmail.com rausnehmen“? Beispiel jetzt, nicht konkret. Also, so was ist nie passiert? Dass man gesagt hat, ein - -

(Christian Flisek (SPD): Das ist aber jetzt wirklich ein fiktives Beispiel! - Dr. André Hahn (DIE LINKE): - Ach, wir wissen nicht, was auf der Liste ist!)

Ich will nur gucken, ob es individuelle Fälle gegeben hat, dass Dinge nicht automatisiert generell, wie „de“-Endungen etc. - - sondern auch mal individuell jemand zu Ihnen gekommen ist und hat gesagt: Dies wird individuell auf deaktiv gestellt.

Zeuge W. O.: Wir hatten individuell Dinge, die wir klären ließen, und dann kam ein Ergebnis zurück, und dann hat man natürlich speziell diesen einen Teilnehmer dann rausgenommen, wenn das Prüfergebnis positiv war. So was gab es schon.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also ja. - Umgekehrter Fall auch, was eigentlich rausgenommen würde, weil es zum Beispiel eine



Nur zur dienstlichen Verwendung

„de“-Endung ist, aber wenn es eine G-10-Anordnung war, wurde es trotzdem auf aktiv - -

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das gab es nicht.

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wo wurde die Sache mit den G-10-Anordnungen dann geregelt? Nur in der BND-Datenbank?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die war ja getrennt.

Zeuge W. O.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, von der NSA gelieferte Selektoren, da gab es nie eine unmittelbare, zwar vielleicht indirekte, dass es Doppelungen - - weil es die gleichen waren. Aber es gab nie ein unmittelbares Einsteuern von Selektoren durch die NSA, die dann gedeckt war von G-10-Anordnungen.

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge W. O.: Meines Wissens nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Und jetzt gehen wir mal in den Zeitraum September 2013. Wie erklären Sie sich, dass da von R. U. der Auftrag erteilt worden ist, jetzt auf Europäer zu gucken?

Zeuge W. O.: Ich weiß es nicht. Das müssen Sie den R. U. fragen, warum er mir den Auftrag gegeben hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber Sie haben da keine Zusammenhänge gesehen mit den Veröffentlichungen Edward Snowdens oder - -

Zeuge W. O.: Nein.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum auch?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dass die Europäer jetzt rausgenommen werden sollen, ist halt so. Kein - - Haben Sie sich nicht gewundert, oder haben Sie gesagt: „Endlich mal“?

Zeuge W. O.: Wir haben uns gewun- - Ja, selbstverständlich habe ich mich gewundert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie sich nicht gewundert, oder haben Sie sich gewundert?

Zeuge W. O.: Ich habe mich gewundert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Weil Sie eigentlich für sinnvoll erachtet hätten, dass sie drin gewesen wären, oder umgekehrt schon immer gedacht haben: Eigentlich ist es ja gar nicht Auftragsprofil.

Zeuge W. O.: Weil wir bisher immer nur G 10 geprüft haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge W. O.: G 10 war für uns das oberste Gebot.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So weit, so gut. - Na ja. Ich würde ja gern Sachen fragen, aber - - Nur Sie und Dr. T., nur Sie haben in dem Bereich Selektoren auf „disapproved“ gestellt, richtig?

Zeuge W. O.: Das war der Auftrag an mich, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Aber andere Mitarbeiter auch oder parallel zu Ihnen? Dr. T. klammern wir jetzt mal aus bei dieser Betrachtung. Auch noch andere?

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht, ob der R. U. irgendjemand anderem noch einen Parallelauftrag gegeben hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Kann ich nicht beantworten.
Aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, ich kann nicht sagen, dass das, was Sie auf „disapproved“ gestellt haben mit irgendeiner Summe, dass das abschließend ist?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Ich hätte zwar noch einiges an Fragen; aber ich will jetzt mal gucken, ob die Kolleginnen und Kollegen vielleicht da nachhaken. Ich kann meine Fragen ja noch im Laufe einsteuern. - Danke Ihnen erst mal schon so weit.

Und wir kommen jetzt zu den Fragen der Ausschussmitglieder. Zu den Wortmeldungen. - Es beginnt die Fraktion Die Linke, und Kollege Hahn hat zuerst das Wort.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Es wird ja auch hier wieder das Problem kommen mit eingestuft und nicht eingestuft. Ich versuche trotzdem, ein paar Dinge jetzt noch mal nachzufragen.

Wie haben Sie sich denn auf die heutige Vernehmung vorbereitet? Haben Sie noch mal zum Beispiel Ihre Protokolle von den letzten oder von der Vernehmung hier gelesen?

Zeuge W. O.: Ja, das habe ich noch mal gelesen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und ist Ihnen da was aufgefallen? - Also, ich frage jetzt mal noch konkreter nach.

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es ist ja einiges inzwischen passiert, auch an Veröffentlichungen, und Sie haben uns ja einiges gesagt bei Ihrer letzten Vernehmung. Möchten Sie davon etwas korrigieren? Sie stehen ja unter Wahrheitspflicht, und es gab verschiedene Veröffentlichungen, die möglicherweise dem widersprechen, was Sie uns gesagt haben. Und deshalb will ich Ihnen einfach die Gelegenheit geben, hier zu sagen: Das und

das müsste ich jetzt im Nachgang doch noch mal etwas deutlicher und klarer sagen oder anders darstellen.

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Haben Sie nichts gefunden?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben auch nichts gefunden von ungefilterter Weitergabe von Daten an amerikanische Dienste, die also gar nicht gelaufen sind und wo auch keine G-10-Filterung stattgefunden hat?

Zeuge W. O.: In meinem Protokoll?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, das haben - - In Medienberichten zum Beispiel. Und möglicherweise haben Sie dazu etwas anderes gesagt.

Zeuge W. O.: Also, ich habe das gesagt, was ich weiß.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie wollen auch den Prüfungszeitraum nicht korrigieren, also, wie oft diese Selektoren tatsächlich geprüft wurden?

Zeuge W. O.: In welchem Zeitraum?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Generell, in welchen Abständen sie geprüft wurden.

Zeuge W. O.: Nein. Es hat sich nichts geändert. Sie wurden einmal wöchentlich geprüft und alle drei Monate das Gesamtprofil. So, wie ich es gesagt habe auch vorher.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nur noch mal zur Klarstellung: einmal wöchentlich die neuen.

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und alle drei Monate das Gesamtprofil.

Zeuge W. O.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut. Ich wollte das nur noch mal festgehalten wissen. Dann haben Sie vorhin gesagt: Sie haben die Selektoren zur Prüfung geschickt.

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Könnten Sie das noch mal erklären, das Schicken? Wer hat - - Sie galten ja bis jetzt immer, zumindest stand es so, als Selektorenprüfer. Wenn Sie es wo hingeschickt haben, dann haben Sie ja nicht geprüft.

Zeuge W. O.: Ich habe von 2005, als ich in Bad Aibling angefangen habe, bis 2008 die Daten geprüft, selbst. Ab 2008 wurde das Datenvolumen zu groß, und dann hat man es abgegeben und hat es in die Zentrale geschickt zum Prüfen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und wer hat dann geprüft und entschieden?

Zeuge W. O.: Das war ein Sachgebiet. Das ist T2AB.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das heißt, Sie selber haben das nicht noch mal gecheckt?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und dann haben Sie vorhin gesagt, es sei möglich, nachträglich bestimmte Dinge doch wieder scharfzustellen, dass sie also im System dann doch laufen.

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Hätte es also sein können, dass eine Liste nach Pullach geschickt wird, kommt zurück, so und so viel sind gesperrt, zehn, und am nächsten Tag geht jemand ran und macht die zehn händisch so, dass sie doch wieder laufen. - Ist das theoretisch möglich?

Zeuge W. O.: Theoretisch wäre es möglich, ja, wenn jemand den entsprechenden Zugang hat.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Welchen Sinn macht denn dann die Prüfung in Pullach, wenn ein Mitarbeiter, der den Zugang hat, oder jeder

Mitarbeiter, der den Zugang hat, die gesperrten wieder scharfstellen darf und kann, theoretisch jedenfalls?

Zeuge W. O.: Das weiß ich nicht. Kann ich nicht beantworten.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es muss doch eine Sicherung geben, dass eine abgelehnte Mailadresse oder wie auch immer nicht am nächsten Tag wieder von jemand anders wieder reingestellt werden kann in das System.

Zeuge W. O.: Also, so eine Sicherung ist mir in dem System nicht bekannt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die gab es nicht.

Zeuge W. O.: Ist mir nicht bekannt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay. - Sie haben dann vorhin gesagt, Sie waren nur für die Mails zuständig.

Zeuge W. O.: Nein, wir haben nur die Mails geprüft. Ich war für die gesamten Selektoren zuständig.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay. - Und ich will jetzt nur mal darauf hinweisen auf die Frage von Frau Renner. Da haben Sie gesagt, die Anweisung war nur darauf gerichtet, die Mails zu überprüfen, und dann haben Sie geantwortet: Genau, und Telefonnummern.

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Haben Sie also nicht nur die Mails, sondern auch die Telefonnummern geprüft?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wie könnte denn da eine Prüfung stattfinden, zum Beispiel, ob Europäer da drin sind? Also, bei Handynummern wissen Sie doch gar nicht, ob das jemand, ein Bürger aus einem anderen Land ist usw. oder der sich nur eine Karte in dem anderen Land gekauft hat. Wie konnten Sie das prüfen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Also, wie man theoretisch Handynummern überprüfen kann, können Sie gerne darlegen. Wenn es um konkrete Kennziffern geht oder Vorwahlen, dann ist es etwas anderes.

Zeuge W. O.: Bei Rufnummern hat man auch die Deutung mit dabei. Also, eine Deutung des Teilnehmers, und wenn da irgendwas drinstand - möglicherweise, dass es sich um einen Europäer handelt -, dann konnte man das natürlich auch verifizieren.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): War hinter jeder Telefonnummer eine Deutung?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich frage das nur mal, weil das bisher so klar nicht gesagt worden ist.

Zeuge W. O.: Hinter Telefonnummern: Ja.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): IP nicht!)

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay. - Dann haben Sie den Auftrag bekommen, Europäer rauszunehmen. Dann haben Sie gesagt, wie Sie das gemacht haben und was Sie da eingegeben haben zum Beispiel an Endungen von Mailadressen. Verstehe ich Sie aber richtig: Wenn die Mailadresse auf „net“, „org“ oder wie auch immer geendet hat, dann blieben die drin, auch wenn es Europäer waren, weil Sie die ja nicht rausgesucht haben?

Zeuge W. O.: Es wäre dann aufgrund dieser Filterung nicht rausgefallen, ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und da ist nicht noch mal irgendwie geprüft worden, ob möglicherweise ganz viele andere Mailadressen eine andere Endung haben und auch hätten rausgenommen werden können? Sie haben nur auf einen Suchbegriff gedrückt, die, die rauskamen, haben Sie dann rausgenommen, und die anderen

blieben drin, auch wenn es Europäer waren oder europäische Institutionen?

Zeuge W. O.: Richtig. Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das heißt, wenn ich Sie richtig verstehe, selbst nachdem Sie den Auftrag hatten, bestimmte Institutionen oder Personen, europäische Firmen mal rauszunehmen, können die trotzdem noch dringeblieden sein nach Ihrer Kontrolle, wenn Sie eine andere Endung, zum Beispiel bei der Mailadresse, hatten.

Zeuge W. O.: Also, ich denke, dass meine Kontrolle nicht zu 100 Prozent gegriffen hat.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, aber das macht doch eigentlich keinen Sinn. Also, wenn, dann hätte man sich doch auch alle mit den anderen Endungen angucken müssen. Sie haben auch dann den Auftrag nicht erfüllt.

Zeuge W. O.: Mein Auftrag war, nach Europäern zu suchen, so weit also. Und das habe ich gemacht aufgrund der Domains.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und weiter? Nur aufgrund der Domains, ja?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann würde ich gerne noch mal fragen, wie denn nicht benötigte Selektoren entfernt worden sind. Also, jemand, der in der Liste ist und wird jetzt währenddessen - - Mails meinetwegen - - der ist entweder verstorben oder nicht mehr verdächtig oder sonst was: Laufen die auf ewig weiter, auch wenn jemand zum Beispiel eine Telefonnummer hat, die jetzt ein anderer hat, weil die wechselt? Bleibt die immer drin? Oder wer nimmt die auf welche Weise raus?

Zeuge W. O.: Es gab bei Telefonnummern einen Löschmechanismus: Wenn die Rufnummer einem anderen Teilnehmer zugeordnet werden konnte, dann wurde das über einen Löschbefehl rausgenommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, wie konnten Sie das einem anderen Teilnehmer zuordnen? Sie haben eine Telefonnummer im System, -

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - die ist jetzt zwei Jahre drin. Jetzt wechselt der das Telefon, die kriegt jemand anders. Nun wird der andere jetzt abgehört, oder?

Zeuge W. O.: Wenn ein Nachrichtensbearbeiter reinhört in dieses Gespräch und stellt fest, das ist nicht mehr der Teilnehmer, den ich unter dieser Nummer erwarte, dann wird er rausgenommen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und was ist zum Beispiel bei Familienangehörigen, bei anderen, die das gleiche Telefon benutzen, die gleiche Nummer, oder Kindern oder Besuchern, die dort bei demjenigen zu Hause sind und das Telefon benutzen? Wie sind die geschützt?

Zeuge W. O.: Wenn ein Nachrichtensbearbeiter keinen ND-relevanten Inhalt sieht in diesem Gespräch, dann wird er das einfach wegdrücken. Er wird es einfach löschen, weil es keinen ND-relevanten Mehrwert gibt in so einem Gespräch.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber es wird dann erst mal rausgeschnitten oder mit - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danach müssten wir dann wechseln, weil die Zeit um ist. Aber die Antwort können Sie noch geben. - Danach wird es rausgeschnitten, hatte der Kollege gerade gesagt.

Zeuge W. O.: Ja, es wird erst mal erfasst, -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay.

Zeuge W. O.: - und wenn man keinen ND-relevanten Inhalt feststellt, dann wird es gelöscht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Herzlichen Dank. - Jetzt kommen wir zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek beginnt.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr O., was Sie jetzt gerade auch noch mal in der öffentlichen Sitzung hier gesagt haben, wenn ich das so zusammenfasse, aus Ihrer Sicht: Sie haben 2013 den Auftrag bekommen, nach Europäern zu suchen von dem R. U. Dann hatten Sie gesagt: Bis dahin war für uns oberste Priorität G 10. - Das heißt, das, was wir so gewöhnlich jenseits G 10 als deutsche Interessen definieren, hat vorher keine Rolle gespielt.

Zeuge W. O.: Also, nachdem wir zu diesem Zeitpunkt die G-10-Prüfung nicht selber gemacht haben oder die Prüfung eigentlich nicht selber gemacht haben, weiß ich nicht, welche Kriterien angelegt wurden.

Christian Flisek (SPD): Aber Ihnen ist - - Also, Sie haben ja sehr deutlich gesagt: Für uns war oberste Priorität G 10.

Zeuge W. O.: Richtig.

Christian Flisek (SPD): Eine andere Priorität, etwa dahin gehend, dass man versucht, deutsche Interessen auch zu berücksichtigen bei der Selektion der Selektoren, war Ihnen nicht im Alltag geläufig.

Zeuge W. O.: Nein, war es nicht.

Christian Flisek (SPD): Da tauchte insofern ein über G 10 hinausgehender Prüfungsmaßstab erstmals anlässlich des Auftrags von R. U. im Jahre 2013 auf, als der Auftrag hieß: Europäer suchen.

Zeuge W. O.: Richtig.

Christian Flisek (SPD): Und das, haben Sie gesagt, hat Sie dann auch überrascht.

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Überraschen kann es ja nur dann, wenn sozusagen es abweicht von dem bisherigen Arbeitsmaßstab.

Nochmal zurück zu der G-10-Prüfung. Die Selektion nach Top Level Domains, „de“, „com“, wie auch immer. Wie bewerten Sie denn heute im



Nur zur dienstlichen Verwendung

Rückblick - - Für wie sicher halten Sie eine G-10-Prüfung, die vor allen Dingen sortiert nach Top Level Domains?

Zeuge W. O.: Es ist eigentlich nur ein grobes Raster. Aber nachdem die Amerikaner ihre Selektoren - ich denke, ich darf es öffentlich sagen, habe ich letztes Mal auch - in Equations gruppieren und dort zu einem Teilnehmer alle Selektoren zusammengefasst werden und wenn einer aus dieser Equation auf geschützt gesetzt ist, alle Selektoren von diesem Teilnehmer nicht rausgeschickt werden in die Erfassung, ist es, denke ich mal, relativ zuverlässig. Meine Meinung.

Christian Flisek (SPD): Hm. Gut. - Ich frage Sie jetzt mal, weil der Vorsitzende ein Beispiel mit seinem Namen gebildet hat - - Ich habe gerade mal geguckt: Die E-Mail-Adresse als Selektor, ich sage jetzt mal: guenther-oettinger@ec.europa.eu [sic!], wie würde damit umgegangen? Wenn Sie nur dies als Selektor bekommen hätten, wie wäre man damit umgegangen?

Zeuge W. O.: Wann?

Christian Flisek (SPD): Bitte?

Zeuge W. O.: Wann?

Christian Flisek (SPD): Ja, schildern Sie mal, wenn denkbare Veränderungen im Umgang möglich gewesen wären. Also, ich sage jetzt mal, Zeitraum vor dem Auftrag von R. U., nach Euro päern zu suchen.

Zeuge W. O.: Vor dem Auftrag wäre die eingestellt gewesen.

Christian Flisek (SPD): Wäre eingestellt gewesen.

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, eine solche E-Mail-Adresse, die - - Ich sage jetzt mal: Einerseits ist ein Günther Oettinger sicherlich G-10-relevant; davon gehe ich aus. Und zum anderen wäre es sozusagen eine EU-Adresse, unter deren, sage ich mal, Top Level Domain, Second Level

Domain und Subdomain jedes Kommissionsmitglied und auch Kommissionsmitarbeiter, auch deutsche Kommissionsmitarbeiter, kommunizieren. Das wäre scharfgestellt worden nach Ihrer Ansicht bis 2013.

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das ist eine klare Aussage. Herzlichen Dank. - Und jetzt gab es diese Zäsur im Sommer 2013: War das eine einmalige Aktion? Also, man hat jetzt ausgehend von irgendeinem Motiv - ich glaube, Sie kennen es nicht, wie es dazu gekommen ist, haben Sie gesagt, oder Sie wissen nicht, warum es diesen Auftrag gab von R. U. - -

Zeuge W. O.: Ja, jetzt im Nachhinein: Klar.

Christian Flisek (SPD): Aber damals haben Sie es nicht gewusst.

Zeuge W. O.: Damals nein.

Christian Flisek (SPD): Man hat sich auch nicht drüber unterhalten. Man hat nicht gefragt: „Warum jetzt auf einmal Europäer?“, sondern man hat gesagt: Na ja, ein bisschen verwundert bin ich schon; aber ich mache es.

Zeuge W. O.: Genau.

Christian Flisek (SPD): Okay. - War das dann eine einmalige Suchaktion, oder ist dann tatsächlich der Prüfungsmaßstab für alles, was dann aktuell von diesem Tag an einget, geändert worden? Gab es sozusagen strukturierte Umstellungen in dem Prüfvorgang?

Zeuge W. O.: In dem Prüfvorgang - -

(Im Sitzungssaal ertönt über längere Zeit ein Brummen - RA Johannes Eisenberg: Kann man das Brummen abschalten?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir sind schon dabei. Herr Georgii kümmert sich schon drum. Keine Ahnung, es ist auch kein sonstiges



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mikrofon an. Ich hoffe, es geht schnellstmöglich aus. Oder vielleicht kann der Kollege links daneben das Mikrofon mal probieren.

(Der Brummtton verstummt)

- Sorry. Okay.

Christian Flisek (SPD): War das ein einmaliger Suchvorgang?

Zeuge W. O.: Also, von meiner Seite war es ein einmaliger Vorgang bzw. einmalig ja, wobei er sich über einen längeren Zeitraum hingezogen hat. Was seitens der Prüfgruppe umgestellt wurde, kann ich nicht sagen.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Jetzt ist es ja so: Das Scharfstellen eines Selektors ist das eine, die Frage, ob er Treffer erzielt, ist das andere. Richtig, nicht?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Über Treffer werden wir uns ja auch hier wahrscheinlich nicht unterhalten können. Jetzt haben Sie im Prinzip Profile erstellt für Bad Aibling.

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Bad Aibling macht Überwachung von Kommunikation in Krisengebieten. Sie haben gesagt: Ich war erstaunt, als ich auf einmal nach Europäern suchen musste. - Halten Sie das überhaupt für relevant angesichts möglicher Treffer, dass europäische Selektoren, also, ich sage jetzt mal, beispielsweise vom Herrn Oettinger, fiktives Beispiel, irgendeine Relevanz haben in Bezug auf die Überwachung von Krisengebieten?

Zeuge W. O.: Darf ich da was sagen zu, Herr Wolff?

RD Philipp Wolff (BK): Kann man abstrakt schildern, ja, wenn es jetzt nicht ganz konkret um Länder oder Regionen geht.

Christian Flisek (SPD): ... (akustisch unverständlich)

Zeuge W. O.: Ist relevant, weil natürlich auch europäische Institutionen in Krisenländern im Einsatz sind, die vor Ort gute Berichte liefern zu der aktuellen Lage in Krisengebieten.

Christian Flisek (SPD): Liege ich falsch, wenn ich vielleicht sogar noch darüber hinausgehe, dass also, ich sage mal, wenn jetzt jemand wie Günther Oettinger in den Jemen, nach Syrien, jetzt vielleicht nicht nach Syrien, aber, was weiß ich, in den Nordirak oder nach Afghanistan reist, ich meine, der ist dann zwei, drei Tage da, hält Kontakt mit seinem Stab in Brüssel, weil das Geschäft in Brüssel muss ja weitergehen, zu allen anderen Themen auch. Es ist ja dann quasi, wenn man den Oettinger scharfstellt, Kommunikation, die man da rausziehen kann.

Zeuge W. O.: Richtig.

Christian Flisek (SPD): Also nicht nur dieses gerade in Afghanistan, sondern wenn der auch gerade nach wie vor seine Projekte in Brüssel steuert, allgemein zu allen möglichen Themen, dann ist das alles drin, nicht?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Sie waren ja derjenige, dem zum ersten Mal diese berühmten Selektoren EADS und Eurocopter aufgefallen sind. Richtig?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Zeitlich umgrenzt, das war 2005, 2006?

Zeuge W. O.: Ja.

RD Philipp Wolff (BK): Zu konkreten Selektoren dennoch sind das eingestufte Unterlagen, auch wenn entsprechende Selektoren schon der Presse genannt wurden.

Christian Flisek (SPD): Jetzt hatte der Kollege Sensburg, der Vorsitzende, vorhin gefragt, wie oft es da so zu Ablehnungen gekommen ist usw. Das



Nur zur dienstlichen Verwendung

konnten Sie oder wollten es jetzt zumindest hier im Teil nicht genauer qualifizieren und quantifizieren. Aber irgendwo muss es ja dann einen Unterschied gemacht haben, dass Ihnen ausgerechnet das aufgefallen ist, im Vergleich zu Ablehnungen, die ja wohl schon vorher auch vorgekommen sind. Was war da sozusagen die besondere Qualität?

Zeuge W. O.: Wie es genau dazu kam, weiß ich nicht mehr. Ich denke mal, dass einfach mir bewusst war, dass bei diesen Konsortien möglicherweise auch G 10 betroffen sein könnte.

Christian Flisek (SPD): Also, es war ein Zufallsfund - oder?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und können Sie beschreiben, wie dann der Umgang - - Also, haben Sie das - - haben Sie Ihrem Vorgesetzten, direkten Vorgesetzten gemeldet dann - oder?

Zeuge W. O.: Nein, das habe ich unserem G-10-Juristen in der Zentrale gemeldet.

Christian Flisek (SPD): Und haben Sie über den weiteren Fortgang in der Behandlung dann irgendwelche Informationen und Kenntnisse?

Zeuge W. O.: Ich denke, ich wurde aufgefordert, das rauszunehmen.

Christian Flisek (SPD): Gezielt nur das?

Zeuge W. O.: Genau, ja.

Christian Flisek (SPD): Aber es hat nicht zu irgendwelchen strukturellen Änderungen geführt?

Zeuge W. O.: Meines Wissens nicht, nein.

Christian Flisek (SPD): Hatten Sie irgendwelche Vorgaben bei Ihrer Arbeit in Bezug, wie mit Selektoren umzugehen ist, ob es G 10 oder deutsche Interessen berührt? Gab es irgendwo schriftlich was, Richtlinien, Verwaltungsanweisungen: „So muss das laufen, eins, zwei, drei“?

Zeuge W. O.: Über die Selektorenprüfung nicht. Es gibt eine G-10-Anweisung, wie mit G 10 zu verfahren - - hat. Aber wie die Selektorenprüfung abzulaufen hat - nein.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Und Ihnen ist auch das sogenannte MoA nicht bekannt, persönlich?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Hatten Sie Kontakt zu dem Zeugen T. B. zu irgendwelchen Zeitpunkten?

Zeuge W. O.: Das war mein Vorgesetzter in Bad Aibling, ja.

Christian Flisek (SPD): In Bad Aibling war das Ihr Vorgesetzter. - Und hatten Sie mit ihm gesprochen über EADS und Eurocopter, über Ihre Zufallsfunde im Jahr 2005/2006?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht mehr, kann ich mich nicht erinnern.

Christian Flisek (SPD): Das wäre ja auch naheliegend - nicht? Also, wenn das der Chef in Bad Aibling ist, da draußen.

Zeuge W. O.: Ja. - Möglicherweise. Ich weiß es nicht mehr.

Christian Flisek (SPD): Da können Sie gar nichts zu sagen?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie keine Erinnerung?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Möglicherweise, aber Sie halten es nicht für ausgeschlossen?

Zeuge W. O.: Möglicherweise, ja.

Christian Flisek (SPD): Ich habe jetzt noch mal eine Frage grundsätzlicher Art. Sie haben gesagt,



Nur zur dienstlichen Verwendung

man hat es sozusagen da sich abgeholt vom Server, was die Amerikaner geliefert haben, irgendwie, ja, und dann hat man es einmal in der Woche da nach Pullach zur Prüfung geschickt.

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Warum einmal in der Woche? Warum ging - - Also, wenn das alles so easy ist, dann schicke ich das doch gleich. Also: Warum einmal in der Woche nur?

Zeuge W. O.: Von unserer Seite ist es einfach. Ich denke, dass der Prüfprozess in Pullach etwas aufwendiger ist.

Christian Flisek (SPD): Aber warum einmal in der Woche nur? Warum hat man nicht gleich, sozusagen, wie die Dinger reinkamen, einmal am Tag, zumindest morgens, vielleicht auch noch einmal abends - ich sage einmal - das Knöpfchen gedrückt und gleich nach Pullach geschickt zur Prüfung?

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht, warum man den Zeitraum festgelegt hat oder warum wir - -

Christian Flisek (SPD): Gibt es da gar keinen Grund für?

Zeuge W. O.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Ich finde es deswegen komisch, weil, wenn ich jetzt einmal unterstelle: Man überwacht da die Kommunikation in Krisengebieten. Da sind die ganzen bösen Taliban usw. vielleicht drauf mit ihren Kommunikationsdaten. Das Ganze gilt ja - so wird uns immer gesagt, und ich glaube das ja auch - zur Verhinderung von Anschlägen, Force Protection etc. pp. Da ist Zeit richtig wichtig.

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und dann kann ich mir das irgendwie - - Verstehen Sie, ich habe dann irgendwie ein Problem, wenn ich dann höre: Na ja, jetzt bleibt das erst mal eine Woche da liegen, und dann wird es einmal die Woche nach Pullach geschickt, und die prüfen dann lustig.

Zeuge W. O.: Es betraf ja nur die Selektoren der NSA. Unsere eigenen flossen ja sofort ein.

Christian Flisek (SPD): Also heißt das so ein bisschen: Mit denen von der NSA hat man Dienst nach Vorschrift gemacht?

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht, was Sie da diskutieren wollen.

Christian Flisek (SPD): Nein, es ist kein Vorwurf, sondern gab es da, was den Zeitfaktor betrifft, eine unterschiedliche Behandlung? Also die eigenen hat man, sobald die aus Ihrer Sicht safe waren, reingestellt? Den Rest hat man dann einmal die Woche - -

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Diese Prüfinstanz in Pullach, gab es die eigentlich von Anfang an der Kooperation, oder ist die erst zeitlich versetzt eingeführt worden, irgendwann einmal? Oder umgekehrt gefragt: Gab es Zeiten, wo man ohne Prüfung in Pullach Selektoren der NSA in Bad Aibling scharfgestellt hat?

Zeuge W. O.: Ja, von 2005 bis 2008.

Christian Flisek (SPD): Von 2005 bis 2008 haben Sie allein in Bad Aibling entschieden?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, erst ab 2008 kam dann Pullach ins Spiel?

Zeuge W. O.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Was war noch mal der Grund dafür, dass man dann so eine Prüfinstanz in Pullach eingeführt hat?

Zeuge W. O.: Weil die Menge an Selektoren einfach zu viel wurde, um sie manuell zu prüfen.

Christian Flisek (SPD): Okay, gut. - Dann habe ich jetzt erst mal keine weiteren Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz beginnt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da schließe ich direkt an. Herr O., war das der einzige Grund 2008?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Menge der Selektoren?

Zeuge W. O.: Meines Wissens ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben bis 2008 manuell geprüft, und dann wurde das automatisiert?

Zeuge W. O.: Genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und automatisiert werden konnte das nicht in Bad Aibling?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum nicht?

Zeuge W. O.: Weil wir die Vorgaben nicht hatten, was alles zu prüfen ist. Es gab ja in Pullach - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, Sie haben ja bis dahin geprüft.

Zeuge W. O.: Ja, manuell. Wir haben manuell nach G 10 geprüft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und danach hat man das geändert - oder?

Zeuge W. O.: Und danach wurde es automatisiert geprüft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum?

Zeuge W. O.: Weil in der Zentrale in Pullach gibt es ein System, das nennt sich DAFIS - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, klar. Aber warum kam man darauf, dass man mehr als G 10 prüfen musste?

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht, ob mehr geprüft wurde. Was dann geprüft wurde, weiß ich nicht. Es wurde nur automatisiert geprüft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihnen ist kein Vorfall bekannt, der das einordnet?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie so mit der Menge argumentieren. Sie sagen ja, das lag nur an der Menge. Und interessant wäre es, ob es einen Vorfall gegeben hat im Jahr 2008, der dazu geführt hat, dass man das geändert hat.

Zeuge W. O.: Also, ich weiß nichts von einem Vorfall.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht vom Hörensagen?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ist Ihnen eine generelle Überprüfung der Selektoren, bei der man relevante Dinge gefunden hat, in dem Zeitraum bekannt?

Zeuge W. O.: In 2008?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder kurz davor oder kurz danach.

Zeuge W. O.: Nein, ist mir nicht bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen eine generelle Überprüfung der Selektoren aus dem Jahre 2011 bekannt?

Zeuge W. O.: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht.

Zeuge W. O.: Nein. Also, generelle Überprüfung wurde ja dann jedes Quartal gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber noch mal im Grunde das, was Sie mit einer Spezialoperation bezeichnet haben im Jahr - - im Sommer 2013, dass man so was schon mal vorher gemacht hat?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nichts von gehört.

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen gänzlich unbekannt. - Sie sagten, die Prüfung, die Sie machen, machen Sie nur im Hinblick auf die E-Mails, die G-10-Prüfung bei den IP-Selektoren.

Zeuge W. O.: Vor 2008, oder?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor 2008 und dann danach bei den Häkchen, die Sie gesetzt haben.

Zeuge W. O.: Da kam ein Prüfergebnis zurück, und nur bei diesen, die zurückkamen, haben wir ein Häkchen gesetzt, egal was dann drin war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. - Aber wenn Sie 2013 europäische Bezüge gelöscht haben, dann war das auf jeden Fall nicht Teil der - -

Zeuge W. O.: Gelöscht habe ich gar nichts. Ich habe sie als geschützt markiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als geschützt markiert. Ich komme darauf auch nur, weil in den Akten steht: „löschen“. Deswegen komme ich auf Löschung. Da steht nicht: „Als geschützt markieren, Ausrufezeichen“, sondern da steht: „löschen“. - Aber gut. Okay.

Von der Anzahl der Selektoren, die eingestellt sind: Wie viele kann man überhaupt G-10-prüfen, lesen? Kann man andere als E-Mails überhaupt G-10-mäßig zuordnen? Und wenn ja, wie würden Sie den prozentualen Anteil der Gesamtmenge an Selektoren beziffern?

Zeuge W. O.: Da müssen Sie jemanden aus der Prüfgruppe fragen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht.

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es kann sein, dass Sie 1 Prozent aller Selektoren nur geprüft haben?

Zeuge W. O.: Mutmaßung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar.

Zeuge W. O.: Ja. Weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es kann sein.

Zeuge W. O.: Könnte sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Die IP-Datenbank, die Sie da gefahren haben, war nicht die des BND. Das waren nur amerikanische Selektoren. Der BND hat eine eigene IP-Datenbank, die er fährt. Ja?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber in Bad Aibling die, für die Sie mit zuständig waren, war nur die der NSA?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat denn die NSA auf dieses System irgendeine Form von Zugriff gehabt?

Zeuge W. O.: Zu Zeiten JSA selbstverständlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis zu welchem Jahr?

Zeuge W. O.: Ach, 2012, glaube ich, wurde JSA beendet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis zum Jahr 2012. - Und ist es theoretisch vorstellbar, dass aus der Ferne die USA ganz eigene Häkchen gesetzt haben, ergänzend oder gegenläufig Ihrer Häkchensetzung?

Zeuge W. O.: Kann ich mir nicht vorstellen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum nicht?

Zeuge W. O.: Weil das ja bei der nächsten Pauschalprüfung wieder aufgefallen wäre, dass etwas umgestellt worden ist. Das wäre aufgefallen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso wäre das aufgefallen?

Zeuge W. O.: Weil dann der gleiche Selektor wieder als abgelehnt kam. Und er wäre ja eigentlich schon definiert gewesen in der Datenbank.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber er ist drei Monate gelaufen in der Zeit!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich nicht. Sie können ja keine Aussagen darüber treffen, wie viele das jeweils waren. Und Sie haben ja die Selektoren nicht einzeln angeguckt.

Zeuge W. O.: Die, die abgelehnt wurden, die wurden einzeln wieder auf „abgelehnt“ gesetzt. Nur alle anderen wurden automatisiert auf „freigegeben“ gesetzt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge W. O.: Wenn jetzt irgendeiner da manipuliert hätte und hätte einen abgelehnten Selektor auf „angenommen“ gesetzt, dann hätte man ja bei

der nächsten Gesamtprüfung diesen Selektor wieder als abgelehnt bekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber worum es mir geht, ist: Die Amerikaner hatten bis zum Jahr 2012 Zugriff auf dieses System, das Sie bedient haben mit dem Häkchensetzen.

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht, ob sie Häkchen setzen konnten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber sie hatten Zugriff auf diese Datenbank.

Zeuge W. O.: Sie konnten mit Sicherheit reinschauen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher wussten Sie eigentlich oder wissen Sie eigentlich, dass diese Equation-Zusammensetzung korrekt ist? Haben Sie das überprüft? Also, wenn die Amerikaner gesagt haben: „Das ist eine Equation“, hat man das überprüft? Oder hat man das einfach so übernommen?

Zeuge W. O.: Was geprüft?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob tatsächlich das eben sozusagen richtig ist, dass in einer Equation die Selektoren, die alle auf eine Person sich beziehen, tatsächlich enthalten waren.

Zeuge W. O.: Geprüft haben wir das nicht, ich zumindest nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ich mich frage, Herr W. O., und das sage ich ohne jeden persönlichen Vorwurf - - Ich meine, ich frage mich ja: Warum haben Sie das überhaupt gemacht? Also, was war eigentlich Ihre Aufgabe, und warum hat man eigentlich die Selektoren so genau geprüft? Da ist ja irgendwie - - Der Verdacht liegt nahe, dass man dem Partner nicht komplett vertraut hat und man dachte: Oh, da könnte eventuell was durchrutschen. - Aber wie kann man sich denn dann zum Beispiel auf diese Zusammensetzung dieser



Nur zur dienstlichen Verwendung

Equation Groups verlassen, wenn man davon ausgeht, dass der Partner eventuell übergriffig ist, und man das ja auch mehrfach in der Vergangenheit erlebt hat? Also, warum bestand kein Bedürfnis von Ihrer Seite aus, das zu prüfen?

Zeuge W. O.: Dazu kann ich mich nicht äußern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal eine Frage zu dieser Spezialoperation - das haben Sie in der letzten Sitzung so genannt -, also diesem Auftrag, den Sie bekommen haben. War das eine Operation? War das eine abgeschirmte Operation?

Zeuge W. O.: Abgeschirmt? - Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie irgendwas dazu zu den Akten gegeben, das vermerkt?

Zeuge W. O.: Ich hatte den Auftrag von meinem Dienststellenleiter und habe ihn dann darüber informiert, was ich im ersten schnellen Prüfen gefunden hatte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Aber Sie - - Im Sinne einer E-Mail.

Zeuge W. O.: Ja, genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben keinen Abschlussbericht geschrieben oder so was.

Zeuge W. O.: Nein, so was habe ich nicht geschrieben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde Ihnen das untersagt? Oder ist das einfach nicht üblich beim BND, wenn man so eine sensible Operation, Spezialoperation durchführt?

Zeuge W. O.: Es wurde nicht gefordert. Aber es wurde auch nicht explizit untersagt. Also: Es wurde einfach nicht gefordert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mit irgendjemandem darüber geredet, dass Sie das gemacht haben?

Zeuge W. O.: Auf dem Gang mit Sicherheit mit verschiedenen Personen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das wurde Ihnen nicht explizit untersagt?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur weil: Das Bundeskanzleramt hat halt erst im März 2015 davon erfahren. Und wenn das im BND sozusagen locker auf den Fluren besprochen wird, wirft das im Hinblick auf die Aufsicht, die das Bundeskanzleramt macht, noch mal Fragen auf. - Aber gut.

Sie haben das auch im Hinblick auf Ihren Kollegen, den Herrn K. M., der in meiner Erinnerung Ihr Visavis in der Zentrale war, nicht thematisiert?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum eigentlich nicht? Muss der das nicht wissen, dass man da jetzt Zehntausende von Selektoren rausgenommen hat? Gibt es vielleicht ein Kommunikationsproblem: Was man in Bad Aibling locker auf dem Gang bespricht, erzählt man dem Kollegen in der Zentrale besser nicht?

Zeuge W. O.: Nein, wir haben ein wunderbares Verhältnis. Aber da bestand kein Bedarf, mit ihm darüber zu sprechen. Das war ein Auftrag meines Dienststellenleiters, den ich eigenständig erfüllen konnte. Also musste ich es nicht mit meinem Gegenüber in Pullach besprechen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr W. O., Sie schicken jede Woche sozusagen diese - - Ja, das ist das Prozedere. Es entscheidet Pullach, was eingestellt wird und nicht.

Zeuge W. O.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie löschen in einer Nacht-und-Nebel-Aktion, so darf ich das mal nennen, über ein paar Wochen Zehntausende von Selektoren. Und da wollen Sie mir sagen, Ihnen kommt das nicht komisch vor, dass Sie das der Zentrale, die eigentlich das managt, das Einstellen und Nichteinstellen von Selektoren, nicht sagen? Das kommt Ihnen nicht komisch vor?

Zeuge W. O.: Nicht im Geringsten, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wechseln. Als nächstes wäre die Fraktion der CDU/CSU dran. Frau Kollegin Warken beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Zeuge, einige Fragen haben meine Kollegen auch schon gestellt. Vielleicht doppelt sich manches. Das ist nicht gegen Sie gerichtet, sondern einfach, damit das auch für unser Verständnis besser ist.

Sie hatten gesagt, der Zeuge T. B., den wir ja auch später hören, sei ihr Vorgesetzter. Haben Sie ihm gegenüber Berichtspflichten? Haben Sie ihn regelmäßig - - oder informieren Sie ihn regelmäßig über das Ergebnis Ihrer Prüfungen?

Zeuge W. O.: Er war mein Vorgesetzter in Bad Aibling. Aber eine Berichtspflicht hatte ich ihm gegenüber nicht, nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Und haben ihm auch nicht berichtet über Prüfergebnisse?

Zeuge W. O.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie hatten uns in Ihrer letzten öffentlichen Vernehmung im Mai von problematischen Funden berichtet, die Sie im Jahr 2005 gemacht haben. Es ging dabei um Selektoren, die sich auf die Unternehmen EADS und Eurocopter bezogen. Können Sie es noch mal genauer sagen, wann konkret dieser Fund war? War das noch 2005, oder war das schon 2006?

Zeuge W. O.: Ich glaube, der eine war 2005, EADS. Und Eurocopter war dann 2006.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wen in Bad Aibling haben Sie denn über diesen Fund dann unterrichtet?

Zeuge W. O.: Das weiß ich nicht mehr.

Nina Warken (CDU/CSU): Den T. B.? Haben Sie T. B. darüber unterrichtet?

Zeuge W. O.: Das weiß ich nicht. Ich weiß, dass ich mit dem U. K. darüber gesprochen habe, meinem G-10-Juristen in Pullach. „Meinem“ ist übertrieben. Also, er war eben der Ansprechpartner für G-10-Fragen.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Sie haben sich dann direkt an das G-10-Referat gewandt und vorher aber nicht Rücksprache gehalten, dass Sie das nach Pullach - -

Zeuge W. O.: Möglicherweise habe ich mit dem T. B. darüber gesprochen. Ich weiß es nicht mehr.

Nina Warken (CDU/CSU): Kam es öfter vor, dass Sie sich direkt nach Pullach an das G-10-Referat gewandt haben?

Zeuge W. O.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Weil es vorher schon problematische Funde gab, die Sie dann nach Pullach gemeldet haben?

Zeuge W. O.: Es ist immer - - Ich meine, ich bin auch Ansprechpartner für G 10 in Bad Aibling. Und wenn unsere Nachrichtenbearbeitung irgendwo ein Problem sah, in irgendeiner Erfassung, und mich darüber informiert hat, dann habe ich eben entsprechend Rücksprache gehalten, wenn ich selber nicht weiterwusste.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie da Beispiele nennen?

Zeuge W. O.: Das hatten wir auch beim letzten Mal. Ja. Wenn ein Routineverkehr - - Also zwei ausländische Teilnehmer unterhalten sich über



Nur zur dienstlichen Verwendung

eine deutsche Firma im Inhalt: ob das jetzt als G 10 einzustufen ist oder nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Auf diese konkrete Meldung der kritischen Selektoren, die wir gerade genannt haben, wie hat denn da Pullach reagiert? Oder wie hat dieser G-10-Jurist dann darauf reagiert?

Zeuge W. O.: Auf diese Funde?

Nina Warken (CDU/CSU): Ja.

Zeuge W. O.: Er hat, denke ich mal, geprüft, und hat mir dann gesagt, was ich zu machen habe, nämlich die Selektoren rauszunehmen von diesen beiden Firmen.

Nina Warken (CDU/CSU): Und gab es dann da in der Folge irgendwelche Änderungen, irgendwelche Anweisungen, den Prüfablauf zu ändern?

Zeuge W. O.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Und in Bad Aibling selbst hatten Sie dann mit niemandem darüber gesprochen? Da gab es dann keine Veränderungen? Hat die Entdeckung keine Folgen gehabt?

Zeuge W. O.: Nein. - Ob ich mit dem T. B. darüber gesprochen habe, weiß ich nicht mehr. Aber solche Funde gab es immer wieder. Das ist ein normaler Vorgang, also war jetzt nichts Besonderes.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Sie hatten gesagt, Sie seien mehr oder weniger darüber gestolpert, über diese beiden Begriffe. Es ist natürlich - ja - erst mal erstaunlich. Aber vielleicht können Sie noch mal schildern, wie es ablief mit der Prüfung, als die Prüfung noch direkt in Bad Aibling erfolgte. War das eine systematische Prüfung? War es eine vollständige Prüfung? War es eine stichprobenartige Prüfung? Wie sind Sie denn da vorgegangen?

Zeuge W. O.: Also, als die Prüfung noch in Bad Aibling stattfand, hat man täglich die Veränderungen im Profil des Partners gesehen und hat

dann eben gesehen: „Was kam an neuen Selektoren dazu?“ und hat die dann manuell geprüft, wirklich reingeschaut und gesehen: Was hat der Partner neu eingestellt? Und ich denke mal, in dem Zusammenhang sind eben diese beiden Firmen aufgetaucht.

Nina Warken (CDU/CSU): Und, wenn ich es richtig verstanden habe, nachdem Sie da ja nur auf G-10-Relevanz geprüft haben, war es dann mehr oder weniger ein Zufall, dass eben dieser Begriff auch noch aufgefallen ist?

Zeuge W. O.: Ja, gut. Das ist ein Konsortium, bei dem auch Deutschland mit beteiligt ist. Und ich denke mal, dass ich deswegen auch das an den G-10-Juristen geschickt habe, um prüfen zu lassen, ob das G 10 ist oder nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber dass es Ihnen überhaupt aufgefallen ist, war dann Zufall?

Zeuge W. O.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Wann wurde dann diese Prüfung nach Pullach verlagert?

Zeuge W. O.: Das war im Frühjahr/Sommer 2008.

Nina Warken (CDU/CSU): Frühjahr/Sommer 2008. - Begründung war ja wohl, dass man es in Bad Aibling nicht mehr handeln konnte, weil der Anstieg zu groß war. Wie stark war denn der Anstieg? War das ein schleichender Anstieg, oder wurde es plötzlich nicht mehr bearbeitbar für Sie in Bad Aibling? Gab es irgendeinen Grund, warum es dann plötzlich so eine sehr viel größere Menge an Daten gab?

Zeuge W. O.: Der Grund ist mir nicht bekannt. Es war einfach dann - es kamen bei mir auch zu viele andere Aufgaben dazu -, dass es einfach nicht mehr handelbar war für mich.

Nina Warken (CDU/CSU): Und die Größenordnung des Anstiegs? Wie viel war es vorher, und wie viel war es dann, als Sie es abgegeben hatten? Damit man vielleicht mal eine konkrete Vorstellung hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Na gut, wir hatten vorher auch schon drüber gesprochen. Das war ja - - Also, 30, 40 Prozent, 25, 30 Prozent meines Tagesarbeitspensums waren eben auf die Prüfung gerichtet. Hinterher waren es noch 10 Prozent.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hatte ich Sie so verstanden, dass Sie das immer so machen, dass Sie einmal wöchentlich die Daten nach Pullach schicken, dann eine Rückmeldung bekommen, und Sie setzen dann die auf „disapproved“, die Ihnen genannt werden.

Zum einen: Wie lange dauert es dann, bis Sie dann tatsächlich eine Rückmeldung kriegen? Also, wie lange wird da in Pullach geprüft? Ist das ein Tag, eine Stunde, eine Woche?

Zeuge W. O.: Das ist meist am gleichen Tag.

Nina Warken (CDU/CSU): Meistens am gleichen Tag.

Zeuge W. O.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und jetzt hat man da ja praktisch diese eine Woche, in der sich die Daten sammeln, bis Sie sie dann zur Prüfung schicken. Dann haben Sie vorhin, das ist mir ein bisschen aufgefallen, gesagt: Und dann setze ich das Häkchen auf „disapproved“. - Verstehe ich das dann richtig, dass die Begriffe, dass die Selektoren dann aber schon in der Erfassung sind - oder nicht?

Zeuge W. O.: Nein, sie sind nicht in der Erfassung. Wenn sie in die Datenbank eingelesen werden, kommen sie in einen Zustand, in dem sie nicht definiert sind. Und in dem nicht definierten Zustand gehen sie nicht in die Erfassung.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, man verzichtet dann eine Woche lang darauf, die Begriffe zu verwenden?

Zeuge W. O.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und warum macht man das nicht täglich, dass man es prüfen lässt,

wenn es dann doch nur eine Stunde oder einen Tag - -

Zeuge W. O.: Auf meiner Seite. Ich weiß nicht, wie viel Aufwand es in der Zentrale in München ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Weil Sie kriegen ja - - Wenn Sie am selben Tag Rückmeldung kriegen bei der Gesamtmenge, könnte man ja auch sagen, man macht es - -

Zeuge W. O.: Na gut, wenn ich es morgens hinschicke und kriege nachmittags ein Ergebnis, dann sind ja auch ein paar Stunden dazwischen, in denen irgendjemand anderes arbeiten muss.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, bei der Menge einer Woche. Okay. - Und pro Woche, wie viel, welche Menge ist es da, die dann in Pullach zu prüfen ist, die Sie - -

Zeuge W. O.: Dazu darf ich nichtöffentlich etwas sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie betrachten das ja schon eine ganze Weile, prüfen die Selektoren ja schon eine ganze Weile. Können Sie etwas dazu sagen, welche Themen und Regionen, als Sie noch selbst geprüft haben, im Fokus der Amerikaner standen? Welche Interessen spielten eine Rolle? Änderte sich das im Laufe der Zeit? Gab es vielleicht deswegen auch die erhöhte Datenmenge?

Zeuge W. O.: Also, über Interessenprofile kann ich nichts aussagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben in unseren Ausschussunterlagen unter anderem eine „Kurzübersicht G 10“, so heißt das Dokument. Es ist VS-NfD eingestuft. Es sind zwei Tabellen, scheinbar eine Handreichung des G-10-Referats in Pullach für die Mitarbeiter in Bad Aibling. Und da ist, sage ich mal, schematisch dargestellt, welche Kommunikationsverkehre erfasst und ausgewertet werden dürfen und welche zu löschen sind, weil sie eben durch Artikel 10 geschützt sind. Die eine Tabelle betrifft Verkehre zwischen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Deutschland und dem Ausland, und die andere Tabelle betrifft Ausland-Ausland-Verkehre.

Diese beiden Tabellen und die Kurzübersicht insgesamt sind nicht datiert. Kennen Sie denn diese Kurzübersicht G 10, diese Tabellen?

Zeuge W. O.: Tabellen?

Nina Warken (CDU/CSU): Dieses Schema. Ich kann es Ihnen auch gerne vorlegen lassen.

Zeuge W. O.: Wenn ich mal reinschauen dürfte, ja?

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
und sein Rechtsbeistand
nehmen Einblick)

Nina Warken (CDU/CSU): Ich sage es vielleicht mal für alle: Das ist MAT A BND-38a/BND-39a, Blatt 12 folgende. VS-NfD.

Zeuge W. O.: Diese Übersicht ist mir jetzt nicht bekannt.

Nina Warken (CDU/CSU): Also die verwenden Sie zumindest nicht?

Zeuge W. O.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Ihre Kollegen - dazu können Sie wahrscheinlich dann auch nichts sagen.

Nach Ihrer Einschätzung: Bezieht sich die Tabelle auf die Kontrolle von Treffern, die man dann kontrolliert vor einer Weitergabe an den amerikanischen Partner? Oder würde das dann schon die Überprüfung von Selektoren betreffen?

Zeuge W. O.: Meiner Ansicht nach ist es hier wirklich, wenn Treffer da sind, dass sie zu behalten sind oder eben zu löschen sind, wie damit zu verfahren ist.

Aber auch in Bad Aibling wurde einmal im Jahr das ganze Personal G-10-überprüft. Da wurde das auch genauso - jetzt nicht tabellarisch, sondern

durch einen G-10-Juristen - dargestellt. Und es musste auch jeder immer gegenzeichnen, dass er an dieser G-10-Belehrung teilgenommen hat.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben sich da Vorgaben geändert mit den Jahren?

Zeuge W. O.: Nein, eigentlich nicht. Aber trotzdem fand sie jährlich statt.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben ebenfalls in unseren Unterlagen einen Bericht über einen Besuch des G-10-Referats des BND, also 20AD, in der Dienststelle in Bad Aibling. Das soll am 15. Februar 2008 gewesen sein. Können Sie sich an so einen Besuch erinnern? Wissen Sie, was Anlass dieses Besuchs war? Waren Sie da dabei?

Zeuge W. O.: Also, G-10-Juristen waren öfters bei uns an der Dienststelle. An das spezielle Datum kann ich mich nicht erinnern, was da besprochen worden ist und ob ich dabei war.

Nina Warken (CDU/CSU): Was wurde generell bei solchen Besuchen besprochen?

Zeuge W. O.: Wenn irgendwo Probleme auftraten, wenn es neue Systeme gab, die man vorgestellt hat - das wurde dann dem G-10-Juristen entsprechend gezeigt.

Nina Warken (CDU/CSU): Gab es dann im Nachgang irgendwelche Anweisungen, irgendwelche Änderungen, was man beachten musste bei der Selektorenprüfung, oder neue Empfehlungen nach solchen Besuchen?

Zeuge W. O.: Die Selektorenprüfung war bei uns eigentlich nie ein Thema. Das war immer nur in Pullach.

Nina Warken (CDU/CSU): In dem konkreten Besuchsbericht befindet sich eine Darstellung des Ist-Zustandes bei der Überprüfung und Einsteuerung der US-Selektoren. Dort steht, man müsse über die Einführung eines automatisierten Verfahrens nachdenken, das dann zentral in Pullach durchgeführt werden sollte. Weiter steht dann - ich zitiere -:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bislang erfolgt eine Einsteuerung der amerikanischen Suchbegriffe nach Rücksprache mit 20AA. LA60

- das ist also Bad Aibling -

regt an, bis zur Schaffung des automatisierten Verfahrens eine stichprobenartige Durchsicht der amerikanischen Suchbegriffslisten durch einen Mitarbeiter bei LA60 vorzunehmen.

Was bedeutet denn „Einsteuerung ... nach Rücksprache mit 20AA“? Das klingt so, als ob man da jetzt irgendwie eine Prüfung verschärft hätte.

Zeuge W. O.: Kann ich das mal sehen?

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. Es wird Ihnen gebracht.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Ich sage es vielleicht auch noch einmal für alle. Es ist MAT A BND-38a/BND-39a, Blatt 17 folgende.

Zeuge W. O.: Dieses Protokoll ist mir bis jetzt nicht bekannt gewesen.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, ich stolpere da eben nur über solche Aussagen wie „Einsteuerung ... nach Rücksprache“. Wenn dann weiter steht, man soll bis zur Schaffung eines automatisierten Verfahrens eine stichprobenartige Überprüfung durchführen, wird bei mir der Eindruck erweckt, man hat die Selektoren, die US-Selektoren vorher ja noch nicht einmal stichprobenartig überprüft.

Zeuge W. O.: Doch, die wurden - - Ich habe es selbst gemacht. Also, ich habe sie von 2005 bis 2008 geprüft.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Und was muss ich dann aus diesem Bericht für Schlüsse ziehen?

Warum - - Oder wie können Sie sich das dann erklären, dass da so eine Anweisung oder so eine Empfehlung ausgesprochen wird im Jahr 2008? Sie haben es jetzt noch nicht gesehen, aber vielleicht haben Sie ja eine Erklärung dafür. Oder bezieht sich das jetzt auf irgendwas ganz anderes? Oder war es, ist es als Verschärfung anzusehen, oder?

Zeuge W. O.: Ich weiß es nicht. Kann ich nicht erklären.

Nina Warken (CDU/CSU): In demselben Besuchsbericht findet sich unter der Ziffer 5 - das ist Blatt 19 der Akte - außerdem Folgendes - ich zitiere wieder wörtlich -:

Seit Herbst 2007 wurde durch LA60 in einer manuelle [sic!] Strichliste - samt einer stichwortartigen Inhaltsangabe - festgehalten, welche E-Mails nach einer nochmaligen G10-Überprüfung an den Partner im Rahmen von JSA weitergegeben wurden. Die Durchsicht ergab bei einem Gesamtaufkommen von ca. 30.000 Verkehren in drei Fällen eine nicht erkannte G10-Relevanz (wobei es sich bei zwei Verkehren um reine Serverkommunikationen handelte). Aufgrund dieses Ergebnisses hat LA60 Mitte Januar 2008 die Erstellung der Strichliste eingestellt. 20AD bat um eine Übersendung eines entsprechenden Berichts. Sofern die geringe Fehlerquote darin bestätigt wird, ist dem Vorgehen von LA60 zuzustimmen.

Der Bericht, der da praktisch von dem G-10-Referat angefordert wurde, befindet sich leider nicht mehr in der Akte. Ebenso wenig befindet sich diese Strichliste von an die NSA weitergegebenen E-Mails in der Akte. Waren Sie denn mit der Abfassung dieses Berichts an die Zentrale befasst, also mit dem Bericht, der diese Strichliste betrifft und die Einstellung der Führung dieser Strichliste?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Also, aus diesem Absatz würde ich jetzt einfach mal rausdeuten: Es handelt sich hier um das Projekt „Eikon“, bei dem wirklich jede E-Mail, die an den Partner weitergegeben wurde, manuell geprüft wurde. Und da wurde eine Strichliste geführt.

Nina Warken (CDU/CSU): Und es ist zutreffend, das wurde dann eingestellt?

Zeuge W. O.: Richtig, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, die Liste gab es, und diesen Bericht gab es auch. Haben Sie an dem mitgewirkt?

Zeuge W. O.: Mit Sicherheit habe ich mitgewirkt, ja. Weil: Ich habe die Strichliste auch geführt. Ich habe das auch geprüft.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Bericht sollte ja dem G-10-Referat dann vorgelegt werden. War man dann von der Seite, also seitens des G-10-Referats, einverstanden, diese Strichliste nicht mehr weiterzuführen?

Zeuge W. O.: Ja. Wurde eingestellt.

Nina Warken (CDU/CSU): Wissen Sie, ob die Strichlisten beim BND noch vorhanden sind, elektronisch oder ausgedruckt?

Zeuge W. O.: Glaube ich nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Vielleicht kann aber auch die Bundesregierung dazu was sagen?

RD Philipp Wolff (BK): Wir können es gerne prüfen. Mir ist die Strichliste nicht bekannt. Wir gehen auf den BND noch mal zu.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Dann hätte ich keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hätte noch ein, zwei Fragen, die an das anschließen, was der Kollege von Notz eben gefragt hat, wenn ich mich richtig erinnere. Es geht um die beiden Datenbanken IP und Wahlverkehre.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe: Bis 2012 wurden die Datenbanken zusammen geführt von NSA und BND. Oder habe ich das falsch verstanden?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann erklären Sie es mir.

Zeuge W. O.: Die Datenbank für IP wurde schon immer extra geführt. Die Datenbank für IP wurde immer extra geführt, und die für Wahlverkehr war schon immer eine gemeinsame Datenbank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und ist es auch heute noch?

Zeuge W. O.: Ist es auch heute noch, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann brauche ich gar nicht weiter fragen. Doch, eine Frage schließt sich an: Bei der gemeinsamen Datenbank Wahlverkehre können beide zu 100 Prozent gleich drauf zugreifen, oder gibt es da unterschiedliche Rechte?

Zeuge W. O.: Es gibt unterschiedliche Rechte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie das ausführen? Insbesondere das Flaggen mit „disapproved“ würde mich interessieren.

Zeuge W. O.: Zu Zeiten JSA wurden ja gegenseitig immer die ganzen Selektoren geprüft. Das heißt, NSA hat die Selektoren BND geprüft, BND hat Selektoren NSA geprüft. Und natürlich konnte die NSA nur Selektoren ablehnen, die vom BND eingesteuert wurden, und auch annehmen. Andererseits konnte auch nur BND-Personal Selektoren freigeben und ablehnen, die von der NSA eingesteuert wurden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, sprich: Wenn der BND von der NSA eingesteuerte Selektoren auf „disapproved“ gestellt hat, konnte das NSA nicht rückgängig machen.

Zeuge W. O.: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Konnte der gleiche Selektor wieder eingesteuert werden, obwohl er schon in der Datenbank auf „disapproved“ war?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bis 2012 hätte das doch händisch dann erfolgen müssen, dieses Rausnehmen - oder?

Zeuge W. O.: Das war kein Rausnehmen. Das war ja ein Flaggen auch. Die wurden auf „disapproved“ gesetzt. Das heißt, der Selektor stand in der Datenbank und hatte den Zustand „disapproved“.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und den gleichen Selektor noch mal einzustellen mit einem anderen - -

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Geht nicht.

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Technisch nicht, oder wurde nicht gemacht?

Zeuge W. O.: Datenbanktechnisch. Die Rufnummer ist indiziert. Das heißt, diese Rufnummer in dieser Form konnte kein zweites Mal in die Datenbank eingestellt werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Griffen da auch die Equations?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei Wählverkehr gar nicht?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur bei IP-gestützt wurden Equations aufgebaut, oder was?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und da waren dann aber schon die Handynummern mit in der Equation drin?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Waren die beiden Datenbanken verlinkt?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es kann also ein Auseinanderfallen - - Zwischen Adresse einer Handynummer in der Wählverkehrsdatenbank und einer Handynummer einer Equation bei der IP-Datenbank können Unterschiede entstehen, wenn zum Beispiel nicht aktualisiert wurde etc.?

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht, wie das System auf amerikanischer Seite aussieht, ob es da eins ist, und dann wird es eben getrennt geschickt. Aber bei uns gab es keine Verlinkung zwischen den beiden Datenbanken.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber wie gesagt, es kann da zu unterschiedlichen Aktualitäten beispielsweise kommen, wenn in der Equation eine aktuelle Handynummer drin ist, in der IP-Datenbank, und in der Wählverkehrsdatenbank aber nicht?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist da eine Missbrauchsgefahr bei den Equations zu sehen?

Zeuge W. O.: Inwiefern?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dass ich da in einer Equation eine Handynummer, die gar nicht zum Profil gehört, einsteuere, sondern eine von X oder Y?

Zeuge W. O.: Dazu kann ich nichts sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Würde es auffallen, wenn in einer Equation eine deutsche Handynummer mit drin wäre?

Zeuge W. O.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie? Warum?

Zeuge W. O.: Weil die Equation aufgebrochen wird.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann? Wo?

Zeuge W. O.: Beim Einlesen in diese Datenbank werden aus einer Equation lauter einzelne Suchbegriffe generiert. Und dieser einzelne Suchbegriff wäre eben dann diese deutsche Handynummer.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die laufen dagegen.

Zeuge W. O.: Und die würde dann rausfallen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die konnte auch von amerikanischer Seite nicht verändert werden, weil sie bei IP nie Zugriff drauf hatten, nur bei Wählverkehren?

Zeuge W. O.: Worauf Zugriff?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auf die Gesamtdatenbank.

Zeuge W. O.: Die konnten reinschauen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Reinschauen, aber nicht verändern?

Zeuge W. O.: Die hatten die Rechte nicht dazu. Aber das ist ein Rechtemanagement. Da müssen Sie einen Systemadministrator fragen. Das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil ich hatte es eben auf meine Frage so verstanden: Bei Wählverkehren können sie bis heute, und bei IP konnten sie nie.

Zeuge W. O.: Bis heute - - Also, heute kann kein Amerikaner mehr auf die deutschen Systeme schauen, weder auf die TND noch auf die Datenbank für Wählverkehr und die Datenbank auf IP.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also die amerikanische Seite kann heute nicht mehr in die Datenbank für Wählverkehre reinschauen?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch nicht schauen? Nicht verändern.

Zeuge W. O.: Nach Ende JSA nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Seit wann nicht mehr?

Zeuge W. O.: Seit Ende JSA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Vorher konnten sie aber und konnten in der Datenbank Wählverkehre auch Veränderungen vornehmen, aber nur die, die BND eingesteuert hatte?

Zeuge W. O.: Veränderungen vornehmen? Wohin gehend?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dass sie zum Beispiel die vom BND eingesteuerten Selektoren auf „disapproved“ gestellt haben.

Zeuge W. O.: Richtig, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber sie konnten nicht die vom BND auf „disapproved“ gestellten NSA-eingesteuerten Selektoren wieder auf „approved“ stellen?

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das konnten sie. Das ging bei der IP-Datenbank nicht, haben Sie gesagt, nie?

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht - - Also, es ist ein Rechtemanagement, das hinter der Datenbank liegt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Das wäre mir aber ganz entscheidend wichtig, ob das auch bei der IP-Datenbank so ging.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht. Da müssten Sie einen Systemadministrator fragen, wie der die Rechte vergeben hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Inhaltliche Veränderungen vorzunehmen, geht das irgendwie?

Zeuge W. O.: Inhaltlich? An der Deutung?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Zum Beispiel: Wenn Sie einen Selektor einsteuern als BND in die Datenbank und merken, da steckt eine andere Telefonnummer inzwischen dahinter - die SIM-Karte gewechselt -, können Sie das aktualisieren? Oder schmeißt man dann den Selektor ganz raus und steuert einen neuen ein? Oder kann ich zu dem jeweiligen Selektor sagen: „Statt 0170 hat der jetzt 0163“?

Zeuge W. O.: Macht keinen Sinn. Da wird der Selektor neu eingesteuert und der alte gelöscht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, es wird nicht ein eingestellter bearbeitet?

Zeuge W. O.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das bei den Equations in der IP-Datenbank anders? Oder muss ich dann die ganze Equation löschen und neu einsteuern?

Zeuge W. O.: Das weiß ich nicht, wie das technisch möglich ist. Nein, kann ich nicht sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich will Sie da auch nicht - - Nicht spekulieren, vermuten. Bei mir war nur die Frage, wie gesagt, weil ich da diese Trennung hatte und eigentlich den Eindruck hatte, dass auch nach 2012 - aber das haben Sie ja gerade auch, wenn ich es richtig verstanden habe, bestätigt - die Amerikaner schon noch auf die Datenbank Wählverkehre zugreifen konnten, aber in dem beschriebenen Umfang, dass sie die vom BND eingesteuerten Selektoren verändern konnten - ja oder nein, also „approved“ und „disapproved“ - und wir die von den USA. Aber anderes nicht. Sie konnten nicht wieder rückgängig machen.

Zeuge W. O.: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Dann lasse ich es damit erst mal bewenden. Wir kommen jetzt zur zweiten Fragerunde. Auch in der zweiten Fragerunde beginnt wieder zuerst die Fraktion Die Linke und Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben eben gesagt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dass die NSA Selektoren des BND überprüft hat.

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Könnten Sie noch mal sagen, was für Selektoren dort hingegeben worden sind? Alle, die der BND irgendwo einsteuert? Oder welcher Teil ist an die NSA gegangen?

Zeuge W. O.: Gegangen nicht. Der kam nach Bad Aibling. Alle Selektoren, die in Bad Aibling gesteuert werden sollten, die wurden in diese Datenbank eingestellt. Und wenn sie in dieser Datenbank drinstanden, musste die NSA sie prüfen und konnte sie natürlich auch einsehen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich frage das deshalb, weil so ein Geheimnis gemacht wird um das Auftragsprofil des BND. Und die Selektoren entsprechen ja zum Teil, logischerweise, wenn alles normal läuft, auch dem Auftragsprofil, was also den BND so interessiert im Auftrag der Bundesregierung.

Und wenn ich jetzt den Amerikanern sämtliche Selektoren gebe zur Prüfung, dann haben doch die Amerikaner im Prinzip das Spiegelbild des Auftragsprofils des BND. Oder verstehe ich da was falsch?

Zeuge W. O.: Sie wissen, was der BND selektieren möchte, ja. In Bad Aibling.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das war ja meine Frage. In Bad Aibling oder - - Wird da nicht alles eingespeist, in Bad Aibling?

Zeuge W. O.: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Was wird denn woanders verwandt?

Zeuge W. O.: Also, es gibt - - Bei Selektoren gab es damals Sperrvermerke. - Darf ich das sagen?

RD Philipp Wolff (BK): Dass es Sperrvermerke gibt, ja. Zu konkreten Vorgehensweisen zu anderen Selektoren über Bad Aibling hinaus, soweit es überhaupt untersuchungsgegenständlich ist, in eingestufte Sitzung.

Zeuge W. O.: Also, es gibt Sperrvermerke. Da wird ein Selektor mit diesem Sperrvermerk belegt. Und das heißt dann eben, er wird nicht an diese Außenstelle gegeben, wo dieser Sperrvermerk wirksam ist.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also die Sperrung bezieht sich auf eine Außenstelle und nicht auf den Inhalt?

Zeuge W. O.: Es bezieht sich auf einen AND, nicht auf die Außenstelle.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay. - Dann haben Sie vorhin gesagt, dass bei den Telefonnummern Deutungen dahinterstanden. Und ich hatte ja gefragt, wie Sie die Nummern überprüft haben, um da sicherzustellen, dass dort keine deutschen Interessen, europäischen Interessen eine Rolle spielen. Was stand denn dahinter an Deutungen? Also, ich versuche mir vorzustellen, wie Sie das geprüft haben. Jetzt steht da hinter einer Telefonnummer - ein Handyanschluss - meinetwegen: Ambassador Italy.

RD Philipp Wolff (BK): Zum konkreten Inhalt und der Ausgestaltung - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, Moment!

RD Philipp Wolff (BK): Ich mache Sie nur darauf aufmerksam.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich frage einfach zum Verfahren. Ich möchte schon - - Es muss schon klargestellt sein, wie man das rauskriegen

will. Wenn die Deutung eben auf Englisch geschrieben ist - sie wird ja vermutlich nicht immer auf Deutsch gestanden haben -, -

Zeuge W. O.: Das ist richtig, ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - dann können Sie natürlich mit Ihrem deutschen Suchbegriff nach allem Möglichen suchen; Sie werden nichts finden.

Zeuge W. O.: Aber das ist eine Frage an die Prüfgruppe, die die Selektoren prüft. Da bin ich der Falsche.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, zu dem Zeitpunkt, wo Sie es noch geprüft haben.

Zeuge W. O.: Zu dem Zeitpunkt, wo ich es geprüft habe, war Europa nie ein Thema. Und wenn in der Deutung stand, es wäre ein deutscher Terrorist im Land XY, dann wäre er rausgenommen worden.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Bei der händischen Suche?

Zeuge W. O.: Bei der händischen Prüfung, ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wie viele waren denn das da? Ich meine, ich stelle mir mal vor, wenn Sie das da durchschauen wollen. Wenn das 50 sind, kann ich das verstehen. Wenn es ein paar Tausend sind, wird es schon schwierig. Und wenn es 50 000 sind, frage ich mich, wie Sie das gemacht haben.

Zeuge W. O.: Es wurde ja nur das Delta geprüft, also alles, was neu dazugekommen ist. Wie es jetzt wöchentlich läuft, wurde es damals täglich gemacht. Und da war die Masse wesentlich kleiner noch.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann haben Sie vorhin geschildert, wo ein Teil der Selektoren von Ihnen quasi auf die Sperrliste gesetzt worden ist nach der Prüfung. Und Sie haben gesagt, Sie haben das nicht für nötig gehalten, das an die Zentrale weiterzugeben oder die darüber zu informieren.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Von denen, die da prüfen, wo Sie das hinschicken, da muss doch irgendjemand aufgefallen sein, dass da plötzlich im Mehrere-Tausender-Bereich gesperrte Selektoren waren, die Sie ja im Prinzip rausgenommen haben aus dem System. Hat es da nie eine Nachfrage gegeben?

Zeuge W. O.: Wann hätte das auffallen sollen?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wie bitte?

Zeuge W. O.: Wann hätte das auffallen sollen?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, spätestens wenn Sie alle drei Monate die Kompletliste hinschicken zur Prüfung, dann müsste denen doch auffallen, dass da jetzt plötzlich in extremem Maße gesperrte Nummern enthalten sind.

Zeuge W. O.: Also, ich glaube nicht, dass das auffällt. Aber da müssten Sie wirklich wiederum die Prüfgruppe in Pullach fragen, ob denen das aufgefallen wäre.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber von denen hat sich keiner an Sie gewandt: Was ist da los? Warum? Weshalb?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nun haben Sie vorhin gesagt, die Equation wird aufgebrochen - war Ihre Formulierung wohl - in einzelne Bestandteile. Können Sie vielleicht noch mal sagen, wie viele Informationen im Regelfall dort enthalten sind? Also zu keiner konkreten Person, sondern was ist da alles drin? Also, Telefonnummer, Mail vielleicht?

Zeuge W. O.: Es sind zu einem Telekommunikationsmerkmal verschiedene Permutationen vorhanden. Also, da wird eine Telefonnummer mit Wildcards für Blanks abgebildet.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Mit was, bitte? Können Sie das noch mal - -

Zeuge W. O.: Mit Wildcards.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, ich weiß, was eine Wildcard ist. Aber ich habe jetzt nur überlegt - -

RD Philipp Wolff (BK): Ich bitte, das in eingestufte Sitzung darzulegen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich kann das nicht - - Das ist eine ganz allgemeine Frage.

RD Philipp Wolff (BK): Weil das Details der technischen - - Das ist überhaupt keine allgemeine Frage.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Natürlich.

RD Philipp Wolff (BK): Das geht wirklich um Details der technischen Erfassung, insbesondere auch eines ausländischen Systemes. Da wird erklärlich, wie das funktioniert, Permutationen. Und das ist etwas, was in eingestufte Sitzung dargelegt werden wird. Da werden Sie es auch hören, Herr Hahn, aber nicht in öffentlicher Sitzung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Werden denn die Deutungen für eine solche Equation irgendwann mal aktualisiert?

Zeuge W. O.: Für Equations gibt es keine Deutung. Im IP-Bereich ist keine Deutung vorhanden.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ach, da gibt es überhaupt keine Deutung?

Zeuge W. O.: Nein, da gibt es keine Deutung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und wann werden die verändert, die Bestandteile dadrin? Wird das noch mal geprüft? Also, wenn eine Mailanschrift angegeben ist, kann sich die ja auch mal ändern. Es kann eine dazukommen. Wie wird diese Equation aktualisiert?

Zeuge W. O.: Dann wäre es ein Neueintrag in dieser Equation, die wiederum geprüft werden muss, dieser Neueintrag.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wird nur der Neueintrag geprüft oder die Ganze noch mal, ob deutsche oder europäische Interessen berührt sind?

Zeuge W. O.: Es wird - - Diese E-Mail-Adresse wird geprüft. Und wenn sie abgelehnt wird, dann wird diese ganze Equation automatisiert nicht mehr an die Erfassung geschickt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und lassen sich einzelne gelieferte Selektoren überhaupt einer Equation zuordnen?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wie funktioniert das?

Zeuge W. O.: Dass der Name der Equation dabei steht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das heißt, wenn ein einzelner Selektor - jetzt nehme ich mal wieder eine Mailadresse - nachgeliefert wird, dann ist vermerkt für Sie sichtbar, dass das zur Equation XY gehört?

Zeuge W. O.: Es wird ja immer die ganze Equation neu übermittelt. Das heißt, ich habe ja alle Selektoren, die in der Equation stehen, plus den neuen - - würde ja wieder komplett übermittelt werden.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nein, ich habe ja gefragt, ob Sie dann nur die neue überprüfen.

Zeuge W. O.: Es wird nur der Neueintrag überprüft. Zur wöchentlichen Prüfung. Zur quartalsmäßigen Prüfung wird wieder alles überprüft.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, aber wenn sie aufgesplittet wird und in die Equation kommt ein zusätzliches Merkmal hinein, was vor drei Monaten abgelehnt worden ist, und es steht jetzt wieder drin in der alten und Sie kriegen nur noch eine neue dazu, dann ist doch die abgelehnte wieder über mehrere Monate im System?

Zeuge W. O.: Wenn eine abgelehnte schon mal abgelehnt wurde, dann wird die nicht mehr neu

eingetragen. Es ist nicht möglich, einen bereits gesteuerten Selektor, der definiert ist, erneut einzusteuern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zeit wäre auch jetzt um.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, okay. - Eine Frage. Kann ganz kurz beantwortet werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, na klar.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): IP-Selektoren, werden die nur auf IP-Satellitenverkehre gesteuert oder auch auf den IP-Kabelverkehr?

Zeuge W. O.: Also, die wurden auch in „Eikonale“ gesteuert, also auch auf dem Kabel.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also sowohl Kabel als Satellit?

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Für die Union habe ich nur einen Fragenbereich. „Bereich“ klingt schon ein bisschen zu viel. Wenn wir jetzt die gemeinsame Datenbank mit den „approved“ Selektoren haben und es kommt zu einem Treffer, dann werden daraus ja irgendwo im Zweifel dann Meldungen generiert, mal als Endprodukt. Diese gemeinsame Datenbank, haben die dann beide Dienste genutzt, BND, NSA, und jeder hat seine Meldungen unabhängig voneinander nach Bewertung etc. erzeugt, vielleicht auch gesagt: „Interessiert uns doch nicht“ oder „Interessiert uns“? Oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge W. O.: Die Datenbank ist nur für die Selektoren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge W. O.: Das ist nicht für die Treffer.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weiß ich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Die Treffer sind völlig unabhängig davon.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na klar. Aber nur wenn „approved“ ist, kann ja auf einem „approved“ Selektor auch ein Treffer kommen.

Zeuge W. O.: Das ist richtig. Wenn ein Selektor einen Treffer erzeugt hat und es war ein US-Selektor, der da getroffen hat, drin, dann wurde diese Nachricht an die NSA übermittelt nach der Prüfung durch DAFIS auf G 10 und eine Kopie an den BND übermittelt.

Andersrum, wenn ein Treffer auf unserer Seite stattfand, wurde er nur an uns übermittelt. Die NSA hat ja an unseren Treffern kein Interesse. Die konnten sie nicht zuordnen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber wir hatten schon Interesse an den Treffern der NSA.

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wurden da auch eigene Meldungen raus generiert dann?

Zeuge W. O.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, und jetzt könnte man ja mal den böartigen Fall bilden, dass die NSA europäische Selektoren eingesteuert hat von politischer Relevanz, es aus irgendeinem Grund, wie das Beispiel des Kollegen Flisek zeigt - - ein französischer Politiker mal in ein Gebiet wie Afghanistan gereist ist und telefoniert hat, es zu einem Treffer gekommen ist, dieser Treffer auch im BND bearbeitet wurde. Was wurde daraus gemacht? Eine Meldung? Oder wurde da gesagt: „Ups, Frankreich! Französischer Außenminister in Afghanistan zu Besuch. Löschchen!“?

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oettinger ist ein
Deutscher!)

- Nicht Oettinger, ich habe ja „fr“. Das ist ja „eu“.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war bei der EU!)

- Ja, Gedankengang. Wir können auch Oettinger nehmen, wenn er euch lieber ist. Ein guter Mann. Also von daher mache ich es mal anonymisiert: Irgendjemand. Verstehen Sie das Beispiel? Ist dann bei der Erstellung der Meldungen denn nicht mal aufgefallen: Ab und zu kommen da immer wieder Personen rein, anscheinend weil die bei den Selektoren da drin sind und noch nicht draußen waren bis 2013, EU-Politiker, europäische Politiker? Hat man dann da fleißig Meldungen raus generiert? Oder hat man gesagt: „Ups, lassen wir die Finger davon“, ohne Ihnen dann zu sagen: „Müsstet ihr eigentlich mal doch die Selektoren rausnehmen, weil das ist doch in deutschem Interesse, dass wir nicht von Herrn Oettinger bis zum französischen Außenminister, wenn die in den Ländern sind, wo wir die Schlüssel hin richten“ - - Also, der geistige Gedankengang interessiert mich. Weil dass Sie jetzt sagen: „Wir haben G 10 geguckt, und das war uns wichtig“, kann ich so nachvollziehen. Aber wenn die Meldungen ja irgendwann daraus generiert werden, wenn Treffer kommen - - Entweder hat es nie Treffer gegeben, hat keinen interessiert. Dann ist vielleicht dieser konstruierte Fall nie in der Realität eingetreten, weil die immer gerade da waren, wo die Schlüssel nicht hingedreht war. Kann ja sein. Dann hat es bei der Meldungserstellung nie einen Fall gegeben, wo man gesagt hat: Oh, tolles Telefonat! Das ist ja interessant. Ist das in unserem Auftragsprofil? Herr Oettinger oder der französische Außenminister? - Oder hat man dann Meldungen erstellt und hat deswegen Ihnen nie gesagt: „Mensch, diese ganzen französischen Meldungen oder EU-Meldungen, die nerven uns doch“?

Verstehen Sie meinen Gedankengang?

Zeuge W. O.: Verstehe ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist schon mal gut.

Zeuge W. O.: Müsstent Sie aber jemanden fragen, der mit der Meldungserstellung beauftragt ist. Ob



Nur zur dienstlichen Verwendung

er massenhaft jetzt solche Meldungen erstellt hat, weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jede Woche eine würde mir auch schon reichen.

Zeuge W. O.: Weiß ich auch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie verstehen, warum ich diese Frage stelle?

Zeuge W. O.: Aber ich glaube, es wäre nicht aufgefallen, weil Europa nie in unserem Fokus stand, sondern - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge W. O.: Nein, für uns, für die Prüfung war immer G 10.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge W. O.: Und Europa ist kein G 10 für uns.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Deswegen wäre es ja auch so auffällig, wenn dann aufgrund eines Treffers, der aufgrund eines von der NSA eingestellten Selektors, der nicht auf „disapproved“ gestellt war bis dato, dann eine Meldung an das Referat - oder wer auch immer sich mit Meldungen beschäftigt - eingegangen ist. Und da wüsste ich gerne: Wie haben die denn reagiert? Haben die gesagt: „Ach, schon wieder so'n Oettinger“? Oder haben die gesagt: „Gut, so what? Wenn es kommt, dann machen wir da auch mal eine kluge Meldung raus“? Also, irgendwie hätte das doch spätestens auf der Ebene, vielleicht nicht bei Ihnen, wie gesagt, aber auf der Ebene zu irgendeiner Reaktion führen müssen, alleine vom Arbeitsaufwand her. Wenn ich Treffer kriege, dann überlege ich entweder - - In der Verwaltung ist es ja oft so: Die erste Frage: Bin ich zuständig, was mache ich damit etc.? Und wenn ich dementsprechend so einen Treffer auf den Tisch kriege, dann gucke ich doch erst mal: Was mache ich damit? Und das - - Irgendwie stellt sich ja die Frage: Warum sind so lange die Dinge drin gewesen, die zwar nicht G-10-relevant sind, aber doch anscheinend politisch in deutschem Interesse?

Zeuge W. O.: Da müssten Sie aber jemanden fragen, der mit der Meldungserstellung beauftragt ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie verstehen zumindest meinen Gedankengang.

Zeuge W. O.: Ja, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und der ist nicht ganz von der Hand zu weisen - nicht? Weil von der Logik der Technik zu sagen, wenn da so was durchhuscht, was eben bis 2013 nicht rausgenommen war, ist es nicht unwahrscheinlich, dass es auch mal einen Treffer gegeben hat - - Vielleicht dieser unwahrscheinliche Fall, dass es nie einen gegeben hat. Kann ja theoretisch sein. Dann müsste mir einer sagen: Hat aber nie zu einem Treffer geführt bei europäischen und internationalen Sachen. - Okay. Wenn aber doch, dann hätte spätestens doch bei der Meldungserstellung einer fragen müssen: Warum soll ich hier eine Meldung aufbereiten von einem EU-Politiker oder europäischen Politiker, der in ein entsprechendes Land von Interesse gereist ist und da kommuniziert hat? - Weil das wäre ja an die NSA, aber eben auch an uns ausgereicht worden. Da hätte es doch mal wenigstens bing machen und jemand sagen müssen: Was mache ich jetzt damit? Mache ich da eine Meldung raus?

Zeuge W. O.: Dafür bin ich der falsche Ansprechpartner.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber wenn Sie da - - Na ja, okay, das ist eine blöde Frage. Dann frage ich Sie nicht. Mir reicht es, weil das wollte ich ungefähr wissen.

Wir kommen zur nächsten Fraktion. In der zweiten Runde ist jetzt die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen dran, wenn ich das richtig sehe. Herr Kollege von Notz oder Herr Kollege Ströbele, einer von beiden. - Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Zunächst zwei Nachfragen zu dem, wozu Sie schon Stellung genommen haben, Herr O.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie haben gesagt, 2015 wurden neue Einstellungen eingestellt, also es gab keine neuen Forderungen aus den USA von der NSA mehr.

Zeuge W. O.: Es wurde das Profil - -

RD Philipp Wolff (BK): Das ist nicht untersuchungsgegenständlich. Wir haben dazu auch in Beratungssitzungen Stellung genommen. 2015 ist nicht untersuchungsgegenständlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber hat er vorhin erzählt.

RD Philipp Wolff (BK): Er hat vorhin ganz kurz darauf verwiesen, hat dann aufgehört. Deswegen habe ich nicht interveniert, Herr Ströbele. Das heißt aber nicht, dass ich nicht jetzt interveniere.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also darf man jetzt nicht wissen, ob - - Das andere Programm, ist das denn so weitergegangen, also jetzt ohne neue Zugänge?

RD Philipp Wolff (BK): Wir haben dazu in Beratungssitzungen Stellung genommen, aber nicht im Rahmen einer Zeugenvernehmung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann komme ich zu einer anderen Frage. Dieses EADS und Eurocopter - das hatten Sie ja auch geschildert -, das wussten Sie 2006, glaube ich, dass das festge-

Zeuge W. O.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben es aber nicht selber festgestellt, oder?

Zeuge W. O.: Doch, ich habe es festgestellt. Ich habe es nach Pullach - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie was dazu sagen, ob das vorher scharfgestellt war, also ob das vorher in den Selektoren drin war?

Zeuge W. O.: Nein, kann ich nicht sagen. Es war mit Sicherheit was drin, ja, aber - - Weiß ich nicht. Nein, kann ich nichts sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wissen auch nicht, wo Sie, aus welcher Datei Sie das jetzt rausgenommen haben?

Zeuge W. O.: Also wenn ich was rausgenommen habe, dann habe ich es immer aus beiden Dateien rausgenommen. Aber wo im Speziellen das jetzt aufgefallen ist, weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das haben Sie dann auch weitergemeldet?

Zeuge W. O.: Das habe ich weitergemeldet, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, was daraus geworden ist?

Zeuge W. O.: Also, ich habe weitergemeldet, dass dieser Fund da war, und habe um Beratung gebeten seitens 20AD, also der G-10-Juristen, wie damit zu verfahren ist, und habe dann eine Anweisung gekriegt, ich denke mal, das rauszunehmen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Rausnehmen.

Zeuge W. O.: Ja, genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wissen Sie, ob da irgendwelche Schlussfolgerungen draus gezogen wurden? Dass Ihnen vielleicht gesagt wurde: „Achten Sie jetzt mal ein bisschen darauf! Geht doch gar nicht. Wie kommen die dazu, so was zu machen?“?

Zeuge W. O.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Ihnen war daran aufgefallen, dass es sich um deutsche Firmen handelt, oder nicht?

Zeuge W. O.: Ein Konsortium, bei dem Deutsche beteiligt sein könnten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ach so. Das war die Frage, die dann rechtlich geklärt wurde.

Zeuge W. O.: Genau, richtig, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Jetzt komme ich zu dem Letzten, was Sie gesagt haben. Die haben geschildert, dass Sie auf den Antrag des Untersuchungsausschusses hin, auf den Beweisantrag, diese Listen erstellt haben.

Zeuge W. O.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben gesagt, Sie haben das dann einfach ausgedrückt, was Sie sonst nicht gemacht haben, sondern hier für diesen Fall.

Haben Sie eigentlich mal vorher Zeitung gelesen? Wissen Sie, wer Edward Snowden ist?

Zeuge W. O.: Ja, doch. Das weiß ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Sie das interessiert, was der so erzählt hat oder was sich aus seinen Dokumenten ergibt?

Zeuge W. O.: Das war interessant, zu sehen, was alles öffentlich wird und was bei uns davon im Einsatz ist, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. War Ihnen da mal ein Artikel aufgefallen in der *Süddeutschen Zeitung* - der ist auch in diesem Beweisantrag zitiert - vom, ich glaube, 04.10.2014, in dem schon die Behauptung oder die Angabe drin stand, EADS sei mal gefunden worden und französische Behörden?

Zeuge W. O.: Bewusst nicht, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage Sie deshalb, weil da hätte ja bei Ihnen vielleicht so ein Wiedererkennungseffekt da sein können: „Ach ja, erinnere ich mich ja, tatsächlich! Woher wissen die das denn?“

Zeuge W. O.: Also, dieser Gedankengang hat sich mir nicht erschlossen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Sie haben die Zeitungen jetzt nicht darüber durchgesehen, über diese Veröffentlichungen, was das mit Ihrer Arbeit vielleicht zu tun haben könnte?

Zeuge W. O.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war auch nicht 2013 so. Das hatten Sie vorher auf eine Frage schon gesagt. Wir wissen ja, dass in Pullach auch Selektoren überprüft worden sind. Und da wurde angegeben, das habe man sich so im Nachgang zu den Diskussionen über die Veröffentlichung aus den Unterlagen von Snowden gedacht, vielleicht finden wir da was, und dann hätte man das geprüft. Und von dieser Prüfung in Pullach sind Sie gar nicht unterrichtet worden, oder?

Zeuge W. O.: Nein. Das war - - Der Dr. T. war im Frühjahr bei uns. Da wurde ihm ein Auszug aus dieser IP-Datenbank übergeben. Was er damit macht, entzieht sich meiner Kenntnis.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, jetzt nicht - - Unabhängig davon. Also dass in Pullach ab August 2013 solche Überprüfungen stattgefunden haben und die ja auch so eine Selektorenliste, von der wir jetzt reden, die wir gerne hätten - - gefunden wurde, parallel zu Ihnen. Und Sie machen dasselbe und wissen da gar nichts davon.

Zeuge W. O.: Also, ich weiß es jetzt, weil es mir erzählt worden ist, dass so was stattgefunden hat. Zu dem damaligen Zeitpunkt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damals gar nicht?

Zeuge W. O.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben Ihnen auch nicht ihre ausgesonderten Selektoren geschickt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Also mir nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie auch immer: elektronisch oder vielleicht sogar schriftlich ausgedruckt?

Zeuge W. O.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben die Ihnen nicht geschickt?

Zeuge W. O.: Also mir nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Ihr Vorgesetzter, der Ihnen den Auftrag gegeben hat, hat der Ihnen gesagt, wie er darauf kommt? Also, wusste der vielleicht, dass in Pullach praktisch dasselbe schon gemacht worden ist, womit er Sie jetzt beauftragt hat?

Zeuge W. O.: Ich weiß es nicht, was sein Grund war, warum er mich damit beauftragt hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat er nicht gesagt?

Zeuge W. O.: Nein, hat er nicht gesagt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat er gesagt: „Die machen da in Pullach das. Das überprüfen wir noch mal oder machen wir auch“?

Zeuge W. O.: Keinen Grund. Er hat nur gesagt, was ich zu machen habe, dass ich danach zu suchen habe. Und dann sollte ich ihn informieren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und wie haben Sie denn die Prüfung durchgeführt? Können Sie sagen, was Sie - - wie Sie jetzt nach europäischen Adressen, Selektoren gesucht haben, nach Merkmalen?

Zeuge W. O.: Darf ich das?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da stand ja auch schon viel in der Zeitung.

RD Philipp Wolff (BK): Es stand in der Zeitung, aber ich habe auch vorhin schon gesagt: Zu den konkreten Endungen bitte ich in eingestufte Sitzung Stellung zu nehmen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? Das habe ich jetzt nicht - -

RD Philipp Wolff (BK): Zu den konkreten Endungen, die vorhin schon in Rede standen - das fiel ja vorhin schon -, bitte ich in eingestufte Sitzung Stellung zu nehmen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und wir wissen inzwischen - ich war ja selber mal in Pullach und habe mir das dann noch mal erklären lassen -, dass da ein Mitarbeiter, der sich da auch gut auskennt, diese Idee hatte und dann nach bestimmten Kriterien da gesucht hat. Die haben wir hier auch schon erörtert. Und da ahnen Sie nichts von und machen dasselbe noch mal?

Zeuge W. O.: Ich wurde nicht informiert darüber, was in Pullach passiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und sind Ihnen denn diese Suchmerkmale mitgeteilt worden, mit Hilfe derer Sie jetzt nach Selektoren suchen sollen? Oder haben Sie sich die selber ausgedacht?

Zeuge W. O.: Nein, soweit ich mich erinnere, bekam ich den Auftrag, ich soll nach Europäern suchen in diesem Profil.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da haben Sie ja nicht eingegeben „Europäer“.

Zeuge W. O.: Nein, nein. Und - - Ich war auch noch nicht fertig. Und dann hieß es, ich soll mir im Internet mal die europäischen - - eine Liste von Europäern rausziehen, von Endungen, die in Europa liegen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus welcher Liste?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Aus dem Internet sollte ich mir die ziehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus dem Internet sollten Sie die nehmen?

Zeuge W. O.: Ja, genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Und welche das waren, welche Sie da aus dem Internet rausgenommen haben, das sagen Sie nicht, oder?

Zeuge W. O.: Darf ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge W. O.: Darf ich jetzt nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das dürfen Sie jetzt nicht sagen, sagen Sie uns nachher.

Und jetzt kommen wir wieder nach 2015. Also irgendwann im Februar, nehme ich an, sind Sie dann gebeten worden, das auszudrucken.

Zeuge W. O.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lag Ihnen da dieser Beweisantrag vor?

Zeuge W. O.: Ich glaube, es war BND-26. Ja, der lag mir vor.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der lag Ihnen vor.

Zeuge W. O.: Und aufgrund dessen haben wir es dann ausgedruckt, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie vorher schon mal daran beteiligt, dass Unterlagen für den Untersuchungsausschuss zur Verfügung gestellt werden sollen, auch aus Ihrer Arbeit in Bad Aibling?

Zeuge W. O.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Mails und Ähnliches?

Zeuge W. O.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie vorher schon.

Zeuge W. O.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da sind Sie nicht auf die Idee gekommen, aus dieser Datei, mit der Sie ja 2013 zu tun hatten, die Sie ja angelegt hatten, mit den ausgesonderten Selektoren, die Akten vollständig zu machen? Verstehen Sie? Sie sollten ja - so war ja wahrscheinlich vorher Ihr Auftrag - alles, was relevant ist für den Ausschuss, raussuchen und zur Verfügung stellen, wie auch immer.

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat nichts mit dem
Thema zu tun!)

Und jetzt geht es mir darum, warum das - diese Sachen - dazu dieses Beweisantrages vom Februar 2015 bedurfte, dass Sie überhaupt darauf gekommen sind.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Wieso sind die vorher nicht dabei gewesen?

Zeuge W. O.: Also, ich soll die Frage nicht beantworten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht beantworten? Na, das müssen Sie schon begründen.

(RA Johannes Eisenberg:
Weil sie nichts mit dem
Beweisthema zu tun hat!)

- Natürlich! Wir wollen doch wissen, warum unsere Akten nicht vollständig waren.

(RA Johannes Eisenberg:
Aber da müssen Sie ja
nicht die Zeugen fragen!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Na doch, er hat sie ja rausgesucht, die Akten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich könnte mir da eine kluge Antwort drauf vorstellen, aber das muss schon der Zeuge selber geben. Es gab ja nicht nur einen Beweisantrag, vermute ich mal, oder?

Zeuge W. O.: Das ist richtig, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welchen Beweisantrag haben Sie denn wann abgearbeitet?

Zeuge W. O.: Also, das war im Rahmen BND-26, denke ich mir.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich weiß es nicht. Ich habe da nicht dran gearbeitet.

Zeuge W. O.: Im Rahmen BND-26 wurde diese Liste ausgedruckt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das habe ich ja schon verstanden. Aber vorher gab es ja auch schon Beweisanforderungen, Beweisanträge. Und Sie sagen ja selber, Sie haben rausgesucht. Und das haben Sie ausgerechnet nicht - - Sind Sie da nicht darauf gekommen, oder?

Zeuge W. O.: Vielleicht wurde es als nicht einschlägig erachtet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge W. O.: Ich weiß es nicht.

(RA Johannes Eisenberg: Ist es Untersuchungsgegenstand, wie der Zeuge Beweisanträge bearbeitet?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht dazu Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Wir können darüber auch gerne noch mal in der Beratungssitzung reden. Aber der Vorsitzende hat auch gesagt, es gibt verschiedene Beweisanträge.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): Und unter diesen Beweisantrag passt es.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unter andere aber auch!)

Ob es unter andere Beweisanträge passt, ist die Frage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die anderen aber auch.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): BND-9 passt!)

RD Philipp Wolff (BK): Darüber kann man diskutieren. Aber das würde ich erst mal auch anders sehen.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha! So machen Sie das!)

- Aber nicht hier in der Zeugenvernehmung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber, Herr Wolff, das können Sie doch nicht ernsthaft behaupten, wo alle Welt, einschließlich Ihres Chefs, davon ausgeht, dass es sich hier um Unterlagen handelt, die ganz genuin zu diesem Untersuchungsauftrag gehören und zu den vorzulegenden Akten. Und sogar Herr Schindler hat vor ein paar Tagen noch mal gesagt, dass das ein Fehler gewesen ist vom BND.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage mal. Vielleicht ist das ein Missverständnis. Ich verstehe die Frage von Ihnen, Herr Kollege Ströbele, so: Warum ist nicht schon das bei den vorherigen Beweisanträgen vorgelegt worden? Und: Sie haben ja aufgrund der Beweisanträge, die Ihnen runtergegeben worden sind, geschaut, was müssen Sie raussuchen, wenn ich das richtig verstehe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie haben Sie denn - - Ich verstehe die Frage von Herrn Ströbele so: Warum nicht schon vorher, warum erst jetzt?

Zeuge W. O.: Ich weiß nicht, ob ich alle Beweisbeschlüsse gesehen habe, ob ich bei allen involviert war. Aber zumindest beim BND-26 war ich involviert. Und aufgrund dessen kam dann diese Liste zustande.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir in der Fraktion wechseln - wir können ja dann noch mal anknüpfen im Zweifel -, weil die Zeit jetzt schon mit elf Minuten überschritten ist.

Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek, nehme ich an.

Christian Flisek (SPD): Die SPD-Fraktion hat in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann sind wir bei der Fraktion Die Linke. - Keiner mehr da? - Doch, Herr Kollege Hahn. - Nicht. - Dann sind wir bei der Fraktion der Union.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben in öffentlicher Sitzung auch keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch nicht. Dann wären wir wieder bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde noch ein paar Fragen stellen wollen, und zwar anknüpfend an den Gedanken, den wir vorhin miteinander bewegt haben, mit Ihrem Kollegen K. M. Das trifft sich dann sozusagen in der Grundproblematik wieder, weil es ein Mysterium ist, meiner Ansicht nach. Wie konnten Sie denn sicherstellen, wenn Sie das Ihrem vertrauensvoll mit Ihnen zusammenarbeitenden Kollegen, Herrn K. M., in der Zentrale gar nicht erzählen, dass Sie Zehntausende von Selektoren im August 2013 rausgenommen haben, dass die nicht wieder eingestellt werden und dass die das

auf dem Zettel haben da in der Zentrale, dass jetzt es nicht mehr angesagt ist, diese Dinger zu steuern?

Zeuge W. O.: Sie konnten sie nicht wieder einsteuern. Es war ja in der Datenbank nach wie vor vorhanden. Die wurden ja nur auf abgelehnt gesetzt. Es konnte keine erneute Besteuerung erfolgen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Aber dann nicht die identische, nicht der finnische Verteidigungsminister - ich muss leider fantasieren, weil uns diese wertvollen Beweismittel vorenthalten werden illegitimweise -, aber dann eben die neue finnische Verteidigungsministerin. Die konnte dann wieder eingestellt werden, weil Sie das ja gar nicht - - Sie haben das Problem ja gar nicht kommuniziert.

Zeuge W. O.: Das ist richtig, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Herr O., vielleicht können wir uns dem doch einmal nähern, weil das ist ja wirklich faszinierend. Und irgendwie scheint mir da der Hund ein bisschen begraben zu sein. Herr Dr. T. macht da was in Pullach. Sie machen irgendwas auf Geheiß Ihres Chefs. Das soll zufällig irgendwie synchron ablaufen, und darüber wird nicht miteinander kommuniziert. Gibt es dafür irgendeine Erklärung, oder sagen Sie mir: „Das ist der Zufall des Jahrhunderts; jahrelang steuern wir wie die Bekloppten Selektoren, sehen diese ganzen Sachen nicht, aber sozusagen weil wir so im Arbeitsflow sind, tun wir Dinge synchron, ohne darüber miteinander zu sprechen“?

Zeuge W. O.: Also, ich kann Ihnen nur sagen: Auf unserer Sachbearbeiterebene wurde darüber nicht gesprochen. Ob auf einer anderen Ebene darüber gesprochen wurde, das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte das die Ebene Ihres Chefs gewesen sein?

Zeuge W. O.: Möglicherweise.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der hat hier leider schon ausgesagt. Der hat da auch nichts Gutes zu sagen können. Aber Sie haben eben ein paarmal gesagt, Herr Dr. T. wäre im Frühjahr in Bad Aibling gewesen.

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Frühjahr. Die Löschung, die Sie vorgenommen haben, war ja im August 2013.

Zeuge W. O.: August/September, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): August/September, also in der zweiten Augushälfte bis in den September rein. Können Sie genaue Daten sagen?

Zeuge W. O.: Aus dem Kopf nicht, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie noch mal - wir haben das schon mal besprochen; aber ich würde es gern trotzdem noch mal wissen - genau sagen, wie viele Tage, wie viele Wochen das gelaufen ist, was Sie da als Spezialoperation gemacht haben?

Zeuge W. O.: Also, die erste Prüfung, glaube ich, war ein Tag. Das war die Prüfung nach den Top Level Domains. Da habe ich dann meinen Chef drüber informiert. Dann kam die Mail zurück mit dem Auftrag „Löschen!“ Ich habe die dann nicht gelöscht; ich habe sie auf inaktiv gesetzt. Und dann habe ich im Internet weiterrecherchiert, ob ich noch weitere Selektoren finde, die in Europa heimisch sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange?

Zeuge W. O.: Bis Anfang September.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also so drei Wochen?

Zeuge W. O.: Circa, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wusste Ihr Chef, dass Sie das tun?

Zeuge W. O.: Er hat mir ja den Auftrag gegeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass Sie das drei Wochen lang machen?

Zeuge W. O.: Ich hatte den Auftrag, diesen Auftrag auszuführen, habe ihn einmal informiert. Und dann im Nachtakt habe ich ihn nicht mehr regelmäßig informiert, was ich denn noch weiter gemacht habe. Weil mit dem ersten Tag war der Auftrag nicht erledigt. Deswegen habe ich weiter dran gearbeitet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass er mit diesem Löschen etwas anderes gemeint hat, als Sie gemacht haben, das kann nicht sein?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der ist da einfach nicht so präzise in diesem - - Ja, weil es ja schon - - Sie haben ja jetzt mehrfach darauf hingewiesen, dass es ein Unterschied ist, sie inaktiv zu schalten oder sie zu löschen. Wenn jetzt Ihr Chef, Ihr Abteilungsleiter in dieser Spezialoperation, Ihnen sagt: „Löschen!“ - Ausrufezeichen -, dann ist das ja was anderes als: „Inaktiv schalten!“ - Ausrufezeichen. Also, war Ihr Auftrag, die zu löschen, oder - -

Zeuge W. O.: Ihm, glaube ich, war auch bewusst, dass es aus dieser Datenbank nicht zu löschen ist. Das war ganz normal auch so ein Hinweis, wie auch Sie vorher gesagt haben: Sie haben gelöscht. - Ich habe nicht gelöscht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man konnte sie gar nicht löschen.

Zeuge W. O.: Nein. Also ich mit meiner Oberfläche nicht. Es wäre vielleicht möglich gewesen auf Datenbankebene. Da geht ja mehr. Aber mit der Oberfläche, wo ich auf diese Daten schaue, ist es nicht möglich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat am Ende des Tages die Dinger ausgedruckt für den Beweisbeschluss dieses Ausschusses hier?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Der Ausdruck? Den habe ich gemacht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den haben Sie gemacht.

Zeuge W. O.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben überlegt: Was kann da noch drunterfallen? Und da haben wir doch diese Ablehnungsliste - die ich ja für total interessant halte, aber auf den Gedanken scheint ja niemand beim BND gekommen zu sein, das sich mal irgendwie anzugucken. Und da sind Sie drauf gekommen und haben im - was war das? - März dann 2015 gesagt: „Das sollte doch mal der Untersuchungsausschuss angucken“?

Zeuge W. O.: Im Rahmen BND-26 haben wir eben festgestellt, das könnte noch einschlägig sein, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt „wir“?

Zeuge W. O.: Ich. Vielleicht kam ein anderer drauf, dass ich da noch prüfen soll. Vielleicht habe ich es irgendjemandem gezeigt, und der hat gesagt: Ja, das ist einschlägig; druck es aus!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, wer das gewesen ist?

Zeuge W. O.: Möglicherweise mein Sachgebietsleiter. Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist das?

Zeuge W. O.: J. Z.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): J. Z. - Bezüglich dieser Frage, die eben aufgeworfen wurde mit dem Fallbeispiel Oettinger und der Frage, dass ja diesen Selektoren wahrscheinlich auch Treffer entgegenstehen und dass die auch beim BND aufgetaucht sein müssen, mit europäischem Bezug: Kann es sein, dass man das als vorsätzlich in Kauf genommenen Kollateralschaden so im System einfach hatte und gesagt

hat: „Gott! Das sind halt die Selektoren der Amerikaner. Bisschen Schwund ist immer, und interessant ist es doch“? Oder gab es ein System, dann die Selektoren zu korrigieren? Haben Sie Rückmeldungen aus der Abteilung Auswertung bekommen, die gesagt haben: „Ach, oh, hallo! Du, wir haben hier schon wieder Treffer, diese ganzen Telefonate von dem Oettinger, das müsst ihr mal löschen“ oder so?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es nicht?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Schluss: Haben Sie schon mal etwas von einem Megaabgleich gehört?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeuge W. O.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass der mal vorgenommen worden ist, ein Megaabgleich?

Zeuge W. O.: Ein Megaabgleich? Nein, sagt mir gar nichts.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Jahr 2013?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

Könnte es sein, dass es einen Megaabgleich mit Selektorenlisten gegeben hat, ohne dass Sie was davon mitbekommen haben?

Zeuge W. O.: Möchte ich nicht infrage stellen. Also, ich weiß es nicht. Könnte sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Könnte sein“ heißt: Wenn die das in



Nur zur dienstlichen Verwendung

Pullach machen, dann müssen Sie nicht zwingend was davon mitbekommen?

Zeuge W. O.: Das ist richtig, ja. Aber irgendwoher müssen sie die Daten haben. Irgendeiner muss ihnen die Daten ja zur Verfügung gestellt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge W. O.: Aber - - Dem Dr. T. habe ich sie zur Verfügung gestellt. Wenn Sie das mit dem Mega-abgleich meinen, dann ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wann haben Sie sie ihm zur Verfügung gestellt?

Zeuge W. O.: Nach seinem Besuch im Frühjahr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war - - Sagen Sie mal den Monat.

Zeuge W. O.: Monat - möchte ich mich nicht festlegen. Der war irgendwann da, und dann hat er gemeint, er würde es sich gern mal anschauen und ob ich ihm die Daten zur Verfügung stellen kann. Wann das jetzt genau war, weiß ich nicht mehr.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das ist ja entscheidend. Denn die Frage ist ja, ob es synchron passiert ist oder ob diese Dinge vorher gelaufen sind. Deswegen die Frage: Kann es sein, dass er im Mai bei Ihnen war?

Zeuge W. O.: Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie sprechen ja von „Frühjahr“.

Zeuge W. O.: Es könnte März bis Mai sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): März bis Mai.

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht. Ich kann Ihnen kein - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also deutlich vor August?

Zeuge W. O.: Ich kann Ihnen kein Datum nennen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wie erinnern Sie, dass es Frühjahr war? Sie haben das jetzt mehrfach gesagt. Sie haben ja nicht gesagt: „Im Jahr 2013“, sondern Sie haben gesagt: „Im Frühjahr 2013“. Haben Sie eine Erinnerungsbrücke? Blühten gerade die Krokusse oder irgendwie so etwas, dass Sie sagen - -

Zeuge W. O.: Es lag noch Schnee draußen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge W. O.: Es lag noch Schnee. Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es lag noch Schnee draußen?

Zeuge W. O.: Nein, ich weiß es nicht. Ich kann es Ihnen nicht sagen.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann wird es eher nicht im Mai gewesen sein!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie sind sicher, dass es im Frühjahr war?

Zeuge W. O.: Ich bin mir sicher, dass es im Frühjahr war, ja.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann wird es wohl nicht Mai gewesen sein!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass bei dieser Löschaktion es da gewisse Interessenlinien und -konflikte gibt zwischen der Zentrale und Bad Aibling, wer da als Erstes draufgekommen ist oder wer wem den Hinweis gegeben hat?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Dazu kann ich nichts sagen. Und es gab keine Löschung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie bewerten Sie es eigentlich, dass heutzutage, wenn ich es richtig verstanden habe, überhaupt keine IP-Verkehre von US-amerikanischer Seite mehr in Bad Aibling gesteuert werden?

Zeuge W. O.: Es wurde die Ableitung eingestellt.

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist doch auch wieder
nicht Beweisgegenstand!)

RD Philipp Wolff (BK): Wir hatten es vorhin schon gesagt: Der aktuelle Sachstand ist nicht untersuchungsgegenständlich. Wenn Sie ihn zu einer Bewertung fragen, wenn überhaupt nichts eingesteuert wird, dann kann er das abstrakt darlegen, ob er das gut oder schlecht findet, aber der aktuelle Sachstand ist nicht untersuchungsgegenständlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage mal ganz kurz, ob andere Fraktionen noch Fragen haben. Weil dann können wir bei euch weitermachen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es ist die gleiche Fraktion, glaube ich. Also, von daher kein Problem. - Sie können direkt weitermachen. Es gibt von den anderen Fraktionen derzeit keine Fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich komme noch mal auf das Thema, wo wir vorhin abgebrochen haben, zurück: Herr O., wann haben Sie zum ersten Mal erfahren, dass nicht nur Sie so eine Selektorenprüfung 2013 vorgenommen haben und dann ausgesondert haben - ich weiß nicht, 10 000 oder wie viel, also jedenfalls eine ganze Menge -, dass das Gleiche in Pullach gelaufen ist? Oder haben Sie das hier zum ersten Mal erfahren?

Zeuge W. O.: Eigentlich erst im Untersuchungsausschuss.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, erst im Untersuchungsausschuss?

Zeuge W. O.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja interessant. - Also, wir werden den Herrn T. B. ja nachher hören. Wenn in Pullach das gemacht worden ist und das dann sogar ausgedruckt worden ist und diese ausgedruckten Listen nach Bad Aibling weitergegeben werden, wo müssten die dann ankommen?

Zeuge W. O.: Normal beim Dienststellenleiter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihnen?

Zeuge W. O.: Beim Dienststellenleiter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beim Dienststellenleiter. Und macht der dann selber was damit, oder gibt er Ihnen die?

Zeuge W. O.: Weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht?

Zeuge W. O.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben vorher zu keinem Zeitpunkt, bevor Sie hier saßen, gehört, dass das in Pullach genauso gemacht worden ist wie - -

Zeuge W. O.: Nein, nicht als ich hier saß. Im Rahmen des Untersuchungsausschusses, also zum BND-26. Da hieß es dann auch, dass der T. auch so was gemacht hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge W. O.: Und beim Besuch von Minister Altmaier wurde es ja auch thematisiert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, beim Besuch von Herrn Altmaier?

Zeuge W. O.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hat der gesagt, die haben das da auch schon gemacht?

Zeuge W. O.: Da hieß es auch, dass - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Wissen Sie denn überhaupt, ob in Pullach, wenn Sie gar nicht wissen, was die da ausgesondert haben, die gleichen Selektoren ausgesondert worden sind, wie Sie sie ausgesondert haben?

Zeuge W. O.: Nachdem ich nicht weiß, was sie ausgesondert haben, weiß ich das auch nicht. Ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie auch nicht. Es kann auch sein, dass die ganz andere ausgesondert haben?

Zeuge W. O.: Möglich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zur gleichen Zeit ungefähr, also nach August 2013, werden die Selektoren überprüft, also in Pullach, weil da einer die Idee hatte: Vielleicht gucken wir mal nach. Ich habe da solche Sachen von Snowden gelesen; gucken wir mal.

Und Sie machen das Gleiche auf Bitten oder auf Anweisung Ihres Vorgesetzten. Und ob Sie jetzt das Gleiche herausgefunden oder dasselbe herausgefunden haben, dieselben Selektoren, ist bis heute nicht geklärt?

Zeuge W. O.: Also ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen es nicht?

Zeuge W. O.: Nein, ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihnen ist das nicht mal vorgelegt worden:

„Gleichen Sie mal ab; vielleicht haben die ganz andere gefunden“?

Zeuge W. O.: Meines Wissens nicht, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie wissen auch nicht, mit welchen Kriterien die gesucht haben -

Zeuge W. O.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - in Pullach?

Zeuge W. O.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gar nichts?

Zeuge W. O.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. - Und hat denn auch Herr Altmaier von Pullach Ihnen die Listen nicht mitgebracht, um mal jetzt zu sehen: „Vielleicht müssen wir jetzt noch mal Listen anfordern; vielleicht gibt es zwei unterschiedliche Listen mit unterschiedlichem Inhalt“?

Zeuge W. O.: Ich war nur in der Sitzung. Ich habe da - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge W. O.: Ich habe nur in dem Kreis mit drinnen gesessen. Ich habe da nichts mitgekriegt, also keine Ausdrucke, keine Listen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber da ist Ihnen auch nicht danach was vorgelegt worden: „Hier gibt es jetzt Listen -

Zeuge W. O.: Nein, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - aus Pullach, und jetzt gucken wir mal, ob die überhaupt identisch sind oder ob da welche drin sind, die wir auch haben, oder andere, die wir nicht haben“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gar nicht?

Zeuge W. O.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis heute nicht?

Zeuge W. O.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie arbeiten da völlig nebeneinanderher, -

Zeuge W. O.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - ohne sich zu informieren, gegenseitig. - Telefonieren Sie manchmal mit Herrn T. B.?

Zeuge W. O.: Mit T. W.?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): T. B.

Zeuge W. O.: Mit dem Herrn T. B.?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge W. O.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Mit anderen in Pullach?

Zeuge W. O.: Ist ja nicht mehr mein Vorgesetzter.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber er ist auch beim Bundesnachrichtendienst beschäftigt und in ähnlicher Weise beschäftigt wie Sie.

Zeuge W. O.: Er hat jetzt ein ganz anderes Aufgabengebiet. Nein, wir telefonieren - - Wir haben jetzt vor unserem Besuch hier noch mal telefoniert, aber nur, um abzugleichen, wo er schläft, wo ich schlafe, aber - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie abgeglichen?

Zeuge W. O.: In welchem Hotel er untergebracht ist und in welchem ich untergebracht bin.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, über das Hotel. - Also, in der Sache haben Sie sich überhaupt nicht unterhalten?

Zeuge W. O.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit jemand anderem aus Pullach?

Zeuge W. O.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gar nicht? Sie reden nicht miteinander?

Zeuge W. O.: Doch. Aber nicht über dieses Thema.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge W. O.: Nicht über dieses Thema, weil das abgeschlossen ist für uns.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Das ist ja interessant. - Jetzt habe ich noch eine Frage zu dem Vorgang, der auch schon angesprochen worden ist vorhin. Vor 2008 haben Sie händisch geprüft.

Zeuge W. O.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und da haben Sie gesagt: Das waren ja nicht so viele zu der Zeit, und das ist nacheinander gemacht worden. - Können Sie sagen, wie viele das waren? Ungefähr jetzt.

Zeuge W. O.: Größenordnung - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vorhin haben wir ja auch von ungefähren Zahlen - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

RD Philipp Wolff (BK): Zu den konkreten Zahlen - wir hatten es ja vorhin schon - kann er in eingestufte Sitzung - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, über 10 000, über 50 000, über 100 000?

RD Philipp Wolff (BK): In der Größenordnung „tausend bis vierstellige Zahl“ oder „fünfstellige Zahl“, so was kann man machen, aber keine konkreten Zahlen.

Zeuge W. O.: Was ich zu prüfen hatte, täglich?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge W. O.: Oder welche Zahl wollen Sie wissen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Anzahl der Selektoren, die Sie durchgesehen haben, ob da Sachen drin sind, die da nicht reingehören.

Zeuge W. O.: Nachdem wir es auf täglicher Basis gemacht haben, waren das unter hundert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unter hundert?

Zeuge W. O.: Unter hundert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie viele waren das insgesamt, die Sie überprüft haben? Also, von 2005 bis 2008 waren Sie ja da tätig.

Zeuge W. O.: Ja. Das weiß ich nicht mehr. Ich habe da keine Liste geführt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber es waren nie mehr als, sagen wir mal, hundert?

Zeuge W. O.: Ja, denke ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann könnte man von da hochrechnen und gucken.

Zeuge W. O.: Ja. - Ja, gut, ich war ja nicht der Erste, der damit betraut war, mit dieser Selektorenprüfung. Als ich kam, war ja schon ein Bestand an Selektoren vorhanden in Bad Aibling.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ausgesonderte?

Zeuge W. O.: Alles.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, die schon da waren.

Zeuge W. O.: Ja, die waren schon da.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wurden die auch mal angeguckt?

Zeuge W. O.: Ja, die wurden dann zur Quartalsprüfung - - 2008 wurden die dann geschickt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge W. O.: Aber vorher habe ich mir den Gesamtbestand nicht mehr angeschaut.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Sie haben nur die, die neu reinkamen, angeguckt?

Zeuge W. O.: Genau. Richtig, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dabei ist Ihnen unter anderem diese EADS aufgefallen?

Zeuge W. O.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Ihnen das nicht noch Veranlassung gegeben, die vorherigen, die Sie nicht angeguckt haben, auch mal anzugucken?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Ja, als es dann geheißen hat: „Wir müssen den Selektor rausnehmen“, hat man natürlich im Gesamtbestand gesucht oder habe ich im Gesamtbestand gesucht und habe dann alles, was vorhanden war, rausgenommen - zu diesen beiden Fällen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie viel war das, der Gesamtbestand da?

Zeuge W. O.: Was ich rausgenommen habe?

RD Philipp Wolff (BK): Zu konkreten Zahlen bitte ich in der eingestuften Sitzung Stellung zu nehmen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, den Sie durchsucht haben da.

Zeuge W. O.: Kann ich nicht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ungefähr.

Zeuge W. O.: Kann ich nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sechsstellig oder - -

Zeuge W. O.: Ich kann es nicht sagen. Es ist nur ein - - Ich suche nach einem String und kriege ein Ergebnis. Wie viel Datensätze durchsucht werden, sagt mir die Datenbank nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, aber wie viele Selektoren.

Zeuge W. O.: Wie viele rauskommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur wie viele rauskommen?

Zeuge W. O.: Wie viele rauskommen. Aber nicht, wie viele durchsucht wurden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das können Sie höchstens daran sehen, wie lange das dauert, oder wie?

Zeuge W. O.: Selbst das nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wussten gar nicht, wie viele Sie angucken, sondern haben da - - Wie haben Sie das dann gemacht? Händisch?

Zeuge W. O.: In einer Suchmaske den Begriff eingegeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie da nicht hingeklickt, oder wie ging das?

Zeuge W. O.: Es ist eine Oberfläche, in der ich einen Suchbegriff eintippe - in dem Fall jetzt diese Firma, um die es geht - und dann auf „Suchen“ gehe, und dann kriege ich ein Ergebnis zurück.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber doch nur, wenn Sie die Firma kennen.

Zeuge W. O.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damit erkennen Sie doch nicht, ob es noch andere Firmen sind.

Zeuge W. O.: Es ging ja jetzt um die eine Firma. Es ging ja jetzt um die Funde 2005/2008.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Also nur die haben Sie dann versucht da drin zu finden?

Zeuge W. O.: Genau. Richtig, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Andere nicht?

Zeuge W. O.: Es gab bestimmt auch mal andere Fälle, kann ich mich jetzt nicht erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie sind Sie dann auf diese beiden gekommen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge W. O.: Ich denke, dass die in der täglichen Prüfung irgendwann mal mir aufgefallen sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben Sie gelesen da?

Zeuge W. O.: Genau, den Namen gelesen. Nachdem es ja relativ wenige waren, hat man es sich ja noch angeschaut. Und dann ist es eben aufgefallen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Danke.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben wir in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Herr Kollege Hahn hat aber noch eine Frage.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja. Nur noch eine kurze Frage: Sie haben vorhin gesagt, dass ja ein Wechsel stattgefunden hat dahin gehend, dass europäische Interessen dann auch berücksichtigt werden sollten und Sie dann danach gesucht haben. Vorher war Berücksichtigung G 10; das haben Sie gesagt. Das war das Kriterium. Aber es war ja immer schon auch „deutsche Interessen“ - auch das war ja Bestandteil -, dass die gewahrt werden sollten. Können Sie uns noch mal sagen, was das ist? Wie würden Sie das definieren?

Zeuge W. O.: Wo werden deutsche Interessen gewahrt? Bei der Prüfung?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Bei den Selektoren, bei der Prüfung, dass deutsche - -

Zeuge W. O.: Nach 2008?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Davor und danach.

Zeuge W. O.: Ja, davor habe ich es gelesen, ob was drin ist, was auf Deutsche hinweist, bei der manuellen Prüfung bis 2008.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Deutsche Interessen. Nicht: „auf Deutsche hinweist“, sondern

„deutsche Interessen“, also auch Nachbarländer, Partnerländer, bestimmte Firmen.

Zeuge W. O.: „Deutsche Interessen“ - war für uns immer auch irgendwo eine deutsche Firma involviert. „Deutsche Interessen“ war für uns nicht Europa, also für mich zumindest nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay. Das reicht mir.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Weitere Fragen sehe ich nicht.

Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen. Der gilt jetzt natürlich nur für unseren Zeugen W. O. Wir setzen danach natürlich öffentlich fort. Der Beschluss würde wie folgt lauten:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen W. O. am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dafür ist, so zu beschließen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Sehe ich keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist dies einstimmig beschlossen.

Wir würden Ihre Vernehmung dann im zweiten Teil in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Sitzung fortsetzen. Ich darf mich insoweit aber schon einmal für Ihre Aussagen und Ausführungen hier bedanken.

Wir setzen die Zeugenvernehmung mit dem zweiten Zeugen im öffentlichen Teil jetzt fort. Der Zeuge T. B. kommt jetzt zu uns. Ich fände es schön, wenn der nächste Zeuge in den Sitzungssaal kommen könnte.

Ihnen erst mal gute Erholung nach dieser Befragung. Die Sitzung ist für fünf Minuten unterbrochen. - Danke schön.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Unterbrechung von
14.42 bis 14.53 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen T. B.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Begrüßen darf ich als nächsten Zeugen Herrn T. B. Ich freue mich, dass Sie da sind. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr T. B., Sie haben die Ladung am 3. August 2015 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie heute uns für diese Vernehmung zur Verfügung stehen, und Sie sind ja auch nicht zum ersten Mal hier.

Ich habe Sie trotzdem darauf hinzuweisen - Sie kennen das ja -, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies dann gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen am Protokoll vorzunehmen und uns dann wieder zurückzuübersenden. - Gibt es hierzu Fragen?

Zeuge T. B.: Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Gut. - Ich stelle fest, dass Sie ebenfalls von einem Rechtsbeistand begleitet sind. Herr Eisenberg, jetzt brauchen Sie sich nicht mehr vorzustellen.

RA Johannes Eisenberg: Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie sind präsent und uns bekannt.

Herr T. B., vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst auch heute zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen dementsprechenden Hinweis, damit der Ausschuss dann einen Beschluss nach § 14 bzw. § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Weise fortsetzen kann. - Gibt es hierzu Fragen?

Zeuge T. B.: Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr schön. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen ganz kurz in Ihrem Falle den geplanten Ablauf vorstellen. - Ich muss Sie erneut zur Person befragen und gehe davon aus, dass sich nichts geändert hat. Zu Beginn werde ich Ihnen dann Gelegenheit geben, sich zum Beweisgegenstand und zum Untersuchungsgegenstand insgesamt zu äußern, ohne von Fragen unterbrochen zu werden, wenn Sie dies wünschen. Danach werde ich Ihnen einige Fragen stellen, und dann werden die Ausschussmitglieder Fraktion für Fraktion Ihnen Fragen stellen. - Gibt es hierzu Fragen Ihrerseits?

Zeuge T. B.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zum Ablauf? - Sehr gut.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann darf ich Sie kurz zu Beginn fragen nach Name, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift, wobei in Ihrem Falle die Initialen und der Sitz Ihres Dienstherrn ausreichend sind.

Zeuge T. B.: T. B., Bundesnachrichtendienst, Gardeschützenweg 71-101, 12203 Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke. - Das Alter können Sie uns, glaube ich, verraten, wenn Sie wollen.

Zeuge T. B.: 54.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen Gelegenheit geben, sich entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes im Zusammenhang zum Beweisgegenstand zu äußern, wenn Sie dies wünschen. Wünschen Sie dies?

Zeuge T. B.: Nein. Ich habe diesmal keine Ausführungen hierzu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann würde ich mit einigen Fragen beginnen, und zwar geht es mir da hauptsächlich erst mal um den Bereich der Selektoren, wie Sie sich vorstellen können.

Sie haben da ja schon in Ihren letzten Vernehmungen etwas zu gesagt, und ich würde ganz gerne einmal so ein bisschen Klarheit in den chronologischen Verlauf bringen, zu welchem Zeitpunkt Sie mit welchem Bereich der Selektorenerfassung verbunden waren und betraut waren. Könnten Sie das noch einmal so ein bisschen chronologisch darstellen, wann Sie was mit Blick auf die Selektoren gemacht haben?

Zeuge T. B.: Im Grundsatz war ich mit Selektoren beschäftigt oder befasst in der Zeit zwischen - offiziell - 2003 bis 2007 in dem Bereich JSA, wobei die ersten Selektoren 2003 noch nicht gekommen sind, sondern entsprechend später.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wann?

Zeuge T. B.: Aber es war zumindest in dem Gesamtpaket, gesamten Aufgabenpaket mit dabei.

Anschließend bin ich auf einen anderen Dienstposten gekommen, und dort war ich für die Selektoren insgesamt, also für den Bereich technische Aufklärung gesamt, nicht nur für Aibling, zuständig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das heißt also gesamt - nicht nur Satellitenerfassung, sondern auch Kabelerfassung?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wann ging es denn - - Wenn Sie sagen, 2003 ging es noch nicht los: Wann ging es los?

Zeuge T. B.: Wenn ich mich richtig erinnere, hatten wir erhebliche Diskussionen mit dem AND bezüglich der Bereitstellung der ersten Selektoren, und die müssten dann 2005 gekommen sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht auch schon die ersten 2004?

Zeuge T. B.: Kann ich nicht ganz sicher sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gab es davor einen Testbetrieb, oder wurde direkt scharf auf Treffer gesetzt?

Zeuge T. B.: Natürlich wurde vorher getestet: Funktionieren diese entsprechenden Arbeitsabläufe? Funktioniert die Technik? Funktioniert auch das organisatorische Bereitstellen? Also, derartige Dinge, die sind natürlich immer vorab.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sagen wir mal: 2005. 2005 hat man dann die Selektoren nur in Bad Aibling eingesetzt für die Satellitenerfassung, oder hat man entweder in Bad Aibling oder sonst wo die Selektoren auch für kabelerfasste Daten benutzt?

Zeuge T. B.: Von welchen Selektoren sprechen Sie jetzt? Von denjenigen, die von dem AND gekommen sind, oder von den Gesamtselektoren?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Erst mal von denen, die vom AND gekommen sind, weil ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

vermute, dass von allen anderen, insbesondere von denen des BND, sie natürlich auch eingesetzt worden sind und nicht nur in der Datenbank gespeichert worden sind. Also, erst mal geht es mir nur um die von der NSA.

Zeuge T. B.: Gut. - Ich bin an der Stelle nicht sicher; ich möchte es auch begründen. Die Erstbefüllung des AND wurde nicht am Ort geprüft, sondern wurde intensivst geprüft in der Zentrale. Und damit standen sie in der Zentrale auch zur Verfügung. Ob dort Teile herausgenommen wurden und an andere Bereiche verteilt wurden, kann ich aus der Sicht nicht sagen, weil ich ja da im Grundsatz außen vor war und an der Prüfung der Erstbefüllung nicht beteiligt war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann wechsle ich mal zwei Jahre weiter, zum Oktober 2007.

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo waren Sie da, an welchem Standort?

Zeuge T. B.: Da war ich dann an dem Standort Pullach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da waren Sie also in der Zentrale?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie ist es denn ab dem Zeitpunkt gelaufen? Weil da waren Sie ja dann quasi in Pullach.

Zeuge T. B.: Die Informationen, die wir gekriegt haben, standen der Nachrichtenbearbeitung zur Verfügung und hätten jederzeit auch eingesetzt werden können, wobei man auch sagen muss: Im Endeffekt ist - - Der Teilbereich, der sich mit Selektoren beschäftigt hat, war eigentlich in der Verwaltung der Selektoren, in der Anwendung, in der Verteilung der Selektoren, nicht aber in der inhaltlichen Prüfung des Selektors. Das hat jeweils die Nachrichtenbearbeitung gemacht, die ja aufgrund dieser Selektoren im Zweifelsfall auch Erfassungen bekommen hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie haben Sie denn mit denen kommuniziert? Dass es sie gibt, wissen Sie anscheinend.

Zeuge T. B.: Mit wem jetzt?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nachrichtenbearbeitung.

Zeuge T. B.: Das ist ja quasi - - war in den Nachbarreferaten. Und im Grundsatz - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dürfen Sie das überhaupt wissen? - Na ja: Need to know. Sie waren dafür gar nicht zuständig.

Zeuge T. B.: Prinzipiell, vom Ablauf, steuert die Nachrichtenbearbeitung. Teil der Steuerung sind Selektoren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, Sie haben schon so zusammengearbeitet, dass es normal war, dass Sie das wissen.

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ja schön; dann können Sie gleich die Fragen beantworten. - Also, dann würde ich gerne wissen: Wenn es zu Treffern gekommen ist aufgrund von Selektoren, was machen die Leute in der Nachrichtenbearbeitung, also gar nicht Sie?

Zeuge T. B.: Die schauen sich die Ergebnisse an.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge T. B.: Also, die Erfassungen, die auf diesen Treffern basieren, schauen sie sich an und werten, ob sie nachrichtendienstlich interessant sind oder nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt ist - mal der fiktive Fall - von amerikanischer Seite ein Selektor eingesteuert worden, der nicht G-10-relevant ist, also nicht Deutsche betrifft, aber möglicherweise ein europäisches Land betrifft, eine E-Mail-Adresse mit einer „fr“-Endung oder einer europäischen Endung. Dieser Selektor - unterstelle ich jetzt mal - ist in der Anfangszeit bis



Nur zur dienstlichen Verwendung

2013 im System auf „approved“ gestellt gewesen, weil er weder durch die G-10-Erkennung rausgegangen ist noch sonst irgendwie händisch wahrscheinlich rausgefiltert worden ist. - Richtig so weit?

Zeuge T. B.: Ist theoretisch möglich, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Auch wahrscheinlich sogar gar nicht mal so praktisch irrelevant oder relevant.

Jetzt müsste ja - unterstelle ich mal den Fall -, wenn dieser Selektor von einem Erfassungsland, beispielsweise Afghanistan, kommuniziert hat, es zu einem Treffer gekommen sein. Dieser Treffer wird an die Nachrichtenauswertung dann weitergeleitet, weil sowohl die von der NSA eingesteuerten Selektoren, wenn es dann Treffer gibt, gingen an die NSA, gingen aber auch an den BND, an die Nachrichtenauswertung. Dann müssten die doch einen Bing gekriegt haben mit diesem Treffer. - Richtig?

Zeuge T. B.: Ja. Prinzipiell ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie viel prinzipielle Fälle dieser Art hat es denn gegeben, so?

Zeuge T. B.: Meiner Kenntnis nach keinen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Warum könnte das sein, dass es keinen gegeben hat? Oder vielleicht müssen wir da nur nachbohren, und es gab doch welche. Aber warum könnte das schlüssig sein?

Zeuge T. B.: Also, für mich als Mathematiker ist es schlüssig, weil - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann probieren Sie, es einem Juristen zu erklären, der dem diametral gegenübersteht, Ihrem Thema.

Zeuge T. B.: Nein, die Sache ist die: Man muss unterscheiden zwischen notwendig und hinreichend. Also, um ein Erfassungsergebnis zu haben, ist es notwendig, dass ein Selektor vorhanden ist. Wenn ein Selektor vorhanden ist, ist das

aber nicht hinreichend, dass es ein Erfassungsergebnis gibt.

Wir hatten - - In einer der früheren Vernehmungen hatten wir auch mal ein bisschen darüber philosophiert, was denn eine Vollerfassung an Aufwand bedeuten würde. In der Zeit in Aibling hatte ein moderner Fernmeldesatellit etwa 500 Träger. Es sind im Sichtbereich von Bad Aibling 200 Satelliten. Damit sind Sie in der Größenordnung von 100 000 Trägern. Wenn Sie dann eine Größenordnung von 50 Erfassungszügen haben, sind Sie im Bereich 0,5 Promille, und Sie sind natürlich in der Art und Weise des Mitteleinsatzes gehalten, dass Sie Ergebnisse erzielen zu Ihrem Auftrag. Das heißt, Sie setzen diese 0,5 Promille so ein, dass es Ergebnisse gibt, die Ihrem Auftrag entsprechen. Und dann sind die Selektoren nur ein ganz kleiner Teilbereich dieser gesamten Steuerung. Es sind dann Dinge, die einfach von Signalabklärung, Steuerung der Erfassung und dann auch Bearbeitung einfach in eine Richtung gehen, dass nicht jeder Selektor zwangsweise treffen muss - kann gar nicht, bei 0,5 Promille.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das verstehe ich. Also, da könnten europäische Selektoren, die von der NSA eingesteuert worden sind, einfach - ich sage es jetzt mal flapsig - Glück gehabt haben, weil im Grunde aus der großen Masse, die über Satellit abgestrahlt wird, nur ein kleiner Teil von den Satellitenschüsseln eingefangen wird.

Zeuge T. B.: Ja. Und in dem Bereich, weil wir da gezielt gesteuert haben, nach unserem Auftrag, waren diese entsprechenden Verbindungen - Gespräche, Kommunikation - einfach nicht mit dabei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ob ich das jetzt als gezielt bewerten würde oder als Glück, ist jetzt was anderes. Aber ich verstehe die Überlegung, glaube ich.

Wir hatten eben das Beispiel vom EU-Kommissar Oettinger. Wenn der nach Afghanistan fahren würde, von dort kommunizieren würde - jetzt bilden wir mal den Fall E-Mail -, dann hat er eine



Nur zur dienstlichen Verwendung

„eu“-Endung, also keine „de“-Endung in dem Fall, und das würde über Satellit zurückkommuniziert, weil er natürlich seine Dienstgeschäfte weitermacht - das wäre beim französischen Außenminister oder jedwedem genauso -, und diese E-Mail-Adresse oder die Handynummer des französischen Außenministers wäre von der NSA eingesteuert worden, und sie wäre auch bis 2013 nicht rausgefiltert worden, dann könnte es theoretisch sein, dass das einen Treffer erzeugt. - Richtig?

Zeuge T. B.: Theoretisch könnte das einen Treffer geben, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Aber es müsste dann auch genau die Strecke abgegriffen worden sein, wo diese Kommunikation drauf gelaufen ist?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn es da einen Treffer gegeben hat, dann müsste der Bereich Nachrichtenauswertung es auf dem Tisch gehabt haben. Richtig?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann müsste uns dazu jemand etwas sagen können.

Zeuge T. B.: Dann hätte das die Nachrichtenbearbeitung auf den Tisch gekriegt, und spätestens an der Stelle wäre es aufgefallen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber da haben Sie nie gehört, dass die einen Treffer auf dem Tisch hatten?

Zeuge T. B.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Der Rest ist jetzt theoretisch. Wenn ich jetzt frage: „Was hätten die gemacht?“, was vermuten Sie? Ich meine, das ist jetzt keine - -

(Hans-Christian Ströbele
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ausgewertet!

Das bringt auch nichts.

Wie hat sich denn die Zahl der Selektoren entwickelt von 2005 bis 2008, von 2008 bis 2013 und dann noch mal 2013 bis 2015? Können Sie da was zu sagen?

Zeuge T. B.: Also, von der prinzipiellen Entwicklung sind es immer mehr geworden. Das ist auch klar. Es gab zwar Updates, in denen auch Dinge rausgeschmissen wurden, also auch weniger. Aber von der Tendenz her sind es mehr Selektoren geworden. Also, das ist ein wachsendes - -

Kaum jemand aus der Nachrichtenbearbeitung schmeißt einen Selektor weg, wenn er nicht hundertprozentig überzeugt ist, dass - sagen wir mal - entweder der Besitzer des Telekommunikationsmerkmals verstorben ist oder einer anderen Tätigkeit nachgeht und ich ihn bestimmt nicht mehr erfasse. Aber im Zweifelsfall sagt man: Ein zusätzlicher Eintrag im Datenbereich schadet nicht. Wenn ich da die Chance habe, noch was zu erfassen, dann lasse ich es.

Ich möchte es aber auch bitte wieder qualifizieren. Das Ganze geht nicht am Datenschutzrecht vorbei. In dem Moment, wo es auf Wiedervorlage geht, datenschutzrechtlich zu überprüfen, und es sind keine Erkenntnisse da, dann fliegt er natürlich auch wieder raus. Das ist überhaupt keine Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Als Zwischenfrage: Ich kann natürlich das nachrichtendienstliche Interesse verstehen, keinen rauszunehmen. Es geht ja automatisiert; ich muss das ja nicht händisch machen. Sonst hätte man ganz anders, glaube ich, den Druck, bestimmte Sachen rauszunehmen.

Zu wie viel Treffern haben die Selektoren denn geführt - ich sage mal: beispielsweise im Jahr 2008? Um nur mal gewichten zu können: Also, was für ein Aufwand entsteht denn durch viele Selektoren?

Zeuge T. B.: Es gibt keine Statistik „Selektor gleich soundsoviel Treffer“.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na klar, keine direkte Korrelation. Es gibt ja auch qualifiziertere Selektoren wahrscheinlich und weniger. Aber mich interessiert eigentlich nur: Wie viel Aufwand kommt hinten dabei raus durch die Treffer aus der Selektorendatenbank IP und Wählverkehre? Das brauchen Sie jetzt nicht zu differenzieren, sondern: Wie viel Aufwand ist das bei der Nachrichtenauswertung für den BND? Über was reden wir da grob?

Zeuge T. B.: Also, eine Prozentzahl in der Form kann ich Ihnen leider nicht geben. Das ist genau wieder das Problem, das wir auch vorher schon hatten, mit dem Auflegen von bestimmten Strecken. Es kann sein, dass ich Strecken bearbeite, in denen ich zweimal in der Woche eine wichtige Meldung kriege, von der ich einfach sage: Von der Priorität her, von der Wichtigkeit her ist es so hoch, dass ich das in Kauf nehme, die Ressource dafür zu verbraten. Und in anderen Bereichen habe ich am Tag 500 Treffer und kann die entsprechend weiterverarbeiten. Und im anderen Fall habe ich am Tag vielleicht 5 000 Treffer, kann aber nur 20 davon verarbeiten, weil es bestimmte andere Ressourcen, fremdsprachlicher Art oder beispielsweise dass ich es nicht übersetzen kann - - dass ich dann sage: Okay, ich habe zwar sehr viele Treffer, und ich muss mir dann unter diesen Treffern die raussuchen, die mir aufgrund der Metadaten so wichtig erscheinen, dass ich sie weiterbearbeite.

Also, darum jetzt einfach zu sagen: „Dieser Selektor gibt so viel Treffer, oder in diesem Bereich habe ich soundso eine große Chance, oder da habe ich eine andere Chance“, das ist pauschal nicht zu beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Dann gehen wir noch mal auf die Selektoren selber zurück und auf die Entwicklung. Nach dem ersten Befüllen: Ist die Masse der Selektoren bei der Initial Load - so wird das, glaube ich, genannt - - Ist die mal überprüft worden, was da alles drin war?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, die ist am Anfang einmal gecheckt worden auf G 10 oder auf was?

Zeuge T. B.: G 10.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Punkt?

Zeuge T. B.: Punkt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge T. B.: Das war zweitausend - - Wie gesagt, 2005. Und da gab es nur G-10-Gesetz und Auftrag Bundesregierung im Grundsatz, also: BND klärt im Ausland auf, und außerhalb G 10 gab es keine Einschränkung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Können Sie sich vorstellen, warum? Weil man - -

Zeuge T. B.: Nicht, nicht. Es ist keine gesetzliche Einschränkung. Es gab natürlich eine Einschränkung im Sinne des Aufgabenprofils. Es gab natürlich die Einschränkung im Sinne des MoAs. Also, diese Einschränkungen gab es schon. Aber aufgrund der vorherig gesagten Dinge, dass ich relativ wenig betriebliche Möglichkeiten habe für einen irrsinnigen möglichen Erfassungsbereich und mir da auch schon das raussuchen muss, was am besten sich verkaufen lässt, was also auch den größten Mehrwert kriegt - - Sonst steigt uns spätestens der Rechnungshof aufs Dach, weil wir nicht vernünftig arbeiten. Also, diese Dinge sind natürlich auch mit da. Also, das heißt, es ist nicht nur eine Sache der Selektoren, sondern es ist auch eine Sache des betriebswirtschaftlich sinnvollen Einsatzes der Mittel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat man sich denn Gedanken gemacht, dass da möglicherweise - von der NSA eingesteuert bei der Initial Load - schon viele Selektoren drin waren, die gar nicht im Kern dem Auftragsprofil des BND entsprechen? Hat man da gesagt: „Gut, da wir aber unsere Schüsseln Richtung Einsatzländer richten, wird es eh gar nicht zu Treffern führen. Warum sollen wir die Amerikaner verärgern und mit denen jetzt über jeden Selektor aus einem EU-Staat diskutieren? Lass laufen“? Oder wie hat man bei



Nur zur dienstlichen Verwendung

dieser Initial Load dies wahrgenommen, dass da europäische Selektoren drin waren?

Zeuge T. B.: Ich kann nicht sicher sein, dass wirklich europäische Selektoren drin waren. Ich habe die Initial Load mir nicht noch mal angeschaut, also die entsprechenden Selektoren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber irgendwann sind ja EADS und Eurocopter aufgefallen.

Zeuge T. B.: Die sind später aufgefallen, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Die müssen ja irgendwann da reingekommen sein.

Zeuge T. B.: Bei einem der Updates sind die reingekommen und sind von uns dann gar nicht freigegeben worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Und spätestens da muss man doch gehaut haben, dass anscheinend Selektoren - deswegen findet ja dieses Ganze mit Auf-„approved“- oder Auf-„disapproved“-Stellen wahrscheinlich statt - da kommen, die eigentlich nicht so im deutschen Interesse oder im deutschen Auftragsprofil - wie man es auch immer benennen mag - sind, sondern eher im Gegenteil kontraproduktiv sind.

Zeuge T. B.: Diese Selektoren waren Ausnahmen. Und auch danach ist während der Zeit, in der ich in Aibling war, in der Form nichts aufgefallen.

Aber wir haben auch nicht ganz so explizit danach gesucht; das hatte aber auch einen anderen Grund. Diese Initial Load war angepasst auf den Auftrag und auf das MoA. Und da hatte man gesagt: Okay, wir schauen in diese Richtung; das und das sind die möglichen Zielobjekte.

Und der AND hatte auch ja aus eigenem Interesse nicht bei uns all das eingestellt, was er weltweit einstellt, sondern nur das eingestellt, was er gemeinsam mit uns machen wollte. Und da werte ich etwas, was eingestellt wurde, was eigentlich gegen unsere Interessen verstoßen hätte, als Fehler in deren Prozess. Und auch die haben versucht, diese Fehler so weit wie möglich zu vermeiden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber wenn ich das richtig so wahrgenommen habe, die letzten anderthalb Jahre, dann gehört es ja quasi zur gut qualitativen Arbeit eines Nachrichtendienstes, einem anderen Nachrichtendienst nicht zu trauen, sondern eher zu sagen: Wir legen ein gehöriges Maß an eigener Überprüfung an den Tag. - Ich glaube, hier wäre vielleicht der Punkt gewesen, noch etwas genauer hinzuschauen und zu sagen: „Wir verifizieren doch noch mal alles, was der AND, der in dem Fall NSA heißt, uns liefert“ - oder nicht?

Zeuge T. B.: Ja, das ist vollkommen richtig. Im Endeffekt haben wir an einer Stelle - - Das, muss man sagen, war der Knackpunkt an der Seite. An der Stelle, als der AND abgezogen ist aus der gemeinsamen Dienststelle, da hätten wir erkennen müssen, dass diese Vorfilterung auch von der anderen Seite wegfällt und wir intensiver draufschauen hätten müssen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Von welchem Jahr reden wir jetzt genau?

Zeuge T. B.: Das war Herbst 2012.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt gehen wir mal ein Jahr weiter. Da kamen die Veröffentlichungen über Snowden. Und jetzt wird gesagt: Mensch, lass uns das mal doch auf europäische Selektoren durchscannen. - Klar, Snowden, hin und her. Aber was war der Auslöser da? Warum sagte man, gerade auf europäische? Warum diese Sensibilität plötzlich 2013? Wissen Sie das?

Zeuge T. B.: Ich weiß es nicht. Ich könnte mir höchstens vorstellen, dass es im Rahmen der Aussage „Ausspähen unter Freunden geht gar nicht“ - - dass man da selber auch mal geguckt hat: Was macht man denn selbst in diesen Bereichen? Aber das ist eine Vermutung meinerseits.

Es kommt im Grundsatz aus den politischen Ebenen und ist von einem der höheren Vorgesetzten dann versucht worden auch mal dann nachzuprüfen: Wie sieht es denn im eigenen Bereich auch aus? Das müsste dann auch der Auslöser für diese Aktion 2013 sein. Aber das ist eine Spekulation.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Letzte Frage von mir: Wurden denn mal händisch bestimmte Selektoren rausgenommen, als es zum Beispiel die Maßgabe gab: „Nimm peter.mustermann@hotmail.com raus“, weil er zum Beispiel aus irgendwelchen Gründen nicht in die Erfassung geraten sollte? Gab es solche einzelnen Dinge, die händisch auf „disapproved“ gestellt worden sind?

Zeuge T. B.: Ja. Die Ersten, die auf „disapproved“ gestellt wurden aufgrund solcher händischen Untersuchungen, das waren ja Eurocopter, EADS.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bis 2008 war das quasi, 2005 bis 2008 kann man sagen, diese Phase?

Zeuge T. B.: Ja. Und es gab auch die eine oder andere Nachfrage von der Dienststelle dann an die Zentrale, und da sind auch Teile händisch rausgenommen worden. Und weil man dann auch versucht hat, diese Dinge regelmäßiger zu überprüfen und zu sagen: „Okay, es reicht eigentlich nicht, wenn man nur die Updates überprüft, sondern man muss eigentlich den Gesamtbestand auch regelmäßig prüfen, weil es Veränderungen, beispielsweise in den G-10-Listen, gibt“, hat man ja dann Mitte 2008 das Verfahren umgestellt und regelmäßig auch immer wieder diese Bestände gegen die entsprechenden Listen automatisiert laufen lassen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Von meiner Stelle wäre es so weit erst mal gut. - Ich würde jetzt den Fraktionen das Wort geben und als Erstes der Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn beginnt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Herr T. B., ich möchte Sie auch zu Beginn fragen, wie Sie sich auf die heutige Zeugenvernehmung vorbereitet haben, mit welchen Unterlagen.

Zeuge T. B.: Ich war gestern wieder in der Dienststelle und habe mir zu dem entsprechenden Beweisbeschluss - ich glaube, 29 oder was das ist - die Ordner vorlegen lassen; es waren zwei relativ dünne.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Haben Sie sich die Protokolle Ihrer eigenen Zeugenaussagen hier auch noch mal durchgesehen?

Zeuge T. B.: Jetzt unmittelbar vor dieser Sitzung nicht. Vor der letzten Ladung hatte ich das gemacht, bei der ich dann nicht mehr drankam. Also, es war noch relativ frisch im Gedächtnis.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nun haben Sie ja hier im Prinzip dargestellt, dass das alles so ganz in Ordnung war und auch keine größeren Probleme - - Und es wurde auch nie was ungefiltert weitergeleitet usw. Es gab ja ein Teil Medienveröffentlichungen in den letzten Wochen und Monaten, wo nun ganz andere Dinge standen. Deshalb will ich Ihnen einfach noch mal die Gelegenheit geben, die Teile an Ihrer Aussage, die Sie korrigieren möchten, jetzt hier richtigzustellen - Sie stehen ja unter Wahrheitspflicht -, wenn Sie das alles noch präsent haben. Möchten Sie aus Ihren Aussagen, die Sie gemacht haben in früheren Befragungen hier, da etwas korrigieren? Es ist auch zu Ihrer eigenen Sicherheit.

Zeuge T. B.: Nein. Ich habe ja auch die Protokolle durchgelesen nach den Befragungen. Und ich hätte ja dann irgendwelche Fehler schon korrigieren müssen. Einen Teil, glaube ich, hatte ich von der geheimen Sitzung entsprechend korrigiert, weil da ein „nicht“ zu viel an irgendeiner Stelle war. Aber ansonsten hatte ich diese Dinge auch gelesen und auch überprüft, ob das, was ich gesagt habe, auch der Wahrheit entspricht, und da brauche ich heute nichts korrigieren.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie sind doch zumindest bis 2014 - ich weiß nicht, ob immer noch - mit Selektion und Materialfluss befasst gewesen - auch immer noch. Ist das richtig?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wenn dann in Medienveröffentlichungen steht, dass Daten ungefiltert über möglicherweise mehrere Jahre zum Beispiel an die CIA weitergegeben worden sein sollen, wenn Rohdaten auch von Bad Aibling aus an die Amerikaner gegeben worden sein sollen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

ohne dass sie gefiltert waren, dann sind diese Berichte, die ja zum Teil auch auf Zitaten beruhen, aus Ihrer Sicht alle falsch?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): All die Medienberichte, die aus Dokumenten des BND zitieren und aus Briefwechsel und aus Vermerken, die sind alle falsch?

Zeuge T. B.: Welche Berichte meinen Sie?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe zum Beispiel den letzten angesprochen; der ist ja nun erst ein paar Tage alt, von diesem Wochenende.

(RA Johannes Eisenberg:
Was denn?)

- Ja, der *Spiegel* vom 4. September 2015.

Zeuge T. B.: Was steht da drin?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Unter anderem, dass Daten ohne jede Filterung direkt an die CIA weitergeleitet worden sein sollen.

Zeuge T. B.: Ich kenne den Artikel nicht, und mit dem Austausch CIA habe ich nie irgendetwas zu tun gehabt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Womit haben Sie denn etwas zu tun, wenn Sie für - -

(RA Johannes Eisenberg:
Können wir den mal sehen,
den Artikel?)

- Wie bitte? Natürlich.

(RA Johannes Eisenberg:
Kann der Zeuge den mal
lesen? Ist das möglich?)

- Das ist die Kurzfassung; hier ist die Langfassung.

(RA Johannes Eisenberg:
Die Langfassung hätten wir
gern!)

- Ja, hat sie ja.

(RA Johannes Eisenberg:
Also *Spiegel Online* sogar
nur!)

- Nein, nein, der ist auch abgedruckt.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
und sein Rechtsbeistand
nehmen Einblick - Der
Zeuge und sein Rechts-
beistand beraten sich mit
RD Philipp Wolff (BK))

Zeuge T. B.: Gut. Also, zu diesem Artikel kann ich leider nichts sagen. Mit dieser Operation war ich nicht betraut; das war auch zu einem Zeitpunkt, als ich noch in Bad Aibling war. Und man hat aus bestimmten Gründen diese beiden ANDs auch sehr strikt voneinander getrennt. Von der Seite kann ich zu diesem Papier keine Stellung nehmen, weil es sich meiner Kenntnis entzieht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und Sie sind bei Materialfluss nur für einen AND zuständig, oder sind Sie auch für - -

Zeuge T. B.: Zu diesem Zeitpunkt war ich in Aibling, und als ich für den Materialfluss zuständig war, war dieser Bereich bereits beendet. Und um beendete Operationen brauchen Sie sich nicht mehr kümmern im Endeffekt, wenn es nicht um eine Aufarbeitung in anderer Weise geht, sondern ich musste ja den Materialfluss für die laufenden Operationen sicherstellen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und bei den laufenden Operationen ist ungefiltert nie etwas an die Amerikaner gegangen oder an die Briten?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Definitiv auch keine Metadaten?

Zeuge T. B.: Es ist ungefiltert nichts rausgegangen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Können Sie noch mal genau sagen, weil das ja nicht so ganz klar geworden ist, welche Aufgaben Sie hatten und welche Aufgaben Sie haben im Zusammenhang mit der Einstellung von Selektoren?

Zeuge T. B.: Okay. Also, in der Zeit, in der ich in Bad Aibling für den Gesamtbereich JSA zuständig war, waren die Selektoren ja ein Steuerungsinstrument und mussten ja aufgrund der Vereinbarungen - man hält sich an die Gesetze beider Länder - von den jeweiligen Nationen überprüft werden, ob diese eingehalten werden, ja oder nein. Es ging damals von der Intention her im Wesentlichen einmal um G 10 und natürlich das zweite Mal auch im Sinne von „Ist das, was wir steuern, in dem Fall aber durch andere Ressourcen, auch mit dem MoA vereinbar?“, also diese zwei Aspekte. Und bei der Steuerung waren die Selektoren eher nachgeordnet. Denn dieser Gesamtprozess, wie ich vorhin schon gesagt habe, war ja sehr viel komplexer als nur, einen Selektor einzustellen oder nicht einzustellen.

Insgesamt in diesem Teilbereich war es ja auch so, dass wir versucht haben, die Systeme zu verstehen. Wenn Sie versuchen, da auch bestmöglich Ergebnisse zu erzielen, müssen Sie wissen: Wie tickt das System? Und dazu nehmen Sie am besten auch mal die Arbeitsweise dessen, für den es entwickelt wurde, schauen sich das Ganze an, schauen sich die Ergebnisse an und schauen sich auch den Input an. Also, wir haben gerade am Anfang sehr intensiv geschaut: Was geht rein, und was kommt raus? Und wie funktioniert das?

Wir haben das dann auch verglichen mit unseren eigenen Selektionsmethoden: Funktioniert das genauso? Ist das vergleichbar? Und da ist viel Aufwand mit reingeflossen. Und daher hatten wir in dieser Phase, in der ich da draußen auch war, sehr intensiv draufgeguckt: Was ist eingesteuert worden, und was ist rausgekommen? Und da kann ich sehr sicher sagen, dass da nicht irgendetwas im Sinne von EU oder so rausgefallen

wäre. Das wäre nicht in unserem Auftrag gewesen, und an der Stelle hätten wir auch interveniert.

In der Zeit, in der ich dann ab Herbst 2007 in der Zentrale gesamt für die Selektoren verantwortlich war - das ist jetzt dieser andere Teilbereich -, bis 2014, ging es auch darum, dass man innerhalb der Technischen Aufklärung die Informationen verteilt, dass man insgesamt auch sieht: Wie ist es mit G 10? Wo wird unterdrückt? Was wird entsprechend der angeordneten und genehmigten Suchbegriffe eingestellt? Wo wird es verarbeitet? Nämlich in der Zentrale. Wie sind die Protokollierungsmechanismen usw. usw.? Also, um diesen ganzen Rahmenaspekt ging es da auch.

Die Verantwortung für einen Selektor steckt in der Nachrichtenbearbeitung, weil er fachlich sagen kann: Ja, das passt zusammen. Das Ergebnis und Selektor passt zusammen. - Und das ist dann eine der Aufgaben der Nachrichtenbearbeitung gewesen, auch die Grundlagen so zu pflegen, dass sie sich für die Steuerung eignen. Da war die übergeordnete Aufgabe, dass man sieht: Passt das alles zusammen? Ist die Steuerung auch in sich logisch, oder sind irgendwelche Dinge, dass ich eventuell etwas habe, was ich an einen bestimmten Bereich nicht weitergeben kann oder soll, beispielsweise ein Ziel, das ich nicht nach Aibling geben kann, weil es sich um einen Terroristen¹ in London handeln könnte - - Das durfte ich nicht in Aibling einsteuern. Solche Dinge sind natürlich auch überprüft worden.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Danke. - Jetzt wäre die Runde rum. Ich denke, jetzt können die Artikel auch wieder zurück, und jetzt ist die SPD dran.

Christian Flisek (SPD): Herr B., Sie haben die Protokolle Ihrer Zeugenaussage ja noch mal gelesen.

Zeuge T. B.: Ja.

1) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Haben Sie die Vernehmungen der Zeugen D. B., W. O., K. M. und R. U. im weiteren Verlauf unserer Arbeit verfolgt?

Zeuge T. B.: Teilweise.

Christian Flisek (SPD): Teilweise. - Ich frage mal ganz offen in Bezug auf Ihre ersten Aussagen: Haben Sie im Lichte der Aussagen Ihrer Kolleginnen und Kollegen hier vor dem Untersuchungsausschuss irgendetwas hinzuzufügen, richtigzustellen?

Zeuge T. B.: Fragen Sie zu ganz bestimmten Punkten; dann kann ich sagen: „Okay, ich möchte dies oder jenes ergänzen“, oder: „Es gibt nichts zu ergänzen.“

Christian Flisek (SPD): Hatten Sie denn mit dem Zeugen W. O., den wir heute schon hier hatten, in Sachen Selektorenprüfung, Probleme in Bezug auf Selektorenprüfung, Kontakt, Gespräche geführt?

Zeuge T. B.: Es gab einen Kontakt, und zwar als die Vertrauensperson der Bundesregierung zu den Selektoren beim BND war. Da war ich auch mit an der Außenstelle, als diese Untersuchungen geführt wurden an diesem Tag.

Christian Flisek (SPD): Wer ist denn die Vertrauensperson?

(RA Johannes Eisenberg:
Eure!)

- Ach so, jetzt.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich finde den Namen
auch nicht passend!)

Nein, ich war so ein bisschen in den Zeiträumen zwischen 2005 und - - Okay, also jetzt ganz aktuell haben Sie erstmals Kontakt gehabt?

Zeuge T. B.: Also, bis 2014 haben wir zusammengearbeitet. Und da gab es natürlich - -

Christian Flisek (SPD): Ich habe Sie ja ganz offen gefragt, ob Sie mit W. O. Kontakt hatten.

Zeuge T. B.: In der regulären Zusammenarbeit ja.

Christian Flisek (SPD): Das ist doch eine ganz einfache Frage. Dann antworten Sie doch auch so darauf.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der irregulären
nicht?)

Ich verstehe gar nicht, was daran so kompliziert ist. Also, in Ihrer Zeit, die in den Untersuchungsausschussgegenstand fällt, von wann bis wann hatten Sie mit W. O. Kontakt?

Zeuge T. B.: Spätestens seit seiner Zuversetzung nach Aibling; da war er nämlich ein Mitarbeiter von mir.

Christian Flisek (SPD): Wann war das?

Zeuge T. B.: Ich glaube, der ist 2005 nach Aibling versetzt worden.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Zeuge T. B.: Und zuletzt im Grundsatz vor meiner Wegversetzung aus dem Bereich 2014.

Christian Flisek (SPD): Und jetzt ganz zum Schluss, als die Vertrauensperson da war.

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Ist Ihnen bekannt, dass W. O. bei seiner Arbeit in Bezug auf die Selektoren mal irgendwann was gefunden hat, was außergewöhnlich war?

Zeuge T. B.: Ja, die Selektoren „Eurocopter“, „EADS“.

Christian Flisek (SPD): Ja, und? Was hat er Ihnen da erzählt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Wir hatten darüber gesprochen, weil er eben gesagt hat: Ich habe da etwas, was ich als nicht G 10 bewerte, aber wo ich trotzdem Bauchschmerzen hätte, es freizugeben. - Und dann haben wir uns darüber unterhalten und gesagt: wird nicht freigegeben.

Christian Flisek (SPD): Und wann war das?

Zeuge T. B.: Das muss Ende 2005 gewesen sein.

Christian Flisek (SPD): Wissen Sie, Herr T. B., ich bin ganz vorsichtig mit Vorhaltungen. Aber ich glaube, dass Sie uns in den Vernehmungen vorher ganz schön an der Nase herumgeführt haben. Ich habe hier nämlich Protokollauszüge, da haben Sie uns auf mehrfache Nachfrage von mir und von Kollegen erklärt, dass dieses fiktive Beispiel, das Sie damals genannt haben - EADS -, eben nur ein theoretisches, fiktives Beispiel sei. Sie haben ausdrücklich gesagt, es sei niemals passiert.

(Zuruf)

- Nein, es steht drin - -

Zeuge T. B.: „Nach meiner Erinnerung“, hatte ich gesagt, „ist es nicht passiert.“

(Hans-Christian Ströbele
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht gesagt!)

Christian Flisek (SPD): Ich lese Ihnen ganz gerne Ihre ganzen Aussagen vor. Da heißt es - ich zitiere mal -:

Ein Beispiel dazu ist eine ganz einfache Geschichte: Wenn Sie sagen, es geht ja um deutsche Interessen, aber nicht G 10, dann kann ich Ihnen sagen: EADS zum Beispiel ist nur zu 40 Prozent deutsch und unterfällt damit nicht dem G-10-Regime, es wäre aber äußerst dämlich, wenn die Deutschen mit Amerikanern gemeinsam Erfassung zu EADS betreiben würden, als unmittelbarem Konkurrenten zu Boeing. Nicht, dass es in der

Form versucht worden wäre. Ist nicht passiert. Aber das wäre ein typisches Beispiel für deutsche Interessen, die nicht G-10-geschützt sind.

Und dann sagen Sie auf Nachfrage vom Kollegen Ströbele auch mehrfach: Das ist ein rein fiktives Beispiel; das war reine Theorie.

Zeuge T. B.: Das war zu diesem Zeitpunkt nach meiner Erinnerung reine Theorie. Ich habe mittlerweile Unterlagen gesehen, in denen dieses Beispiel nicht reine Theorie war. Aber, wie gesagt, das war eins der wenigen Dinge, die wir ablehnen mussten, und es ist auch nicht in der Erfassung aufgetaucht. Und damit war es am nächsten Tag quasi schon wieder weg.

Christian Flisek (SPD): Aber heute können Sie sich ganz genau erinnern auf meine Frage hin, dass Sie mit W. O. zusammengearbeitet haben, er 2005 nach Bad Aibling kam und dass er zum Beispiel als ein besonderes Vorkommnis diesen EADS-Eurocopter-Fund gemacht hat und mit Ihnen selbstverständlich auch darüber geredet hat?

Zeuge T. B.: Ja, weil ich mich aufgrund der Unterlagen - -

Christian Flisek (SPD): Da können Sie sich heute ganz klar dran erinnern?

Zeuge T. B.: Weil ich aufgrund der Unterlagen gesehen habe, dass dieses Ding auch wirklich passiert ist. War eine der Unterlagen - ich glaube, da gibt es auch eine E-Mail dazu entsprechend -, und da habe ich keine Probleme damit zu sagen: Okay, da hat mich das Gedächtnis getrogen, und es war halt doch nicht fiktiv. - Tut mir leid, ich konnte nicht alles wissen, was vor elf Jahren passiert ist. Es waren sehr viele Dinge, die wir insgesamt abgearbeitet haben, und das war jetzt nichts Außergewöhnliches im Sinne von „Es ist jede Woche vorgekommen“, sondern das war etwas einmal vielleicht so ein bisschen mal durchgerutscht an der anderen Seite, und anschließend war es wieder weg, bzw. es ist nie wieder in der Form passiert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ich bewerte das - - Ich sage Ihnen nur aus meiner Sicht, warum ich das jetzt auch in der Einlassung nicht für glaubwürdig halte. Weil, wenn es so wäre, wie Sie es jetzt schildern, was durchaus eine Möglichkeit wäre, dann habe ich nämlich in den Protokollstellen immer dann, wenn Sie sich nicht erinnern konnten, durchaus von Ihnen die Aussage bekommen, dass man sich daran nicht erinnern könne. Dann hätten Sie das nämlich auch damals so relativieren können. Denn sämtliche Vorhaltungen damals in den Zeugenaussagen waren bereits darauf gemünzt, dass diese Beispiele aktenkundig sind, und das war Ihnen damals auch klar. Und dann hätten Sie damals diesen Einwand natürlich führen können, was Sie nicht getan haben. - Aber das nur als Bewertung.

Ich möchte noch mal einsteigen mit dem, was gerade der Zeuge W. O. gesagt hat. Der hat uns klipp und klar gesagt - - Ich habe ein fiktives Beispiel genannt, nämlich ich habe die E-Mail-Adresse von Günther Oettinger genommen: guenther.oettinger oder guenther-oettinger, wie auch immer, guenther.oettinger@ec.europa.eu.

Ich habe ihn gefragt: Wie würde eine solche E-Mail-Adresse, wenn sie denn ein von den Amerikanern gelieferter Selektor gewesen wäre - - wie wäre die behandelt worden in Bad Aibling und in Pullach? Er hat erfreulicherweise eine ganze klare Aussage getroffen. Er hat gesagt, bis 2013 wäre dieser Selektor scharfgestellt worden. Schließen Sie sich dieser Bewertung an?

Das hat er sehr klar gesagt. Er hat es nicht einschränkend formuliert. Er hat nicht gesagt: Kommt drauf an.

Zeuge T. B.: Ich vermute, dass er recht hat in der Richtung.

Christian Flisek (SPD): Worauf stützen Sie Ihre Vermutung?

Zeuge T. B.: Ich sage jetzt mal: Unter G-10-Regime fällt diese Adresse nicht. Und damit wäre sie an der Stelle nicht aufgefallen.

Christian Flisek (SPD): Gut. Das heißt übersetzt - -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber es ist doch ein Deutscher!)

Das ist auch sehr deutlich; ich danke Ihnen für diese Aussage. Das heißt einfach übersetzt: Sobald eine G-10-relevante Person versteckt - ich sage jetzt mal; das ist ein Begriff von mir - wäre in einer E-Mail-Adresse, die eine andere Top Level Domain hat, die nicht „de“ ist, wäre es sehr, sehr schwierig, sie als G-10-relevant zu erkennen und herauszufiltern. Ist das richtig?

Zeuge T. B.: Das ist richtig. Das ist auch in Konsistenz mit den Aussagen, die wir hatten, dass es eine hundertprozentige Filterung und Sicherheit gerade im Bereich IP-Erfassung - das ist IP - nicht gibt.

Christian Flisek (SPD): Ja. Ich meine, das ist ja auch eine schöne Formulierung. „Eine hundertprozentige nicht gibt“ suggeriert ja immer so ein bisschen: Aber wir sind nahe dran an den 100 Prozent.

Wenn ich dann - jetzt sage ich mal - feststellen würde, dass - nicht, weil ich jetzt besonders den Günther Oettinger für schützenswert halte - sämtliche G-10-relevanten Personen, die irgendwo bei internationalen Organisationen, bei ausländischen Firmen,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Botschaften!)

sonst irgendwo unter generischen Top Level Domains auftreten, „com“ beispielsweise, „gov“ beispielsweise, alles, was es da an Top Level Domains gibt - - Wenn ich mir das jetzt nur mal vorstelle, wie viele das sind, weil wir ja Gott sei Dank ein international sehr vernetztes Land sind und sehr viele unserer Menschen dort auch arbeiten, dass alles das sozusagen nicht erfasst werden würde von der G-10-Filterung, dann bezweifle ich, dass wir auch nur annähernd nahe an 100 Prozent sind, sondern dann drängt sich mir



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Verdacht auf, dass diese ganze Filterung löchrig ist wie ein Schweizer Käse.

Zeuge T. B.: Es berührt sehr viele juristische Aspekte. Ich würde Sie bitten, dass Sie diese Dinge auch mit einem Juristen entsprechend diskutieren.

Christian Flisek (SPD): Machen wir; machen wir mit allen. Jetzt machen wir es aber mit Ihnen.

Zeuge T. B.: Rein technisch, habe ich gesagt: Es gibt keine 100-Prozent-Filterung. Denn der Filter ist nur so gut wie die Kriterien, die eingestellt sind. Und wenn die Kriterien in irgendeiner Art und Weise umgangen werden, dann habe ich an diesen Stellen ein Problem. Es ist so, dass prinzipiell immer nachgearbeitet wird und immer auch versucht wird, wenn irgendetwas auffällt, das in diesem Prozess zu verbessern. Und dadurch verbessern wir kontinuierlich auch die Qualität.

Aber es ist auch klar, dass es diese 100 Prozent nicht gibt und dass sie auch zum Teil von einem Wissenden absichtlich ausgehebelt werden können, außerhalb ... (akustisch unverständlich)

Christian Flisek (SPD): Gut. - Jetzt sind Sie ja Mathematiker. Ist denn diese Problemlage überhaupt dann mal methodisch behandelt worden? Ist sie erkannt worden als Problem? Oder hat man gesagt: „Nein, wir machen einfach Schema F? „de“ ist „de“, und was nicht „de“ ist, ist halt einfach - -

Zeuge T. B.: Natürlich ist sie methodisch behandelt worden. Und daher gibt es ja eben nicht nur diese Filterung auf die Top Level Domains, sondern entsprechend weitergehende Dinge, die wir auch nichtöffentlich noch gerne vertiefen können. Aber das waren auch die Aufgaben, die da mit drin hängen: kontinuierliche Verbesserung dieses Prozesses.

Christian Flisek (SPD): Da werden wir uns in nichtöffentlicher Sitzung sehr intensiv noch mal unterhalten müssen, wie diese kontinuierlichen Verbesserungen dann auch im Einzelfall aussehen haben.

Sie haben das MoA angesprochen. Noch mal die Frage: War Ihnen das bekannt?

Zeuge T. B.: Ja, natürlich.

Christian Flisek (SPD): Sie kannten das?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Welche Maßstäbe über G 10 hinaus waren daraus für Sie ableitbar, welche Prüfmaßstäbe?

RD Philipp Wolff (BK): Wenn es um den Inhalt des MoA geht, bitte ich, das nur in eingestufte Sitzung - -

Christian Flisek (SPD): Dann frage ich anders, ohne Bezugnahme auf das MoA: Spielten deutsche Interessen bei der Prüfung eine Rolle?

Zeuge T. B.: In diesem MoA ist vom Prinzip her festgehalten, was gemeinsam gemacht werden durfte. Und an der Stelle ist im Vorfeld sehr genau überlegt worden: Was kann ich gemeinsam mit einem anderen Nachrichtendienst tun, und was kann ich nicht tun? Und an der Stelle hat man bereits, bevor man diese Dinge festgehalten hat, was ich gemeinsam bearbeiten darf, diese Dinge rausgenommen, die an der Stelle kritisch gewesen wären in der Zusammenarbeit. Das heißt, das entsprach den deutschen Interessen.

Christian Flisek (SPD): Es ist ganz selten, dass es mir schwerfällt, einem Satz zu folgen. Aber das habe ich jetzt nicht verstanden, was Sie mir jetzt um Schluss sagen wollten; tut mir leid. Was war jetzt die Aussage dieses Satzes?

Zeuge T. B.: In dem MoA gibt es einen Teilbereich, der mit dem Tätigkeitsfeld, mit dem Arbeitsbereich dieser gemeinsamen Operation oder gemeinsamen Bereiches zu tun hatte. Und von beiden Seiten haben sich die Entscheidungsträger sehr genau überlegt: Was darf ich mit dem anderen machen? Und da hat man die Dinge rausgesucht, die im gemeinsamen Interesse sind und nicht gegen das eigene Interesse verstoßen. Und genau diese Aufgaben hat man dort reingeschrie-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ben. Und damit waren Dinge, die eventuell deutschen Interessen widersprechen würden, gar nicht als Aufgabe aufgenommen in diesen Teilbereich. - War es jetzt klarer?

Christian Flisek (SPD): Ja. Also, ich versuche es mal mit einer Frage: Das heißt, man hat durchaus - und das hatten Sie ja auch schon gesagt in Ihren Aussagen - nachgelagert nach G 10 deutsche Interessen als Prüfungsmaßstab gehabt?

Zeuge T. B.: Bei der Formulierung dieser Aufgaben an diesen gemeinsamen Bereich hatte man sich schon Gedanken gemacht: Was darf ich mit diesem AND tun? Und da hat man die deutschen Interessen im Auge gehabt, so nach dem Motto: Genau das darf ich dort nicht, also muss ich es woandershin geben, weil es eventuell deutsches Interesse berühren würde.

Christian Flisek (SPD): Wo woandershin geben?

Zeuge T. B.: An eine der anderen Erfassungsstellen, deutschen Erfassungsstellen. Man hat genau unterschieden: Was darf ich in Aibling machen, und was darf ich in Aibling nicht machen?

Christian Flisek (SPD): Was ist dann an welche anderen Erfassungsstellen weitergegeben worden?

Zeuge T. B.: Bestimmte Aufträge. Was beispielsweise auf keinen Fall da draußen in der Zusammenarbeit gemacht werden durfte, war beispielsweise G-10-Erfassung.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge T. B.: Das ist massiv entsprechend ja reguliert, und das darf ich nicht mit einem anderen AND zusammen tun. Und deswegen sind diese Dinge, obwohl sie ja auch einer der Aufklärungsaufträge sind, von vornherein ausgeklammert worden. Genauso hat man sich auch in anderen Bereichen dann Gedanken gemacht, auf der entsprechenden politischen Ebene: Was darf ich dort mit einpflegen, und was sollte ich nicht ansprechen? Aber auch das ist - ich sage mal - Routinegeschäft.

Christian Flisek (SPD): Ist denn jemals in Ihrer Zeit ein Selektor wegen Verstoßes gegen deutsche Interessen aussortiert worden - außer „EADS“ und „Eurocopter“?

Zeuge T. B.: Das sind die beiden Fälle, die ich noch präsent habe. Weitere weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Würden Sie denn mir dann zustimmen, wenn ich sage, dass die Prüfung auf deutsche Interessen bezogen mindestens bis 2013 vom Erfolg her betrachtet höchst fragwürdig war?

Zeuge T. B.: Nein. Ich sage: Sie haben recht zwischen dem Zeitraum 2012 und 2013.

Christian Flisek (SPD): Können Sie mir noch mal sagen, warum jetzt zwischen dem Zeitraum - - Warum begrenzen Sie das so, warum engen Sie das so ein? Sie hatten da, glaube ich, schon mal auf Fragen vom Kollegen Sensburg Andeutungen gemacht. Könnten Sie das noch mal konkretisieren?

Zeuge T. B.: 2012 sind die Mitarbeiter des AND abgezogen. Und an der Stelle gab es einen Bruch in der Vorabüberprüfung durch den AND, bevor er irgendwelche Selektoren an uns gegeben hat. Details würde ich dann nichtöffentlich erläutern, dass ich Ihnen wirklich sage, was vorher gelaufen ist und was nachher gelaufen ist und warum es dort so einen entsprechenden Bruch gegeben hat. Aber das geht in die Art und Weise, wie dort zusammengearbeitet wurde und wie auch der AND gearbeitet hat, bevor er die Selektoren uns zur Verfügung gestellt hat.

Christian Flisek (SPD): Das heißt - ich sage mal - jetzt sinngemäß - so weit jetzt mal in öffentlicher Sitzung -: Der Bruch ist durch den Abzug der AND-Mitarbeiter entstanden in Bad Aibling. Das bedeutet: Vorher war es besser?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und das war dem geschuldet, dass - ich unterstelle das jetzt mal; Sie können das kommentieren - die AND-Mitarbeiter geprüft haben, was deutsche Interessen sind, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Nein.

Christian Flisek (SPD): - und erst gar nicht Selektoren, die dann im Zweifel gegen deutsche Interessen verstoßen könnten, überreicht haben? Also, die Amerikaner haben dann geprüft: Was sind deutsche Interessen, und was sind nicht deutsche Interessen?

Zeuge T. B.: Die haben nicht geprüft, was deutsche Interessen sind. Die haben geprüft, welche Selektoren dem MoA entsprechen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Damit ist die Runde so weit rum. - Ich gebe weiter an Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Kann man eigentlich insgesamt mit dem Jahr 2012 von einem Paradigmenwechsel beim BND bei der Erfassung sprechen? Hat es da noch andere Veränderungen gegeben?

Zeuge T. B.: Ich weiß jetzt nicht, worauf Sie rauswollen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was fällt Ihnen ein? Hat sich da irgendwie was geändert, wie man so erfasst? Hat es da vielleicht eine Hausanweisung gegeben? Ist da irgendwas neu interpretiert worden?

Zeuge T. B.: Ich weiß jetzt nicht - - Ich weiß, dass ab dem Ausspruch der Kanzlerin „Aufklären unter Freunden geht nicht“ - - dass daraufhin bestimmte Abläufe überprüft wurden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar; das war eineinhalb Jahre später. Mir geht es um das Jahr 2012. Gab es da irgendeine Veränderung bei Ihnen bei der Datenerfassung, Ihrer Arbeit, eine Hausanweisung, was neu interpretiert wird?

Zeuge T. B.: Ist mir nicht Erinnerung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen nicht Erinnerung?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie schließen es aber auch nicht aus?

Zeuge T. B.: Also, ich würde es zu 90 Prozent ausschließen, aber ich habe mich ja schon mal belehren lassen müssen. Es gab dann irgendwelche Unterlagen dazu. Also, ich weiß es momentan nicht; mir ist es nicht Erinnerung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben eben gesagt, Sie kennen das MoA. Kennen Sie es mit allen Annexen tatsächlich?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher wissen Sie, dass das vollständig ist? Woher wissen Sie, dass das MoA vollständig ist, das Sie kennen? Ich frage das, weil hier durch den Raum geisterte, dass bestimmte Teile des BND nicht das vollständige MoA kennen. Sie kannten es vollständig?

Zeuge T. B.: Also, die schriftlich niedergelegten Punkte im MoA kannte ich, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es noch mündlich niedergelegte Punkte bei MoAs?

Zeuge T. B.: Sie müssen ja diese Dinge schriftlich niederlegen, damit sie abgezeichnet werden können. Also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eben. Also, Sie kannten das vollständige MoA?

Zeuge T. B.: Mir ist nicht bekannt, dass es einen Teil gegeben hätte, den ich nicht kannte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - So, jetzt kam dieser Ausspruch: Abhören unter Freunden geht ja gar nicht. - Und dann wurde untersucht. Und Ihr Kollege Herr W. O. hat untersucht. Haben Sie davon was mitbekommen?

Zeuge T. B.: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Davon haben Sie nichts mitbekommen?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der hat Ihnen auch nichts davon erzählt?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben also nicht gehört, dass Zehntausende von Selektoren gelöscht werden mussten?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen bekannt, dass im März 2015 die komplette IP-Datenbank mit Selektoren abgeschaltet wurde und nicht mehr genutzt wird von den Amerikanern?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge T. B.: Kann ich nicht beantworten. Das liegt außerhalb des Untersuchungszeitraums.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das hat Ihnen jetzt Eisenberg gesagt.

(RA Johannes Eisenberg:
Stimmt ja auch! Hat er gar keine Aussagegenehmigung für!)

- Ach, da hat er keine Aussagegenehmigung?

(RA Johannes Eisenberg:
Und muss er auch nicht beantworten, weil es außerhalb des Untersuchungsgegenstands ist!)

- Nein, muss er nicht. Aber es ist natürlich interessant, wenn er sagt, dass alles super in Ordnung war, und inzwischen hat man praktisch seinen gesamten Tätigkeitsbereich abgeschaltet, weil alles übergriffig und nicht kontrollierbar war. Es wäre interessant

(RA Johannes Eisenberg:
Warum das ist, wissen Sie ja gar nicht!)

- ja, ja -, wie Herr T. B. darauf reflektiert, auf diesen Umstand. Aber wenn Sie uns das vorenthalten wollen, bitte.

Wie viele der Selektoren, die eingesteuert wurden, waren denn überhaupt filterbar? Wie viel Prozent der Selektoren konnten Sie G-10-Filtern bei IP?

Zeuge T. B.: Ich verstehe die Frage nicht. Ich darf nur das einstellen, was vorher überprüft wurde.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist schon klar. Nur, die Frage ist eben: Jetzt kriegen wir immer die Beispiele, dass eben eine „de“-Endung - - Da wäre es doch deutscher Bezug; ist doch klar, ja? Wobei mir das nur partiell einleuchtet, weil auch jeder Taliban in Afghanistan kann bei web.de sich anmelden und hat eine schicke „de“-Adresse. Aber sei's drum; das haben jetzt hier alle so erklärt.

Aber es gibt ja viele Suchkriterien. Nehmen wir mal eine IMEI-Nummer. Wie stellen Sie denn die G-10-Relevanz einer IMEI-Nummer fest? Wie filtern Sie das? Wie stellen Sie - - Uns wurde gesagt: G 10 war oberstes Gebot - oberstes Gebot!

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt gab es 14 Millionen Selektoren. Okay, und jetzt gab es ein paar E-Mail-Adressen. Ich meine, Herr Flisek hat ja zu Recht darauf hingewiesen, dass das mit E-Mail-Adressen so eine Sache ist, wo alle hotmail.com-Adressen haben. Aber nehmen wir jetzt mal die E-Mail-Adressen raus und die Telefonnummern sowieso. Aber was ist mit MAC-Adressen, mit IMEI-Nummern, mit diesen Dingen, mit WLAN-Standortdaten oder was weiß ich? Wie haben Sie da G-10-gefiltert?

Zeuge T. B.: Nichtöffentlich.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): „Gar nicht“ können Sie doch sagen!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie da gemacht? Sie können doch nicht sagen: „Wir haben hier alles super gefiltert; ich kann es mir nicht vorstellen“, und auf eine relevante Frage können Sie keine Antwort hier geben.

Zeuge T. B.: Doch. Ich gebe Ihnen die Antwort in nichtöffentlicher Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das - - Können Sie sagen, wie viel der prozentuale Anteil bei den Selektoren zwischen E-Mail-Adressen und anderen - ich sage mal -, schwieriger bis unmöglich filterbaren Selektoren war?

Zeuge T. B.: Auch das bitte in nichtöffentlicher Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie davon sprechen, dass hier Daten gefiltert werden, G-10-mäßig und alles ganz ordentlich und so, reden wir eigentlich von Inhaltsdaten oder von Metadaten?

Zeuge T. B.: Das ist jetzt ein anderes Thema als die Selektoren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist mir wohl bewusst, ja.

Zeuge T. B.: Es gibt ja zwei Dinge. Es gibt ja einmal die Überprüfung der Selektoren; das sind ja Metadaten. Und im Anschluss, innerhalb des Bearbeitungsprozesses, wird die Erfassung auch noch mal geprüft und entsprechend gefiltert. Und da spielten beide Bereiche eine Rolle, inhaltlich als auch Metadaten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie es mich umformulieren: Kann es sein, dass die Metadaten selbst zwar auch formal einen Filter durchlaufen, aber sehr viel unkomplizierter als diese Inhaltsdaten, und dass die Metadaten eigentlich straight zu den Amerikanern gehen?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sondern? Wie ist das?

Zeuge T. B.: Sie können Metadaten - - Sie müssen Metadaten in einer anderen Art und Weise filtern als Inhaltsdaten. Aber auch da die Details gerne in nichtöffentlicher Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei diesen Löschungen, von denen Sie nichts mitbekommen haben wollen, von Ihrem Kollegen W. O., von denen Sie nichts gehört haben - - Wann haben Sie denn das erste Mal davon gehört, dass im August 2013 gelöscht wurde, Zehntausende von Selektoren?

Zeuge T. B.: Das muss im Herbst 2013 gewesen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Herbst 2013. Und vom wem und wie? August und Herbst, das ist ja nicht weit auseinander, nicht?

Zeuge T. B.: Ja. Wie gesagt, im August 2013 war ich im Urlaub, und irgendwann nach meinem Urlaub muss ich mitgekriegt haben, dass es da eine Löschkaktion noch gegeben hat, eine Untersuchung gegeben hat insgesamt dieser entsprechenden Dinge, weil es innerhalb des Referates war, in dem ich ja aufgehängt war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Herr T. B., ich empfinde das als eine Korrektur Ihrer Aussage von vor zehn Minuten, wo Sie gesagt haben, dass Sie davon nichts mitbekommen hätten.

Zeuge T. B.: Nein, Sie hatten mich explizit - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie waren im Urlaub in der relevanten Zeit, und sobald Sie aus dem Urlaub wiedergekommen sind, haben Sie sehr wohl davon gehört.

Zeuge T. B.: Sie hatten mich explizit nach Daten gefragt, die der Herr W. O. gesucht und gefunden und dann auch entsprechend gelöscht hatte. Diese Aktion 2013 war ja darüber hinausgehend.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es noch eine weitere Löschkaktion nach diesem August 2013 gegeben, von der Sie irgendetwas mitbekommen haben?

Zeuge T. B.: In der Vorbereitung habe ich jetzt Unterlagen gesehen, in denen der W. O. gesucht hatte vor Ort und dann auch gefunden hat und gelöscht hat. Aber ob das jetzt in dem Zusammenhang 2013 war oder vorher oder nachher - - Es hat mit der - - Von der Größenordnung der entsprechenden Daten hat es nicht zusammengepasst mit der Löschkaktion 2013. Und von der Seite her - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil weniger oder mehr gelöscht wurde?

Zeuge T. B.: Wesentlich weniger.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann das ein Megaabgleich gewesen sein? Haben Sie diesen Begriff schon mal gehört?

Zeuge T. B.: Nein. Was bezeichnen Sie darunter?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß es selbst nicht, weil es nicht meine Bezeichnung ist. Ich bin ihr begegnet.

(RA Johannes Eisenberg:
Wo denn?)

Und ich suche jemanden, der das aus der Praxis kennt. Aber Sie nicht? Und Eisenberg auch nicht offensichtlich.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich will nur wissen: Wo
begegnet?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Zeit wäre jetzt auch um.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann - - Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Zeuge, Sie waren ja als Leiter der JSA der Vorgesetzte von W. O. Wie regelmäßig hat der Ihnen denn über seine Prüfergebnisse berichtet, bzw. wie haben Sie denn kontrolliert, was der W. O. geprüft hat?

Zeuge T. B.: Gut. Also, wir haben uns regelmäßig gesehen; wir waren ja im gleichen Gebäude anfangs und dann relativ nah aufeinander gesessen. Und innerhalb des Sachgebietes gab es natürlich auch immer wieder Austausch über die Arbeitsergebnisse. Aber bis auf den Beginn habe ich mir nicht jede seiner Genehmigungen oder Nichtgenehmigungen vorlegen lassen. Das war ja auch nur ein Teil seiner Aufgaben, die er hatte. Er musste einmal mit den Selektoren arbeiten, und die zweite Aufgabe war ja auch, zu sehen: Was kommt denn in der Erfassung? Und gibt es dort irgendwelche Ansatzpunkte, an denen man noch mal drangehen muss und sagen muss: „Da gibt es Prozesse, die verändert werden müssen, damit G-10-Filterung eingehalten werden muss“? Also von der Seite her - -

Wenn Sie jetzt fragen, ob ich mir einmal in der Woche die Löschungen oder die Ablehnungen vorlegen habe lassen: Das habe ich nicht getan.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber über problematische Dinge hat er Ihnen dann berichtet?

Zeuge T. B.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Beziehungsweise: Hat man sich da nicht mal Gedanken darüber machen müssen, wenn solche problematischen Dinge gefunden werden, ob man anders prüfen muss, ob man das abstellen kann? Fand da kein - sage ich mal - Qualitätsmanagement statt? Oder welche Vorgaben haben Sie ihm denn gegeben? Gab es da keinen Austausch?

Zeuge T. B.: Die problematischen Dinge waren - das Einzige, was mir erinnerlich ist - eben Eurocopter/EADS. Und die routinemäßig G 10 quasi - - Das waren Einzelfälle, in denen man gesagt hat: „Okay, das ist jetzt irgendeiner, den wir kennen, aber den eventuell der AND nicht kannte“, die dann so sporadisch mal gekommen



Nur zur dienstlichen Verwendung

sind. Aber dadurch, dass die nicht auf „approved“ gesetzt wurden, sondern gar nicht in die Erfassung gingen, war das auch ein Routinevorgang. Es ist auch nicht nachgefragt worden: Warum ist dieser Selektor nicht „approved“ worden? Also, das waren eingephaste Prozesse und hatten auch zu diesem Zeitpunkt nicht zu irgendwelchen Problemen geführt.

Nina Warken (CDU/CSU): EADS und Eurocopter, die waren aber „approved“ gestellt worden?

Zeuge T. B.: Nein, die waren nicht auf „approved“.

Nina Warken (CDU/CSU): Das hat Ihnen der W. O. berichtet, bevor oder nachdem er das G-10-Referat in Pullach - sage ich mal - mit einbezogen hat? Er hat uns geschildert, er hätte sich an das G-10-Referat auch gewandt. Hatten Sie ihm den Auftrag gegeben? Oder wie lief das ab? Haben Sie sich öfter auch mit dem Referat ausgetauscht?

Zeuge T. B.: Also, er hatte sich als Erstes an mich gewandt, und ich habe gesagt: Es ist zwar nicht G 10, es wird aber rausgenommen, es wird nicht auf „approved“ gesetzt. - Und wir haben auch darüber gesprochen, dass dieser Vorfall an das G-10-Referat gemeldet wurde.

Wir waren mit dem G-10-Referat in enger Verhandlung, weil es auch an manchen technischen Dingen und an manchen Prozessschritten immer wieder Fragen gab: Wie ist dieses oder jenes zu werten? Und dadurch waren wir in engem Kontakt zu dem G-10-Referat. In fachlicher Hinsicht hatte auch der W. O. an manchen Stellen Rückfragen, die er geklärt hatte.

Wenn es um andere Dinge innerhalb des gesamten Aufbaus ging, da hatten wir auch öfters Besuch von dem G-10-Referat und uns regelmäßig auch ausgetauscht.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wie war die Reaktion des Referats konkret auf diese Funde? Gab es da irgendwelche - - Hat es Auswirkungen gehabt? Hat man da irgendwas geändert? Hatten Sie da Anweisungen bekommen?

Zeuge T. B.: Nein. Auswirkungen hat dieser Fund oder diese Geschichte nicht gehabt. Es war ja kein G 10.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Was?)

Nina Warken (CDU/CSU): Na ja, also - -

Zeuge T. B.: EADS war zu diesem Zeitpunkt 40 Prozent deutsch, und damals war die Regelung, wenn ich das richtig im Hinterkopf habe: Es musste zu mindestens 50 Prozent deutsch sein, dass es als G 10 erkannt ist. - Und darum hatten wir es auch nicht als G 10 gewertet und das G-10-Referat auch nicht als G 10 gewertet, sondern wir haben es dann versucht, in irgendeiner anderen Art und Weise zu subsumieren, und das war in dem Fall einfach „Interessen gegen die Bundesrepublik Deutschland“, weil man gewusst hat: EADS ist Konkurrent zu Boeing.

Nina Warken (CDU/CSU): Also haben Sie es klar als problematischen Fund ja auch definiert -

Zeuge T. B.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - und haben aber sich da keine weiteren Gedanken gemacht, ob da vielleicht noch andere solche - ich nenne es jetzt mal - Grenzfälle, wie Sie das geschildert haben, oder andere Fälle eben auch mit eingestellt werden sollen, ob das vielleicht ein System hatte seitens der Amerikaner. Also, es wurde nichts daraufhin veranlasst? Das hat Sie nicht aufhorchen lassen?

Zeuge T. B.: Nein. Also, dass wir an der Stelle jetzt systematisch noch mal gesucht hätten, das ist an dieser Stelle nicht passiert. Das war ja auch relativ kurz, nachdem der Initial Load durch die Zentrale komplett geprüft war. Und das ist innerhalb eines Updates aufgefallen. Und an der Stelle ist es einmalig aufgetreten und anschließend nicht wieder versucht worden in der Zeit, in der ich draußen verantwortlich war. Und daher war es aus der Sicht auch von uns mehr oder weniger vom Tisch, weil halt relativ wenig Zeit auch dazwischen war, zwischen der Komplettprüfung im Initial Load.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Sie haben jetzt gesagt, es ist nicht wieder aufgetreten in der Zeit, in der Sie dort verantwortlich waren. Hinsichtlich dieser beiden Begriffe oder insgesamt? Oder was, würden Sie sagen, ist nicht mehr aufgetreten?

Zeuge T. B.: Dass wir - - Dass uns unmittelbar so etwas aufgefallen wäre in der Selektorenprüfung.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie gerade, wenn ich es richtig verstanden habe, gesagt, es sei im Rahmen eines Upgrades oder Updates aufgefallen.

Zeuge T. B.: Update, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): W. O. hat gesagt, er sei praktisch drübergestolpert, über die beiden Begriffe. Sie hatten in Ihrer letzten Aussage hier auch gesagt, jeder Selektor sei vor der Einstellung in die Erfassungssysteme überprüft worden; es wurde auch auf mögliche Verstöße gegen deutsche Interessen geprüft; aber diese Prüfung sei gegenüber G 10 nachgelagert gewesen.

Zeuge T. B.: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt würde mich schon mal interessieren: Können Sie mehr dazu sagen, auf welche Weise der W. O. da drübergestolpert ist? Also, er hat es uns jetzt zum Beispiel nicht so genau gesagt mit diesem Update. Vielleicht können Sie das noch mal genau schildern.

Und was meinen Sie, wenn Sie gesagt haben, die Überprüfung, ob gegen deutsche Interessen verstoßen wird, sei nachgelagert gewesen? Wenn Sie das noch mal konkretisieren könnten!

Zeuge T. B.: Ja. Also, „Update“ heißt: Es sind ja regelmäßig immer wieder neue Selektoren geliefert worden, von beiden Seiten. Das ist ja kein Prozess: „Ich lade irgendwann einmal Selektoren rein, und dann tut sich 20 Jahre lang nichts“, sondern es wird ja - - Im Rahmen der Arbeit treten ja neue Begriffe auf, nach denen man selektieren kann. Man stellt fest: Also nicht nur derjenige, der steht im Fokus, sondern auch ein anderer steht im Fokus. - Dann muss man natürlich da

entsprechend nachsteuern. Also, das ist ein ganz normaler Prozess.

Und das bedeutet auch, dass diese Dinge dann ja immer wieder mit eingefügt werden. Das waren die Dateien, die in dieses spezielle System eingeführt wurden und dort dann erst mal auf „pending“ gestanden sind und „approved“ werden mussten, und im Endeffekt ist ja auch - - Alles das, was eingestellt wurde, musste ja in irgendeiner Form „approved“ werden zu dem damaligen Zeitpunkt, bevor es überhaupt in die Erfassung gehen konnte.

Und die Aufgabe des W. O. war natürlich, zu sehen: Was wird eingestellt, und was kann ich auf „approved“ setzen, und was kann ich nicht auf „approved“ setzen?

Nina Warken (CDU/CSU): Und die nachgelagerte Prüfung, so wie Sie es ausgedrückt haben, auf Verstoß gegen deutsche Interessen, wie habe ich mir die vorzustellen?

Zeuge T. B.: Im Sinne: Wir schauen ein kleines bisschen stärker noch drauf: Was kommt denn da alles rein?

Nina Warken (CDU/CSU): Nach dem Zufallsprinzip oder stichprobenartig?

Zeuge T. B.: Stichprobenartig, ja. Im Sinne: Ist das jetzt - - Geht das über G 10 hinaus oder nicht?

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie uns Näheres zu den Hintergründen sagen, warum denn dann Mitte 2008 die Selektorenprüfung in die Zentrale nach Pullach gewandert ist sozusagen? Es soll ja der Hintergrund gewesen sein, dass die Zahl der Selektoren massiv zugenommen hat. Waren das die Gründe? Gab es andere Gründe?

Welche Gründe stecken dahinter, dass es so einen massiven Zuwachs gab? Und können Sie vielleicht auch zahlenmäßig was sagen, wie man sich das vorstellen muss, in welchem Umfang es diesen Zuwachs gab?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Der Punkt ist: Wenn Sie einen Menschen bestimmte Dinge suchen lassen, dann besteht die Gefahr, dass es Fehler gibt und dass bestimmte Bereiche einfach durchrutschen. Wenn Sie das Ganze automatisiert machen, dann können Sie sicher sein, dass der Listenabgleich auch 100 Prozent funktioniert.

Das war eigentlich der Hauptpunkt, dass man gesagt hat: Ich möchte nicht in einer Vielzahl von Selektoren nur manuell suchen, sondern ich möchte die Technik nutzen und den Menschen entlasten. Und aus diesen beiden Bereichen hat man dann das Ganze umgebaut - es hat eine Zeit lang gedauert, bis es entsprechend auch technisch funktioniert hat - und hat dann eben diesen automatisierten Abgleich in der Zentrale genutzt. Das war eigentlich der Hintergrund, dass man gesagt hat: Okay, das ist der eine Aspekt.

Der zweite Aspekt ist natürlich auch derjenige, dass sich auch diese G-10-Erkenntnisse natürlich kontinuierlich verbessern. Das bedeutet: Ich kann ja im Rahmen des Prozesses der Bearbeitung feststellen: Denjenigen, den ich vor einer Woche noch für einen Ausländer gehalten habe - - das ist doch ein Grundrechtsträger. - Und da muss ich sicherstellen, dass, wenn vor einer Woche das entsprechend „approved“ wurde, aus der falschen Annahme heraus: „Es ist eine ausländische Telefonnummer, und dahinter steckt ein entsprechender Nicht-Grundrechtsträger“, und ich dann feststelle: „Das war doch einer“ - - dass ich dann im Nachgang auch diesen rausnehmen kann.

Und das bei einer großen Anzahl von Selektoren bei jeder Veränderung zu überprüfen, händisch, ist sehr fehleranfällig. Und das war der zweite Aspekt - - an der man gesagt hat: Okay, man automatisiert das, man nimmt auch regelmäßig sogenannte - - Ich würde es mal als „Retroläufe“ nehmen, so nach dem Motto: Gibt es neue Erkenntnisse aus dem einen Bereich, und waren die eventuell schon vorhanden in dem Ursprungsbestand?

Das wären so Aspekte, die da mit eine Rolle spielen, und das waren eigentlich die beiden Punkte, aus denen man dann gesagt hat: Das macht nur

automatisiert Sinn; nur dann habe ich auch eine entsprechend höhere Sicherheit.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt haben Sie dann - sage ich mal - die besseren technischen Möglichkeiten, die man in Pullach gehabt hat oder hat, genannt als Grund. Aber die Masse an sich, hat die sich auch verändert, die Masse der Daten? Können Sie da noch mal eine Einschätzung geben, auch gerne abstrakt, wie das Verhältnis von Daten sich geändert hat und vielleicht auch, warum es dann plötzlich so einen Anstieg der übermittelten zu überprüfenden Daten gab? Gab es da eine Ausweitung der Interessen der Amerikaner vielleicht?

Zeuge T. B.: Nein, das hat mit der Technik zu tun. Die Details kann ich Ihnen in nichtöffentlicher Sitzung erläutern.

Nina Warken (CDU/CSU): Eine kurze Nachfrage zu dem Komplex vom Kollegen.

Matern von Marschall (CDU/CSU): Herr T. B., ich habe eine Frage, und zwar: Sie haben gerade versucht, zu schildern, dass Erkenntnisse, die bei den Selektoren auf Grundrechtsträger hinweisen, sozusagen die Liste weiter einschränken, also das heißt, im Laufe der Erkenntnis über Grundrechtsträger entfallen eben diese dann bei künftigen Selektionen; so habe ich das begriffen. Meine Frage geht aber eigentlich in eine andere Richtung: Ist es nicht auch denkbar, sozusagen prophylaktisch sich darum zu bemühen, Personen, die unter Grundrechtsschutz fallen, sozusagen aus den Selektoren aktiv vorab auszufiltern? Als die Rede über Kommissar Oettinger ging, der ja offensichtlich Grundrechtsträger ist, auch wenn er in Brüssel arbeitet - - Da gibt es doch Tausende oder vielleicht Zigtausende von Grundrechtsträgern, die im Ausland leben, also vermutlich oder möglicherweise keine „de“-Adressen oder Ähnliches haben und schon gar nicht deutsche Telefonnummern, die man aber vorab doch sicher aussortieren kann, sodass sie niemals versehentlich in so eine Selektorenliste gelangen. Ist daran nicht gedacht worden, oder hat man diesbezüglich keine sozusagen Dateien eingespeist, um diese Grundrechtsträger, die im Ausland leben und die bekannt sind, prophylaktisch zu schützen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Es gab dazu auch Ansätze. Das würde ich Ihnen aber auch lieber in einer nicht-öffentlichen Sitzung detaillierter darstellen.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Dann habe ich auch noch mal eine Nachfrage. Herr T. B., das Beispiel mit Günther Oettinger, das wir vorhin hatten vom Kollegen Flisek, da haben Sie ja gesagt: Wir schauen hinten auf die Top-Level-Domain: Wie schaut das aus? - Aber haben Sie denn nicht auch vorne auf den Namen geschaut? Ich meine, es ist doch ein Unterschied, ob da Heinz Müller, Günther Oettinger oder Mohammed Abdullah steht - oder? Wie haben Sie das - -

(Heiterkeit des Abg.
Christian Flisek (SPD))

Zeuge T. B.: Also, auch diese Dinge sind schon passiert, dass man auch auf die Namen geguckt hat, aber eben diese Dinge sind nicht konstant in einer auch formalisierten Form passiert, sondern - - Das können Sie auch nicht automatisieren, sondern maximal sporadisch immer wieder mal - - Ich sage mal, wenn etwas aufgefallen ist, dass man dann gesagt hat: Okay, was könnte man aufgrund dieses Beispiels noch vergleichbar mit berücksichtigen? - Das war einfach der Teil des Prozesses, dass man immer dann gesehen hat: An der Stelle habe ich eine Schwäche. Wie kann ich diese Schwäche abstellen? - Und das ist Teil dieses Prozesses gewesen in dieser Arbeit.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Aber das heißt, wenn Sie sagen, Sie haben es nicht automatisiert, konnten das nicht hundertprozentig filtern - - Das haben wir auch verstanden. Aber Sie haben ja zugleich gesagt, Sie haben es immer wieder nachgearbeitet - ich denke, dann auch händisch ein Stück. Und da hätte man doch dann - - Oder hat man diese Unterscheidung dann schon gesehen und auch getroffen?

Zeuge T. B.: Ja.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU): Gut.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich wollte noch mal kurz nachhaken. Herr von Marschall hatte Sie gerade gefragt zu Grundrechtsträgern und inwiefern

man das, was man dann schon wusste, eingestellt hat in künftige Aussonderungen. Da haben Sie gesagt, das können Sie nur in der nichtöffentlichen Sitzung sagen. Aber hat das nicht was mit der G-10-Positivliste zu tun?

Zeuge T. B.: Im nichtöffentlichen Bereich, bitte.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Wir haben in unseren Akten einen Bericht über einen Besuch des G-10-Referats in Bad Aibling, und zwar im Februar 2008. Da waren Sie zwar schon nicht mehr in Bad Aibling eingesetzt, aber waren Sie da in Ihrer neuen Funktion mit der Vor- oder Nachbereitung dieses Besuches befasst? Und kennen Sie den Bericht, der über den Besuch abgefasst wurde?

Zeuge T. B.: Nein, meines Wissens nach war ich damit nicht betraut. Ich war schon in der neuen Funktion und habe versucht, mich dort einzuarbeiten. Und daher kenne ich nicht den Bericht, was damals festgehalten wurde. Meine Vermutung würde aber dahin gehen, dass ich sage, das ging darum: Wie sind die Ergebnisse der Tests zu bewerten, die ja entsprechend gelaufen sind bezüglich der G-10-Filterung IP? Das wäre - - Weil das davor eigentlich das Thema war, auch im Sommer drüber, und man dann auch gesagt hat: Wann kann ich in Produktion gehen? Also, das wäre jetzt meine Vermutung, dass das in diese Richtung ging.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich hätte noch Nachfragen zu dem Bericht, und wir würden Ihnen den Bericht deshalb gerne vorlegen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Es ist in dem Besuchsbericht unter Ziffer 3 eine Darstellung des Istzustandes bei der Überprüfung und Einsteuerung der US-Selektoren. Dort steht, man müsse über die Einführung eines automatisierten Verfahrens nachdenken - vielleicht hängt das auch mit dem zusammen, was Sie uns berichtet haben -, das dann zentral in Pullach durchgeführt werden sollte. Weiter steht dort - ich zitiere -:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bislang erfolgt eine Einsteuerung der amerikanischen Suchbegriffe nach Rücksprache mit 20AA. LA60 regt an, bis zur Schaffung des automatisierten Verfahrens eine stichprobenartige Durchsicht der amerikanischen Suchbegriffslisten durch einen Mitarbeiter bei LA60 vorzunehmen.*

Jetzt bin ich über den Ausdruck „Einsteuerung ... nach Rücksprache mit 20AA“ gestolpert. Können Sie dazu erläuternd etwas sagen? 20AA ist ja ein Referat in der BND-Zentrale.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Zeuge T. B.: Sie haben mich jetzt so ein bisschen auf dem falschen Fuß erwischt. 20AA ist ja nicht der Bereich, der quasi jetzt zu dem Rechtsreferat oder G-10-Referat geführt hat, sondern da sind ja auch Policy-Aspekte mit aufgehoben.

Nina Warken (CDU/CSU): Welche Policy-Aspekte?

Zeuge T. B.: Ja, also im Sinne von: Was steuere ich wo ein? Welche Dienststelle innerhalb der TA hat welche Aufgaben? Und von der Seite her - -

Nina Warken (CDU/CSU): Wie muss ich mir dann so eine Rücksprache vorstellen? Über was wird sich da unterhalten?

Zeuge T. B.: Tut mir leid, das weiß ich eben nicht. Ich war eben jetzt überrascht, auch mit 20AA, mit diesem Partikel, weil der eigentlich mit G 10 nichts zu tun hatte. Er hat auch nichts mit AND-Zusammenarbeit zu tun, sondern hat eigentlich diese übergreifenden Aspekte, auch eben steuernde Aspekte und auch Richtung: „Was mache ich an welcher Stelle?“ - - zu tun und zeigt eigentlich, dass zu diesem Zeitpunkt

das auch in die Richtung geht: Wie gehe ich insgesamt mit dieser Zusammenarbeit um?

Nina Warken (CDU/CSU): Dass man sich grundsätzlichere Gedanken gemacht hat?

Zeuge T. B.: Also - - eher Richtung politisch „Was ist heiß? Wie muss ich das Ganze betrachten?“, eher in dieser Richtung zu sehen. Aber ich weiß es nicht. Das ist einzig - - Das ist das, was ich nur sagen kann. Dieser Bereich macht weder diese AND-Zusammenarbeit noch die G-10-Geschichten. Und daher war ich jetzt überrascht, dass das hier explizit angesprochen war. Aber da müssten Sie entsprechend Mitarbeiter dieses Bereichs dann befragen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wäre das dann ein Bereich, der bewerten könnte, ob jetzt EADS oder Günther Oettinger oder was auch immer politisch heikel ist, sodass man es nicht einsteuert? Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge T. B.: Ich weiß es nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Über was ich noch gestolpert bin, ist die Formulierung, dass bis zur Schaffung des automatisierten Verfahrens eine stichprobenartige Überprüfung durchzuführen sei. Soll das bedeuten, man hat vorher noch nicht mal stichprobenartig geprüft, oder? Das widerspricht sich ja ein bisschen.

Zeuge T. B.: Also, solange ich in Aibling draußen war, sind die Rufnummernlisten komplett geprüft worden. In der IP-Erfassung sind diese Dinge auch insgesamt durchgesehen worden: Was ist es denn für ein Selektor? - Also auch da eine komplette Geschichte. Ob das jetzt mit irgendwelchen Verfahrensänderungen vor Ort zu tun hat, kann ich nicht sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Was das für eine stichprobenartige Durchsicht gewesen sein soll, können Sie sich nicht erklären?

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-38a/39a, Blatt 18 (elektronische Zählung).



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Nein. Also, wir haben noch komplett überprüft.

Nina Warken (CDU/CSU): In dem Bericht ist dann unter Ziffer 5 Folgendes - ich zitiere -:

Seit Herbst 2007 wurde durch LA60 in einer manuellen Strichliste - samt einer stichwortartigen Inhaltsangabe - festgehalten, welche E-Mails nach einer nochmaligen G10-Überprüfung an den Partner im Rahmen von JSA weitergegeben wurden. Die Durchsicht ergab bei einem Gesamtaufkommen von ca. 30.000 Verkehren in drei Fällen eine nicht erkannte G10-Relevanz (wobei es sich bei zwei Verkehren um reine Serverkommunikationen handelte). Aufgrund dieses Ergebnisses hat LA60 Mitte Januar 2008 die Erstellung der Strichliste eingestellt.*

Im Herbst 2007 haben Sie ja Bad Aibling verlassen. Gab es zu dem Zeitpunkt zu Ihrer Zeit in Bad Aibling diese Strichliste schon?

Zeuge T. B.: Nein, diese gab es noch nicht, weil wir, solange ich noch draußen war, noch keine Produktion gemacht haben, sondern nur Tests gefahren haben, und bei diesen Tests haben wir insgesamt gesehen: Was kommt denn bei uns noch an? - Aber da hatten wir nicht noch mal zusätzlich - - erstens nicht weitergegeben und zweitens nicht im Nachgang noch mal geprüft, ob da jetzt G 10 drin gewesen wäre oder nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber Sie kennen die Strichliste, bzw. haben Sie dann schon erwogen, so ein Verfahren durchzuführen? Oder ab wann wurde die dann angelegt?

Zeuge T. B.: Die wurde angelegt, nachdem ich dort weg war.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie die schon mal gesehen?

Zeuge T. B.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Sie wissen auch nicht, ob die jetzt noch vorhanden sind beim BND, in welcher Form auch immer, ob ausgedruckt oder gespeichert?

Zeuge T. B.: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, Strichliste ist was, was Ihnen jetzt gar nichts sagt. Und dieses ganze Verfahren, was da beschrieben wird?

Zeuge T. B.: Nein.

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Auch nicht, dass es dann drei Fälle einer weitergegebenen G-10-Meldung oder Meldung mit G-10-Relevanz - - Auch das war mir nicht bekannt. Ich habe dieses Ding nicht gesehen, muss ich ganz ehrlich sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Später soll es dann auch mal eingestellt worden sein, die Erstellung der Strichliste. Dazu gab es dann einen Bericht. Dieses ganze Prozedere sagt Ihnen auch nichts?

Zeuge T. B.: Nein. Da war ich schon weg. Aber - - Nein. Das war in dem engen Zeitraum, in dem es eine Produktion da draußen gab im IP-Bereich. Tut mir leid, ich kann nichts dazu sagen.

Nina Warken (CDU/CSU): Welcher Zeitraum kann das dann gewesen sein?

Zeuge T. B.: Also, nach dem Oktober 2007 bis eben Anfang 2008, und ich weiß nicht, ob dieser Bericht dann anschließend auch zum Einstellen geführt hatte; denn die Lesart, die mir zu diesem

* Anmerkung Stenografischer Dienst: Die Fundstelle lautet: MAT A BND-38a/39a, Blatt 19 (elektronische Zählung).



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeitpunkt, als ich draußen war, noch eingetrichtert wurde, war: Ein einziger G-10-Verstoß ist schon einer zu viel. - Und unter dieser Ziffer 5 hätte ich unter diesen Voraussetzungen, wenn das so bestätigt worden wäre, sagen müssen: Ich muss es einstellen; das geht nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Dann habe ich im Moment keine Fragen. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hätte noch ein, zwei Fragen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie eben ausgeführt, dass die Selektoren zu EADS und Eurocopter nie - jetzt muss ich mal Ihren genauen Wortlaut - - scharfgestellt waren.

Zeuge T. B.: Nein, nicht scharfgestellt waren, die wurden nicht „approved“.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die waren - - Was heißt, die wurden nicht „approved“?

Zeuge T. B.: Die wurden eingestellt unter „pending“ - also quasi: das ist etwas, was wir erfassen wollen - und wurden nicht „approved“. Also, sie wurden damit quasi auf „disapproved“ gesetzt, und damit sind sie automatisch weggefallen, wurden quasi nicht in das Erfassungssystem übertragen und waren damit nie scharfgestellt im Erfassungssystem.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich lasse Ihnen mal eine kurze Textpassage vorlegen, die Sie sich einmal bitte anschauen. Das ist aus eingestuften Unterlagen; deswegen können wir die nicht wörtlich vortragen. Aber schauen Sie mal, ob das dann auch immer noch Ihrer Sicht der Dinge entspricht. Ich habe da ein rotes Flag drangesetzt.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen -
Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Auf „approved“
oder auf „disapproved“?)

- Es ist noch „pending“.

(Zuruf: Fundstelle?)

- Das hilft nichts, weil wir die zugrundeliegenden Akten nur in der Geheimschutzstelle haben. Das ist von mir ein Teil davon. Ich kann es aber mal, wenn sie zurückkommt - -

(Zuruf)

- Ja, Sekunde. Das ist - - Nein, müsste ich jetzt - - Auf dem Zettel ist die Fundstelle unten drauf. Gucken wir eben. Es geht nur um die Passage, wo das rote Flag dran ist.

Zeuge T. B.: Ich kenne die Original-E-Mail. Die müsste auch in den Unterlagen drin sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich wollte gar nicht sagen, dass es eine E-Mail ist in diesem Teil. Aber gut, so weit wollte ich - -

Zeuge T. B.: Aber ich kenne die Original-E-Mail. Die habe ich jetzt in der Vorbereitung auch gesehen. Und das ist etwas unglücklich formuliert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Weil da erweckt es einen anderen Eindruck, nicht?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie sagen, Sie bleiben bei Ihrer Sache, es war so, wie Sie es gesagt haben?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Mehr Fragen hätte ich dazu jetzt nicht. Frau Kollegin, vielleicht können Sie einmal bei den Fraktionen die Fundstelle vorbeibringen, wenn Sie das Dokument wieder mitnehmen.

Gut, so weit die Fragen der Fraktion der CDU/CSU. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Zimmermann oder Herr Flisek, einer von beiden. - Herr Flisek.

Christian Flisek (SPD): Wir würden eigentlich dann auch gerne relativ schnell in die eingestufte Sitzung gehen. - Aber jetzt habe ich noch mal eine Frage zu einem Themenkomplex, der ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch Teil der Filterung ist. Da gibt es sogenannte Positivlisten. Richtig?

Zeuge T. B.: Ja, wollte ich aber in nichtöffentlicher Sitzung behandeln.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja. Aber es gibt sie? Ich will auch nur abstrakt fragen: Kann ich davon ausgehen, dass diese Positivliste gefüttert wird nur durch das Auffinden kritischer Selektoren? Also, man findet sozusagen einen kritischen Selektor, den man rausschmeißt?

Zeuge T. B.: Zu den Details, wie diese Positivliste auch gepflegt wird, bitte in nichtöffentlicher Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Ich versuche es noch mal - Herr Wolff lehnt sich schon zurück -: Sind beispielsweise - fiktive Beispiele - in dieser Positivliste zum Beispiel die aktuellen deutschen Regierungsmitglieder, beispielsweise die Bundesminister und Bundesministerinnen, drin?

(RD Philipp Wolff (BK):
Das ist nicht Untersuchungsgegenstand!)

- Herr Wolff, ich weiß, dass das über - -

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist ja gar nicht Untersuchungsgegenstand!)

Das sind Details aus der Liste. Aber ich sage es mal so: Wenn das Signal natürlich käme, dass das der Fall ist oder nicht der Fall ist - -

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist ja gar nicht der Untersuchungsgegenstand!)

- Bitte?

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist doch außerhalb des Untersuchungszeitraums!)

- Na ja, Herr Eisenberg, die Zeit ist jetzt auch schon fortgeschritten in der Arbeit des Ausschusses, und vielleicht haben wir schon lange nicht

mehr den Einsetzungsauftrag gemeinsam gelesen. Aber ich empfehle die Lektüre aktuell noch mal.

(RA Johannes Eisenberg: Es geht jetzt um die heutigen Mitglieder der Bundesregierung!)

Zeuge T. B.: Auch dazu kann ich in nichtöffentlicher Sitzung etwas sagen.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Wissen Sie, ich meine, ich bin ja nur skeptisch, weil so deutliche Aussagen in Bezug auf unser fiktives Beispiel Oettinger getroffen worden sind. Deutschland hat ja jetzt nicht hundert Kommissare, sondern einen. Der war nicht auf - - der ist dann wohl nicht auf der Liste.

(RA Johannes Eisenberg: Da hat er sich nicht zu geäußert!)

Zeuge T. B.: Ich habe diese Liste nicht im Kopf. Ich kann Ihnen nicht sagen, welcher Eintrag - ob das jetzt Eintrag 597 oder 468 - - welche Einträge da draufstehen.

Christian Flisek (SPD): Dann frage ich jetzt noch mal abstrakt: Ist das eine Mischung aus Klarnamen, Kennzeichen - also so wie „de“ oder so was -, Telefonvorwahlen - 0049 -, solchen Merkmalen?

Zeuge T. B.: „0049“ brauchen Sie auf so einer Liste nicht. Und die Details gerne in nichtöffentlicher Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Sie haben aber gesagt - da habe ich Sie schon richtig verstanden? -, dass der Oettinger scharfgestellt worden wäre vor zwei - - zumindest zwischen 2012 und 2013?

(RA Johannes Eisenberg:
Wahrscheinlich!)

- „Wahrscheinlich“, Herr Eisenberg, hat er gesagt.

Zeuge T. B.: Ich kann es nicht ausschließen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Das könnten Sie nicht ausschließen, weil es zwischen 2012 und 2013 irgendeinen Leerlauf gab, ausgehend vom Abzug der Amerikaner bei der JSA?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und die Details, die erzählen Sie uns alle in der nichtöffentlichen Sitzung?

Zeuge T. B.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Dann haben wir keine weiteren Fragen in öffentlicher Sitzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr T. B., ich muss auch noch mal zurückkommen auf EADS, weil ich ungern belogen werde. Ich habe bei der letzten Befragung meine ganze Redezeit dazu benutzt, Sie zur Wahrheit zu bekommen; das ist mir leider nicht gelungen. Jetzt will ich da noch mal nachfragen.

Wie kamen Sie ausgerechnet auf dieses Beispiel EADS, als Sie ganz theoretisch - haben Sie ja gesagt auf mehrfache Nachfragen: ganz theoretisch - dieses Beispiel gebildet hätten? Sie haben dann immer wieder betont: Aber das ist nicht passiert; das gab es gar nicht. - Wie kamen Sie ausgerechnet auf EADS - konnte Ihnen nicht noch irgendeine andere Firma einfallen oder so? -, genau das, was tatsächlich ja die Wahrheit war?

Zeuge T. B.: Ich weiß es nicht. Es kann natürlich sein, dass es irgendwo im Hinterkopf war. Und, wie gesagt, durch die entsprechenden Vorbereitungen und die entsprechenden Unterlagen, die ich danach wieder gesehen habe, ist es leider dazu gekommen, dass es entgegen meiner damaligen Erinnerung in dieser Sitzung kein fiktives Beispiel war. Dafür möchte ich mich entschuldigen. Aber ich habe Sie nicht absichtlich angelogen. Also, es war zu diesem Zeitpunkt meine

Überzeugung, dass es ein fiktives Beispiel gewesen wäre.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder wussten Sie schon damals, dass das ein reales Beispiel war, aus Ihrer Praxis oder des Kollegen, der Ihnen das berichtet hat, und waren nur der Meinung: „Das darf ich nicht sagen, -

Zeuge T. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - das will ich nicht sagen, da sage ich lieber die Unwahrheit“?

Zeuge T. B.: Nein, das auf keinen Fall. Wie gesagt, es tut mir leid, dass ich das in die Fiktion geschoben habe. Ich habe zu diesem Zeitpunkt, weil ich eben es nicht mehr präsent hatte, dass es wirklich kein fiktives Beispiel war, und diese entsprechende Unterlage noch nicht gelesen hatte - - war es mir entfallen, dass es wirklich ein reales Beispiel war. Dafür entschuldige ich mich in aller Form. Also, ich wollte Sie nicht anlügen an der Stelle.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann haben Sie - -

Zeuge T. B.: Ich habe es später im Nachgang dann - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann?

Zeuge T. B.: Als diese ganze Aufarbeitung der Selektorengeschichten kam mit den entsprechenden Beweisbeschlüssen, da ist es dann - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also in diesem Jahr erst?

Zeuge T. B.: In diesem Jahr erst, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dass Sie sich jetzt so konkret an Einzelheiten erinnern, wie zum Beispiel auf die Frage des Vorsitzenden, ob die scharfgestellt worden sind, diese Begriffe, unter anderem EADS, das haben Sie auch erst danach gelesen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da steht das drin?

Zeuge T. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Wo muss man da nachgucken, dass sie nicht scharfgestellt worden sind?

Zeuge T. B.: Es steht nicht in dieser entsprechenden Mail, die ja eingestuft ist. Aber ich habe diese Mail in der Form gelesen, und ich habe mir bei der Vorbereitung gesagt: Eigentlich ist das so, wie es da drinsteht, unglücklich formuliert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das war dann nach Februar 2015, also als die Geschichte mit diesen Selektoren kam?

Zeuge T. B.: Als diese Dinge alle aufgearbeitet wurden, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann haben Sie denn das Protokoll Ihrer Aussage bekommen?

Zeuge T. B.: Oh, das war relativ schnell da. Die Aussage war ja, glaube ich, im November, und ich habe innerhalb von einer Woche das Protokoll gehabt und dann 14 Tage Zeit zum Korrigieren. Also, das war definitiv, bevor ich Kenntnis erhalten hatte. Sonst hätte ich es natürlich im Protokoll korrigiert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nun war ja eine Falschaussage von Ihnen im Raum. Wenn wir Sie hier nicht gehört hätten, dann wäre das möglicherweise von Interesse für den Staatsanwalt gewesen. Hier falsch auszusagen ist ja strafbar; da sind Sie ja belehrt worden, mehrfach.

Zeuge T. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum haben Sie denn, als Sie das dann in diesem Jahr erfahren haben, nicht über Ihren Rechtsbeistand oder über das Kanzleramt gesagt:

„Ach du liebe Zeit, da habe ich ja den Ausschuss belogen oder etwas Falsches gesagt“?

Zeuge T. B.: Ich bin belehrt gewesen, dass ich nach meiner Erinnerung bestmöglich die Wahrheit sagen soll, und das hatte ich zu diesem Zeitpunkt getan.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber nun haben Sie ja gemerkt, das stimmte gar nicht - in diesem Jahr, irgendwann im Frühjahr. Haben Sie keinen Grund gesehen, Ihre Aussage zu korrigieren, durch einen Brief oder - - Kollege Eisenberg hätte Ihnen den vielleicht geschrieben.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich vermute, dass Herr Eisenberg Sie gerade noch mal darauf hinweist, dass die Belehrung nicht heißt, bestmöglich die Wahrheit zu sagen, sondern anders, nämlich die Wahrheit - Punkt. Das nur, damit jetzt hier kein Missverständnis auch für folgende Zeugen auftritt.

(Christian Flisek (SPD): Ich fürchte, das hat Herr Eisenberg ihm nicht gesagt! - Heiterkeit - RA Johannes Eisenberg: Er hat es mit „bestmöglich“ sehr gut ausgedrückt! Besser geht nicht! Aber auch da frage ich mich, ob das mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat!)

Zeuge T. B.: Gut. Es sind zwei Dinge. Der erste Punkt ist: Ich muss mich auf die Sitzung vorbereiten; das habe ich mit den zu erwartenden Fragen, die ja in dem Fall vor allem um die Abläufe innerhalb dieser Zusammenarbeit waren, getan. Die Selektoren waren erst etwas später Schwerpunkt. Das heißt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Um die Selektoren geht es doch gar nicht hier.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Das heißt, ich habe versucht, in der Zeit, in der ich mich vorbereitet habe, mich bestmöglich darauf vorzubereiten, was ich für den Schwerpunkt der Befragung auch gehalten habe. Wenn ich mich da getäuscht habe, ist eine Sache; das tut mir leid. Ich habe auch nicht alle Unterlagen, die dem Untersuchungsausschuss vorgelegt wurden, nachgearbeitet, weil in vielen Bereichen ich auch nicht unmittelbar betroffen bin.

Und der zweite Aspekt war: Ich habe nach bestem Wissen und Gewissen nach meiner Erinnerung ausgesagt. Und nach meiner Erinnerung war es zu diesem Zeitpunkt so, dass ich es für ein fiktives Beispiel gehalten habe. Ich habe mich entschuldigt. Ich habe erst in diesem Jahr mitgeteilt, dass es kein fiktives Beispiel war. Und wenn Sie mir sagen, dass ich auch ein Jahr, nachdem ein entsprechender Bericht abgestellt ist und ich gesagt habe, dieses und jenes ist richtig, wenn es dann zu weiteren Kenntnissen kommt, dass ich dann verpflichtet bin, eine entsprechende Meldung zu machen, dann nehme ich das gerne auf.

Also, es war mir zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt oder bis jetzt auch nicht bekannt. Und darum muss ich sagen: Okay, es ist mir damals durchgerutscht; das tut mir leid. Und - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr T. B., ich habe das so ausführlich jetzt noch mal gefragt, weil ich auch in einem anderen Punkt zweifle, ob das, was Sie heute gesagt haben, so zutrifft. Sie haben vorhin gesagt, Sie haben relativ dicht beieinandergesessen mit Herrn W. O. an Ihrem Arbeitsplatz, und deshalb haben Sie vieles mitbekommen, was er da gemacht hat. Nun hat der uns hier erzählt - er war ja als Zeuge vor Ihnen hier dran -, wie er im Jahr 2013 diese Selektoren überprüft hat und da zahlreiche - 10 000 oder mehr - Selektoren gefunden hat, die da nicht reingehören, wie er den Auftrag bekommen hat von seinem Vorgesetzten und das dann auch gemacht hat. Und da haben Sie gesagt: Davon weiß ich überhaupt nichts; davon habe ich nichts gehört. - Ist das so richtig?

Zeuge T. B.: Unmittelbar, als es draußen passiert ist, ist es an mir vorbeigegangen, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt „unmittelbar“? Und wann ist es mittelbar gewesen?

Zeuge T. B.: Mittelbar ist es gewesen in der Vorbereitung gestern, wo ich gesehen habe, was zu welchem Zeitpunkt passiert ist. Und an der Stelle steht dann drin, in diesen Unterlagen, die Ihnen auch vorliegen müssten, dass er entsprechende zusätzliche Informationen gefunden hat, Selektoren gefunden hat, die er dann auch gelöscht hat. Also, in der Vorbereitung zu dieser Sitzung ist es mir zumindest bewusst geworden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bewusst. Also haben Sie es vorher auch schon gewusst?

Zeuge T. B.: Ich weiß es nicht. Nach meiner Erinnerung: nein. Wie gesagt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber, Herr T. B., das ist doch ein ganz gravierender Vorgang - der treibt die halbe Republik um, soweit sie sich dafür interessiert -, dass da Selektoren gefunden worden sind, und der Chef des Bundeskanzleramts - der wird auch nicht jeden Tag bei Ihnen sein - war extra da. Und es gibt Auseinandersetzungen; die haben jetzt extra da eine Vertrauensperson eingesetzt, die das überprüfen soll. Und dann sagen Sie, Sie wissen das erst seit vor ein paar Tagen, seit Sie die Unterlagen gesehen haben, dass Sie davon informiert worden sind? Wollen Sie uns das wirklich so sagen?

Zeuge T. B.: Ich bin seit Oktober 2014 nicht mehr in diesem Bereich. Also habe ich auch nur am Rande diese Aufregung bezüglich der Selektoren mitbekommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wussten, bis Sie jetzt die Akten gelesen haben, nichts davon?

Zeuge T. B.: Ich wusste von der Untersuchung, die in der Zentrale durchgeführt wurde, und dass es da zu Löschungen kam. Also das war schon bewusst. Dass es eine zusätzliche Untersuchung vor Ort noch mal gab - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihnen, direkt an Ihrem oder neben Ihrem Arbeitsplatz, das wussten Sie nicht?

Zeuge T. B.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke sehr.

Zeuge T. B.: Sie müssen jetzt diese beiden Punkte auseinanderhalten. In dem eigenen Bereich, das heißt innerhalb des Referates, ist während meiner Urlaubszeit ein Referent beauftragt worden, diese Selektoren insgesamt zu durchsuchen, und hat auch entsprechend gearbeitet. Von dieser Aktion habe ich mitbekommen, nachdem ich von meinem Urlaub zurückkam.

Es gab eine zweite Aktion. Das sind die Löschkaktionen unabhängig von dieser anderen Geschichte, zusätzlich noch mal in der Außenstelle, die der Herr W. O. auf Anweisung seines Dienststellenleiters gemacht hatte, und von dieser Aktion habe ich gestern gelesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie denn von der Untersuchung, die in der Zentrale gemacht worden ist 2013?

Zeuge T. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wussten Sie. Wussten Sie, dass von dieser Untersuchung Listen nach Bad Aibling an Ihre damalige Arbeitsstelle - - also irgendwo nebenan von Ihnen eine Liste dieser ausgesonderten Selektoren da war, von zehntausend oder wie viel auch immer?

Zeuge T. B.: Das ist ganz normale Arbeitsweise. Wenn irgendetwas festgestellt wird, was nicht im Sinne der Abläufe ist, dann wird es korrigiert. In dem Moment, wo Selektoren gefunden werden, die nicht mehr erfasst werden dürfen, werden die gelöscht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und? Haben Sie sich darum bemüht, dass die jetzt gelöscht werden?

Zeuge T. B.: Das war schon passiert zu dem Zeitpunkt, als ich aus meinem Urlaub zurückkam.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Und das wurde Ihnen dann berichtet: „Wir haben jetzt soundso viele Selektoren gelöscht, weil die da in der Zentrale festgestellt haben, die dürfen da gar nicht drin sein“?

Zeuge T. B.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und wo sind die gelöscht worden? Bei Ihnen oder in der Zentrale in Pullach?

Zeuge T. B.: Ich war in der Zeit in der Zentrale. Die sind in der Außenstelle gelöscht worden.

(RA Johannes Eisenberg: Er war doch gar nicht in Bad Aibling!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

(RA Johannes Eisenberg: Er ist doch gar nicht in Bad Aibling!)

Zeuge T. B.: Die sind in der Außenstelle gelöscht worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die sind in der Außenstelle gelöscht worden. Und wie kamen die in der Außenstelle dazu, die zu löschen, wenn in der Zentrale das festgestellt war?

Zeuge T. B.: Wie gesagt, ich weiß es nicht aus eigener Erfahrung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind die per Papier geschickt worden oder per Mail oder wie?

Zeuge T. B.: Ich war im Urlaub in dem Zeitraum. Man hat mir gesagt, es ist untersucht worden, es sind Dinge gelöscht worden, und damit war das Thema erledigt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat Sie auch nicht weiter interessiert?

Zeuge T. B.: Der Fehler ist festgestellt worden und korrigiert worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt ist die Fragezeit etwas überschritten. Wir kommen zu den Fragen von CDU/CSU. - Ich hätte noch welche im Zweifel.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich wollte nur noch mal anmerken, dass uns ja Präsident Schindler und andere in öffentlicher Sitzung schon die grundlegende Funktionsweise der G-10-Positivliste auch ausführlich erläutert haben. Von daher hätten Sie da, glaube ich, auch ruhig was dazu sagen können. Ich komme auf jeden Fall noch in der nichtöffentlichen Sitzung dann darauf zurück. Ich hätte jetzt keine Fragen mehr und gebe ab.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde ganz gerne an das anschließen, was Kollege Ströbele fragt. Erst mal fände ich es schön, wenn wir bei den Begriffen von „löschen“ reden, wenn was eliminiert ist und raus ist, und sonst lieber von „approved“ und „disapproved“. Ich gehe jetzt mal nicht davon aus, dass aus der Gesamtliste Selektoren gelöscht wurden - oder doch? - Jetzt höre ich die Antwort nicht richtig.

(RA Johannes Eisenberg: Er hat noch keine!)

Die Frage war jetzt nicht der komplizierte Teil, der jetzt kommen wird. Wurden Selektoren - - Geht es jetzt hier um Löschen aus der Gesamtliste, also raus, oder geht es um „approved“/ „disapproved“? Verwirren Sie mich nicht!

Zeuge T. B.: Nein, ich bin am Überlegen. Es sind nach 2008 in der Außenstelle die Verfahren teilweise umgestellt worden und auch die zugrundeliegenden Techniken ausgetauscht worden. Von der Seite her weiß ich jetzt nicht, ob diese Gesamtliste gelöscht wurde oder ob sie auf „disapproved“ gestellt wurde. Ich weiß es einfach nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich wollte auf was ganz anderes hinaus. Jetzt muss ich doch mal anders fragen. Wie ist man denn ursprünglich drangegangen? 2005 ging die Initial Load los. Dann hatte man erst einen Block. Peu à peu ist es angewachsen. 2008 merkte man in diesem Handling, das geht auf Dauer so nicht. Wie ist denn in der Phase 2005 bis 2008 damit umgegangen worden, wenn man merkte, Selektoren sollten da nicht aktiv sein - um jetzt mal ein anderes Wort zu benutzen, um nicht irgendwas zu präjudizieren? Wie hat man diesen Selektor denn aus der Gesamtliste dazu bewogen, nicht mehr aktiv zu sein?

Zeuge T. B.: Also, bis zu dieser automatisierten Überprüfung ist es vor Ort von „pending“ auf „disapproved“ gesetzt worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So hatte ich es mir auch vorgestellt bisher. Weil jetzt immer das Wort „löschen“ da reinkommt: Ich kann natürlich auch einen Selektor ganz löschen - oder nicht? -, dass er in dieser Liste von x aber wie viel auch immer gar nicht mehr drin ist und weder geflaggt werden kann oder nicht. Wenn zum Beispiel die Handynummer gar nicht reingeht, steht dann da auch „disapproved“? Oder wenn es die Handynummer gar nicht mehr gibt, bleibt das ewig da drin und wird nur auf „disapproved“ gestellt, wenn die SIM-Karte vielleicht gar nicht mehr existiert? So was soll es ja auch mal geben.

Zeuge T. B.: Also, in der Zeit, in der wir das aufgebaut hatten, hatten wir diese „Disapproved“-Datensätze behalten, weil wir einfach auch wissen wollten: Versucht der AND irgendwelche Schweinereien im Sinne von: Das wird jetzt einmal abgelehnt, das wird zweimal abgelehnt, und beim dritten Mal rutscht es vielleicht durch? Genau aus diesem Grund hatten wir die „Disapproved“-Datensätze drin und konnten daher auch feststellen: Was einmal abgelehnt wurde, wurde ein zweites Mal nicht gesteuert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also wurde im Grunde nichts gelöscht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Da wurde nichts gelöscht. Wie es dann 2008 ff. war, das weiß ich nicht, wie es da vor Ort war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist Ihnen denn bekannt, dass irgendwann mal etwas gelöscht wurde auch, ich meine jetzt nicht geflaggt irgendwie, sondern gelöscht?

Zeuge T. B.: Diese Diskussion geht ja noch in eine andere Richtung. Was da dranhängt, sind ja auch - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir sind in keiner Diskussion. Ich stelle Fragen, Sie antworten. Ich weiß nicht, was ich diskutieren möchte.

Zeuge T. B.: Die Diskussion, ob gelöscht wird oder ob nur als abgelehnt gespeichert wird, geht ja noch mal ein klein bisschen in eine andere Diskussion. Es sind ja in diesen Jahren zwischen 2005 und 2015 auch die datenschutzrechtlichen Aspekte zunehmend bewusster geworden, sage ich jetzt einfach mal, in der technischen Aufklärung. Das sind natürlich dann andere Geschichten. Sie können dann einen Selektor zwar auf „disapproved“ stellen, aber dann müssen Sie ihn aus datenschutzrechtlicher Sicht nach gewisser Weise löschen. Das sind ja Dinge, die dann auch noch eine Rolle spielen. Darum kann ich eben jetzt nicht sicher sagen: Es gibt noch alles, was „disapproved“ ist, in dieser Datenbank, oder es sind auch Dinge gelöscht, weil sie auf datenschutzrechtlicher Basis entsprechend wirklich rausfallen müssen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Super. Verstehe ich total gut, und deswegen halte ich es für so wichtig, dass wir mit den Begrifflichkeiten genau sind und nicht sagen, wenn zum Beispiel aus irgendeinem Grund von „approved“ auf „disapproved“ gestellt wird, es wäre gelöscht worden. Weil ich kann ja nachvollziehen, wenn es aus datenschutzrechtlichen Gründen bestimmte Bereiche gibt, die gelöscht werden. Dann sind sie aber auch gelöscht, und danach kann nichts mehr geflaggt werden. Deswegen finde ich diese Begrifflichkeiten immer so wichtig, weil manchmal der Eindruck erweckt wird, hier werden Tausende gelöscht, oder ich gewinne den Eindruck,

es wird nicht gelöscht, sondern geflaggt und dabei wäre es gelöscht worden. Also ich fände es sehr gut, wenn wir mit diesen Feinheiten sehr genau umgehen würden.

Und jetzt komme ich zum Thema - - Ja?

Zeuge T. B.: Wie 2013 mit diesen Daten umgegangen wurde in der Außenstelle, weiß ich nicht. Ob sie jetzt geflaggt wurden oder wirklich gelöscht wurden, das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also es könnte theoretisch auch sein, dass da gesagt wurde: „Löscht sie, und dann sind sie futsch, und keiner könnte mehr sagen, da standen die mal drin, sind jetzt nur ‚disapproved‘“?

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die sind ja nachher ausgedruckt worden!)

- Da komme ich gleich noch zu; zum Drucken komme ich gleich noch. Da wollte ich eigentlich hin, Herr Kollege Ströbele.

Also, können Sie jetzt nix zu sagen?

Zeuge T. B.: Kann ich jetzt dazu sagen, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das heißt aber auch nicht, dass Sie in eine Richtung tendieren? - Wissen Sie einfach nicht. Gut, da kann ich gut mit leben.

Jetzt komme ich zu dem, was ich nämlich eigentlich fragen wollte. Weil wir immer sagen „Listen“: Was für Listen gibt es denn da? Haben Sie mal so Listen in der Hand gehabt?

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was für welche denn?

Zeuge T. B.: Wenn Sie aus einer Datenbank Selektoren rausziehen, dann werden die ja exportiert in einem entsprechenden Format, und dieses Format ist im Grundsatz ein Listenformat, in



Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Sie dann kommasepariert die Werte ablegen, die Sie dann auch in einem anderen Bereich wieder einlesen können und dann automatisiert verarbeiten. Also das ist eigentlich nur dieser Hintergrund.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur noch mal die Feinheit im Wort: Das müsste ja eigentlich exportiert in eine andere Datei sein, in ein anderes Dateiformat.

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder nicht?

Zeuge T. B.: Sie können von einer Datenbank beispielsweise als CSV exportieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Aber ist dann auch eine Datei. Wenn Sie dann auf „Datei drucken“ gehen, dann geht der Drucker an.

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie das ausgedruckte Papier in der Hand gehabt, oder haben Sie auf Ihrem Rechner die Datei gehabt - die exportierte?

Zeuge T. B.: In der automatisierten Prüfung wurden diese Dateien übergeben, nicht irgendetwas Ausgedrucktes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wann wurde ausgedruckt?

Zeuge T. B.: Meines Wissens nicht. Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich weiß es auch nicht.

Zeuge T. B.: Es macht keinen Sinn. Auch wenn ich nach dieser Prüfung feststelle, diese und jene Bereiche oder diese oder jene Selektoren sind „disapproved“, wäre es ja blödsinnig, wenn ich diese Dinge quasi ausdrücke und dann manuell übertragen lasse, sondern es ist ja wesentlich leichter, ich gebe dort wieder eine Datei zurück,

die eingelesen werden kann und automatisiert die Werte entsprechend setzt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich teile diese Ansicht. Ich habe auch schon gehört, dass das Ausdrucken von Dateien in der Regel nicht so pfiffig ist. Aber jetzt erzählen uns manche immer von Listen, und die wären auch verschickt worden. Ich habe auch schon mal einen gehört, Papierlisten wären verschickt worden. Das scheint dann eher - -

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Per Boten
überbracht!)

- Ja, ja, oder sogar dann von Boten überbracht, wie der Kollege Ströbele ergänzt. So haben wir es, glaube ich, mal gehört. - Wäre das eher unüblich, oder könnte man so eine exportierte Teildatei nicht einfach im internen Netz per E-Mail verschicken? Ist das eher ungewöhnlich, dass man dann eine dementsprechende exportierte Teilliste ausdruckt und per Boten überbringt? Ist Ihnen das schon mal vorgekommen?

Zeuge T. B.: Ausdrucken und per Boten nicht. Es gibt andere Dinge, dass es teilweise auf Datenträger weggeschrieben wurde und dann versandt wurde. Aber das hat dann eher mit Größe von Dateien zu tun als mit Verfahren. Aber ich habe im Endeffekt ein elektronisches Dokument.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Diese - ich will jetzt keine Details wissen - Selektorenlisten, dieses Dateiformat, was Sie da erwähnt haben, sind das sehr große Dateien, von denen wir hier reden? Also, reden wir hier von vielen, vielen Gigabyte oder was? Oder kriege ich die ganze Gesamtliste auf einen USB-Stick?

Zeuge T. B.: Es sind ja sowohl die Updates, also die Änderungen, behandelt worden und bearbeitet worden als auch in regelmäßigen Abständen die Gesamtlisten, und eine Gesamtliste verschicken Sie nicht per E-Mail.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Da gibt es andere Möglichkeiten. Aber diese Gesamtlisten sind dann doch relativ umfangreich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die würde ich im Zweifel dann auf irgendeinem festen Datenträger transportieren?

Zeuge T. B.: Es gibt Möglichkeiten, die zu übermitteln.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zu welchen Zwecken wird das gemacht?

Zeuge T. B.: Das war ja der Punkt, den ich vorhin angesprochen hatte, dass man regelmäßig auch überprüft: Was hat sich an den G-10-Erkenntnissen geändert, und wie kann ich diese geänderten Erkenntnisse übertragen? Gibt es entsprechende Selektoren, die vorher in Unkenntnis dieser neuen Dinge noch so einen Selektor enthalten oder nicht? Daher hat man regelmäßig auch immer wieder den Gesamtbestand überprüft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt hat der Kollege Ströbele ja auch eben schon nach den verschiedenen Standorten - Pullach, Bad Aibling - und dem Zugriff auf die Datenbank gefragt. Gehe ich richtig in der Überzeugung, dass man von den verschiedenen Standorten, von Pullach und von Bad Aibling, auf die Gesamtdatenbank zugreifen konnte durch irgendwie eine Zugangsberechtigung und dann mit dieser Datenbank arbeiten konnte, wer die Zugangsberechtigung hatte?

Zeuge T. B.: Die Selektoren für Aibling lagen in Aibling, also gerade auch diejenigen, die vom AND eingesteuert wurden. Von den eigenen Selektoren gab es dann eine Entwicklung, um bestimmte technisch nicht so prickelnde Lösungen zu einer Gesamtlösung zusammenzufassen. Aber das ist im Grundsatz außerhalb. Aber da sind diese AND-Selektoren nicht mit eingestellt worden in dieses System, in dieses BND-interne System. Das heißt, der Zugriff auf die Listen, die auch regelmäßig ja Updates erhalten hatten, oder diese Datenbank, wie auch immer, die regelmäßig Updates erhalten haben, die war in Aibling und war auch nur dort im Zugriff. Und die hatten

dann die „Pending“-Fälle exportiert bzw. den Gesamtbereich exportiert, in dem dann nicht nur die „pending“, sondern auch die „approved“ drin waren, und haben die an die Zentrale gegeben, und dort wurde zentral nach G 10 gefiltert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Mutter sagt immer: Ich geb dir eine E-Mail. - Wie wurden die denn da hingegeben technisch? Auf einem USB-Stick, gefahren mit einem Chauffeur? Oder durchs Glasfaserkabel, sichere Leitung nach Pullach?

(Zuruf: Mit DHL am besten!)

- Ja, ich habe da nämlich was gehört, wie das funktioniert. Deswegen frage ich.

Zeuge T. B.: Es gab Teile, die konnten per E-Mail übermittelt werden, und es gab andere Teile, die sind quasi über gemeinsame Verzeichnisse ausgetauscht worden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber nicht mit dem USB-Stick?

Zeuge T. B.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Und dann kam das Ding auf irgendeinem dieser Wege wieder zurück und wurde dann wieder eingepflegt, und dann war das dementsprechend geflaggt.

Zeuge T. B.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Dann verstehe ich das nämlich schon mal. - Es ist mir ein Rätsel, warum man da irgendwie Listen für ausdrucken muss, wenn man zwischen den Standorten kommuniziert und auch bestimmte Aufträge vergibt. Also, ich sehe jetzt keinen Grund, warum man das hätte machen sollen. Sie, glaube ich, auch nicht - oder?

Zeuge T. B.: Es kann auch sein, dass auch dieser Ausdruck ein bisschen unglücklich ist. In dem Moment, wo ein Techniker aus einer Datenbank



Nur zur dienstlichen Verwendung

einen Datenbankauszug fertigt, sagt er auch häufig: Ich zieh eine Liste, oder ich druck eine Liste aus der Datenbank. - Das kann auch sein, dass das vom Wording her nur dahintersteckt. Denn ein Datenbankauszug als CSV-Datei ist eine Liste, technisch betrachtet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, klar.

Zeuge T. B.: Die muss dann nicht gedruckt sein; aber es ist technisch betrachtet eine Liste, die ich nicht mehr mit den datenbanktypischen Aktionen verarbeiten kann, sondern eben nur exportieren oder importieren kann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das hat auf jeden Fall schon deutlich Klarheit bei mir gebracht bezüglich der Begrifflichkeiten.

Letzte Frage: Gab es irgendwann einen Zeitpunkt, ab 2008 insbesondere, dass man nicht nur von Bad Aibling auf die Gesamtdatei zugreifen konnte, sondern auch von Pullach, dass dieses Übertragen der Daten, wöchentlich oder wann auch immer, nicht mehr erfolgen musste, sondern dass man von Pullach direkt darauf zugreifen konnte, flaggen konnte oder was weiß ich was - also nicht bezüglich der BND-Selektoren, sondern von den NSA-eingesteuerten Selektoren?

Zeuge T. B.: Nein, ist mir nicht bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. Damit wäre ich erst mal zufrieden mit den Fragen. - Jetzt gehen wir zur Fraktion der SPD. - Keine weiteren Fragen. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr T. B., im August 2013 oder im Sommer 2013, von wann bis wann waren Sie denn im Urlaub?

(RA Johannes Eisenberg:
Privatsphäre!)

Zeuge T. B.: Worauf zielt Ihre Frage ab?

(Heiterkeit - Hans-Christian
Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN): Ob's schön war!
- RA Johannes Eisenberg:
Privatsphäre, Herr von
Notz!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wohin die Reise ging.

(Heiterkeit)

- Nein. Ich würde gerne wissen, ob das eine schlüssige Entschuldigung ist von Ihnen, zu sagen: „Ich habe da gar nichts mitbekommen, ich war da mal weg“, oder ob das eigentlich hinten und vorne nicht stimmen kann. Deswegen würde ich gerne wissen, wann Sie im Urlaub waren.

Zeuge T. B.: Ich war im August im Sommerurlaub, Anfang August.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Anfang August?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wann sind Sie wiedergekommen?

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

- Herr Eisenberg, das ist jetzt wirklich extrem grenzwertig, was Sie machen.

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist erstens
Privatsphäre, Herr
Abgeordneter, und
zweitens wird man ihm
den Rat geben können - -)

- Es ist trotzdem grenzwertig, was Sie machen, sage ich Ihnen.

(RA Johannes Eisenberg:
Was ist das?)

- Grenzwertig.

(RA Johannes Eisenberg:
Wieso das denn?)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Weil das eine entscheidende Frage ist.

(RA Johannes Eisenberg: Ja und?)

Jetzt sagen Sie ihm nämlich, wann die Sachen abgefragt wurden.

(RA Johannes Eisenberg: Ich habe ihm doch auch nicht gesagt, er soll Ihnen was Falsches sagen!)

- Was haben Sie ihm denn gesagt?

(RA Johannes Eisenberg: Ich habe ihm gesagt - -)

- Und benutzen Sie mal das Mikrofon, Herr Eisenberg!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Dafür ist der Zeugenbeistand nicht da. Er darf den Zeugen beraten, aber hier nicht selber als Zeuge auftreten, auch wenn das Herr Eisenberg vielleicht unheimlich gut könnte - anscheinend.

(RA Johannes Eisenberg: Über Ihre Urlaubsdaten könnte ich - -)

Zeuge T. B.: Mitte August muss ich irgendwann zurückgekommen sein. Aber das genaue Datum kann ich Ihnen gerne auch nachreichen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist interessant. Weil Herr W. O. war ja gerade hier - ich versuche, Sie jetzt wieder vor einer Falschaussage zu beschützen -, Herr W. O. war ja gerade hier und hat gesagt, dass er von Mitte August bis in den September rein diese Löschaktionen gemacht hat, also explizit nicht während Ihres Urlaubs.

(RA Johannes Eisenberg: Aber der W. O. sitzt ja nun mal in Bad Aibling - oder?)

Zeuge T. B.: Zum einen sitzt der Herr W. O. in Aibling. Und in dem Moment, wo er irgendwelche Aktionen gehabt hat, muss ja die Prüfung

vorab stattgefunden haben. Und dann hat die Prüfung, wenn er Mitte August angefangen hat, mit diesen Ergebnissen zu arbeiten - - dann sind genau während meines Urlaubs diese Überprüfungen durchgeführt worden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem werden wir uns jetzt annähern, diesem Problem, wenn Herr Eisenberg jetzt mal den Schnabel hält. So. - Wie ist das denn, kennen Sie Herrn Dr. T.?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat der in diesem Bereich irgendwas gemacht?

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat er denn gemacht?

Zeuge T. B.: Er hatte den Auftrag von seinem UAL, diese - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer war das?

Zeuge T. B.: D. B.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge T. B.: Er hatte den Auftrag, diese Selektoren zu überprüfen. Diesen Auftrag hat er erhalten in dem Zeitraum, in dem ich im Urlaub war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Anfang August hat er den erhalten?

Zeuge T. B.: Das kann schon Ende Juli gewesen sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie waren schon im Juli im Urlaub?

Zeuge T. B.: Ja. Ende Juli bis Mitte August.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was genau war der Auftrag von Herrn Dr. T.?

Zeuge T. B.: Tut mir leid, das weiß ich nicht. Denn diesen Auftrag hat er von dem Herrn D. B. bekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber worüber sprechen wir denn überhaupt?

(RA Johannes Eisenberg:
Was er weiß darüber!)

Sie wissen, dass Herr Dr. T. irgendeinen Auftrag von Herrn D. B. hat; aber was das betroffen hat oder so, wissen Sie nicht.

Zeuge T. B.: Im Nachhinein hat er mir gesagt, dass er den Auftrag hatte, die Selektoren zu überprüfen. Aber wie genau es aussah, in welcher Form und mit welcher Zielrichtung, hat er nicht gesagt gehabt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War Herr Dr. T. Ihrer Kenntnis nach mal in Bad Aibling, um sich das da anzugucken, erklären zu lassen, mit den Leuten zu sprechen?

Zeuge T. B.: Weiß ich nicht. Er hat sicher Aibling mal besucht, aber aus welchen Gründen, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Frühjahr 2013 zum Beispiel? - Wissen Sie nicht.

Zeuge T. B.: Weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte es sein, dass Herr Dr. T. schon im Frühjahr 2013, also März/April/Mai den Auftrag hatte, die Selektoren zu überprüfen?

Zeuge T. B.: Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als diese Snowden-Geschichte hochkochte, da kamen ja nun viele parlamentarische

Anfragen. Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit hat Fragen gestellt. Haben Sie davon was mitbekommen?

Zeuge T. B.: In Teilen, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und worum ging es da so? Womit waren Sie befasst als jemand, der für Selektoren und solche Dinge zuständig war?

Zeuge T. B.: Es gab in dieser Zeit verschiedene parlamentarische Anfragen, und die werden prinzipiell über den Stab eingesteuert. Dann werden die Fragen so zerpfückt, dass sie an den zuständigen Fachbereich gehen, der dazu was sagen kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was für Fragen haben - - Verzeihung.

Zeuge T. B.: Und im Rahmen dieser Geschichten habe ich bei einigen Fragen zugearbeitet. Aber wenn Sie mich jetzt im Detail fragen, welche Fragen genau bei mir gelandet sind, das kann ich heute nicht mehr sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Ihnen denn anhand dieser Fragen, die bei Ihnen anlandeten, bestimmte Probleme bewusst geworden, die man vorher vielleicht nicht so auf dem Zettel hatte? - Ich sage mal ein Stichwort: regionale Zuordenbarkeit von Selektoren.

Zeuge T. B.: Zu regionaler Zuordenbarkeit von Selektoren gab es vorher schon Aspekte, die diskutiert wurden. Details kann ich Ihnen dazu auch gerne nichtöffentlich sagen, weil es da wirklich darum ging: Was kann zu welchem Zeitpunkt an wen weitergegeben werden? Das sind Details auch in der Zusammenarbeit mit ANDs. Darum würde ich Sie da gerne auf die nichtöffentliche Sitzung verweisen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt denn „vorher“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Ich würde mal sagen, zumindest irgendwann 2009, 2010 beginnend ist es mir aufgefallen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen aufgefallen, dass es bei der regionalen Zuordenbarkeit von Selektoren Fragen gibt?

Zeuge T. B.: Diese Fragen gab es im Grundsatz innerhalb der technischen Aufklärung immer.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben ja jetzt das Jahr 2009 - -

Zeuge T. B.: Aber da ist es mir jetzt bewusst, dass man darüber auch an der einen oder anderen Stelle diskutiert hat: Wie ist das Ganze zu betrachten?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was hat man unternommen?

Zeuge T. B.: Gerne die Details in der nichtöffentlichen Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum?

Zeuge T. B.: Weil es da darum geht: Welche Anfragen gab es? Zu welchen Punkten hat man diese Ideen gehabt oder diese Vorbehalte gehabt, und wie hat man zu diesen Zeitpunkten dann entschieden? Da geht es eben auch um die Zusammenarbeit mit ANDs.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ging es auch um die Arten der Kommunikation, die durch die Selektoren abgefragt wurden?

Zeuge T. B.: Was verstehen Sie unter „Arten der Kommunikation“?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eben nicht nur Internetseiten, E-Mail-Adressen, sondern auch Chats oder ganz andere Dinge. Sie können mir ja noch mal sagen, was alles für Selektoren eingestellt werden.

Zeuge T. B.: Da waren wir schon im nichtöffentlichen Bereich. Über die Art und Weise der Selektoren geht sehr tief in die Details.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber waren das nicht auch Probleme, die Ihnen nach Snowden im Sommer 2013 massiv begegnet sind? Fragen: regionale Zuordenbarkeit von Selektoren, was für Arten von Selektoren. Und Sie haben auf Ihr 14-Millionen-Datei-Ding draufgeguckt und haben gesagt: Ehrlich gesagt, können wir es gar nicht sagen. - War das so?

Zeuge T. B.: Nein. Die Diskussionen gingen vorher schon um die regionale Zuordenbarkeit und um die Weitergabe: Was kann an Erkenntnissen weitergegeben werden? Welche Aussagen kann ich aufgrund der Erkenntnisse zu Regionen treffen? - Diese Diskussionen gingen entsprechend. Aber, wie gesagt, Details sehr gerne in nicht-öffentlicher Sitzung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch mal Fragen bezüglich der Löschungen. Jetzt hat eben W. O. hier ausgesagt, dass es eine Löschung gegeben hat im August bis September, drei Wochen lang ungefähr; Zehntausende von Selektoren wurden gelöscht. Jetzt haben Sie gesagt, es hätte noch mal eine Löschung im November gegeben - habe ich Sie da richtig verstanden oder falsch? -, wo nicht so viele gelöscht worden wären, nur so ein paar.

Zeuge T. B.: Zum Zeitrahmen hatte ich nichts gesagt. Ich habe gesagt, in der Vorbereitung habe ich gesehen, dass der Herr W. O. von seinem Dienststellenleiter angewiesen wurde, nach bestimmten Bereichen zu suchen, und er dann auch Löschungen durchgeführt hat. Ob das „disapproved“ war oder gelöscht wurde, weiß ich nicht. Es war in diesem entsprechenden Schriftverkehr nur von Löschungen die Rede. Ich weiß jetzt nicht, ob das jetzt vor oder nach dieser Aktion war. Aber ich hatte den Eindruck, es wäre unabhängig von dieser Aktion gewesen, aufgrund dieser beiden Schriftstücke, die ich in diesem Beweisbeschluss gefunden habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Schriftstücke sind E-Mails?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben Sie das vielleicht missverstanden. Okay. - Hat es eine Löschung oder überhaupt Löschungen oder „Disapproved“-Setzungen in der Zentrale gegeben als Reaktion auf das Gutachten von Herrn Dr. T.?

Zeuge T. B.: Diese Daten als solches, das waren ja US-Selektoren, die wurden in der Zentrale ja gar nicht gehalten. Die wurden ja zum Teil - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das beantwortet meine Frage nur sehr indirekt. Wurde in der Zentrale etwas veranlasst im Hinblick auf das Gutachten von Herrn Dr. T.?

Zeuge T. B.: An den eigenen Selektoren?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An was auch immer. Wurde eine Konsequenz aus dem Gutachten von Herrn Dr. T. gezogen?

Zeuge T. B.: Aus seinen Ergebnissen raus. Die Konsequenz war, dass an der Stelle, wo diese Selektoren auftraten, diese aus der Erfassung genommen wurden, wie auch immer.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wo traten die denn überall auf?

Zeuge T. B.: Nur in Aibling.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur in Aibling. An anderen Erfassungsstellen, in der Zentrale selbst nicht?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das Gutachten von Herrn Dr. T. gesehen?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weder als Datei noch als ausgedrucktes Stück Papier?

Zeuge T. B.: Ja, weder als Datei noch - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir reden ja jetzt immer davon, dass man irgendwie Selektoren einsteuert. Wo steuert man die eigentlich ein? In ein Programm - ja? -, Herr T. B., in ein Programm?

Zeuge T. B.: Reden Sie jetzt von Aibling oder von den Abläufen innerhalb des BND mit den eigenen Selektoren?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich rede jetzt von Aibling und den US-Selektoren.

Zeuge T. B.: Diese Dinge sind auf eine entsprechende Datenbank geschrieben worden, an der dann geflaggt wurde, ob sie für die Erfassung freigegeben wurden oder nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Handelt es sich bei diesem System, das genutzt wurde, um XKeyscore?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Woher wissen Sie das?

Zeuge T. B.: XKeyscore ist ein System, das im Rahmen der Erfassung genutzt wird, und ist keine Datenbank, die für die Selektorenverwaltung genutzt wird.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hört man sehr, sehr Unterschiedliches. Also, dass man auch damit erfassen kann, das scheint wohl so zu sein; aber dass man vor allen Dingen verarbeiten und lesbar machen kann, das scheint mir die wesentliche Aufgabe zu sein. Wie wurde denn XKeyscore beim BND eingesetzt? Hatten Sie damit zu tun?

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten mit XKeyscore nichts zu tun?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge T. B.: Die erste Version wurde Anfang 2007 bereitgestellt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keyscore?

Zeuge T. B.: XKeyscore.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keyscore oder schon XKeyscore?

Zeuge T. B.: Gibt es Keyscore auch?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt eine Vorversion auf jeden Fall.

Zeuge T. B.: Im Endeffekt war es eine Vorversion, die mit Sicherheit noch nicht so mächtig war wie die heutige XKeyscore-Version. Wurde eingebracht und hat man eine Zeit lang auch getestet. Richtig in Anwendung habe ich dieses System nicht mehr in Aibling erlebt. Bis es dann zum Einsatz kam, war da Herbst, und ich war dann wegversetzt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herbst. Sagen Sie mal das Jahr, dass ich jetzt nicht - -

Zeuge T. B.: 2007.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2007. - Aber in Ihrer Zeit, die Sie nun dann in der Zentrale gearbeitet haben, wurde in Bad Aibling ja XKeyscore genutzt.

Zeuge T. B.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und diese Selektoren, über die wir hier die ganze Zeit reden, werden die genutzt, um sie in XKeyscore zum Laufen zu bringen, um die Erfassung oder die Auslesung zu steuern?

Zeuge T. B.: Nein, da gibt es andere Mechanismen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wie wird denn XKeyscore genutzt in Bad Aibling?

Zeuge T. B.: Das weiß ich nicht. Im Detail müssen Sie da die Techniker bzw. die Leute - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Detail will ich es gar nicht wissen. Ich möchte wissen sozusagen, wie das im Zusammenhang stehen könnte: der Selektoreneinsatz und die Nutzung von XKeyscore. Und da Sie ja in dem Bereich gearbeitet haben und, wenn ich es richtig verstehe, in der Zentrale letztlich mit verantwortlich dafür waren, dass das auch richtig in Bad Aibling läuft, kann ich mir gar nicht richtig zusammenreimen, dass Sie mir als jemand, der da jahrelang gearbeitet hat und ein absoluter Fachmann ist, nicht erklären können, wie XKeyscore in Bad Aibling genutzt wurde.

Zeuge T. B.: Man hat explizit von Anfang an die Steuerung dezidiert entkoppelt von den Netzen, damit es zu keiner unbewussten, von uns nicht bemerkten Einflussnahme auf die Erfassungssysteme durch den AND kommt. Daher hatte man auch diese Steuerungsdatei, in der die Selektoren eingelaufen sind, von den Netzen getrennt und hat damit auch erheblichen Aufwand generiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich. Die Frage ist - -

Zeuge T. B.: Daher war diese Datei oder diese Datenbank das Steuerungsinstrument. Von den Amerikanern und von uns wurden die Daten dort eingelese. Sie wurden dann entsprechend geflaggt - „approved“, „disapproved“-, und die Ergebnisse davon wurden dann als Steuerungsdatei wieder ausgelesen und in die Erfassungssysteme eingelese. Da hatte XKeyscore überhaupt nichts damit zu tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Die Frage, die sich einem stellt, der sich das alles anlesen muss: ob das Trojanische Pferd - - Dass man versucht hat, Hintertüren zu umgehen, das verstehe ich. Das hat man von BND-Seite, wahrscheinlich weil man schlimme Erfahrungen gemacht hat, die hier nicht offen kommuniziert werden, versucht. Die interessante Frage ist, ob das Trojanische Pferd oder die Trojanischen Pferde nicht in den Selektoren lagen, nämlich in den Zehntausenden, die Sie löschen



Nur zur dienstlichen Verwendung

mussten, als Sie nach Snowden da mal draufgucken, bezüglich der regionalen, wo man überhaupt Daten abgreift. Dann kommt Dr. T. und analysiert das mal und sagt: Um Gottes Willen, es sind die Selektoren, Leute, es sind die Selektoren. - Und dann fängt man an zu löschen. Deswegen: Ist nicht das das Einfallstor gewesen sozusagen, das Problem, was man nicht richtig auf dem Zettel hatte? Oder wie hat man Ihnen erklärt, als Sie aus dem Urlaub wiedergekommen sind und dann da Zehntausende von Selektoren gelöscht worden sind - - Wie hat man Ihnen das denn erklärt?

Zeuge T. B.: Gar nicht. Es war ein Auftrag, entsprechend übergeordnet, und der wurde durchgeführt, und damit war es erledigt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es für die Zukunft irgendwelche Konsequenzen, Berücksichtigungen? Gab es veränderte Anweisungen, was man beachten sollte, wie man sich vielleicht schlauer verhält in der Zukunft? Ist Ihnen da was erinnerlich? Eine Hausanweisung oder so was?

Zeuge T. B.: Unmittelbar daraufhin nicht. Es war kurz darauf ja dann auch diese Aussage „Ausspähen unter Freunden geht gar nicht“, und das hat zu Konsequenzen in der eigenen Erfassung geführt und damit auch im Endeffekt bei allen anderen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich muss jetzt ganz kurz fragen - vielleicht geht es direkt weiter -, ob die anderen Fraktionen noch Fragen haben. - Das sehe ich nicht. Dann kannst du direkt weitermachen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber bei der Überprüfung, bei Ihrer Überprüfung der amerikanischen Selektoren haben Sie nichts geändert nach August? Sie haben einfach zur Kenntnis genommen: Da sind Zehntausende von Selektoren gelöscht worden. Aber das hat für uns bei der Prüfung keine weiteren Konsequenzen. Es ist einfach passiert, Haken dran, fertig.

Zeuge T. B.: Es sind dann im Anschluss auch Dinge wie EU-Selektoren rausgenommen worden, -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum?

Zeuge T. B.: - also diese Konsequenz durchaus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also dann hat man doch über die Gründe geredet. - Ich habe Sie ja eben gefragt: Wie wurde es denn begründet, dass diese Zehntausende von Selektoren rausgenommen wurden? Da haben Sie mir gesagt: Gar nicht, einfach so ist das passiert. - Und jetzt sagen Sie: Es gibt da einen Kontext, da geht es um EU-Selektoren. - Also offensichtlich hat man ab dann gesagt: „EU, das müssen wir jetzt rausnehmen, das scheint ein Problem zu sein“ - oder?

Zeuge T. B.: Das ist zeitlich zusammengefallen mit der eigenen Veränderung in dem eigenen Bereich. Daher habe ich jetzt das nicht konkret auf diese Aktion bezogen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie sagen mir, eine Aussage der Kanzlerin in Brüssel vor einer Fernsehkamera, die hat für Ihre alltägliche Arbeit mehr Konsequenzen, als dass Sie Zehntausende von übergriffigen Selektoren gefunden haben. Das ist die BND-Wirklichkeit - ja?

Zeuge T. B.: Nein, das ist nicht die BND-Wirklichkeit. Es sind aus dem Führungsbereich diese Anweisungen, wie diese Aussage zu verstehen ist und umzusetzen ist, diskutiert worden und weitergegeben worden. Und wir haben diese Dinge dann anschließend auch umgesetzt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Aussage von Frau Merkel meinen Sie da, nicht die fehlerhaften Selektoren, die man gefunden hat?

Zeuge T. B.: Also, nach meiner Erinnerung - - Wie gesagt, es war zeitlich sehr eng aufeinander - - Was jetzt Ursache und was Wirkung ist, kann ich nicht sagen, ob das jetzt detailliert nur



Nur zur dienstlichen Verwendung

auf diese Aussage war oder ob das im Gesamtzusammenhang zu sehen war oder ob das indiziert war aus dieser Untersuchung. Es gab Veränderungen aufgrund der Untersuchungen, wo man gesagt hat, okay, da muss man anpassen und da muss man anpassen. Aber auch die Untersuchung des Dr. T. war ja nicht so, dass man sagen kann: Da habe ich jetzt eine Regel: Das, das, das und das muss alles raus. - Denn damit hätte man auch bestimmte andere negative Wirkungen erzielt. Da ist noch geprüft worden: Wie kann man diese Dinge auch umsetzen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. Deswegen hat man ja nachher 2015 erst die ganz harte Konsequenz gezogen, nachdem man es noch zwei Jahre hat so laufen lassen. - Würden Sie denn heute aus Ihrer Rückschau sagen, bis August 2013 haben Sie das alles richtig gemacht, also auch diese EU-Selektoren eingesteuert, nicht rausgenommen, nicht danach gesucht, -

Zeuge T. B.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und das war dann einfach ein politischer Stimmungswechsel, weil die Kanzlerin sich das anders überlegt hat im Oktober 2013? Oder liegt der Fehler vorher, dass man bei der Überprüfung der Selektoren jahrelang nicht richtig hingeguckt hat, was für Daten eigentlich wo abgegriffen werden, welche Arten von Selektoren und Kommunikationen das sind? Also, wie würden Sie das heute beurteilen, Ihre Arbeit vor diesem Sommer 2013?

Zeuge T. B.: Ich hatte es vorhin schon mal angesprochen: Den Knackpunkt oder den Fehler sehe ich im Grundsatz zu dem Zeitpunkt, als der AND abgezogen ist und es dann eine andere Qualität gab in der Arbeit. Das hat eine Veränderung in der Übermittlung der Selektoren mit sich gebracht; was ich auch gesagt habe. Das können wir gerne nichtöffentlich vertiefen. Und an der Stelle muss ich mich an der eigenen Nase fassen. Ich habe dort dieses nicht richtig eingeschätzt. An der Stelle hätte man eine Veränderung in der Überprüfung herbeiführen müssen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letzte Frage von mir: Bei diesen Selektoren, die geflaggt wurden, weil sie aussortiert worden sind, da scheint es ja Listen zu geben. Wir haben sie alle noch nicht gesehen. Sie liegen im Bundeskanzleramt und, ich glaube, beim BND. Da sind ja nun die Dinge drauf, die noch in der Datei waren. Ich habe eben Ihre Aussagen so verstanden, dass tatsächlich auch Selektoren gelöscht wurden, vielleicht mit einem lauterem Motiv, weil man meinte, irgendwie Datenschutzrecht gerecht werden zu wollen. Kann es sein, dass Selektoren gesteuert wurden, die sich auf gar keinen Listen mehr befinden und die wir jetzt im Nachhinein gar nicht mehr, selbst wenn wir in Karlsruhe recht bekämen und dieses Parlament diese Listen angucken darf - - wir trotzdem nicht ganz der Wahrheit auf die Spur kommen werden, was alles für Selektoren gefahren wurden, weil manche gar nicht mehr da sind?

Zeuge T. B.: Ich tue mich schwer mit der Antwort. Denn es gibt ja mit Einsetzung des Untersuchungsausschusses ein Löschmutorium, dass entsprechende Unterlagen nicht mehr gelöscht werden dürfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge T. B.: Also mit Einsetzen des Untersuchungsausschusses dürfte nichts mehr gelöscht worden sein, was in irgendeiner Form mit diesem Untersuchungsgegenstand zu tun hat. Ob es in der Übergangsphase, als von der einen Datenbank in die andere Datenbank 2008 geschrieben wurde, zur Löschung von Datensätzen kam, weiß ich nicht. Das wäre der einzige Punkt, an dem ich sage, da könnte es zu einer Löschung gekommen sein, weil dann zu diesem Zeitpunkt eventuell ein Selektor schon drei Jahre nicht mehr getroffen hat oder so was. Ich halte es für unwahrscheinlich, einfach aus der Sicht raus, dass der Nachrichtenbearbeiter ein Jäger und Sammler ist und erst dann löscht, wenn er wirklich vom Datenschutz dazu aufgefordert wird: Hast du noch zusätzliche Erkenntnisse dazu? Gibt es eine Rechtfertigung, die Löschwiedervorlage zu verlängern? - Also das ist so mal die grundsätzliche Arbeitsweise an der Stelle. Daher halte ich es für



Nur zur dienstlichen Verwendung

unwahrscheinlich, dass da wirklich auch Datensätze verloren gegangen sind. Aber ich möchte es nicht zu hundert Prozent ausschließen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank.

Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir auch hier an dieser Stelle einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen. Ich schlage folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen T. B. am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Danke schön. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aussagen hier in öffentlicher Sitzung. Wir werden Sie gleich in nichtöffentlicher Sitzung, eingestufte Sitzung, noch einmal zu den Punkten befragen, die jetzt hier nicht gesagt werden konnten. So lange können Sie sich aber erholen.

Ich bitte, nun den nächsten Zeugen, Herrn Oliver Matt, in den Saal zu bringen. Wir unterbrechen für fünf Minuten. Danke schön.

(Unterbrechung von
17.29 bis 17.47 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir können weitermachen.

Vernehmung des Zeugen Oliver Matt

Ich darf ganz herzlich unseren Zeugen Oliver Matt begrüßen. Ich freue mich, dass Sie da sind. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Oliver Matt, Sie haben die Ladung am 7. September 2015 erhalten, wenn das richtig ist. Sie hatten aber schon eine Vorahnung, dass es zu diesem Termin kommen wird. Nicht dass der Schrecken jetzt ist, Sie wären erst am 7. September grundsätzlich davon informiert worden, dass möglicherweise die Situation eintritt. Herzlichen Dank, dass Sie der Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen hieran vorzunehmen und dann wieder zurückzuschicken. Gibt es hierzu Ihrerseits Fragen? - Sehr gut. Ansonsten, einmal kurz aufs Knöpfchen drücken, wenn Sie antworten, dann hört man Sie besser.

Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet werden. Ich darf Sie ganz kurz bitten, sich vorzustellen, Herr Rechtsbeistand.

RA Dr. Rainer Hamm: Rechtsanwalt Hamm aus Frankfurt. Ich bin von Herrn Matt gebeten worden, als Zeugenbeistand hier zu fungieren. Da ich ein reiner Strafrechtsanwalt bin, ist die Wahl auf mich gefallen, weil ich weiß, dass die Regeln des Untersuchungsausschussgesetzes und des Grundgesetzes auf die StPO verweisen. Ich weiß von daher auch, welche Rechte ich hier nicht habe, und ich verspreche, mich daran zu halten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist sehr loblich, Herr Professor Hamm; das freut mich. Insbesondere dürfen Sie aber, welche Rechte Sie haben, Ihren Mandanten gerne beraten - - nur eben kein eigenes Rede- und Fragerecht. Und insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten natürlich auch nicht inhaltlich sagen, was er sagen soll. Es gibt immer mal wieder den einen oder anderen, der versucht das. Es hilft aber nichts.

Herr Oliver Matt, kommen wir zu Ihnen. Vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 1 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit gegebenenfalls auch Disziplinarverfahren, die ich bei Ihnen aber jetzt nicht im Raume stehen sehe. Da müssten wir gleich mal, wenn es um die Personen geht, schauen, ob da irgendetwas in Betracht kommt. Aber grundsätzlich wäre das auch möglich.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach §§ 14 oder 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann. Das bedeutet, dass die Sitzung dann im



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nachgang in nichtöffentlicher bzw. eingestufte(r) Weise fortgesetzt wird, sodass Sie da die Antworten geben können.

Haben Sie hierzu Fragen? - Herzlichen Dank.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie die Möglichkeit, gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ohne unterbrochen zu werden durch Nachfragen etc. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder der einzelnen Fraktionen dieses Ausschusses Gelegenheit, Ihnen Fragen zu stellen - Fraktion nach Fraktion. Gibt es hierzu Fragen?

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. Ich darf Sie dann nun bitten, zu Beginn Ihrer Ausführung sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Oliver Matt: Mein Name ist Oliver Matt. Ich bin 44 Jahre alt. Ich bin zuständig für die Konzernsicherheit. Meine ladungsfähige Anschrift wäre die Rebstöckerstraße 59 in Frankfurt am Main.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. Zunächst möchte ich Ihnen - ich hatte es gerade angekündigt -, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit geben, im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung vorzutragen. Wünschen Sie dies?

Zeuge Oliver Matt: Ja, das wünsche ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann haben Sie jetzt das Wort.

Zeuge Oliver Matt: Ich fange dann noch mal zu meiner Person an, wenn es recht ist. Ich bin Leiter der Abteilung ISG International Security

Group der Verizon Deutschland GmbH und Sicherheitsbeauftragter der Verizon Deutschland GmbH. Die Abteilung ISG nimmt typische Aufgaben der Konzernsicherheit wahr, zu denen auch der Objektschutz gehört.

Zunächst arbeitete ich im Bereich Servicemanagement der MCI Deutschland GmbH. Seit dem Jahr 2001 bin ich im Bereich Unternehmenssicherheit der MCI Deutschland GmbH tätig.

Seit dem November 2006 leite ich die Abteilung ISG des Unternehmens, welches mittlerweile zur Verizon-Gruppe gehört. Die von mir geleitete Abteilung betreut auch die Umsetzung von gerichtlich angeordneten Überwachungsmaßnahmen und behördlichen Auskunftersuchen bei der Verizon Deutschland GmbH. Mit derartigen Fragen der Telekommunikationsüberwachung bin ich bereits seit dem Jahr 2001 befasst.

Zur Rolle als Zeuge beim Untersuchungsausschuss: Der Untersuchungsausschuss hat mich als Zeuge geladen, um zum Gegenstand des Untersuchungsausschusses auszusagen. Dieser Bitte komme ich selbstverständlich nach.

Nach den mir vorliegenden Informationen soll der Untersuchungsausschuss unter anderem klären, ob der Bundesnachrichtendienst oder andere Stellen des Bundes an der Erfassung von Daten über Kommunikationsvorgänge von, nach und in Deutschland auf Vorrat durch Nachrichtendienste der sogenannten Five-Eyes-Staaten USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland beteiligt waren. Nach dem Schreiben des Untersuchungsausschusses im Vorfeld dieses Termins sind insbesondere meine Wahrnehmungen im Zeitraum zwischen 2004 und 2006 bei der MCI Deutschland GmbH von Interesse.

Der Untersuchungsausschuss hat mich zunächst für den 7. Mai 2015 zur Aussage geladen. Zur Vorbereitung auf diesen Termin habe ich den Einsetzungsbeschluss sowie aktuelle Presseberichte zu diesem Thema gelesen. Auch der Fernsehbericht des ZDF vom 31. März 2015 sowie der Artikel im *Spiegel* dieser Woche sind mir bekannt. In der Zwischenzeit habe ich versucht,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Presseberichterstattung über die weiteren Sitzungen des Untersuchungsausschusses zu verfolgen.

Zu den Unternehmen Verizon Deutschland GmbH und MCI Deutschland GmbH. Die MCI Deutschland GmbH war eine Tochter der amerikanischen MCI Group. Bis Ende 2004 firmierte das Unternehmen unter dem Namen MCI WorldCom Deutschland GmbH. MCI war in Deutschland bis in das Jahr 2006 als Anbieter von Telekommunikationsdiensten für große und international agierende Geschäftskunden tätig. Daneben war die MCI Deutschland GmbH Anbieter von Vorleistungsprodukten für andere Kommunikationsanbieter. Unter Vorleistungsprodukten, die wir auch als Wholesale-Dienste bezeichnen, versteht man Dienste, die ein Anbieter einem anderen Anbieter von Telekommunikationsdiensten zur Verfügung stellt. Ein Beispiel dafür ist die Terminierung von Telefonaten im Ausland, insbesondere in solchen Ländern, in denen der deutsche Anbieter nicht vor Ort ist. Daneben hat MCI Deutschland GmbH auch Interneteinwahldienste und Call-by-Call für Endnutzer angeboten. Das waren Geschäftsfelder, in denen die MCI Deutschland GmbH damals sehr erfolgreich tätig war.

Im Jahr 2006 wurde die Muttergesellschaft der MCI Deutschland GmbH von dem amerikanischen Telekommunikationsunternehmen Verizon übernommen. Das deutsche Geschäft wurde durch die Verizon Deutschland GmbH weitergeführt. Nach der Übernahme durch Verizon hat die Verizon Deutschland GmbH ihre Geschäftstätigkeit geändert und den Fokus von den Vorleistungsprodukten abgewandt. Dies hat dazu geführt, dass sie nur noch einen Bruchteil an sogenannten Wholesale-Verkehren in ihrem Netz transportiert.

Heute ist die Verizon Deutschland GmbH überwiegend als Anbieter von Telekommunikationsdiensten und IT-Beratungsleistungen für große Geschäftskunden und Behörden tätig. Die Verizon Deutschland GmbH versteht sich uneingeschränkt als deutsches Unternehmen, welches die nationalen Regeln für Anbieter von Telekom-

munikationsdiensten einzuhalten hat. Die Tatsache, dass wir einem Konzern mit US-amerikanischer Muttergesellschaft angehören, hat keinen Einfluss auf unser hier praktiziertes Rechtsverständnis. Das führt unter anderem dazu, dass die Verizon Deutschland GmbH aus Prinzip nicht mit ausländischen Nachrichtendiensten zusammenarbeitet, weil es dazu an jeglicher Rechtsgrundlage fehlt. Keine Führungskraft unseres Unternehmens würde jemals ein Verhalten im Unternehmen zulassen oder genehmigen, das zu einem Gesetzesverstoß führen würde.

Ich betone dies nur, weil ich aufgrund meiner Kenntnis der Untersuchungsgegenstände des Ausschusses damit rechne, dass Sie mich danach fragen werden, ob unser Unternehmen mit ausländischen Geheimdiensten kooperiert hat. Meine Antwort hierauf ist: Nein. Zu keinem Zeitpunkt ist mir auch nur das Ansinnen einer Zusammenarbeit zwischen der Verizon Deutschland GmbH oder der früheren MCI Deutschland GmbH und einem ausländischen Geheimdienst zu Ohren gekommen. Auch eine Zusammenarbeit mit inländischen Geheimdiensten, insbesondere dem Bundesnachrichtendienst, ist mir nicht bekannt.

Zu meinen Aufgaben zwischen 2004 und 2006: Während des genannten Zeitraumes, also zwischen 2004 und 2006, war ich, wie schon erwähnt, bei der MCI Deutschland GmbH für die Umsetzung von Überwachungsbeschlüssen und Auskunftsgesuchen gemäß § 110 Telekommunikationsgesetz zuständig. Hierbei oblag es mir, im Dialog mit den anfragenden Ermittlungsbehörden Nachprüfungen der vorgelegten Unterlagen und Maßnahmen umzusetzen oder Auskünfte zu erteilen oder solche Anfragen abzulehnen. Ich schätze, dass wir in diesem Zeitraum pro Monat rund 30 Anfragen verschiedenster deutscher Ermittlungsbehörden erhielten. Das macht rund 360 Anfragen pro Jahr. Die Zahl umfasst sowohl Auskunftersuche als auch Überwachungsmaßnahmen. Der überwiegende Teil der Anfragen waren Anfragen nach den Inhabern von Telefonanschlüssen. Dies wird heute weitestgehend automatisiert mittels der Schnittstelle nach § 112 Telekommunikationsgesetz abgefragt. Damals gab



Nur zur dienstlichen Verwendung

es diese Schnittstelle jedoch nicht. Genauere Angaben kann ich hierzu jedoch nicht machen, da die Unterlagen zu diesen Anfragen fristgerecht vernichtet wurden. Ich weiß jedoch, dass in diesem Zeitraum keine Überwachungsmaßnahmen umgesetzt wurden. Die Protokolle unserer Überwachungseinrichtungen haben wir trotzdem, wie vorgeschrieben, regelmäßig der Bundesnetzagentur übersandt. Es gab in diesem Zeitraum etwa drei telefonische Anfragen von Polizeibehörden bei der MCI Deutschland GmbH mit der Frage, ob eine Telekommunikationsüberwachung umgesetzt werden könnte. Als ich jedoch erklärte, dass die MCI Deutschland GmbH nur Geschäftskundenanschlüsse betreibt und man bei einer Telekommunikationsüberwachung regelmäßig mit mindestens 30 parallelen Sprachkanälen rechnen müsse, wurde die Überwachungsanordnung zurückgezogen bzw. gar nicht erst gestellt. Hintergrund ist, dass die MCI Deutschland GmbH keine normalen ISDN-Anschlüsse oder Analoganschlüsse vertrieben hat, lediglich ISDN-Anschlüsse für Unternehmen mit 30 Sprachkanälen pro Leitung.

Mit Blick auf den Gegenstand des Untersuchungsausschusses kann ich nur noch einmal wiederholen, dass mir auch aus dem Zeitraum 2004 bis 2006 keine Anfragen des Bundesnachrichtendienstes oder eines ausländischen Geheimdienstes an die MCI Deutschland GmbH bekannt sind. Ich hatte auch zu keinem Zeitpunkt Kontakt zu Mitarbeitern des Bundesnachrichtendienstes oder zu Mitarbeitern eines ausländischen Nachrichtendienstes. Die MCI Deutschland GmbH verfügte zu diesem Zeitraum über ein Sicherheitskonzept gemäß § 109 Telekommunikationsgesetz, welches durch die Bundesnetzagentur als der zuständigen Aufsichtsbehörde geprüft und abgenommen war. Im Sicherheitskonzept sind unsere internen Maßnahmen aufgeführt, wie wir die Telekommunikations- und Datenverarbeitungssysteme gegen unerlaubte Zugriffe sichern und damit Auswirkungen von Sicherheitsverletzungen für Nutzer oder für zusammenschaltete Netze so gering wie möglich halten. Sollten Sie noch Fragen der Umsetzung des Sicherheitskonzepts im Einzelnen, wie es heute noch praktiziert wird, haben, so bitte ich darum, nur im Rahmen

einer nichtöffentlichen Befragung antworten zu müssen.

Zur Erwähnung von MCI im Bericht von *Frontal21* und im *Spiegel* von dieser Woche: Die Sendung *Frontal21* im ZDF vom 31. März 2015 ist mir, wie schon gesagt, bekannt, nachdem ich mir alsbald nach der Ausstrahlung eine Aufzeichnung aus der ZDF-Mediathek ansehen konnte. Über Versuche der ZDF-Redaktion, unserem Unternehmen Gelegenheit zur Stellungnahme vor der Ausstrahlung zu geben, ist mir nichts bekannt. Es wird über einen angeblichen Spionagevorgang durch den Bundesnachrichtendienst an einem Standort von MCI Deutschland GmbH zwischen 2004 und Mitte 2006 berichtet. Ich kann so weit bestätigen, dass der im Bericht genannte Standort bereits im Zeitraum 2004 bis 2006 durch die MCI Deutschland GmbH betrieben wurde. Von den behaupteten Operationen in unseren Einrichtungen hatte ich vor dem ZDF-Bericht noch nie etwas gehört oder in sonstiger Weise erfahren. Ich wusste also bis dahin überhaupt nichts über den im Bericht beschriebenen Vorfall. Falls die Behauptungen im *Frontal21*-Bericht und im *Spiegel*-Artikel zutreffen sollten, wäre die Verizon Deutschland GmbH sehr an konkreten Tatsachen interessiert, um die Sicherheit unserer Standorte in Deutschland noch mal zusätzlich zu den eh schon stattfindenden regelmäßigen Überprüfungen, die immer auch von unserer Aufsichtsbehörde genehmigt wurden, überprüfen zu können.

Nach dem ZDF-Bericht habe ich unverzüglich persönlich eine unangekündigte Inspektion des im Bericht genannten Standortes durchgeführt und die Funktionsfähigkeit der aktuell vorhandenen Sicherheitseinrichtungen geprüft. Ich fuhr von meinem gewöhnlichen Arbeitsplatz in Frankfurt zu dem in Nordrhein-Westfalen gelegenen Standort, ging durch alle Räume des Gebäudes, inspizierte erneut und gezielt die dortigen Sicherheitsmaßnahmen. Ich inspizierte auch die Transport- und Serverräume. Ich fand keine Anzeichen oder Verbindungen zu den im Bericht behaupteten Manipulationen. Seit ein paar Jahren wird eine intensive Prüfung bei Verizon Deutschland GmbH, üblicherweise im Rahmen der Zertifizierung nach ISO 27001 und ISO 9001,



Nur zur dienstlichen Verwendung

durchgeführt. Darüber hinaus wird das Sicherheitskonzept der Verizon Deutschland GmbH sowie die Umsetzung des Sicherheitskonzeptes regelmäßig durch die Bundesnetzagentur als unserer Aufsichtsbehörde geprüft. Unsere Mitarbeiter werden regelmäßig geschult und darauf hingewiesen, alle Personen zu melden, die sich nicht ausweisen können.

Zur heutigen Anhörung: Wie bereits gesagt, beantworte ich gerne Ihre ergänzenden Fragen über etwaige eigene Wahrnehmungen und mein sonstiges verfahrensrelevantes Wissen. Gerne erläutere ich Ihnen weitere Details über aktuelle und frühere Sicherheitsvorkehrungen an diesem Standort in einem nichtöffentlichen Gespräch.

Ich habe auch mit unserer deutschen Geschäftsführung gesprochen. Ich habe ihnen über diesen Vorgang berichtet und sie nach Informationen gefragt, die in der heutigen Sitzung im Untersuchungsausschuss von Interesse sein könnten. Keiner von ihnen hatte Wahrnehmungen gemacht, die für den heutigen Termin von Bedeutung sein könnten. Diese Ausführungen umfassen alle meine Wahrnehmungen und mein Wissen über den Gegenstand des 1. Untersuchungsausschusses.

So weit mein geschlossener Bericht. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Ich würde Ihnen jetzt gerne einige ergänzende Fragen stellen. Einmal würde ich gerne zur Person noch ein, zwei Dinge wissen. Ihre Ausbildung war eine technische, oder was sind Sie von Ausbildung und Beruf her?

Zeuge Oliver Matt: Ich bin geprüfte Werkschutzfachkraft und bin ISO-27001-Lead-Auditor, habe unzählige interne und externe Trainings gemacht. Aber - - Das sind mal so die Abschlüsse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es geht mir nur darum, zu schauen, wie technisch tief man Sie fragen kann. Einen Juristen fragt man was anderes als einen Informatiker etc.

Zeuge Oliver Matt: Ich bin kein Informatiker.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Macht ja nichts. Aber auch kein Jurist. Das ist manchmal ganz gut.

Zeuge Oliver Matt: Auch kein Jurist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie mir kurz Ihren beruflichen Werdegang bei Verizon erläutern? Sie haben da ja schon viel gemacht. Sind Sie punktgenau direkt in die International Security Group gekommen? Haben Sie ganz anderswo bei Verizon angefangen? Waren Sie auch mal in Amerika vielleicht? Darum geht es mir.

Zeuge Oliver Matt: Also, ich habe 1998 bei der damaligen WorldCom angefangen und dort in der Kundenbetreuung als Team Leader und bin dann im Jahr 2001 in die Konzernsicherheit gewechselt und seitdem dort.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kundenbetreuung und Konzernsicherheit, würde ich jetzt mal als Laie sagen, sind ja schon zwei verschiedene Paar Schuhe - oder?

Zeuge Oliver Matt: Ja. Teilweise gibt es Überschneidungen, teilweise nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Kunde will wahrscheinlich eine gewisse Sicherheit. Die erwartet er. Aber was gehört alles zum Bereich Konzernsicherheit dazu? Wenn ich das jetzt richtig sehe, sind Sie ja auch European Security Manager. Das ist ja wahrscheinlich ein sehr umfangreiches Aufgabenspektrum. Was gehört alles zu Ihren Aufgaben dazu?

Zeuge Oliver Matt: Ich sagte das ja in meinem Eingangsstatement. Ich bin mit der Umsetzung der Beschlüsse seit 2001 befasst. Das ist ein Segment. Die Gebäudesicherheit gehört dazu. Es gehören dazu investigative Ansätze bei internen Ermittlungen. Im europäischen Bereich, möchte ich mal sagen, ich leite dort die Mitarbeiter an, die zu unserer Gruppe gehören, aber in anderen Ländern mit den Aufgaben betraut sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie kriegt man dazu die entsprechenden Fähigkeiten? Also, interne Ermittlungen, so was ist ja nicht leicht.

Zeuge Oliver Matt: Durch Trainings.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also dann haben Sie quasi - - Als irgendwann nach der Kundenbetreuung das sich abzeichnete, dass Sie in den Bereich Konzernsicherheit gehen, sind Sie da geschult worden, sind auf Trainings gegangen, Weiterbildung etc.?

Zeuge Oliver Matt: Korrekt, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie schaut da Ihre Expertise im Bereich Datensicherheit aus? Wenn Sie so einen Server in der Hand haben, konnten Sie daran etwas erkennen?

Zeuge Oliver Matt: Ich verstehe die Frage nicht ganz. Wie meinen Sie das?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na, zum Beispiel, wird Ihnen bewusst, wenn wir gleich vielleicht über den Einbau von Dingen in Serverräumen reden - - Sind das Sachen, wenn Sie durch den Serverraum gehen, sehen Sie das? Sie haben gesagt, Sie haben auch eine Bereisung dieses Standortes in Hilden vorgenommen. Wahrscheinlich reden wir von dem - nicht? Erkennen Sie da was?

Zeuge Oliver Matt: Es gibt Möglichkeiten, das zu erkennen, ja. Die möchte ich aber gerne in einer nichtöffentlichen Sitzung kundtun.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar. - Ich sage mal ich habe nicht die Kompetenz. Ich sehe da die Leuchtdioden leuchten und Kabel rein und Kabel raus. Also ich könnte das jetzt nicht auf Anhieb.

Zeuge Oliver Matt: Ich denke, es hat mehr was mit Auditierung und - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, Sie hinterfragen quasi, ob die entsprechenden - ich nenne es jetzt mal - Prüfsiegel vorhanden sind oder eben nicht.

Zeuge Oliver Matt: Ich sagte schon, ich möchte das gerne nichtöffentlich beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Dann kommen wir mal zu dem, was Sie auch angesprochen haben. Sagt Ihnen die Kooperation zwischen BND und CIA etwas, die wir immer mit „Glo“ bezeichnen? Die hat aber mehr als drei Buchstaben - sechs.

Zeuge Oliver Matt: Wie ich es in meinem Eingangsstatement schon sagte, die einzigen Informationen, die ich dazu habe, sind aus den Presseberichten. Ich habe keine weiteren Informationen dazu, kein Wissen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gelesen darüber haben Sie?

Zeuge Oliver Matt: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. *Frontal* hatten Sie auch erwähnt. Da wird gesagt in diesem Bericht von *Frontal21*, dass im Mai 2004 dieser Standort in Hilden besucht worden ist, und da ist die Spekulation, dass technisch irgendwas installiert worden ist. Gab es denn im Mai 2004 einen Besuch des Standortes in Hilden von irgendwem?

Zeuge Oliver Matt: Also die Frage ist - - Entschuldigung, ich kann nicht ganz folgen. Es gab sicherlich Besuche in Hilden durch Kunden oder Interessierte. Aber ich verstehe nicht die Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich erkläre sie gleich vielleicht etwas näher. Ich frage aber vorab vielleicht, dass meine Frage noch klüger ist: Was ist denn in Hilden genau?

Zeuge Oliver Matt: Hilden ist ein Netzknotenpunkt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ein Netzknotenpunkt. Ist da reger Besuch? Kommen Leute rein, gucken sich was an, gehen wieder raus?

Zeuge Oliver Matt: Da müsste man „rege“ definieren. Aber - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na, wie bei McDonald's um die Ecke?

Zeuge Oliver Matt: Das sicher nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das nicht. Vielleicht wie hier im Ausschuss? Tribüne voll. Auch nicht?

Zeuge Oliver Matt: Nein. Ob da in den Jahren 2004 bis 2006 reger Besuch war oder nicht reger Besuch - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie viele Leute besuchen den Netzknotenpunkt in der Woche - was würden Sie sagen? -, von nicht dort beschäftigten Mitarbeitern?

Zeuge Oliver Matt: Da bin ich wahrscheinlich der Falsche, um diese Frage zu stellen. Denn wenn dort Besuche wären von Betriebsfremden, dann wären das Kunden. Und ich kann nicht sagen, wie viele Kunden dort vor Ort die Woche ein- und ausgehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Als Sie im Bereich Kundenbetreuung im Konzern waren, das war nicht der Bereich, wo Sie Kunden betreut haben?

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben Kunden anders betreut?

Zeuge Oliver Matt: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Sie haben also keine Ahnung, ob da zehn in der Woche durchgehen oder zehn im Jahr, durch den Netzknotenpunkt?

Zeuge Oliver Matt: Es geht um das Gebäude.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja. In Hilden.

Zeuge Oliver Matt: Der Netzknotenpunkt selbst ist ja nur ein Bereich des Gebäudes. Das Gebäude

ist größer. Es gibt dort auch Mitarbeiter, die - - Also nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber die werden ja vermutlich, wenn sie ISO-zertifiziert sind, auch nicht ihre Oma mitbringen können zur Mittagspause.

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sonst wäre es ja wohl ein Thema für Sie, vermute ich.

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wenn da ein reger Betrieb von Personen ist, dann wäre das außergewöhnlich. Ich vermute, dass sich Gäste anmelden müssen.

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie mal die Anmeldelisten von Mai 2004 überprüft, als Sie im Nachgang zu dieser Berichterstattung Recherchen angestellt haben?

Zeuge Oliver Matt: Nein, denn diese wurden fristgerecht vernichtet. Die existieren nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Die fallen auch unter die Vernichtung, weil es - wir zählen - inzwischen schon elf Jahre her ist. Haben Sie Mitarbeiter befragt, die in der Zeit vor Ort waren?

Zeuge Oliver Matt: Ich habe dort keine Erkenntnisse gewinnen können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Keine Erkenntnisse gewinnen können?

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist Ihnen denn bekannt, ob überhaupt vom Mutterkonzern Mitarbeiter ab und zu, regelmäßig oder nur in Einzelfällen technische Gerätschaften installieren? Findet so was statt, oder können Sie das alles vor Ort in Deutschland?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Oliver Matt: Also, das würde auch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse unseres Unternehmens betreffen. Das würde ich auch gerne nichtöffentlich beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut. - Ganz allgemein - deswegen fragte ich eben nach Ihrer technischen Expertise -: Gibt es Warngeräte gegen Internetkriminalität?

Zeuge Oliver Matt: Ich kann mir jetzt unter dem Begriff so nichts vorstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich auch nicht, sonst hätte ich gerne so eines an meinem Rechner. Das soll ja da installiert worden sein nach *Frontal21*. Ich weiß es nicht. Sagt Ihnen nichts?

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also wenn da jemand zu Ihnen kommt und sagt: „Ich komme von MCI“ - jetzt Verizon -, „habe ein tolles Firmenlogo“, und sagt: „Ich möchte ein Warngerät gegen Internetkriminalität installieren“, dann würden Sie im Zweifel sagen: „Was ist denn das jetzt?“ Oder würden Sie sagen: „Klingt gut, rein“?

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: „Nein“ bezog sich auf welchen Teil des Satzes?

Zeuge Oliver Matt: Das Einzige, was ich mir dazu vorstellen könnte, wäre vielleicht ein Fraud-System oder Betrugssystem letztendlich. Alles andere würde - - Ich bin aber auch, wie gesagt, kein Technikexperte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber wenn Sie schon sagen Fraud- oder Betrugssystem: Was ist das? Nicht das Wort, sondern: Was leistet das technisch grob, nur von Laie zu Laie?

Zeuge Oliver Matt: Ein Fraud-System, ganz allgemein gesagt, prüft, dass Betrugsversuche identifiziert werden können, sodass Kunden vor Betrug geschützt werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das geht nicht softwarebasiert, sondern mechanisch? Das ist eine Hardwarekomponente?

Zeuge Oliver Matt: Das kommt wahrscheinlich auf das System an, das verwendet wird. Aber ich bin kein Experte für solche Systeme.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Weil das wäre natürlich die Frage, wenn da jemand vorbeikommt und sagt: Wir müssen da was reinbasteln. - Das schließt ja erst mal, auf den ersten Blick zumindest, auf eine Hardwarekomponente, muss nicht sein, kann auch ein USB-Stick sein, wo man was installiert. Aber auf den ersten Blick hätte ich gesagt, es wäre eine Hardwarekomponente, weil ja auch in diesem Bericht von „Gerätschaften“ gesprochen wurde. Aber damit können Sie nichts anfangen?

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie ist denn so - ganz allgemein, ich will jetzt nicht in die Details gehen - das Verhältnis des Mutterkonzerns zur deutschen GmbH? Finden da regelmäßig Besuche statt? Ich meine jetzt nicht auf der Managementebene, auf der tatsächlichen Ebene der Mitarbeiter im Bereich Gerätschaft, Technik, Software.

Zeuge Oliver Matt: Entschuldigen Sie bitte, aber ich habe die Frage wieder nicht verstanden. Was war die Frage?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das zielt natürlich darauf ab: Findet es regelmäßig statt, dass vom Mutterkonzern jemand kommt, ein Techniker, ein Programmierer, der der deutschen GmbH sagt, wo es langgeht? Oder macht man das in Deutschland selber?

Zeuge Oliver Matt: Das ist für mich sehr spekulativ, wenn ich jetzt davon ausgehe, es kommt jemand, der sagt, wo es langgeht. Was ist da die Frage? Entschuldigen Sie, Herr Dr. Sensburg.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zum Beispiel, der Ihnen technische Expertise direkt vor



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ort in Deutschland gibt, der Ihnen zeigt: Wir haben hier ein tolles Gerät in Amerika, ich habe es gerade mitgebracht. - Wie oft werden Sie in der Richtung besucht? Ich meine jetzt nicht einen Strategieberuch der Geschäftsführung, wo Sie sich eine PowerPoint angucken, wo die Reise mit den Geschäftszahlen in Deutschland hingehet. Das meine ich nicht, sondern rein auf der fachlichen Ebene, dass dort Besuch aus Amerika kommt. Ist das häufig, ist das selten?

Zeuge Oliver Matt: Also mir ist das nicht bekannt. Wenn es solche Besuche gegeben hat, dann sicherlich bei den zuständigen Managern der Technikabteilung. Mir ist dazu nichts bekannt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Frage ist natürlich in der Richtung: Wäre das eine Besonderheit, wenn da in Hilden plötzlich aus Amerika MCI-Leute aufschlagen und sagen: „Wir müssen hier mal was installieren“? Das wäre doch sicherlich auch angemeldet worden in der Zentrale. Die wären doch nicht mal eben mit einem Ford-Bulli vorgefahren, wären da in Overalls ausgestiegen, hätten irgendwie eine Komponente in der Hand gehabt und gesagt: Wir machen das mal eben. - Und man hätte gesagt: Ja wohl, MCI, USA. - Wie soll ich mir das vorstellen? Haben Sie da eine Idee? Weil Sie haben sich ja auch die Gedanken gemacht. Haben im Ergebnis, haben Sie gesagt, nichts gefunden. Aber haben Sie sich da mal so ein Szenario überlegt, wie das theoretisch hätte überhaupt sein können?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Oliver Matt: Also ich wollte ja nicht spekulieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja.

Zeuge Oliver Matt: Ich kann also nur wiedergeben, was mir bekannt ist oder was ich an Fakten gefunden habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In welche Richtung Sie gedacht haben, das will ich ja wissen, was Sie abgeklopft haben in Ihrer Funktion.

Zeuge Oliver Matt: Natürlich ist unser Unternehmen entsprechend gesichert. Wir haben Zutrittskontrollsysteme etc. Also ein willkürlicher Zutritt ist nicht möglich gewesen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Wir betreiben natürlich eine Zutrittskontrolle, betrieben in diesen Jahren eine Zutrittskontrolle - ich beziehe mich bewusst auf die Jahre, weil die Sicherheitsaufstellung natürlich heute auch eine andere ist - und betrieben dort auch eine Videoüberwachung. Ein Zutritt ist nur möglich gewesen in dieser Zeit, wenn die Person eine Zutrittskarte hat, um den Raum zu betreten, oder eben in Begleitung des Technikverantwortlichen vor Ort, der für den Raum zuständig ist bzw. für die Technikkomponenten generell.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gibt es eigentlich in dem Mutterkonzern in den USA so ein Pendant für Sie, mit dem Sie sich regelmäßig austauschen, Updates stattfinden, vielleicht gemeinsame Schulungen, oder ist das in Deutschland sehr autark?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Oliver Matt: Also das würde ich auch gerne nichtöffentlich beantworten, weil es meines Erachtens nach auch Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse betrifft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das ist jetzt auch gar nicht der entscheidende Knackpunkt, worauf meine Frage abzielen wird. Weil ich vermute mal, dass auch bei MCI WorldCom oder Verizon es ja irgendwen auch in den USA geben wird, der sich mit Sicherheit beschäftigt. Meine Frage wäre: Haben Sie denn mal bei Ihren Recherchen, was da 2004 passiert sein hätte können, mal dort angerufen: „Wisst ihr was über den Sachverhalt? Hier wird vorgeworfen, da wären Leute von euch gekommen und hätten was installiert. Wisst ihr da was drüber?“? Haben Sie bei denen nachgefragt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Oliver Matt: Die Frage habe ich mit der deutschen Geschäftsleitung besprochen. Dort sind keine Informationen bekannt. Im Übrigen wurde ich dann darauf hingewiesen, dass die Kollegen in den USA entsprechende Geheimhaltungspflichten haben, und daher ist mit einer Antwort nicht zu rechnen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also auch innerhalb des Konzerns reden die nicht mit den deutschen Kollegen? Das dürfen die nicht? Sie haben ja nicht als Sonstiger gefragt, sondern ja schon in Ihrer Funktion als Konzernmitarbeiter gefragt.

Zeuge Oliver Matt: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und da sagen die auch nichts?

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da würde ich mich etwas unglücklich fühlen, wenn der Mutterkonzern der Tochter da schon keine Auskunft drüber gibt. Aber das müssen Sie nicht beantworten. Es geht ja auch um die Konzernsicherheit und um die Wahrnehmung. Aber da haben Sie keine Antwort gekriegt. Okay. Wenn jetzt sich - -

RA Dr. Rainer Hamm: Herr Vorsitzender, darf ich anregen, da ein mögliches Missverständnis zu vermeiden. Herr Matt hat gesagt: Ich habe mit der Geschäftsleitung gesprochen. Die werden mit den Pendants der Geschäftsleitung in den USA gesprochen haben. Und da ist mir gesagt worden, es gibt da auch so etwas wie eine Geheimhaltung in der Tat innerhalb des Konzerns. - Der Ausdruck „Chinese Walls“ ist ja ein englischer Ausdruck, den wir auch zunehmend einführen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das hatte ich so auch verstanden. Wie gesagt, ich wollte es gar nicht so vertiefen, weil ich ja auch nicht da mir ein Urteil anmaße. Ich könnte mir, wie gesagt, nur vorstellen, dass für jemanden, der sich mit Konzernsicherheit beschäftigt und im deutschen Bereich beschäftigt ist, es etwas unbefriedigend ist, wenn man sehen will, man will die Sicher-

heit für den Bereich MCI bzw. Verizon Deutschland insbesondere möglichst perfekt machen und kriegt dann dort eben gesagt: Sorry, da kommen wir nicht weiter. - Das ist vielleicht ein bisschen unbefriedigend. Ich wollte das gar nicht vertiefen.

Können Sie mir sagen, wie viele Standorte wie Hilden von MCI betrieben wurden in dieser Zeit?

Zeuge Oliver Matt: Wie viele Standorte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, vergleichbar mit Hilden, also Knotenpunkte.

Zeuge Oliver Matt: Meines Erachtens - - Also, im Detail kann ich es nicht sagen. Aber grob lässt es sich an zwei Händen abzählen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ist Ihnen bekannt, dass es an anderen Standorten schon mal vergleichbare Sorgen, so will ich es mal nennen, gegeben hat, dass man sagen könnte: „Mensch, da könnte vielleicht auch irgendetwas nachrichtendienstlich sensibel sein“?

Zeuge Oliver Matt: Nein, das gab es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat es nach den Veröffentlichungen, ab 2013, mal an diesen Standorten technische Sicherheitsüberprüfungen gegeben, sprich: dass Kabel überprüft worden sind, Server überprüft worden sind, Datenströme gemessen worden sind, ob Ableitungen stattfinden mit Biegekopplern, angeschweißten Glasfaserkabeln oder was weiß ich was?

Zeuge Oliver Matt: Dazu habe ich keine Information.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie auch nicht nachgehakt, um sich mal so was von den Technikern geben zu lassen?

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Letzter Fragebereich. Bei den Anfragen - Sie sagten, glaube ich, Polizei bezüglich Telefonüberwachungsmaßnahmen -, Sie sagten, glaube ich, vier hätte es



Nur zur dienstlichen Verwendung

überhaupt nur gegeben in Ihrer Zeit, wenn ich es richtig erinnere.

Zeuge Oliver Matt: Vier Anfragen. Drei Anfragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das waren dann Einzelanschluss -TKÜs? Oder waren das - - Weil Sie sagten ja: Wir machen eh nur größere Bereiche. Das wäre nicht zweckdienlich gewesen, das über uns zu schalten. Kam gar nicht in Betracht.

Zeuge Oliver Matt: Es ging um zu schaltende Überwachungsmaßnahmen. Die technische Erklärung dazu war, dass Kunden einen sogenannten Primärmultiplexer betreiben. Der hat 30 Kanäle pro Leitung. Meistens haben Kunden mehrere dieser Leitungen. Es ist also ein Vielfaches dieser Kanäle. Diese Kanäle müssten dann eben 1 : 1 gespiegelt werden, und dieser Aufwand war den Behörden dann zu hoch, sodass diese Beschlüsse zurückgenommen wurden - diese drei Anfragen besser gesagt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mir geht es aber im Kern um die Frage: Das waren polizeiliche TKÜs, keine nachrichtendienstlichen TKÜs?

Zeuge Oliver Matt: Korrekt. Wir hatten keine nachrichtendienstlichen TKÜ-Anfragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Hatte Verizon Deutschland oder MCI, soweit Sie sich erinnern, nie?

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wissen Sie, ob MCI WorldCom - also USA oder Verizon - so etwas mal in den USA hatte?

Zeuge Oliver Matt: Nein, das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat man sich nie Gedanken darüber gemacht oder auch nicht ausgetauscht wegen dieser „Chinese Walls“ in Amerika?

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Dann wäre ich erst mal so weit durch und würde jetzt in die erste Fragerunde einsteigen mit der Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn würde beginnen. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sehr nett, Herr Vorsitzender. - Ich will noch mal der Vollständigkeit halber nachfragen: Sie haben gesagt, dass Sie keine Informationen bekommen haben bzw. die Geschäftsführung keine Informationen bekommen hat in dieser Frage, wegen Geheimhaltung. Sie haben auch keinerlei Dokumente des Mutterkonzerns oder Akten oder irgendwas in diesem Zusammenhang einsehen können bei Ihren Nachforschungen oder Nachfragen?

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay. - Wie sind denn die Zugangsregeln, wenn Sie das sagen können? Konnten zum damaligen Zeitpunkt Mitarbeiter des amerikanischen Mutterkonzerns mit ihren Ausweisen problemlos in Hilden hineingehen, oder gab es dort andere Regelungen?

Zeuge Oliver Matt: Nein. Ein Access müsste programmiert werden auf dem notwendigen Server, damit ein Zutritt mit einer Access-Karte, also einer Zutrittskarte erfolgen kann.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also die hätten sich vorher anmelden müssen?

Zeuge Oliver Matt: Die hätten eine programmierte Zutrittskarte benötigt, um das Gebäude betreten zu können.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und die hätte in Deutschland ausgestellt werden müssen?

Zeuge Oliver Matt: Korrekt. Die einzige andere Variante wäre eben als Besucher, und Besucher würden dann von dem zuständigen Technikermanager vor Ort begleitet.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut. Bloß Besucher würden ja kein technisches Gerät da mit reinbringen können im Normalfall.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Oliver Matt: Vermutlich.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): So bleibt ja nur die andere Variante, wenn es denn tatsächlich so gelaufen ist.

Zeuge Oliver Matt: Das wäre spekulativ. Ich habe ja keine - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Was ja auch nicht wirklich bestritten wird anscheinend. - Wie wäre denn im Falle des Einbaus einer neuen Komponente - - Wie wird denn dort verfahren? Wissen Sie das, oder waren Sie selbst an Prüfungen beteiligt? Wenn also jemand in einem Technikraum eine neue Komponente, neue Hardware einbaut, gibt es da vorher oder nachher, vorher und nachher eine Sicherheitsüberprüfung, und wenn ja, wer führt das durch?

Zeuge Oliver Matt: Das ist nicht mein Zuständigkeitsbereich. Deshalb kann ich Ihnen dazu leider keine Information geben.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also wissen Sie gar nichts?

Zeuge Oliver Matt: Nein, ich weiß es nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wenn Sie sagen, polizeiliche Anfragen hat es gegeben, keine von Nachrichtendiensten - so war Ihre Angabe - für technische Überwachungsmaßnahmen, gab es denn rechtliche Bedenken in Ihrem Unternehmen bei solchen Anfragen, Anforderungen?

Zeuge Oliver Matt: Ich verstehe die Frage nicht, entschuldigen Sie, Herr Dr. Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na ja, wir wissen aus anderen Verfahren, wo man auch versucht hat, G-10-Maßnahmen zu machen, wo man versucht hat, Verträge über Bezahlung oder über Einflussnahmen - Kanzleramt beispielsweise - ein Unternehmen dazu zu bewegen, den Zugang zuzulassen. Hat es denn solche politischen Anfragen mal gegeben, oder kennen Sie da etwas?

Zeuge Oliver Matt: Nein, keine zu meiner Kenntnis.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann hätte man ja sicherlich prüfen müssen, inwieweit es zulässig ist rechtlich. Deshalb war meine Frage, ob es dort Bedenken gegeben hat.

Zeuge Oliver Matt: Korrekt. So was würde die Rechtsabteilung prüfen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay. - Sie haben den *Spiegel*-Artikel - ich muss leider noch mal darauf zurückkommen - gelesen. Der Herr Vorsitzende hat Sie eben auch danach gefragt. Ist es denn möglich, dass das so gelaufen ist, wie es dort steht, oder ist da etwas drin, was völlig unplausibel ist aus Ihrer Sicht?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Oliver Matt: Ich müsste wieder spekulieren, und das möchte ich nicht. Ich habe keine - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Entschuldigung, ich habe nicht nach Spekulation gefragt. Ich gefragt, ob etwas da ist, was auf den ersten Blick völlig unplausibel ist, wo Sie sagen, das kann auf gar keinen Fall so gelaufen sein, weil das und das dagegenspricht. Das ist keine Spekulation.

Zeuge Oliver Matt: Nein. Aber so detailliert auf Basis dieser Frage bin ich den Bericht auch nicht durchgegangen. Ich habe diesen Bericht gelesen, ja, aber ich habe ihn jetzt nicht auseinandergenommen und geprüft bis ins Detail, ob er so zutreffen kann oder nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Können Sie uns denn sagen, ob das damals - ich weiß nicht, ob Sie das beantworten können, ich frage Sie aber trotzdem - - Waren das damals leitungs- oder paketvermittelte Verkehre, die bei Ihnen durchgelaufen sind, oder beides?

Zeuge Oliver Matt: Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Oliver Matt: Entschuldigung, es ist natürlich richtig, eine G-10-Maßnahme, eine vorge-täuschte, gab es bei uns nicht, wie es der Bericht suggeriert hat. Das kann ich dazu noch sagen. Es ist nichts Derartiges mir bekannt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und es gab keinen Antrag, den Sie kennen?

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay. - Wird denn der Einsatz von neuen Geräten - - Sie haben vorhin gesagt, Zugang ist nicht mehr nachvollziehbar, wer dort, also welche Personen, damals aufnotiert worden sind, weil das schon gelöscht ist. Gibt es denn eine Protokollierung, wenn bestimmte neue technische Geräte angeschafft oder eingebaut werden? Gibt es da irgendwelche Unterlagen, wo man eventuell ersehen könnte, zu dem und dem Zeitpunkt ist hier eine Maschine XY dort aufgebaut worden?

Zeuge Oliver Matt: Also, das tut mir leid; das kann ich auch nicht beantworten, weil das ist nicht mein Fachbereich.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut. - Die anderen Sachen sind nachher in nichtöffentlicher Sitzung. Deshalb belasse ich es erst mal dabei.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Lischka.

Burkhard Lischka (SPD): Vielen Dank. - Herr Matt, ich möchte auch noch mal ein bisschen ansetzen, wo Herr Kollege Hahn nachgefragt hat, auch der Vorsitzende schon: Zutritt durch Mitarbeiter des Mutterkonzerns. Wenn ich das richtig verstanden habe, haben die einen ordnungsgemäßen Zutritt, wenn die eine Zutrittskarte erhalten. Ist das richtig?

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Burkhard Lischka (SPD): Unter welchen Voraussetzungen wird denn eine solche Zutrittskarte eigentlich erteilt? Was muss da erfüllt sein, ganz allgemein?

Zeuge Oliver Matt: Die verantwortliche Person für den Bereich muss diese Zutrittskarte im Vorfeld genehmigen, muss den Zeitraum benennen, und dann wird der Zutritt dementsprechend programmiert, wenn es sich dabei um Mitarbeiter handelt.

Burkhard Lischka (SPD): Wie häufig kommt das eigentlich vor, dass Mitarbeiter des Mutterkonzerns Zutritt haben zu bestimmten Bereichen, auch solchen Bereichen, die uns jetzt hier interessieren?

Zeuge Oliver Matt: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Burkhard Lischka (SPD): Auch nicht gefühlt ein Stückchen weit?

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Burkhard Lischka (SPD): Also, ich habe nämlich überhaupt kein Gefühl: Ist das eher die Ausnahme, oder kommt das häufiger vor? - Wissen Sie nicht?

Zeuge Oliver Matt: Kann ich Ihnen nichts zu sagen, nein.

Burkhard Lischka (SPD): Sie hatten dann gesprochen von einer Identitätsprüfung. Ich will jetzt gar nicht wissen, wie die aussieht. Wie ist das denn, wenn ein Mutterkonzern für einen Mitarbeiter eine solche Zutrittskarte haben möchte und teilt eben mit: „Das ist der Herr Soundso oder die Frau Soundso, nimmt die und die Position wahr, hat das und das vor“? Dann wird das von Ihnen übernommen, oder wird das noch mal geprüft?

Zeuge Oliver Matt: Die Genehmigung kommt von dem für den Raum zuständigen Manager, nicht - -

Burkhard Lischka (SPD): Ja, prüft der selber noch eine Identität? Das ist so für mich die Frage.

(RA Dr. Rainer Hamm:
Vielleicht erklären Sie
noch mal den Unterschied



Nur zur dienstlichen Verwendung

zwischen Gebäude und
Raum!)

- Ja, bei dem, der ankommt. Also, bei dem, der ankommt. - Oder reicht es, wenn der Mutterkonzern quasi auf einem Schriftstück sagt: „Der Herr Soundso kommt, und der soll das und das machen“? Oder stellen Sie da noch irgendwie eigene Prüfungen an?

Zeuge Oliver Matt: Nein. Die Anfrage, dass jemand in einen Raum hinein muss, kommt von dem für den Raum Zuständigen, der dann den Zutritt genehmigen muss. Also, die Anfrage kommt dann beispielsweise von dem Techniker, der rein möchte, und damit er rein darf, muss der für den Raum zuständige Manager diesen Zutritt erst „approven“ und erst dann - -

(Zuruf)

- Ja. Für den physikalischen Raum, nicht für das Gebäude.

Burkhard Lischka (SPD): Na ja, mir geht es so ein bisschen darum, dass quasi ein Mutterkonzern, ob gewollt oder ungewollt, jemanden dort reinschicken kann irgendwo

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Namentlich vom
BND!)

- ja, oder von wem auch immer er ist; das ist auch ganz egal -, ohne dass Sie da noch irgendwie eigene Identitätssicherheitsprüfungen machen können. Die stelle ich mir auch sehr kompliziert vor, muss ich jetzt ehrlicherweise mal sagen. Also, wenn der Mutterkonzern sagt: „Der Soundso, der macht das und das, und der ist von uns und muss das und das da machen“, dann verlässt man sich da möglicherweise erst mal auch drauf, nicht?

Zeuge Oliver Matt: Also, ob es sich um aktuelle Mitarbeiter handelt oder nicht, lässt sich schon feststellen, und das wird auch gemacht. Das wird schon geprüft.

Burkhard Lischka (SPD): Sie hatten eben gesagt: Also, das erste Mal so richtig erfahren von der

ganzen Sache habe ich durch den ZDF-Bericht. - Dann haben Sie auch so ein bisschen geschildert, was Sie da an Aufklärungsarbeit selber durchgeführt haben. Sie haben gesagt: Ich habe eine Inspektion dann gemacht. - Was haben Sie denn sonst noch gemacht? Weil die Inspektion - - Entschuldigung, so ein bisschen laienhaft habe ich dann so gedacht: Na ja, was will er da jetzt noch feststellen, wenn er dorthin fährt? - Gab es denn sonstige Überlegungen, wie man diesen Vorgang aufklärt, weil der ist ja nicht ohne? Wenn ein Unternehmen wie Ihr Unternehmen so in der Öffentlichkeit einer Kooperation mit einem Nachrichtendienst bezichtigt wird, dann muss man das ja aus der Welt räumen. Was haben Sie da sonst noch unternommen, sich für Fragen gestellt? Auf welche Hindernisse sind Sie vielleicht auch gestoßen? Sie haben das ja geschildert im Hinblick auf den Mutterkonzern; drängt sich ja auf, wenn in den Berichten davon gesprochen wird, dass der eigentlich den steuernden Einfluss gehabt hat. Gab es neben diesen Inspektionen noch Aufklärungsversuche, die Ihnen bekannt sind, in Ihrem Unternehmen?

Zeuge Oliver Matt: Sie fragen jetzt, ob es vom Unternehmen aus Aufklärungsversuche gab?

Burkhard Lischka (SPD): Ja, Aufklärungsversuche dieses Vorgangs, nachdem Sie davon erfahren haben - wie Sie geschildert haben, das erste Mal ja durch den ZDF-Bericht. Der liegt aber jetzt auch ein paar Monate zurück.

Zeuge Oliver Matt: Also, wie ich es schon sagte, habe ich mit der Geschäftsleitung gesprochen, und dort gab es keinerlei Wahrnehmung - mit der deutschen Geschäftsleitung. Weiteres ist mir nicht bekannt.

Burkhard Lischka (SPD): Dann haben Sie erklärt: Ich hatte keinen Kontakt zu Mitarbeitern des BND/AND. - Kann das auch unwissentlich geschehen sein? Haben Sie sich die Frage mal gestellt?

Zeuge Oliver Matt: Also, ich wollte nicht spekulieren. Das wäre eine Spekulation von meiner Seite aus. Ich habe keinen Kontakt gehabt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Burkhard Lischka (SPD): Wissentlich; das müsste man vielleicht noch ergänzen. Und unwissentlich kann man möglicherweise dabei nicht ausschließen.

Der Telekommunikationsverkehr: Ist da denkbar, dass der auch über den Mutterkonzern geleitet wird, sodass gar kein Abgriff hier in Deutschland notwendig ist, sondern das irgendwie in den USA beim Mutterkonzern geschehen kann, rein technisch und tatsächlich?

Zeuge Oliver Matt: Ich bin kein Technikexperte. Ich kann Ihnen das nicht beantworten; wirklich. Tut mir leid.

Burkhard Lischka (SPD): Wissen Sie denn, ob Kommunikationsverkehr über den Mutterkonzern geleitet wird an sich?

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Burkhard Lischka (SPD): Ist Ihnen nicht bekannt oder ausgeschlossen?

Zeuge Oliver Matt: Sie fragten, ob ich das weiß. Ich weiß es nicht.

Burkhard Lischka (SPD): Gut, dann habe ich im Augenblick keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Sagen Sie: Welche Verkehre liefen denn in Hilden vor allen Dingen? Was für Telekommunikationsverkehre?

Zeuge Oliver Matt: Ja, ich sagte es ja schon im Eingangsstatement; ich suche es auch gerne gerade noch mal raus. Wir haben uns da - - Kleinen Moment, bitte.

MCI war in Deutschland bis ins Jahr 2006 als Anbieter von Telekommunikationsdiensten für große und international agierende Geschäftskunden tätig und bot Vorleistungsprodukte für an-

dere Telekommunikationsanbieter an, also sogenannte Wholesale-Dienste. Das heißt, wir wickeln dort den Verkehr für unsere Kunden ab.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich verstanden. Da habe ich auch zugehört. Aber das beantwortet nicht meine Frage. Was schwerpunktmäßig fand da - - Was für Kommunikation lief da? Nationale? Internationale? Was für Strecken wurden da geleitet? Was könnte an Düsseldorf, Hilden interessant gewesen sein?

Zeuge Oliver Matt: Also, es war maßgeblich Gesprächsverkehr. Ich kann Ihnen die anderen Fragen nicht beantworten, die da mit drinstecken. Darüber habe ich keine Kenntnisse.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da müssten wir einen Techniker aus der Zeit sprechen - ja?

Zeuge Oliver Matt: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wobei das ja unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit schon eine relevante Frage ist, was für Verkehre Sie da überhaupt leiten - nicht?

Zeuge Oliver Matt: Also, das ist ein Netzknotenpunkt, über den die Telefongespräche abgewickelt werden, der gesamte Verkehr: national wie international.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also beide Sorten von Verkehren.

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie eine Aussage darüber treffen, ob die Strecken, die damals sozusagen aufgeschaltet und beschickt wurden mit Verkehren, korrekt bezeichnet waren?

Zeuge Oliver Matt: Also, das würde Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse betreffen, denke ich. Ich würde das gern dann nichtöffentlich nachher beantworten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie können dazu was sagen?

Zeuge Oliver Matt: Ich befürchte - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil böse Menschen sagen, das war der Wilde Westen damals, und da konnte man gar nicht genau sagen, was auf welchen Strecken lief, und dadurch kam es zu Vertauschungen und so. Das kann ich mir bei einem Konzern wie Verizon gar nicht richtig vorstellen, dass das so ist.

Zeuge Oliver Matt: Ich bin nicht der Technik-experte. Ich werde Ihnen die Frage wohl nicht beantworten können.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie sind der Zeuge, den ich jetzt gerade greifen kann. Deswegen muss ich Sie das fragen. Also, Sie sagen, da müssen wir noch einen Techniker für einladen, ja?

Zeuge Oliver Matt: Ich kann Ihnen die Frage nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Dann vielleicht zu rechtlichen Fragen in puncto Sicherheit, die Sie beantworten können. Die rechtliche Einordnung - - Sie haben das ja im Eingangsstatement gesagt. Wenn es so wäre, wie das in der Berichterstattung dargestellt ist, wäre das strafrechtlich relevant Ihrer Meinung nach?

Zeuge Oliver Matt: Ich bin kein Jurist. Also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben es ja im Eingangsstatement gesagt.

(RA Dr. Rainer Hamm:
Wäre ohne jede Rechts-
grundlage!)

Zeuge Oliver Matt: Ja, korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es wäre rechtswidrig. So war Ihre - -

(RA Dr. Rainer Hamm: Ich will ihm aber nichts vorsagen!)

- Ja, ja; genau. Aber er hat es ja vorhin gesagt. Deswegen frage ich jetzt noch mal: Haben Sie auch eine Einschätzung, was das eigentlich nach US-Strafrecht wäre?

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie Strafanzeige erstattet, als Sie diese Berichte gesehen haben?

Zeuge Oliver Matt: Auch nicht mein Aufgabenbereich. So was macht bei uns die Rechtsabteilung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Ihre Rechtsabteilung hat nicht Strafanzeige erstattet?

Zeuge Oliver Matt: Ich kann Ihnen das nicht beantworten, ob das noch geprüft wird oder schon was geschehen ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kennen Sie Michael Capellas?

Zeuge Oliver Matt: Der Name sagt mir etwas. Ich kenne ihn aber nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was sagt Ihnen denn der Name?

Zeuge Oliver Matt: Das war der Geschäftsführer der MCI USA, meine ich, in den Jahren etwa.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mal mit dem was zu tun gehabt?

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie schon mal eine G-10-Genehmigung gesehen?

Zeuge Oliver Matt: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn jetzt jemand kommen würde, der sagen würde: „Ich bin vom BND; guten Tag. Ich habe hier eine G-10-Genehmigung. Ich möchte bei Ihnen an die Server ran“ - in der damaligen Zeit -, wie wären Sie damit umgegangen?

Zeuge Oliver Matt: Wir hatten niemals so eine G-10-Genehmigung. Ich wäre damit so umgegangen, dass ich es hätte prüfen lassen durch unsere - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lässt man so was prüfen?

Zeuge Oliver Matt: Durch die Rechtsabteilung und auch durch externe Berater.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man prüft die Urkunde?

Zeuge Oliver Matt: Man prüft dann den gesamten Beschluss.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Server, die bei MCI damals dort standen, die Räume, die Sie jetzt noch mal geprüft haben - - Wie viele Server stehen da in diesen Räumen?

Zeuge Oliver Matt: Das kann ich Ihnen im Detail nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 2? 20? 200? 2 000?

Zeuge Oliver Matt: Vermutlich in der 200er-Ecke. Aber ich müsste hier wirklich absolut mutmaßen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. Wird hinkommen: 200. - Und wenn man da einen zusätzlich - - Wenn der 201. Server drinsteht, wem könnte das auffallen? Sind die durchnummeriert, oder wie läuft das?

Zeuge Oliver Matt: Ja, das würde ich dann auch gern nichtöffentlich beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Wenn Leute auch aus Ihrem Konzern selbst in diese heiligen Hallen der Sicherheit gehen, in diese Serverräume, die ja grundrechtlich extrem sensibel sind - es wurde eben schon gefragt; aber ich will es noch mal konkreter wissen -, wird dann ein Ausweis vorgezeigt, oder reicht es, wenn jemand kommt und sagt: „Ich bin ein MCI-Mitarbeiter. Guck, hier ist mein Ausweis. Du kennst mich nicht, aber ich habe so einen Ausweis“? Oder gleicht man das ab mit dem Personalausweis? Trägt man die Daten der Leute, die in diese heiligen Hallen gehen, irgendwo ein? Sie sind gelöscht, ja. Aber findet das grundsätzlich statt? Und hat man eine Rückversicherung, dass das nicht einfach ein gefälschter MCI-Ausweis ist, indem man eben, ich weiß nicht, den Personalausweis oder so sich dazu anguckt?

Zeuge Oliver Matt: Ich denke, das beantworte ich Ihnen dann auch nichtöffentlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Wer war denn dafür konkret zuständig seinerzeit?

Zeuge Oliver Matt: Wofür?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für diese Frage des Einlasses im Alltagsgeschäft. Also, jetzt konstruieren wir das mal: Da kommt irgendwie MCI USA oder International und sagt: Wir haben da ein tolles Ding gegen Fraud; das müssen wir installieren. - Wie läuft das ab? Bei wem melden die sich an? Mit wem reden die? Was für ein Prozedere müssen die durchlaufen, um am Ende des Tages irgendeine Technik bei Ihnen im Serverraum aufstellen zu können?

Zeuge Oliver Matt: Also, wie ich es schon sagte: Das ist sehr mutmaßlich. Sie sagen ja jetzt: „Was wäre wenn“, „dann würde“. Normalerweise wird ein Zutritt dahin gehend geprüft, dass eine Zutrittskarte nur den Personen erteilt wird, die auch im Betrieb tätig sind, die davor „approved“ wurden von dem zuständigen Manager für den Bereich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Dem zuständigen Manager für den Bereich.“ Und wer wäre das in diesem Jahr gewesen? Das war - 2004? Ist das so?

(Zuruf: 2004 bis 2006!)

- Wann wurde der Server aufgestellt? Also, ich glaube, 2004.

Zeuge Oliver Matt: Das weiß ich aber nicht mehr, wer das - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnte das das Unternehmen klären, wer das damals gemacht hat?

Zeuge Oliver Matt: Vermutlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Das müssten wir dann mal - - Genau. Ja, das wäre es erst mal. - Habe ich noch viel Zeit?

Zeuge Oliver Matt: Also, es können auch durchaus unterschiedliche Personen sein, die das genehmigen müssen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Aber - -

Zeuge Oliver Matt: Das kommt auf den Bereich an.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber für die Frage - - Ich meine, das ist ja ein sehr konkreter Fall, und Sie sagen, das ist spekulativ, was ich frage: „wenn, dann“ und so. Ich denke mir die Geschichten nicht aus, und ich nehme sie auch nicht nur aus Presseberichten, sondern wir lesen Hunderte, Tausende von Seiten von Akten. Ich kann Ihnen nicht sagen, was da drinsteht; aber das ist sozusagen die Grundlage, auf der meine Fragen aufbauen. Deswegen ist ja der Fall eigentlich ein sehr konkreter. Der Mutterkonzern sagt: Wir wollen was gegen Fraud machen, und da haben wir eine ganz tolle Technik. Die wollen wir bei euch in den Serverraum in Hilden schieben. - Und da muss es

ja wohl ein Prozedere geben: Wie wird so was genehmigt, wenn da jemand kommt und da irgendwas reinschieben will?

Zeuge Oliver Matt: Wissen Sie: Ich kenne die Unterlagen ja nicht, auf die Sie sich beziehen. Aber ich kann Ihnen in dem Zusammenhang sagen: Ich habe dazu keine Kenntnisse. Ich - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind nicht gefragt worden damals?

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber jemand anders?

Zeuge Oliver Matt: Dazu habe ich keine Kenntnisse.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber es muss doch so sein, dass jemand anders gefragt wurde. Oder ist vorstellbar, dass der Mutterkonzern bei der deutschen Tochter einreitet und sagt: „So, jetzt fragt hier mal niemand dumme Fragen, sondern wir stellen hier jetzt mal einfach irgendwas in euren Serverraum“? Kann das sein?

Zeuge Oliver Matt: Ich möchte nicht spekulieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gerne die Frage beantwortet haben. Ist das mal vorgekommen? Kann das sein?

Zeuge Oliver Matt: Mir ist nichts Derartiges bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie sagen nicht, wenn jemand kommt und in dem Serverraum irgendwas aufstellt und montiert, hat er zwangsläufig ein bestimmtes Sicherheitsverfahren zu durchlaufen. Das können Sie mir nicht bestätigen?

Zeuge Oliver Matt: Das sagte ich, doch. Das ist so.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist so, ja; so. - Aber Sie können nicht sagen für das, was ich beschreibe, wer das wäre?

Zeuge Oliver Matt: Ich verstehe die Frage wirklich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, es ist doch nicht so schwierig. Es ist doch ein sehr konkreter Fall. Wenn ich heute zu Ihnen kommen würde als US-Mutterkonzern Verizon, und ich habe eine tolle Technik gegen Internetbetrug, und ich sage: „Herr Matt, bitte, wir wollen das bei Ihnen installieren; wir wollen das bei Ihnen da im Serverraum aufstellen“, was muss ich dann machen an formalen Schritten? Wer prüft das? Wer guckt sich das an? Wer ist an so einem Verfahren beteiligt?

Zeuge Oliver Matt: Das kann ich Ihnen auch nicht beantworten. Das ist nicht mein Bereich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wessen Bereich ist es denn?

Zeuge Oliver Matt: Vermutlich würde die Geschäftsleitung da informiert werden; aber ich müsste wieder mutmaßen. Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Geschäftsleitung würde informiert werden.

Zeuge Oliver Matt: Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt zeitlich wechseln. - Wir kommen jetzt zu den Fragen von CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich würde da direkt anknüpfen an die Fragen, die der Kollege gestellt hatte - bzw. mal andersrum -: Sie hatten ja gesagt, das sei alles hypothetisch; Sie haben von Anliegen des Mutterkonzerns, da Mitarbeiter zu schicken, technische Dinge zu installieren, jetzt keine

Kenntnis. - Ist es theoretisch möglich, dass bei Ihnen eine Firma klingelt, ein Techniker klingelt und sagt: „Ich habe den Auftrag, hier was einzubauen“? Oder ist das nicht möglich?

Zeuge Oliver Matt: Er würde ja nicht bei mir klingeln.

Nina Warken (CDU/CSU): Oder bei irgendeiner Außenstelle. - Würde der reinkommen, oder wie würde das ablaufen?

Zeuge Oliver Matt: Es würde nach den Zutrittsregeln ablaufen, dass er nur reinkommt, wenn er auch eine Zutrittsgenehmigung hat, das heißt eine Zutrittskarte, die ihm Zutritt gestattet.

Nina Warken (CDU/CSU): Wäre es theoretisch denkbar, dass ein Mitarbeiter des Mutterkonzerns, ohne dass Sie das mitkriegen würden, Zutritt erhält aufgrund einer Berechtigung, die er dann vielleicht hat, die nicht Sie ausstellen müssten?

Zeuge Oliver Matt: Da müsste ich wieder mutmaßen. Meiner Ansicht nach nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Es gab ja im Nachgang zu den Snowden-Veröffentlichungen ein Treffen, einen Erörterungstermin, zu dem die Bundesnetzagentur am 9. August 2013 eingeladen hatte, in Bonn. Gegenstand der Erörterung war ein Bericht der *Süddeutschen Zeitung* vom 2. August 2013 - der Titel war: „Enthüllung der Kronjuwelen“ -, in dem auch in Deutschland tätigen Telekommunikationsunternehmen unterstellt wird, beim Ausspähen von Telekommunikation durch ausländische Geheimdienste zu helfen oder helfen zu müssen. Waren Sie oder ein anderer Mitarbeiter der Verizon Deutschland GmbH bei dieser Besprechung anwesend? Wissen Sie was von dieser Besprechung?

Zeuge Oliver Matt: Ich weiß darüber nichts, nein.²

2) Richtigstellung des Zeugen: "Frau Abg. Nina Warken hatte mich bezüglich eines Termins bei der BNetzA am 9. August 2013 befragt. Meine protokollierte Antwort (Seite 126 des Protokollentwurfs) könnte so verstanden werden,

als hätte ich von diesem Treffen keinerlei Kenntnis. An diesem Termin habe ich aber durchaus als Vertreter der Verizon Deutschland GmbH teilgenommen. Ich hatte vor dem Hintergrund der vorangehenden Fragen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Zur Vorbereitung dieses Erörterungstermins versandte die Bundesnetzagentur einen Fragenkatalog an die betreffenden Unternehmen. Unter anderem wird darin die Frage nach bekannt gewordenen Bezeichnungen bzw. Codenamen gestellt. Und im Falle von Verizon Business handelte es sich um den Codenamen „Dacron“. Ist Ihnen der Begriff bekannt?

Zeuge Oliver Matt: Nein, ist mir noch niemals begegnet.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Dann sind die Fragen, die ich in öffentlicher Sitzung hatte, auch schon - -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielleicht noch mal anknüpfend an die Bundesnetzagentur. Herr Matt, Sie haben ja auch in Ihrem Eingangsstatement gesagt, Sie legen da Sachen vor, machen Meldungen da hin. Wer macht das denn bei Ihnen?

Zeuge Oliver Matt: In den Jahren 2004 bis 2006 habe ich das gemacht.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Also, da waren Sie der Ansprechpartner für die Bundesnetzagentur?

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und jetzt Bezug nehmend auf die Kollegin Warken, die ja gerade gefragt hat: Wer wäre mit diesem Vorgang, den sie gerade beschrieben hat, bei Ihnen jetzt betraut?

Zeuge Oliver Matt: Mit dem Vorgang wäre, bin immer noch - -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wenn die Bundesnetzagentur Sie jetzt anschreibt, einen Fragenkatalog schickt, dann Ihr Unternehmen einlädt,

fälschlicherweise die Frage darauf bezogen, ob es ein Treffen mit der BNetzA gegeben habe, bei dem die behaupteten Installationen in Hilden behandelt worden wären. Davon war und ist mir tatsächlich nichts bekannt. Gegenstand des Treffens am 9. August 2013 bei der BNetzA waren Presseberichte über Aktivitäten des GCHQ in

da zu berichten, wer macht diese Kommunikation mit der Bundesnetzagentur gegenwärtig?

Zeuge Oliver Matt: Die Kommunikation zu den Auskunftsgesuchen mache ich.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also auch noch heute?

Zeuge Oliver Matt: Auch noch heute, ja. Jahresstatistiken meinen Sie damit wahrscheinlich. Sonst habe ich Ihre Frage wahrscheinlich nicht richtig verstanden.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Nein, nein; das schon. Aber wenn da jetzt hier behauptet wird, die Bundesnetzagentur hat sich an Ihr Unternehmen gewandt, dann entnehme ich jetzt Ihrer Aussage, diese Berichterstattung ist nicht richtig. Man hat sich nicht nach den Snowden-Enthüllungen als Bundesnetzagentur an Ihr Unternehmen gewandt mit einem Fragebogen oder Ähnliches.

Zeuge Oliver Matt: Das würde bei uns die Rechtsabteilung machen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ich dachte, Sie kommunizieren mit der Bundesnetzagentur.

Zeuge Oliver Matt: Ich kommuniziere die Statistiken und zu den Überwachungsbeschlüssen die vierteljährlichen Statistiken an die Bundesnetzagentur.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Wenn Sie jetzt Post von der Bundesnetzagentur bekommen - - In diesem Punkt wäre das die Rechtsabteilung. Und wer war da unser Ansprechpartner?

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Großbritannien. Da die Verizon Deutschland GmbH jedoch nicht über Telekommunikationsnetze in Großbritannien verfügt und auch keine Telekommunikationsdienste dort erbringt, konnte ich gegenüber der BNetzA aus der Sicht unseres Unternehmens zu diesen Zeitungsberichten nichts beitragen.", siehe Anlage 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Wer?

Zeuge Oliver Matt: In der Rechtsabteilung?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Oliver Matt: Das beantworte ich Ihnen dann gerne nichtöffentlich.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie können doch sagen, wer jetzt bei Ihnen mit der Rechtsabteilung - - wer das macht. Wo ist denn da das Problem?

Zeuge Oliver Matt: Wer in unserer Rechtsabteilung was betreut?

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Oliver Matt: Das mache ich dann gerne nichtöffentlich, ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Na ja, gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich stelle jetzt noch mal - -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE)): Das ist doch kein Geheimnis!

Zeuge Oliver Matt: Sie wollen von mir einen Namen, den ich jetzt hier in der Öffentlichkeit nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Den kriegen wir aber raus. Von daher ist das kein Problem.

Zeuge Oliver Matt: Ja, eben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich gehe noch mal zum Anfang zurück, zu Ihrem Tätigkeitsbereich. Würden Sie sagen, Sie sind mehr für die Sicherheit, Gebäude, Liegenschaften, Mitarbeiter etc. zuständig und nicht so für den Bereich IT-Sicherheit, Datenschutz?

Zeuge Oliver Matt: Ich bin nicht zuständig für den Bereich IT-Sicherheit, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung?

Zeuge Oliver Matt: Ich bin nicht für den Bereich IT-Sicherheit zuständig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Eher für den Bereich Gebäudesicherheit, Mitarbeiterüberprüfung?

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Ihre Mitarbeiter eine Sicherheitsüberprüfung?

Zeuge Oliver Matt: Zum Teil.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zum Teil. - Bis hin zur SÜ3?

Zeuge Oliver Matt: Das kann ich Ihnen so nicht beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Woran wird es schwierig bei der Beantwortung der Frage? Dann helfe ich Ihnen.

Zeuge Oliver Matt: Einfach zu prüfen, ob wirklich jemand die SÜ3 hat oder nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so, okay.

Zeuge Oliver Matt: Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das würde dann aber schon über Sie laufen - also, Sie wären die initiiierende Stelle im Konzern -, oder macht das auch wieder die Geschäftsleitung?

Zeuge Oliver Matt: Nein, das mache ich nicht. Die Sicherheitsüberprüfungen werden von anderer Stelle gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar. Aber dass Mitarbeiter Meier, Müller, Schulze jetzt eine Ü2 kriegt, das würden Sie veranlassen?

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer macht das? Rechtsabteilung?

Zeuge Oliver Matt: Vermutlich. Also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay; starke Abteilung. - Wie viele Mitarbeiter arbeiten bei Ihnen? Oder sind Sie alleine im Bereich Konzernsicherheit?

Zeuge Oliver Matt: In Deutschland habe ich drei Mitarbeiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bitte?

Zeuge Oliver Matt: Drei Mitarbeiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Drei Mitarbeiter. - Der Bereich IT-Sicherheit, ist der deutlich größer oder kleiner oder gleich deutschlandweit? Ich will keine konkreten Zahlen; deswegen frage ich so. Ich will ja keine Konzerngeheimnisse - -

Zeuge Oliver Matt: Vergleichbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vergleichbar. - Weil Sie haben ja jetzt die Riesenchance, hier in der Öffentlichkeit vor Vertretern der Medien Ihren Konzern gut dastehen zu lassen oder eben nicht so gut. Drei Mitarbeiter im Bereich Konzernsicherheit, IT-Sicherheit jeweils; okay. Arbeiten Sie mit - -

Zeuge Oliver Matt: Die in Deutschland sitzen; das war ja die Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na klar; die anderen kommen ja nicht rein. - Wie sieht es denn im Bereich Zusammenarbeit mit externen Firmen aus? Arbeiten Sie mit externen Firmen an den einzelnen Standorten zusammen, oder machen Sie das alles mit Mitarbeitern aus Ihrer Firma selber?

Zeuge Oliver Matt: Also, externe Firmen gibt es auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich meine jetzt nicht den Reinigungsservice; den meine ich jetzt nicht.

Zeuge Oliver Matt: Okay. - Also, was die technische Komponente anbetrifft, müsste dort auch wieder der zuständige Technikmanager das beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, IT-Sicherheit wäre das.

Zeuge Oliver Matt: Kann ich Ihnen nichts zu sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das ist jetzt kein Vorwurf an Sie, dass Sie mich nicht falsch verstehen. Nur, wir haben hier angefragt bei Ihrer Geschäftsleitung: „Wer weiß über die Dinge was?“, und da sind Sie genannt worden.

Zeuge Oliver Matt: Sie haben gefragt: „Wer ist der Sicherheitsbeauftragte?“, und das bin ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das ist kein - - Also, bitte nicht falsch verstehen, dass das irgendwie ein Vorwurf an Sie ist. Nur, wir haben natürlich auch speziell Fragen im Bereich IT-Sicherheit, wenn ich das richtig sehe. Und wenn Sie jetzt, vielleicht zu Recht, sagen: „Das ist gar nicht mein Kernbereich“, dann fällt uns das relativ schwer.

Gut, also, Sie können nichts dazu sagen, ob in diesem Bereich mit externen Firmen zusammengearbeitet wird?

Zeuge Oliver Matt: Im IT-Sicherheitsbereich?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, im IT-Bereich. Also, hat jemand die Server installiert, hochgefahren? Machen das Ihre Mitarbeiter? Machen das Externe? Wer sonst an Technikern von Drittfirmen geht bei Ihnen ein und aus? Also, was findet da statt? Oder ist das alles MCI gewesen, jetzt Verizon?

Zeuge Oliver Matt: Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Für 2004 bis 2006 weiß ich das nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

wirklich; das ist auch zu lange her. Ich weiß das nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich gebe erst mal der nächsten Fraktion die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Das ist wieder die Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Es ist ja ein bisschen schwierig; vieles oder einiges vielleicht im nicht-öffentlichen. Ich habe nur noch mal eine Frage zu der Sicherheit, die Sie hoffentlich beantworten können: Enthalten diese Einlasskarten, die Sie dort ausgeben auf Verlangen und wenn das bestätigt ist - - Beinhalten die ein Foto?

Zeuge Oliver Matt: Ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das heißt, es geht nicht, dass der Mutterkonzern Ihnen mitteilt: „Der Herr Anderson kommt morgen und will dort und dort rein“, das wird nun genehmigt, und statt des Herrn Anderson steht Herr Wolf dann vielleicht vor der Tür und sagt, er möchte da rein?

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie wissen ja nicht, wie der Herr Anderson aussieht. Dann fotografieren Sie den Herrn Wolf, geben ihm die Karte, und dann kommt der Herr Wolf rein als Herr Anderson.

Zeuge Oliver Matt: Nein. Denn die Karte wird im Vorfeld - wenn der Mitarbeiter das Unternehmen erstmalig betritt, will ich mal sagen, oder im Unternehmen beginnt - ausgestellt und nicht für den jeweiligen Besuch - die Karte selbst. Und der Zugang wird dann programmiert, wenn er benötigt wird, auf die schon existierende Karte.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Damit meine ich, den Zugang zu programmieren für den jeweiligen Raum, für die einzelne Tür, die diese Tür eben öffnet.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Welche Karte kriegt denn eine Person, die nicht im Mutterkonzern arbeitet, die zu Ihnen kommt und dort irgendwas machen muss, ein externes Unternehmen usw.?

Zeuge Oliver Matt: Ja, solche Personen werden entweder mit einem Besucherausweis ausgestattet, oder sie werden begleitet.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da wird die Identität aber auch nicht irgendwie noch mal geprüft?

Zeuge Oliver Matt: Bei Besuchern prüft der zu Besuchende die Identität und begleitet die Personen. Ein Manager des zu Besuchenden, meine ich.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, und eine Firma, die dort etwas machen soll? Die hat ja mehrere Mitarbeiter und sagt dann, der, weiß ich nicht, Klempner kommt morgen um 14 Uhr.

Zeuge Oliver Matt: Auch diese - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann wissen Sie ja nicht, ob das Müller, Meier, Schulze ist, und der kommt ja dann rein bei Ihnen.

Zeuge Oliver Matt: Ja, aber er würde begleitet werden, damit eben sichergestellt ist, dass er auch nur das tut, was er tun soll.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? - Kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion. Das wäre in der zweiten Runde jetzt wieder die Fraktion der CDU/CSU.

Ich habe dann nur eine Frage. Das probierte ich gerade so rauszukriegen - da hätte ich Sie nicht fragen müssen -: Wie viele Mitarbeiter hat denn MCI WorldCom zu dem damaligen Zeitpunkt und Verizon jetzt insgesamt in Deutschland? Wissen Sie das?

Zeuge Oliver Matt: Also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wir googeln das gerade. Vielleicht ist das nur schneller hier.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Oliver Matt: Wahrscheinlich ist das effektiver. Die definitiven Zahlen habe ich nicht. In 2004 so um die 2 000 vielleicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil ich mir so ein bisschen jetzt probiere zu erklären: Wie kriegt man es hin, eine gewisse Sicherheit bei diesen doch sehr sicherheitserheblichen Tätigkeiten, die Verizon ja macht, zu gewährleisten? In Ihrem Bereich kann ich das völlig nachvollziehen; auch mit den Zulasskarten kann ich das so ungefähr nachvollziehen. Aber insgesamt IT-Sicherheit und den von Ihnen im Schwerpunkt betreuten Bereich mit drei Personen zu gewährleisten, also, mir scheint das so ein bisschen wenig. Vielleicht täuscht mich das.

Zeuge Oliver Matt: Es ist ja nicht so, dass die IT-Sicherheit in einem Land physikalisch sitzen muss, um das IT-Netzwerk sicher zu halten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Oliver Matt: Sie fragten mich nach Deutschland.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also wird das dann vielleicht vom Mutterkonzern auch sehr stark mitbetreut - technisch, meine ich jetzt.

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein?

Zeuge Oliver Matt: Das würde, wenn, dann aus einem anderen europäischen Land heraus mitbetreut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zum Beispiel Niederlande.

Zeuge Oliver Matt: Zum Beispiel, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann ist möglicherweise der physische Zugriff auf Gerätschaften nicht ausschließlich eine Möglichkeit, um Sicherheit herzustellen, sondern auch möglicherweise über die Programmierung eine Variante, um Sicherheit herzustellen.

Zeuge Oliver Matt: Ist das die Frage?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Also: Ja oder nein? Ich probiere, sie so zu halten, dass Sie mit Ja und Nein antworten können meistens.

Zeuge Oliver Matt: Ob über die Programmierung Sicherheit hergestellt werden kann? Ich bin kein Netzwerkexperte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Weil sonst müssten die ja immer anreisen, wenn die aus dem anderen Land, das nicht USA ist, kommen, und dann müssten Sie es ja mitkriegen, wenn viele Besucher da sind aus dem gleichen Konzern, um zum Beispiel für die IT-Sicherheit irgendwas zu machen.

Zeuge Oliver Matt: Ich kann Ihnen das nicht beantworten. Ich bin ja für diesen Bereich nicht zuständig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Aber müssten Sie nicht wissen - - Wenn Besucher aus den Niederlanden kommen, um in Ihrem Konzern in Deutschland für IT-Sicherheit etwas zu machen, müssten Sie dann nicht dafür Sorge tragen, dass die Personen auch die richtigen Personen sind?

Zeuge Oliver Matt: Wenn die Personen zutrittsberechtigt sind, können sie eintreten. Wenn sie es nicht sind, müssen sie eine Zutrittsgenehmigung erhalten, die eben dann der zuständige Manager für den Raum, den physikalischen Gebäuderaum, erteilen muss.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es ist ja auch eben schon gefragt worden: Dieser zuständige Manager, was muss der denn checken, damit einer die Zutrittsfreigabe kriegt?

Zeuge Oliver Matt: Ob diese Person in den Raum hinein muss oder nicht, ob das im Interesse ist, dass er in diesen Raum geht, oder nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also die technische Notwendigkeit, und das ist ausreichend. Der muss nicht mal, wie gesagt - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Oliver Matt: Es geht um Mitarbeiter, Mitarbeiter, die in der Technik dann ja schon arbeiten müssen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein. Wir haben ja von dem niederländischen Verizon-, MCI-World-Mitarbeiter - wie auch immer - geredet, der hier unterstützt, weil wir nur drei Leute im IT-Sicherheitsbereich haben, der dann kommt und hilft. Der arbeitet ja nicht - - Oder meinen Sie grundsätzlich: Wo MCI draufsteht, der ist grundsätzlich Mitarbeiter, egal an welchem Standort der Welt?

Zeuge Oliver Matt: Der ist erst mal Mitarbeiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, dann verstehe ich es. Ich habe es nicht verstanden gehabt; sorry.

Zeuge Oliver Matt: Es muss nur eben dann vor Ort der zuständige Manager auch genehmigen, dass dieser Mitarbeiter auch wirklich in diesen Raum hinein muss.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also, die grundsätzliche Sicherheitsüberprüfung - das sage ich jetzt nicht nur im technischen Sinne: 1, 2, 3 -, sondern die grundsätzliche Überprüfung: „Kann der bei uns arbeiten?“, findet am jeweiligen Standort statt; dann ist er da Mitarbeiter. Und dann ist die nachgelagerte Frage: Muss der auch aufgrund des Aufgabenspektrums da rein?

Zeuge Oliver Matt: Richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So ist es. - Und, sagen wir mal, je sensibler er an dem jeweiligen Standort, wo er grundsätzlich eingesetzt ist, arbeitet - - Da würde er dann zum Beispiel eine Ü2 kriegen. Wenn er es am Standort Niederlande für seine Tätigkeit braucht, wird eine Ü2 gemacht. Das entscheidet dann der jeweilige Standort und welche Voraussetzungen noch - Führungszeugnis im Zweifel - bis zur Einstellung notwendig sind.

Zeuge Oliver Matt: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann ist er MCI-World-Mann/Frau oder Verizon-Mensch. Und dann, wenn er gebraucht wird an einem Standort irgendwo, hat er ja den Ausweis. Dann ist die Frage: Kommt der in den Raum rein? Und das hängt davon ab, ob Bedarf, Notwendigkeit besteht, und das muss er beim zuständigen Operator - - Nein. Was haben Sie gesagt? Wie haben Sie das genannt?

Zeuge Oliver Matt: Manager im Vorfeld.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Manager.

Zeuge Oliver Matt: Prüfen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der muss dann die Sicherheitsfreigabe für die Karte haben, die er mitbringt. Die hat der in der Regel nicht, weil der ja ganz woanders in der Welt verwendet wird. Und dann muss er die Sicherheitsfreigabe kriegen.

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die Maßgabe, ob diese Tätigkeit benötigt wird, entscheidet der Manager nach seiner Beurteilung - nicht ein Dritter -, weil der ja seinen Beritt am besten kennt wahrscheinlich. Der fordert den auch an im Zweifel.

Zeuge Oliver Matt: Im Detail müsste man ihn das fragen natürlich. Aber: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, wenn da jemand aus Holland käme mit einem MCI-Ausweis und sagt: „Ich muss hier was machen“, da wird der Manager sagen: Wie? Ich habe doch gar keinen angefordert. - Dem würde das im Zweifel auffallen, und er würde sagen: Weiß ich nichts von. Dann hätte ich dich ja gerufen. Was machst du hier?

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also könnte einer mit einem amerikanischen MCI-Ausweis in das Gebäude rein, wenn er die lokale, punktuelle Raumfreigabe noch kriegt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Oliver Matt: Ist das die Frage?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, weil das haben wir gerade - etwas über einen Umweg, aber mehr oder weniger -, glaube ich, herausgearbeitet, oder nicht?

Zeuge Oliver Matt: Das ist für mich - - Da kann ich leider - - Das ist für mich spekuliert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, macht ja nichts. Aber wir haben es ja gerade schon auf einem anderen Weg, glaube ich - das kann man ja im Protokoll nachlesen -, sehr dezidiert rausgearbeitet: Der Niederländer, der hier gebraucht wird, weil wir nicht genug IT-Support haben, würde dann kommen und kommt mit seiner Einstellung bei MCI dann in das Gebäude, wenn er, bezogen auf den Raum, die Freigabe vom Manager kriegt. So habe ich es gerade verstanden.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Oliver Matt: Also, so verstehe ich es, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, das ist schon mal gut. - Weil wir immer noch von dieser Spekulation, die wir gerne weg von der Spekulation hätten, ausgehen: Da kommt einer und sagt: Ich komme aus Amerika von MCI World; ich möchte da in den Raum rein. - Da würde er aber nicht reinkommen nach diesem Verständnis, weil dem fehlt der Bedarf, in den Raum reinzukommen, vom Manager die Freigabe zu kriegen. Also, sprich: Wenn einer von MCI WorldCom USA vor der Tür steht in Hilden und sagt: „Ich habe einen Ausweis hier; ich gehöre zu uns“, dann sagt im Zweifel derjenige: Das ist ja schön. Aber wer hat dich denn gerufen? Du kriegst hier keine Freigabe, weil ich Manager dich gar nicht hier brauche, um irgendwas zu installieren. - Richtig?

Zeuge Oliver Matt: Ob es sich in jedem Fall so verhält, fragen Sie mich?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich drücke es jetzt sehr einfach aus. Aber so wäre es ja nach dieser Überzeugung, die wir gerade gesagt haben.

Zeuge Oliver Matt: Der Manager prüft, ob die Person Zutrittsberechtigt ist und erteilt Zutritt, wenn sie es ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Prinzipiell dürfte sie es ja erst mal nicht sein, weil der Manager nicht irgendwem eine Zutrittsberechtigung gibt. Und wenn er den gerufen hat und braucht, dann erteilt er ihm die Zutrittsberechtigung. Wenn er ihn nicht gerufen hat und braucht, wird er sagen: Sorry, das ist jetzt komisch hier. - Wen würde er denn eigentlich rufen? Wenn ich jetzt da auftauche, habe mir auf dem Kopierer hier mit dem Verizon-Logo einen Ausweis gedruckt und stehe da an der Tür, wird da nur gesagt: „Geh weg“, oder wird dann irgendwie wer angerufen in der Konzernsicherheit?

Zeuge Oliver Matt: Die Frage ist wieder sehr spekulativ. Ich habe sie auch nicht verstanden, muss ich ehrlich sagen. Sie meinen - - Können Sie das noch mal fragen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn ich mir heute Abend nach Dienstschluss um 24 Uhr noch was mit dem Computer einen Ausweis ausdrücke, selber bastele, von Verizon, und fahre an einen Ihrer Standorte und klinge da am morgigen Tag und sage: „Ich möchte hier rein; ich gehöre auch zu uns, zu Verizon“ - das wird auffallen, weil ich das nicht so technisch gut kann auf meinem alten Drucker -, wird das dann hingenommen? Wird dann gesagt: „Da war wieder so ein Komischer“, oder wird dann irgendwas in Bewegung gesetzt? Wird dann die Konzernsicherheit gerufen: „Checkt mal den da“?

Zeuge Oliver Matt: Selbstverständlich, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aha, okay.

Zeuge Oliver Matt: Wenn so etwas auffällt, wird die Konzernsicherheit informiert umgehend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, und das wäre dann Ihre Konzernsicherheit - nicht?

Zeuge Oliver Matt: Ja, korrekt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sind Sie da - -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber wenn es gut gefälscht ist, fällt es vielleicht nicht auf!)

Zeuge Oliver Matt: Sie brauchen ja - - Sie müssen ja die Zutrittskarte an das Lesegerät halten, damit das Lesegerät sieht, dass diese Zutrittskarte korrekt programmiert ist, und die Tür öffnet. Mit einer gefälschten Karte werden Sie da nicht weit kommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich klinge dann, sage: „Meine Karte ist schon wieder kaputt; ich komme aus den USA“ - im Zweifel -, dann würden Sie gerufen. Ist so was schon mal vorgekommen, dass einer in Räume von MCI oder Verizon rein wollte und das mit der Karte nicht geklappt hat und Sie gerufen wurden?

Zeuge Oliver Matt: Nein. Also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Keine Vorkommnisse.

Zeuge Oliver Matt: Nein. Wenn eine Karte nicht richtig funktioniert,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Dann kriegt er eine neue!)

dann prüfen wir die Karte, weil die Karte defekt ist; so etwas gibt es. Aber sonst: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

(RA Dr. Rainer Hamm: Die Karte ist ja nicht nur ein Papierausdruck!)

Zeuge Oliver Matt: Nein, die Karte ist eine Plastikkarte mit Magnetchip.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer könnte uns denn bei Ihnen im Konzern Auskunft geben, wie viele „Besuche“ - in Anführungsstrichen - von Kolleginnen und Kollegen von anderen

Standorten regelmäßig stattfinden in Deutschland, dass ich mal, dass wir mal so ein Gefühl kriegen: Wie viele kommen denn aus den USA - das ist ja nicht gerade um die Ecke -, Niederlande. Frankreich?

Zeuge Oliver Matt: Das kann ich Ihnen nicht sagen, wer Ihnen das sagen könnte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wahrscheinlich nur die Geschäftsführung, oder?

Zeuge Oliver Matt: Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Letzte Frage erst mal von mir: Wie stark ist die Verzahnung aus Ihrer Sicht mit der deutschen Tochter und der Muttergesellschaft? Sind das zwei separate Unternehmen, die auch eigene Entscheidungsbefugnisse haben, oder ist das eine klare Durchgriffsführung: Mutter - Tochter?

Zeuge Oliver Matt: Das habe ich ja in meinem Eingangsstatement schon gesagt: Die Verizon Deutschland GmbH versteht sich als eigenständiges Unternehmen, was dem deutschen Recht komplett unterliegt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Auch selbstverständlich deutsches Datenschutzrecht und alles, was damit zusammenhängt.

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kollege Schipanski hat noch eine Frage.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Matt, ich habe nur noch mal eine Verständnisfrage zu der Zutrittskarte. Wer schaltet die denn frei und sagt dann: „Du darfst in den Raum rein“?

Zeuge Oliver Matt: Die Karten wurden von meiner Abteilung freigeschaltet.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, das heißt, dieser besagte Manager muss Ihnen das erst melden, und Ihre Abteilung, einer von Ihren drei Leuten, sagt: Jawohl.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Oliver Matt: Wir brauchen das Approval des Managers, und dann programmieren wir den Zutritt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das heißt, programmieren können nur Ihre drei Leute. Da kann nicht der Manager in irgendeiner Software ein Häkchen setzen und sagen: „Jetzt kann der rein“? Das läuft immer über Sie.

Zeuge Oliver Matt: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, dann frage ich jetzt Sie aber noch mal: Haben Sie in Ihrer Zeit, wo Sie da sind, ausländischen, also nicht-deutschen Verizon-Mitarbeitern Karten freigeschaltet für deutsche Standorte? Das müssen Sie ja jetzt wissen. Sie haben ja gesagt, Sie machen das.

Zeuge Oliver Matt: Über zehn Jahre her; das ist ewig her.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na ja.

Zeuge Oliver Matt: Also, wenn da jetzt ein Mitarbeiter aus Frankreich eine Zutrittsberechtigung benötigt und ein Approval hat, dann kriegt er diese Zutrittsberechtigung programmiert, wenn der zuständige Manager das als erforderlich ansieht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und hat das stattgefunden?

Zeuge Oliver Matt: Das weiß ich im Detail jetzt nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie können sich also an keinen Fall in den letzten zehn Jahren, wo Sie oder Ihre drei Mitarbeiter zuständig waren, erinnern, wo Sie einem nichtdeutschen Verizon- oder MCI-World-Mitarbeiter eine dementsprechende Freigabe auf seiner Karte erteilt haben?

Zeuge Oliver Matt: Sie beziehen sich also nicht auf Hilden und 2004 bis 2006, sondern meinen das ganz generell? Dann ist die Antwort Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, Sie können sich nicht erinnern? Oder können Sie sich erinnern?

Zeuge Oliver Matt: Die Antwort ist Ja. Wir haben auch ausländischen Mitarbeitern, wenn ein Approval vorliegt, Zutritt zu Räumen erteilt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Also könnten Sie auch nicht ausschließen, dass Sie 2004 ausländischen Mitarbeitern aus den USA Zugang zu den Räumen in Hilden erteilt haben? Das können Sie nicht ausschließen nach dieser Aussage - oder doch?

Zeuge Oliver Matt: Das wäre ja nur möglich, wenn ein Approval vorliegt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar. Davon hoffe ich doch auszugehen.

Zeuge Oliver Matt: Aber ich habe keine Erinnerung daran, dass das - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber Sie können es nicht ausschließen, weil Sie konnten es ja eben auch nicht ausschließen. Dann können Sie ja - - Wenn Sie es 2004 ausschließen könnten, dann hätten Sie ja eine ganz spezielle Erinnerung an 2004 und an die anderen Jahre nicht. Also können Sie es da auch nicht ausschließen, dass Sie im Jahre 2004 auch Mitarbeitern aus Amerika von MCI World eine Freigabe erteilt haben.

Zeuge Oliver Matt: Ich kann das nicht ausschließen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann gebe ich erst mal die Fragen weiter. Als nächste Fraktion ist jetzt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Fragen dran. Herr Kollege von Notz hat das Mikro schon an.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Da knüpfe ich doch gleich an. Wenn



Nur zur dienstlichen Verwendung

das so ist, dass MCI Deutschland damals vollständig eigenständig war, warum sozusagen ist das dann nicht eigentlich ein absurder Fall, dass der Mutterkonzern oder die amerikanische Schwester oder - - kommt und sagt: „Wir haben hier ein Anti-Fraud-System; das wollen wir jetzt bei euch mal installieren“? Sagt da nicht MCI Deutschland: „Nein, Leute; also, Sicherheit ist schon unsere Sache, und das machen wir“?

Zeuge Oliver Matt: Mir ist nichts bekannt, dass es jemals diesen von Ihnen geschilderten Fall gab.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es ähnliche Fälle gegeben?

Zeuge Oliver Matt: Mir sind keine bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine bekannt, wo der Mutterkonzern kommt und sagt: „Wir haben hier was ganz Schniekes in puncto Sicherheit; das wollen wir bei euch gerne installieren“?

Zeuge Oliver Matt: Das wäre nicht mein Bereich gewesen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Aber ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Oliver Matt: Mir ist nichts dazu bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichts dazu bekannt, aha. - Und wenn Sie heute sozusagen von Ihrem Konzern auf diese Geschichte gucken - - Sie haben das jetzt schon ein paar Mal so durchklingen lassen: Das ist für Sie alles reine Spekulation. Sie sind da in diesen Serverpark gegangen, Sie haben sich das angeguckt, da steht nichts mehr, und deswegen besteht da jetzt auch kein Handlungsdruck oder so.

Zeuge Oliver Matt: Ich habe keine Fakten, Tatsachen gefunden, die irgendwas davon bestätigen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist so, als wäre es nicht passiert, und das - - Also, Sie glauben, die Medien, die darüber

berichten - - Und dass wir hier so sitzen und unseren Donnerstagnachmittag mit Ihnen verbringen, das ist sozusagen Spaß an der Freude, oder?

Zeuge Oliver Matt: Ich möchte jetzt nicht sagen, was ich glaube. Es hat - -

(RA Dr. Rainer Hamm: Nur Ihre Wahrnehmung!)

- Ja, ganz genau. Ich habe dazu keine Wahrnehmung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber der Konzern, nimmt der das irgendwie als Problem ernst, oder sagt der: „Wir haben geguckt, ob da Server stehen, die stehen da nicht, und deswegen ist das für uns kein Problem“?

Zeuge Oliver Matt: Selbstverständlich nehmen wir das ernst. Ich sagt ja auch schon, dass wir sehr daran interessiert sind, was dieses Paket - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber dann verstehe ich nicht - - Das sage ich Ihnen mal ganz ehrlich. Ich verstehe nicht, wie Sie nicht wissen können, ob es eine Strafanzeige gibt oder nicht. Denn das ist ja sozusagen in Ihrer Verantwortung mit passiert. Wenn das so war, wie sich das hier darstellt und wie Ihnen komische Fragen gestellt werden und Medien darüber berichten, dann hat es ja einen rechtswidrigen Zugriff auf Ihren Leitungen gegeben und sind wahrscheinlich Milliarden von Daten abgeflossen. Und da wundere ich mich, dass der Konzern irgendwie nicht aktiv wird.

Zeuge Oliver Matt: Ich sagte schon: Ich - - Das ist nicht mein Bereich. Das entscheidet die Rechtsabteilung. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob der Konzern - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Also, Sie können mir hier als Vertreter Ihres Unternehmens nicht sagen, ob Ihr Konzern deswegen mal Strafanzeige erstattet hat.

Zeuge Oliver Matt: Korrekt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagten vorhin, Sie haben - -

Zeuge Oliver Matt: Vielleicht ändert sich das ja auch, wenn die Ergebnisse des Ausschusses unserem Unternehmen dann mal vorliegen. Aber, wie gesagt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mal eine offizielle Anfrage an Ihren Mutterkonzern in den USA gestellt?

Zeuge Oliver Matt: Ich habe diese Fragen eben schon einmal beantwortet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Oliver Matt: Ich habe die deutsche Geschäftsleitung gefragt. Die deutsche Geschäftsleitung hatte keine Wahrnehmung und hatte mir dann mitgeteilt, dass auch - - Ich wiederhole das noch mal genau: Ich wurde darauf hingewiesen, dass die Kollegen in den USA entsprechende Geheimhaltungspflichten haben. Daher ist mit einer Antwort nicht zu rechnen. - Das war meine Antwort.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Wobei man sagen könnte: Wenn nichts vorgefallen wäre, dann könnten die ja ruhig sagen: Leute, macht euch keine Sorgen. Es ist nichts vorgefallen. - Aber wenn man eben sagt, sie sind geheimhaltungsverpflichtet und werden uns das überhaupt nicht sagen, dann ist der böse Schein ja schon gegeben bei einem selbst.

Ich verstehe es, ehrlich gesagt, nicht. Aber das trifft jetzt Sie, weil Sie da sind. Vielleicht müssen dann eben noch mehr Leute aus dem Konzern kommen. Ich verstehe nicht, dass man da nicht anders drauf reagiert.

Und mich würde interessieren, ob man da nicht eben Anfragen stellt an den Mutterkonzern, ob das eigentlich sein kann. Ich meine, das ist ja wirklich ein gravierender - und Sie haben es vollkommen zu Recht gesagt -, ohne jede Rechtsgrundlage ein massiver Eingriff in Grundrechte.

Ich frage mich, ob der Konzern nicht darüber hinaus ein Aufklärungsinteresse hat.

(RA Dr. Rainer Hamm: Hat er! Er hat ja gesagt: „Hat er“! Aber Sie unterstellen bei Ihrer Frage doch, dass allein schon der böse Schein ein genügender Anhaltspunkt wäre, um ein Ermittlungsverfahren einzuleiten!)

- Ja. Herr Professor Hamm - -

(RA Dr. Rainer Hamm: So, wie ich das kenne, würde eine Staatsanwaltschaft auf eine Anzeige, die nur ohne jede konkrete Anhaltspunkte aus dem eigenen hiesigen Unternehmen heraus, nur mit diesem bösen Schein „die Amis sagen uns nix“ operieren würde - - Das Verfahren würde doch gar nicht erst eingeleitet, ohne tatsächliche Anhaltspunkte!)

- Also, da wäre ich mir jetzt nicht so sicher. Ich bin auch nicht da mit allen Aktivitäten, vor allen Dingen von Generalbundesanwälten, zufrieden, wenn wir jetzt gerade schon darüber sprechen.

Aber trotzdem: Es ist ja ein Faktum, dass wir hier gerade beisammensitzen und das miteinander besprechen. Ja. Und wenn Herr Matt in die Räume gefahren ist und diesen irgendwie auffälligen Server gesucht hat: Also, er hat einen Anfangsverdacht gehabt. Die interessante Frage wäre, ob das Unternehmen sich nicht gegen so etwas zur Wehr setzen will, oder ob es sagt: Scheint alles verraucht zu sein; brauchen wir uns nicht mehr drum zu kümmern. - Das ist die Frage, die sich mir stellt. Ich sage ja nicht: Morgen gibt es eine Verurteilung, sondern ich sage: Man sollte sich gegen so was wehren.

Ich wollte noch mal ganz kurz zu Ihrer Aussage, Herr Matt, fragen: Hatten Sie gesagt, dass Sie niemals Kontakt zu deutschen oder amerikanischen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Diensten während Ihrer beruflichen Laufbahn hatten?

Zeuge Oliver Matt: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Ihnen ist nie jemand gegenübergetreten, der als jemand vom BND oder so erkennbar war, auch nur zum lockeren Gespräch, oder irgendwie gar nicht was Konkretes wollend, sondern nur mal so quatschend oder so?

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann kommen wir zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Lischka.

Burkhard Lischka (SPD): Herr Vorsitzender, noch ein paar kurze Fragen, weil wir uns ja alle für diese ganzen Zugangskarten und Berechtigungen interessieren. Ein paar Kleinigkeiten sind mir noch aufgefallen.

Diese Besuchskarte, von der Sie vorhin gegenüber dem Kollegen Hahn gesprochen haben, ist die auch mit einem Foto versehen? Also, quasi diese temporäre Besuchskarte.

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Burkhard Lischka (SPD): Die ist nicht mit einem Foto versehen.

Zeuge Oliver Matt: Besucher werden ja immer begleitet vom zuständigen Techniker.

Burkhard Lischka (SPD): Jetzt haben Sie meine nächste Frage schon fast vorweggenommen. Wird der immer begleitet? Weil Sie hatten so im ersten Satz gesagt: Ja, Besuchskarte oder begleitet. - Aber wenn ich Sie richtig verstehe - - Wenn ich so eine Besuchskarte habe - jetzt weiß ich: ohne Foto -, dann habe ich immer eine Begleitung dabei? Immer?

Zeuge Oliver Matt: Ja.

Burkhard Lischka (SPD): Es ist also nicht denkbar, dass ich mit so einer Besuchskarte unbegleitet irgendwo rumlaufe.

Zeuge Oliver Matt: Nein.

Burkhard Lischka (SPD): Okay. - Wie ist denn das bei Externen, die jetzt häufiger oder regelmäßiger kommen? Kriegen die auch immer eine solche temporäre Besuchskarte ohne Foto? Oder gibt es da quasi eine andere Kartenkategorie, obwohl das ein Externer ist?

Zeuge Oliver Matt: Also, es gibt die Kartenkategorie der Karte, die technisch dazu in der Lage ist, Türen zu öffnen. Diese Karte kriegen nur Mitarbeiter oder Contractors. Und Besuchskarten bekommen nur wirkliche Besucher. Und diese Karten, die für die Kartenlesegeräte da sind, die haben immer ein Bild.

Burkhard Lischka (SPD): Jetzt auch noch mal hypothetisch, nur damit ich das richtig auseinandergelassen kriege: Extern kann ja auch ein Putzunternehmen sein. Die würden Sie aber unter Mitarbeiter zählen. Die kriegen ja nicht jedes Mal eine Besuchskarte, nehme ich einmal an, nicht?

Zeuge Oliver Matt: Die externen Putzleute schreiben sich ein und werden dann mit einer Zutrittskarte versehen, bis sie wieder gehen. Dann müssen sie die Zutrittskarte wieder abgeben.

Burkhard Lischka (SPD): Ach, jedes Mal neu?

Zeuge Oliver Matt: Jeden Tag.

Burkhard Lischka (SPD): Gut. - Dann vielleicht eine abschließende Frage: Haben Sie mal darüber nachgedacht, was sich bei diesen Zugangsberechtigungen vielleicht mal ändern sollte? Haben Sie da irgendwie über Schwachstellen mal nachgedacht bei dem, was Sie uns hier geschildert haben, wenn es so einen öffentlichen Vorwurf gibt, da ist vielleicht doch jemand mal unbemerkt reinmarschiert? Weil ich kann mir vorstellen - ich meine, Ihr Job ist ja auch Sicherheit, und Sie haben ja auch was mit Sicherheit zu tun -, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

man dann darüber nachdenkt: Gibt es nicht vielleicht irgendetwas, was wir hier ändern müssen, optimieren müssen für die Zukunft?

Zeuge Oliver Matt: Das, denke ich, sollte man dann auch in den nichtöffentlichen Bereich mitnehmen. Selbstverständlich prüfen wir ständig unser Sicherheitskonzept. Und wie ich auch schon sagte, ist das Sicherheitskonzept selbst nach dem Leitfaden der Bundesnetzagentur erstellt und auch abgenommen.

Burkhard Lischka (SPD): Okay. Dann habe ich in öffentlicher Sitzung auch keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nur noch mal anknüpfend an das, was jetzt Kollege Lischka gefragt hat. Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, Contractors haben eine Zugangskarte zum Unternehmen?

Zeuge Oliver Matt: Die Zugangskarten müssen von dem zuständigen Manager genehmigt werden. Und es kann eben bei Subunternehmen - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay. Der kommt also im Zweifel rein, hat keine Berechtigung für zum Beispiel den Raum mit den Servern. Die ist ihm ja nicht ausgestellt worden. Aber er ist im Unternehmen, weil er woanders noch war und auch dorthin gehen konnte. Wenn ihm dann einer die Tür aufmacht von dem Serverraum von innen, dann kommt er aber rein, ohne dass er eine Zugangsberechtigung für diese Tür hat. Habe ich das richtig verstanden? Wenn er schon im Unternehmen ist?

Zeuge Oliver Matt: Mitarbeiter sind natürlich angehalten, genauso etwas nicht zu tun und darauf zu achten, dass die Kollegen eben dann prüfen, dass die Person - - dass sie nur alleine durch die Türen gehen. Und an kritischen Räumen sind dann auch Personenvereinzelungsanlagen verbaut.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ist an diesem Raum eine Personenvereinzelungsanlage?

Zeuge Oliver Matt: An welchem Raum denn?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Da, wo diese Technik installiert worden sein soll.

Zeuge Oliver Matt: Ich weiß ja nicht mal, wo diese Technik installiert war. Das ist für mich wieder spekulativ.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich denke, Sie haben im Serverraum geguckt, ob da was steht. Dann müssen Sie doch wissen oder gedacht haben: Das kann nur der Raum sein, um den es geht.

Zeuge Oliver Matt: Das sind ja mehrere Räume. Es sind viele Serverräume.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sind da Vereinzelungsanlagen?

Zeuge Oliver Matt: Das Gebäude selbst - - Das beantworte ich Ihnen dann nichtöffentlich gerne.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Die entscheidende Frage ist doch: Kommt jemand in Ihr Unternehmen hinein mit einer Karte einer externen Firma, die dort öfter ist? Und kommt er denn auch in alle Räume, wenn ihm die jemand aufmacht von innen?

Zeuge Oliver Matt: Das betrifft ja unsere momentane Sicherheitsaufstellung, und das möchte ich nichtöffentlich beantworten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank.

(RA Dr. Rainer Hamm:
Aber vielleicht kann man noch klarstellen, ob diese geschätzt 200 Server, ob die in einem Raum sind, den man von innen oder außen zumachen und aufmachen kann, oder ob das verteilt ist in vielen Räumen, zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

denen man je eine Zugangsberechtigung haben muss!)

Zeuge Oliver Matt: Das ist verteilt in mehrere Räume, zu denen man je eine Zugangsberechtigung braucht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt habe ich das gar nicht verstanden. Nur dass Sie auch spezielles Wissen jetzt über die Serverräume haben, habe ich so mitgekriegt. Kann das sein?

(RA Dr. Rainer Hamm:
Nein!)

- Okay. - Dann würde ich noch, wenn der Kollege keine Fragen für die Union hat - jetzt wäre nämlich als Nächstes die Fraktion der CDU/CSU dran -, mal eine Frage nachstellen. Im Bereich Sicherheit, was, denken Sie, bei einem Unternehmen wie Verizon ist so der Knackpunkt? Worauf legen Sie im Unternehmen Wert? Was sind so typische Gefahren, die Sie als Unternehmen identifizieren, wo Sie Wert legen als Sicherheitsbeauftragter, dass man da gut aufgestellt ist?

Zeuge Oliver Matt: Die komplette Sicherheit, von Gebäudesicherheit über Netzwerksicherheit etc.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und da ist so die Gebäudesicherheit schon ein Kernpunkt, weil ein Großteil der Attacken ja physisch passiert, indem man irgendwie an die Gerätschaften drankommt. Richtig? Oder ist das eher nachrangig?

Zeuge Oliver Matt: Die Gebäude sind ISO-27001-zertifiziert. Und das beschreibt dann, denke ich, den Sicherheitsanforderungskatalog.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe mal gerade hier die Seiten von Verizon so aufgerufen. Da ist der erste Treffer: Nutzen Sie unser Wissen über Sicherheit. - Und dann steht da: Wir analysieren über 500 Sicherheitsvorkommnisse im Jahr. Begegnen Sie potenziellen Bedrohungen mit hochentwickelten Sicherheitsprotokollen und speziellen Kontrollen. - Das bietet Verizon so an. Jetzt habe ich den Experten hier sitzen und

dachte mir, vielleicht kann man mal so ein bisschen was erfahren, wie der besondere Schutz dieser Gebäude denn von Verizon vonstattengeht.

Zeuge Oliver Matt: Die Gebäude sind komplett mit Zutrittskontrollanlagen und Videoüberwachung gesichert. Aber ich würde das gerne nicht-öffentlich machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das hatten Sie gesagt.

Zeuge Oliver Matt: Das betrifft unser Sicherheitskonzept.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das hatten Sie gesagt. Okay. - Ich hätte keine weiteren Fragen. Aber der Kollege Ströbele hat noch Fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nur eine. - Herr Matt, Sie haben ja mehrfach jetzt erklärt, dass dieses Verizon Deutschland ein eigenes Unternehmen ist, sich an die Rechtsregeln in Deutschland hält, und USA ist ein anderes Unternehmen. Aber ich gehe mal davon aus, dass es trotzdem ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis gibt, weil möglicherweise die Mehrheit der Anteile in den USA liegt bei der Firma oder Ähnliches. Ich will hier gar nicht in die Tiefen gehen.

Meine Frage geht dahin: Kann es sein, dass, wenn diese Mutterfirma in den USA signalisiert durch den Satz, den Sie zweimal vorgelesen haben, dass sie sagt: „Wir geben keine Auskunft, weil wir zur Geheimhaltung verpflichtet sind“, dass das für das Tochterunternehmen in Deutschland Hinweis genug ist: „Haltet euch da raus“? Weil der Vorwurf würde sich ja auch hier gegen das Mutterunternehmen, das ja auf diese Art und Weise -wie das in der Zeitung stand, wie Sie das gelesen haben oder wie Sie das bei *Frontal* gesehen haben - - wäre ja der Mutterkonzern da auch beteiligt gewesen.

Kann das sein, dass das Ganze jetzt sich keiner so richtig drum kümmert, keiner was von weiß, dass das damit zu tun hat: „Lasst das mal ruhig, wir haben unsere Gründe, warum wir dazu nichts sagen und ihr auch nichts sagen könnt“? Ich sage



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht: Sie wissen was und sagen es nicht. - Davon gehe ich gar nicht aus, sondern das Ganze ist ja so angelegt worden nach der Berichterstattung, dass möglichst die Firma hier in Deutschland gar nicht weiß, was da gespielt wird.

Also, gibt es ein solches Verhältnis, dass, wenn von den USA, von der Mutterfirma aus signalisiert wird: „Hier Füße still halten, wir dürfen überhaupt nichts sagen dazu“ - „wir dürfen nicht“, wer sagt das? -, dass damit das bei Ihnen abgeschlossen ist, die Geschichte?

Zeuge Oliver Matt: So habe ich das nicht verstanden. Aber da müsste ich auch wieder spekulieren.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob es ein solches Abhängigkeitsverhältnis, vielleicht jetzt auch juristisch möglicherweise, aber ein solches Abhängigkeitsverhältnis der deutschen Firma von der Mutterfirma - - Wir kennen das ja auch aus anderen Gelegenheiten - was manchmal so weit geht, dass das Mutterunternehmen sagt: „Wenn die Umsätze nicht richtig stimmen, dann machen wir euch zu oder so etwas“, dass es ein solches Abhängigkeitsverhältnis gibt.

Zeuge Oliver Matt: Da bin ich wirklich der Falsche, das zu beantworten. Das müsste ja dann aus der Geschäftsleitung kommen. Kann ich nichts zu sagen. Müsste ich spekulieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gibt es da noch weitere Fragen? Ich sehe jetzt nicht genau. - Nein. Gibt es noch Fragen aus den Fraktionen? - Wenn das nicht der Fall wäre, wenn es also keine Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir auch hier einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen. Ich schlage daher folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Oliver Matt am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 3 und 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes ent-

gegenstehen bzw. Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse zur Sprache kommen, durch deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzt werden.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist das so einstimmig beschlossen.

Herr Matt, ich danke Ihnen schon mal ganz herzlich für das Rede- und Antwortstehen im öffentlichen Teil. Es wird sich anschließen noch eine nichtöffentliche Vernehmung. Wir werden jetzt in einem kurzen Beratungsteil gleich klären, welche Reihenfolge stattfindet. Wir werden Ihnen das sofort schnellstmöglich sagen. Ich danke Ihnen insoweit schon mal. Bis zur kleinen Pause sind Sie jetzt erst mal entlassen.

Zeuge Oliver Matt: Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich komme jetzt zum Ende der öffentlichen Sitzung, bitte aber alle Ausschussmitglieder, noch sitzen zu bleiben. Den interessierten Zuhörern auf der Tribüne, der Öffentlichkeit und der Medienberichterstattung danke ich ganz herzlich, dass sie heute da waren. Die öffentliche Sitzung ist damit geschlossen. Ich bitte Sie, den Sitzungssaal zu verlassen. Ich will noch einen kurzen Beratungsteil haben.

Ganz herzlichen Dank.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 19.32 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Geheim)

ANLAGE 1

T.B.

17. September 2015

PLSU

Betr.: 1.UA / 18. WP - 59.Sitzung vom 10.09.2015

hier: Korrekturen im Protokoll

Bezug: Stenographisches Protokoll der 59. Sitzung –vorläufige Fassung-

Ich bitte folgende Korrektur am Protokoll der o.g. Sitzung vornehmen zu lassen:

1. Seite 73, rechte Spalte, zweiter Absatz:

Vorhandener Text: ..., *weil es sich um einen **Touristen** in London handeln könnte* - -

Bitte ersetzen durch: ..., weil es sich um einen **Terroristen** in London handeln könnte - -

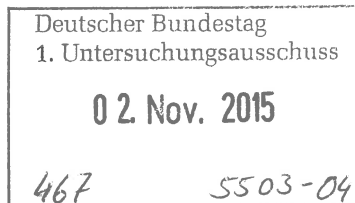
Touristen sind keine Ziele der Steuerung, falls ich in der Sitzung nicht deutlich genug gesprochen habe, reiche ich den (in sich stimmigen) Wortlaut nach.

T.B.

ANLAGE 2

Deutscher Bundestag
Herrn Harald Georgii
Leiter Sekretariat PA 25
1. Untersuchungsausschuss der 18. WP
Platz der Republik 1

11011 Berlin



Partnerschaftsgesellschaft mbB

Prof. Dr. Rainer Hamm
Dr. Regina Michalke
Dr. Wolfgang Köberer
Jürgen Pauly
Dr. Stefan Kirsch
Bea Rath

PARTNER
FACHANWÄLTE FÜR STRAFRECHT

Thomas Richter
Falko Maxim

RECHTSANWÄLTE

29.10.2015 Ha/MI/Gr

Stenografische Protokolle der öffentlichen und nicht öffentlichen Vernehmung des Zeugen Oliver Matt in der 59. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses am 10. September 2015
Geschäftszeichen: PA 25 – 5503

Sehr geehrter Herr Georgii,

nach der Einsichtnahme in das stenografische Protokoll des öffentlichen Teils der Vernehmung hat Herr Matt nur wenige ergänzende Klarstellungen anzubringen, die Sie bitte seinem anliegenden Schreiben entnehmen wollen.

Die Einsichtnahme in das Protokoll der geheimen Sitzung hat keinen Korrektur- oder Ergänzungsbedarf ergeben. Lediglich die Schreibweise der auf Seite 6 ff. () als „ () geändert werden.

Mit freundlichen Grüßen

(Prof. Dr. Hamm)

Rechtsanwalt

An den
Vorsitzenden des 1. Untersuchungsausschusses
Herrn Prof. Dr. Patrick Sensburg

- Dieses Schreiben beinhaltet Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse von Verizon Deutschland GmbH und ist ausschließlich für die Mitglieder des 1. Untersuchungsausschusses bestimmt -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit Schreiben vom 16. September 2015, hier eingegangen am 23. September 2015, haben Sie mir das öffentliche Protokoll der 59. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses übersandt. Sie baten mich zu prüfen, ob meine Aussagen in diesem Protokoll korrekt wiedergegeben sind.

A. Richtigkeit des Protokolls

Ich sehe keinen Anlass zu einer inhaltlichen Berichtigung des Protokolls.

Ich habe mir das Protokoll gemeinsam mit meinem Zeugenbeistand, Herrn Prof. Dr. Hamm, durchgelesen und uns sind keine Hör- oder Übertragungsfehler aufgefallen. Auf dem mir übersandten Deckblatt des Protokolls (Seite 1 des Protokollentwurfs) heißt es jedoch nur verkürzt "Oliver Matt, Verizon Deutschland". Um Missverständnisse zu vermeiden, sollte darauf geachtet werden, dass im Protokoll keine Verkürzungen der Firma meines Arbeitgebers erfolgen. Richtigerweise sollte mein Arbeitgeber daher durchgängig mit der korrekten Firma "Verizon Deutschland GmbH" genannt werden.

B. Weitergehende Anmerkungen zum Termin bei der Bundesnetzagentur

Beim Durchlesen des Protokolls ist mir ein weiterer Punkt aufgefallen, zu denen zwar meine Aussagen im Protokoll richtig wiedergegeben sind, diese aber jeweils einer kurzen Ergänzung bedürfen, um Missverständnisse oder Fehldeutungen zu vermeiden.

Frau Abgeordnete Nina Warke hatte mich bezüglich eines Termins bei der Bundesnetzagentur am 9. August 2013 befragt. Meine protokollierte Antwort (Seite 126 des Protokollentwurfs) könnte so verstanden werden, als hätte ich von diesem Treffen keinerlei Kenntnis. An diesem Termin habe ich aber durchaus als Vertreter der Verizon Deutschland GmbH teilgenommen. Ich hatte vor dem Hintergrund der vorangehenden Fragen fälschlicherweise die Frage darauf bezogen, ob es ein Treffen mit der Bundesnetzagentur gegeben habe, bei dem die behaupteten Installationen in Hilden behandelt worden wären. Davon war und ist mir tatsächlich nichts bekannt.

Gegenstand des Treffens am 9. August 2013 bei der Bundesnetzagentur waren Presseberichte über Aktivitäten des GCHQ in Großbritannien. Da die Verizon Deutschland GmbH jedoch nicht über Telekommunikationsnetze in Großbritannien verfügt und auch keine Telekommunikationsdienste dort erbringt, konnte ich gegenüber der Bundesnetzagentur aus der Sicht unseres Unternehmens zu diesen Zeitungsberichten nichts beitragen.

Mit freundlichen Grüßen



Oliver Matt
Verizon Deutschland GmbH